

Das Parlament

Berlin, Montag 3. Februar 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 6/7 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Vizekanzler auf Augenhöhe

Sigmar Gabriel Bei seiner Regierungserklärung zur Energiewende gab der Vizekanzler und SPD-Vorsitzende ganz den Staatsmann: Sigmar Gabriel lobte, tadelte, bezog in seiner Grundsatzrede im Bundestag alle irgendwie ein. Ganz wie ein Kanzler – dieses Ziel hat der neue „Superminister“ für Wirtschaft und Energie für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl 2017 fest im Blick. Eins hat Gabriel in der kurzen Zeit der Koalition mit der Union geschafft: Keiner spricht mehr über das mit 25,7 Prozent zweit schlechteste SPD-Resultat bei der Bundestagswahl 2013. Im Blickpunkt sind nur noch die vielen Aktivitäten und Auftritte des schwergewichtigen Vizekanzlers samt seiner SPD-Kabinettskollegen wie Andrea Nahles oder Frank-Walter Steinmeier.



kru |

ZAHL DER WOCHE

52

Prozent beim Strompreis in Deutschland betragen mittlerweile die staatlich verursachten Belastungen. 2013 betrug sie noch 50,2 Prozent. Größter Kostenfaktor ist mit 21 Prozent die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, die 2013 noch 18,4 Prozent betrug. Dann kommen mit 16 Prozent Belastung die Mehrwertsteuer, die Stromsteuer mit sieben und die Konzessionsabgabe mit sechs Prozent.

ZITAT DER WOCHE

»Zwischenrufe von der Regierungsbank sind nicht erlaubt.«

Norbert Lammert (CDU), Bundestagspräsident, zu Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der eine Rede von Oliver Krischer (Grüne) von der Regierungsbank aus kommentierte.

IN DIESER WOCHE

MENSCHEN UND MEINUNGEN

Interview Wirtschaftsausschuss-Chef Peter Ramsauer (CSU) im Gespräch **Seite 2**

INNENPOLITIK

Verteidigung Die Pläne der neuen Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) **Seite 6**

EUROPA UND DIE WELT

Ukraine Der Machtkampf zwischen der Regierung und der Opposition **Seite 11**

KEHRSEITE

Gleichstellung Die Beauftragten der obersten Bundesbehörden im Bundestag **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Tage der Erklärung

REGIERUNGSPROGRAMM Das Kabinett will die großen Reformen geschlossen angehen

Die Bundeskanzlerin geht ja bekanntlich systematisch vor und so versammelte Angela Merkel (CDU), noch vor ihrer Regierungserklärung im Bundestag, das Kabinett erst einmal zu einer Klausurtagung im brandenburgischen Barockschloss Meseberg. In dem „Zauberschloss“ rund 70 Kilometer nördlich von Berlin durften alle Ressortchefs ihre politischen Pläne für die neue Legislaturperiode ausführlich darlegen. Erklärtes Ziel der illustren Runde im Gästehaus der Bundesregierung war es aber vor allem, die Grundstimmung in der „Groko“ von pragmatisch auf persönlich zu drehen und aus der Vernunftmannschaft eine schlagkräftige Truppe zu formen, die in gegenseitigem Wohlwollen an die großen Aufgaben herangeht, von denen es ja gleich mehrere gibt. Alle Regierungsvorhaben sind, wie die Kanzlerin energisch vorgab, als Initiativen der ganzen Koalition anzusehen und nicht als Projekt eines einzelnen Kabinettsmitglieds, mag es politisch auch so gewichtig sein wie der SPD-Vorsitzende und Minister für Wirtschaft und Energie, der zuletzt derart an Statur gewonnen hat, dass die „Bild“-Zeitung besorgt fragte: „Regiert uns in Wahrheit Sigmar Gabriel?“. Der Vizekanzler präsentierte sich bei der Klausurtagung gewohnt selbstbewusst, kam anfangs zu spät, was ihm einen strengen Blick der Regierungschefin eintrug und antwortete am Schluss auf die Frage, ob er den „Geist von Meseberg“ denn nun gesehen habe, sparsam und vieldeutig: „Himbeergeist – nach Mitternacht.“

Nestwärme gesucht Ob die Regierungspartner im zugig-kalten Brandenburg doch so etwas wie Nestwärme aufgenommen haben, wird sich im Alltag erst noch zeigen müssen. Merkel, die nach ihrem Skiunfall weiter an Krücken geht, befand nach dem Landausflug knapp: „Es war schön.“ Und der Strippenzieher im Kanzleramt, der fröhliche Saarländer Peter Altmaier (CDU), der noch nachts im Schloss herumgeisterte, verkündete emsig via Twitter: „Die GroKo kann zu einer richtig gut funktionierenden Koalition der Sachlichkeit werden.“ Der Sachlichkeit verpflichtet präsentierte sich denn auch die Kanzlerin bei ihrer mit Spannung erwarteten Regierungserklärung am vergangenen Mittwoch im Parlament, die sie im Sitzen verlas, um das lädierte Becken zu schonen, was Oppositionsführer Gregor Gysi (Linke) zu der kessen Anmerkung verleitete: „Frau Kanzlerin, ich hatte im letzten Jahr auch einen Skiunfall. Wir müssen einfach beide lernen, altersgerecht Sport zu treiben.“

»Wir müssen einfach beide lernen, altersgerecht Sport zu treiben.«

Gregor Gysi (Linke)

Wer seinerzeit schon die Vorstellung des Koalitionsvertrages und die Ausführungen in Meseberg miterlebt hatte, musste unweigerlich ein Déjà-vu verkraften, denn viel Neues hatte Merkel nicht mitgebracht, statt dessen referierte die CDU-Chefin erneut die wichtigsten Vorhaben der Koalition, goss das Ganze in einen sozialpolitischen Ordnungsrahmen mit einem Lobgesang auf die Soziale Marktwirtschaft, die der Regierung als „Kompass“ diene und verkündete, im Zweifel gehe es um das Wohl der Menschen und nicht um Partikularinteressen. Erreichen wolle sie gemeinsam mit ihrem Kabinett „ein gutes Leben für alle“. Erwartungsgemäß nahmen in der auf dreieinhalb Stunden angesetzten Regierungserklärung samt Aussprache die Themen Energiewende, Rente, Finanzen und Europa den breitesten Platz ein, wobei die Unwucht zwischen Regierungs- und Oppositionslager in der Redezeitbemessung wieder klar zutage trat. Während die Koalitionseite bisweilen erkennbar Mühe hat, ihren Rederaum redundanzfrei auszufüllen, hetzen die Oppositionspolitiker durch ihre Manuskripte, um ja keinen Kritikpunkt auslassen zu müssen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann befand denn auch selbstkritisch, „die Mehrheit darf uns nicht zu Arranz verleiern“. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) habe ja schon gute



Ein ungewohntes Bild am Rednerpult des Bundestages: Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hält ihre Regierungserklärung nach dem Skiunfall im Sitzen

Vorschläge zur Stärkung der Oppositionsrechte gemacht. Eine Überraschung hatte die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung dann doch noch parat: In seltener Offenheit rügte sie das Verhalten der US-Administration in der Abhöraffaire um den Geheimdienst NSA. Zwar sei die Arbeit der Nachrichtendienste für den Schutz der Bürger unverzichtbar, was aber über die Arbeit der amerikanischen Dienste zuletzt nach außen gedrungen sei, werfe „ganz grundsätzliche Fragen auf“. Können es, fragte die Kanzlerin, richtig sein, dass engste Verbündete wie die USA und Großbritannien „sich Zugang zu allen denkbaren Daten mit der Begründung verschaffen, dies diene der eigenen Sicherheit und der Sicherheit der Partner“? Um gleich selbst die Antwort zu geben: „Nein, das kann nicht richtig sein.“ Nicht alles, was technisch machbar sei, dürfe auch gemacht werden, mahnte Merkel und fügte warnend hinzu: „Am Ende gibt es nicht mehr, sondern weniger Sicherheit.“ Keine Frage, Merkel ist sauer, stellt die transatlantischen Beziehungen deswegen aber nicht infrage. Sie will „mit der Kraft unserer Argumente“ überzeugen. Linksfraktionschef Gysi hielt Merkel vor, sich gegenüber den USA „unterwürfig“ zu verhalten. Es sei zu wenig, nur auf Argumente zu setzen, statt der US-Administration klare Grenzen aufzuzeigen.

Komplexe Energiewende Nachdrücklich warb Angela Merkel für die Energiewende

und machte die Dimension des Vorhabens deutlich. Kein vergleichbares Land packe eine so radikale Veränderung seiner Energieversorgung an. Sollte das Projekt gelingen, könne es ein deutscher Exportschlager werden. Im Moment muss Energieminister Gabriel aber schon den ersten Reform-Blues ertragen, denn die Bundesländer wehren sich gegen die geplante Kürzung der Windkraftförderung

und machte die Dimension des Vorhabens deutlich. Kein vergleichbares Land packe eine so radikale Veränderung seiner Energieversorgung an. Sollte das Projekt gelingen, könne es ein deutscher Exportschlager werden. Im Moment muss Energieminister Gabriel aber schon den ersten Reform-Blues ertragen, denn die Bundesländer wehren sich gegen die geplante Kürzung der Windkraftförderung

Teure Rente Mit rund 160 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 schlägt das Rentenpaket der Regierung zu Buche, das die CDU-Chefin in ihrer Rede verteidigte, als wären dies alles ihre Forderungen gewesen. Hofreiter monierte: „Sie verschütten das schöne Geld, ohne das Problem der Altersarmut zu lösen.“ Gysi erinnerte daran, dass 25 Jahre nach dem Mauerpreis im Osten immer noch weniger Rentenpunkte zugesprochen bekämen als im Westen. Das sei „indiskutabel“.

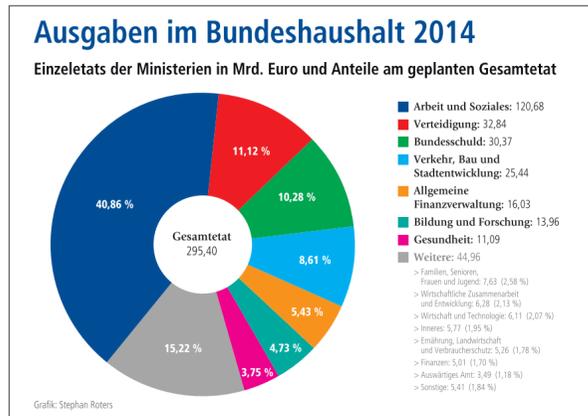
Derweil gewinnt auch das Thema Europa an Aktualität, weil am 25. Mai ein neues EU-Parlament gewählt wird. Die Bundeskanzlerin mahnte, die Staatsschuldenkrise sei zwar unter Kontrolle, aber nicht dauerhaft überwunden. Es seien weitere Reformen in Europa nötig, damit es nie wieder eine solche Finanzkrise gebe. Hofreiter hielt der Koalition vor, an einer Abschottung Europas gegenüber Afrika mitzuarbeiten. Die große Idee Europa dürfe nicht durch „Kleingeister“ kaputt gemacht werden. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) gab zu bedenken, der Europapolitik komme „zentrale“ Bedeutung zu, da schwere Fehler hier mit nationaler Gesetzgebung kaum zu korrigieren seien. Hasselfeldt forderte, die EU sollte sich nicht in jede Kleinigkeit aus dem Alltag der Bürger einmischen.

Claus Peter Kosfeld

Parlamännchen
Politik für Kinder

Regierungserklärung

Wenn eine neue Bundesregierung anfängt zu arbeiten, erklärt der Regierungschef vor dem Parlament, was er vorhat. Dabei werden zum Beispiel neue Gesetze angekündigt. Es werden viele verschiedene Themen angesprochen. Das nennt man dann eine Regierungserklärung. Die Abgeordneten und jeder Zuschauer vor dem Fernsehen wissen dann, was die Regierung machen will. Manchmal werden solche Reden auch vor besonders wichtigen Terminen gehalten. Etwa vor einem Treffen der europäischen Staatschefs. Regierungserklärungen werden nicht nur im Bundestag, sondern auch in Landtagen abgegeben. Das sind die Parlamente in den Bundesländern.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

IST DIE ENERGIEWENDE ZU TEUER?

100 Milliarden Euro

PRO



Andreas Mihm
»Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Was die Deutschen sich mit der Energiewende leisten, das könnten sich nicht viele erlauben, hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel unlängst gesagt. Doch mit Jahreskosten von bis zu 24 Milliarden Euro für die Ökostromförderung sei man „an der Grenze dessen angekommen, was wir unserer Volkswirtschaft zumuten können“. Keine Frage, der Sozialdemokrat, der früher Umweltminister war, zielt im „energiepolitischen Zieldreieck“ aus Ökologie, Ökonomie und Versorgungssicherheit auf den Preis. Er tut das nicht nur, weil er weiß, dass in diesem Jahr die Marke von 100 Milliarden Euro durchstoßen wird, die Stromverbraucher seit Beginn der Förderung zusätzlich für Strom aus Wind, Sonne und Biomasse ausgehen haben werden. Er weiß auch, dass mit dem heutigen Fördermodell die Akzeptanz für die Energiewende sinkt. Also tritt er auf die Kostenbremse. Soll die Energiewende gelingen, muss sie effizienter werden. Bisher enttäuschen die Ergebnisse. Zwar macht der Ökostromanteil am Verbrauch bisher nur ein Viertel aus. Doch ist die Stromversorgung unsicherer und teurer geworden. Sogar der Ausstoß von Kohlendioxid steigt wieder. Auch sind viel weniger Arbeitsplätze dauerhaft neu entstanden als erhofft, wie amtliche Statistiken belegen. Nicht zu sprechen von tausenden Stellen, die bei großen und kleinen Versorgern gestrichen werden, weil sie mit Kohle- und Gaskraftwerken kein Geld mehr verdienen und nun ihrerseits um Hilfen bitten. Mit 100 Milliarden Euro sind die Kosten der Energiewende nur zum Teil beschrieben. Dass daraus ohne Reform ein Exportschlag werden kann, glaubt selbst Gabriel nicht. Ob das, was der Minister dafür vorgeschlagen hat, reicht, steht auf einem anderen Blatt.

Der Wert der Wende

CONTRA



Michael Baumüller
»Süddeutsche Zeitung München«

Ob eine Sache teuer ist oder nicht, liegt stets im Auge des Betrachters. Ein gutes Essen, ein großes Auto, eine ferne Reise: alles teuer. Aber es gibt Menschen, denen es das Geld wert ist. Teuer ist auch die Energiewende. Nur wird in diesem Land viel zu selten die entscheidende Frage diskutiert: Ist sie es uns auch wert? Angesichts der vielen Milliarden geht der buchstäbliche Wert der Energiewende gerne unter. Der Verzicht auf die Risikotechnologie Atomkraft, die Abkehr von ineffizienten und klimaschädlichen Kohlekraftwerken, eine Energieversorgung, die weniger auf den Import knapper Rohstoffe angewiesen ist, all das steht auf der Habenseite der Energiewende. Ohne eine Förderung wäre dies nie möglich gewesen, denn junge Technologien hätten gegen abgeschriebene Kraftwerke sonst keine Chance gehabt. Inzwischen aber fallen die Preise für Solar- und Windanlagen. Mehr noch: Gelingt die Energiewende, dann stehen den Investitionen auch Erlöse gegenüber. Handfeste Erlöse im Exportgeschäft, aber auch Erlöse in Entwicklungsländern. Wenn etwa die Förderung der Solarenergie zum Durchbruch verholfen hat, dann ist das Entwicklungshilfe pur. Der Weg ist teuer, aber er hat auch einen Wert. Die Energiewende hat ihren Wert auch, weil sie das Übliche ins Gegenteil verkehrt. Gerade beim Verbrauch fossiler Ressourcen hauste noch jede Generation, als gäbe es kein Morgen mehr. Hier aber investiert eine ganze Generation im Interesse ihrer Nachfahren. Natürlich gibt es Grenzen: Die Energiewende darf die sozial Schwachen nicht überfordern, die Industrie nicht vertreiben. Sie lässt sich nach wie vor günstiger organisieren. Wer aber nur über die Kosten der Wende spricht, der verkennt ihren Wert.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Ramsauer, die Eckpunkte zur Reform der Energiewende, die das Bundeskabinett Mitte Januar in Meseberg beschlossen hat, haben in der Wirtschaft erhebliche Unruhe verursacht. So sollen bei der EEG-Umlage, mit der über den Strompreis erneuerbare Energien subventioniert werden, Vergünstigungen für Unternehmen mit hohem Stromverbrauch wegfallen. Wie wohl ist Ihnen bei dieser Vorlage?

Zunächst einmal handelt es sich um nichts anderes als Eckpunkte zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, und nach über 23 Jahren Erfahrung im Deutschen Bundestag, und zwar auf Parlaments- wie auf Regierungsseite, weiß ich, was Eckpunkte sind. Da ist noch nichts geglättet, noch nichts abgerundet, sondern es ist eine Grundlage mit Ecken und Kanten. Daraus erwächst ein Gesetzentwurf, in dem dann möglicherweise schon wieder andere Dinge stehen. Der Gesetzentwurf soll am 9. April im Kabinett beschlossen werden, bis dahin ist manches schon wieder ein bisschen anders. Dann wird der Bundesrat nicht nur filigrane Schleifarbeiten machen, sondern das eine oder andere mit dem Presslufthammer bearbeiten. Und schließlich kommt in der parlamentarischen Beratung das Struckse Gesetz zur Anwendung: Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es als Entwurf hineingegangen ist. Mir passt vieles nicht an diesen Eckpunkten, aber als Ausschuss-Vorsitzender kann ich alle, die aus ihrem jeweiligen Blickwinkel heraus Befürchtungen äußern, beruhigen: Wir werden vom Strucksen Gesetz reichlich Gebrauch machen.

Es hat aus vielen Ecken Kritik an den Eckpunkten zur EEG-Reform gehagelt: Von Stromerzeugern, von Herstellern im Wind-, Solar- und Bioenergie-Sektor, von Stromverbrauchern. Sind Äußerungen aus der Wirtschaft übertrieben, die Reform gefährde Unternehmen?

Nein, überhaupt nicht. Je genauer und öfter man diese Eckpunkte liest, umso mehr kommt man zu einer Bestätigung all dieser Befürchtungen. Wenn es etwa zu strukturellen Eingriffen in die Rabattregelungen käme, wäre das eine verheerende Gefährdung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Und dass ausgerechnet der Schienenverkehr, der nachhaltigste Verkehrsträger, der zum großen Teil jetzt schon Elektromobilität praktiziert, am allermeisten bluten muss, in einer Größenordnung von 400 oder 500 Millionen Euro, das kann überhaupt nicht mit unseren verkehrspolitischen Ansprüchen in Einklang gebracht werden.

Die EU-Kommission kritisiert die deutsche Politik der Standorticherung über Rabatte auf die EEG-Umlage.

Da stellt die EU, wie so oft, einen Sachverhalt völlig auf den Kopf. Die EU-Kommission behauptet, wir würden einseitig deutschen Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen verschaffen. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt, dass wir nämlich der deutschen Wirtschaft eine EEG-Umlage auferlegen und nur einen Teil von ihr über die Rabattregelung nicht belasten. Es ist also nicht eine einseitige, ungerechtfertigte Entlastung, sondern Inländer-Diskriminierung, die nicht verboten ist: Eine Belastung, die ein Teil der deutschen Wirtschaft hat und ein anderer Teil nicht. Deshalb: Mut vor Brüssel!

Großen Ärger hat bei der Industrie verursacht, dass auch auf selbst produzierten und genutztem Strom häufig die EEG-Umlage reduziert wird. Haben Sie Verständnis für den Ärger?

Das gehört für mich zum größten Blödsinn in diesen Eckpunkten. Ich mache jetzt jahrelang Energiepolitik, und eine durchgehende Philosophie, parteiübergreifend, war immer, dass man im Sinne von Nach-

»Mut vor Brüssel«

PETER RAMSAUER Der CSU-Politiker erwartet zahlreiche Änderungen an den Plänen zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes



Das war für den ländlichen Raum eine gesellschaftspolitisch wichtige Entwicklung. Nun trägt die Bioenergie insgesamt weniger zu den Fehlentwicklungen bei, es hat keine solche Explosion der Ausbaukorridore gegeben wie bei der Sonne und dem Wind. Aber man wird wohl nicht umhin kommen, dort auch, und ich betone: für die Zukunft, gewisse Leitplanken einzuführen. Allerdings bin ich persönlich dagegen, dass man die Bioenergie nur noch auf Rest- und Abfallstoffe konzentriert, wie es die Eckpunkte vorsehen. Das wäre meines Erachtens ein auch politisch völlig unzulässiger Eingriff.

Sie sagen, »für die Zukunft« müsse man Korridore schaffen. Anlegerschutz für diejenigen, die bereits investiert haben, ist Ihnen also wichtig.

Anlegerschutz heißt für mich erstens ganz selbstverständlich Bestandsschutz für alle Anlagen, die investiert sind. Denn was investiert ist, muss abbezahlt werden. Darüber hinaus gilt für Anlagen, die sehr weit in der Planung fortgeschritten sind, ein Vertrauensschutz. Hier geht mit der Vertrauensschutz-Regelung in den Eckpunkten längst nicht weit genug. Danach sollen Vertrauensschutz nur Anlagen genießen, die am 22. Januar genehmigt waren und spätestens am 31.12. 2014 ans Netz gehen.

Mit der EEG-Reform bekommen Sie im Ausschuss ein Riesen-Vorhaben auf dem Tisch. Die Gesetzgebung soll nach dem Willen der Bundesregierung bis zur Sommerpause abgeschlossen sein. Ist das nicht zu ehrgeizig?

Dieser Ausschuss wird sich garantiert nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Er ist in seiner Größe und seiner Bedeutung sehr selbstbewusst. Wir sehen uns als eine Art Wirtschafts- und Energieparlament innerhalb des Deutschen Bundestages. Dieser Ausschuss weiß ganz genau, dass er kein notarieller Verbrief oder Abncker eines Regierungsentwurfes ist. Wir sehen uns als Gesetzgeber in einer entscheidenden Verantwortung, als Reparaturwerkstatt der bisherigen Energiewende, aber auch als Schrittmacher der Energiewende. Wir werden das mit aller Sorgfalt angehen. Und für den Fall, dass es uns auch mit zusätzlichen Beratungszeiten – die regulären alleine reichen sowieso nicht – verantwortlich nicht möglich ist, hinreichend zu beraten, werden wir auch das Inkrafttreten am 1. August in Frage stellen.

Energiepolitik ist immer ein Ringen zwischen Ökonomie und Ökologie. Früher wurde das zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium ausgetragen. Jetzt ist beides unter einem Ministerhut - und bei Ihnen in einem Ausschuss. Sind Sorgen berechtigt, die Umwelt käme da zu kurz?

Nein, das glaube ich nicht. Wenn ich die Biografien einer Reihe von Mitgliedern im Ausschuss anschau, dann ist das sehr viel Umweltkompetenz – zum Teil schon Umweltökologie – neu mit drin. Da wurde dem neuen inhaltlichen Zuschnitt schon bei der Besetzung des Ausschusses Rechnung getragen. Die Ökologie wird da sicher nicht zu kurz kommen.

Das Interview führte Peter Stütze.

Peter Ramsauer (Jahrgang 1954) gehört dem Bundestag seit 1990 an. Der CSU-Politiker war von 2009 bis 2013 Bundesverkehrsminister und ist jetzt Vorsitzender des Wirtschafts- und Energieausschusses.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der »Regierungssozialist«: Thomas Nord

Fragt man Thomas Nord nach dem Gelingen der Energiewende, dreht sich bei ihm schnell alles um das ungelöste Problem der Speicherbarkeit der erneuerbaren Energien. „Das ist die Schlüsselfrage bei dem ganzen Projekt“, sagt der neue Obmann der Linksfraktion im Wirtschafts- und Energieausschuss. Damit wäre man bei diesem Jahrhundertvorhaben der Energiewende, bei der bislang kein anderer Staat dem teuren deutschen Beispiel folgt, dem Rest der Welt um Jahrzehnte voraus. Und dann, so Nord, gebe es auch eindeutig positive Antworten zur Bezahlbarkeit des Umbaus. Diese Frage wird nicht zuletzt wegen der bislang gebotenen Parallelstruktur mit herkömmlichen Kraftwerken, die bei Wind- oder Sonnenmangel nötig sind, immer dringlicher. Zwar ist die Speicherfähigkeit der Energien auch Thema im schwarz-roten Koalitionsvertrag, aber Nord sagt: „Entscheidend ist, mit welchem Nachdruck und welchen Mitteln die entsprechende Forschung hierzulande betrieben wird.“ Um die steigenden Stromkosten der Energiewende jetzt in den Griff zu bekommen, müssten indes die vielen Befreiungen von Unternehmern von der Ökolumlage deutlich reduziert werden. Der 56-Jährige sieht die Probleme des riesigen Subventionierungssystems, das durch die Energiewende in Gang kam und es nun handelnden Politikern wie Minister Sigmar Gabriel (SPD) schwer macht, hier schon an kleinen Stellschrauben zu drehen. Da geht es auch um regionale Interessen. Der Brandenburg erwählt die Braunkohle-Verstromung durch den Energiekonzern Vattenfall in der Lausitz, wo es um Wertschöpfung und tausende Arbeitsplätze geht. Darauf muss

auch die Linkspartei, die Brandenburg in einer Koalition mit der SPD regiert, Rücksicht nehmen. Nord kritisiert, dass das hektische Einleiten der Energiewende mit dem schnelleren Ausstieg aus der Atomkraft als Reaktion auf Fukushima durch Schwarz-Gelb „ohne Strategie“ ablief. „Es gab keinen Plan, welche erneuerbaren Energien in welchem Umfang zu fördern sind, so dass alles erst einmal mit der Gießkanne gefördert

»Die Speicherbarkeit der erneuerbaren Energien ist die Schlüsselfrage bei dem ganzen Projekt.«

wurde.“ Das alles falle der Politik heute auf die Füße. Der Links-Politiker räumt allerdings ein, dass Bevölkerung wie Politik die Kostendimensionen eines Totalumbaus der Energiewirtschaft hin zu erneuerbaren Energien unterschätzt hätten. Der in Frankfurt (Oder) geborene Kulturwissenschaftler sitzt seit 2009 im Bundestag und vertritt den Wahlkreis Frankfurt (Oder) – Oder-Spree. Thomas Nord, auch in Frankfurt an der Oder geboren, führt seit der Wende ein zweites politisches Leben. Im ersten bis 1989 war er überzeugter SED-Kadermann – und in den 1980er Jahren inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit. Dies beglei-

tet ihn bis heute und darauf wird er immer wieder angesprochen. „Das ist ein schwieriger Teil meiner Biografie. Ich kann und will darüber nicht hinweggehen. Das gehört auch zu meiner Glaubwürdigkeit“, sagt Nord. Er übte seine Stasi-Tätigkeit aus ideologischer Überzeugung aus und hat sich dafür entschuldigt. 2011 musste er sich vor dem Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages verantworten, der einen Bericht verfasste. Nord ist allerdings ein Sonderfall in der von Stasi-Enthüllungen immer wieder gebeutelten Linkspartei, weil er schon im März 1990 in der Wendezeit als Berliner PDS-Politiker freiwillig seine Stasi-Vergangenheit offenbarte. Heute versteht sich Nord als „geläuterter Sozialist“, der zum Grundgesetz steht. 1999 verlegte er sein politisches Engagement von Berlin nach Brandenburg. Als Landeschef 2005 bis 2012 führte er die Partei zu Spitzenpositionen bei Wahlen und war einer der maßgeblichen Architekten von Rot-Rot in Potsdam 2009. Der ehrgeizige Nord gilt in der Partei als Strategie- und Organisationsfachmann. In seinem Wohnort Frankfurt (Oder) und Umgebung macht er viel Wahlkreisarbeit. Für Fraktionschef Gregor Gysi stärkt er in der Bundestagsfraktion den Realo-Flügel gegen radikale Fundamentalisten aus dem Westen. Nord sieht sich als „Regierungssozialist“, der eines Tages mit SPD und Grünen auch im Bund gestalten und nicht ewig opponieren will. So wie im Land Brandenburg mit den Sozialdemokraten. Was bleibt an Hobbys? „Politik“, sagt Nord, der sein Leben lang Politik gemacht hat, mit einem Lachen. Und dann noch etwas Bücherlesen und Sport. Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahel), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhnsenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unerwartete Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Wende ohne klare Richtung

ENERGIE Steigende Preise lassen um die Akzeptanz der »Erneuerbaren« fürchten. Während die Industrie einen Verlust an Arbeitsplätzen befürchtet, will der neue Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Stromkunden nicht weiter belasten

Drei Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende hat dieser Agrarbetrieb in Frankfurt (Oder) geschaffen: Es gibt Windräder, Sonnenkollektoren und eine grundlastfähige Biogasanlage.

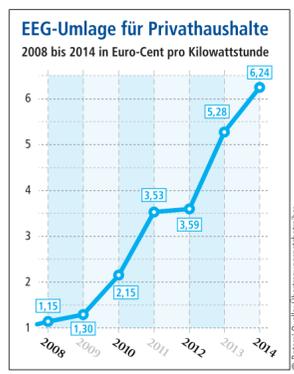
Die Energiewende soll Fahrt aufnehmen. Und das schnell. So jedenfalls will es Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Bis zum Sommer sollen dafür die gesetzlichen Grundlagen gelegt werden. Doch wohin genau die Energiewende führen wird, steht auch heute noch nicht fest. Nur eins ist klar: Die nächsten Monate werden entscheidend sein für die neue Regierungskoalition. Gelingt es ihr nicht, die vielfachen Widerstände gegen die Neuausrichtung der Finanzförderung der Energiewende politisch zu überwinden droht ein zentrales Projekt der neuen Regierung wenige Wochen nach Amtsantritt des Kabinetts zu scheitern.

Verbindlicher Ausbaupfad Konkret haben beide Parteien vereinbart, bis Ostern eine Generalüberholung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf den Weg zu bringen. Dabei geht es um einen verbindlichen Ausbaupfad und eine Kostenbegrenzung bei der Förderung erneuerbarer Energien. So soll der Ökostrom-Anteil bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent steigen und anschließend bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent anwachsen. Bei der Windkraft an Land soll es in Zukunft weniger Fördergeld für neu zu errichtende Windräder und eine Konzentration auf windstarke Standorte geben. Dabei wird ein jährlicher Zubau von bis zu 2.500

Megawatt angestrebt. Bei den teuren Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee hingegen sollen die Ausbauziele gebremst werden.

Weniger Vergütung Einer der wichtigsten Punkte in der Reform: Die Einspeisevergütung für Strom aus Wind, Sonne oder Biomasse soll von bisher rund 17 Cent je Kilowattstunde auf gut 12 Cent sinken. Bisherige Förderzusagen sollen jedoch unangetastet bleiben. Das bedeutet, alle schon angeschlossenen Ökoenergie-Anlagen bekommen weiter für 20 Jahre garantierte Vergütungen. Ganz im Gegensatz zu Unternehmen, die ihr eigenes Kraftwerk betreiben. Sie waren bisher wie alle anderen Verbraucher von eigenproduziertem Ökostrom von der EEG-Umlage befreit. Jetzt sollen sie eine Art „Energie-Soli“ zahlen, beschloss das Kabinett auf der Regierungsklausur in Meseberg. Firmeneigene, oftmals auch umweltschonende Kleinkraftwerke, die sich unter der bisherigen Gesetzesregelung als lohnende Investition erwiesen hatten, drohen so auf einmal unrentabel zu werden. Kein Wunder also, dass die neuen energiepolitischen Vorhaben der Bundesregierung auf viel Kritik stoßen. Den einen gehen die Reformen und Vorhaben nicht weit genug, die anderen stöhnen unter den absehbaren Folgen. Dabei war bereits die Bilanz der Energiewende der vorherigen, christlich-liberalen Bundesregierung mehr als durch-

wachsen. Denn nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima ist die Bundesrepublik bislang nicht gerade eben grüner geworden. So produzierte Deutschland 2013 trotz Energiewende gut zwei Prozent mehr Klimagas CO₂ als im Jahr davor. Ein Grund dafür war die lange Heizperiode. Dazu lassen die Konzerne nach dem Abschalten etlicher Atommeiler derzeit ihre alten Kohlemeiler weiterlaufen und verkaufen überschüssigen Strom ins Ausland. Schon im vergangenen Jahr hatte der deutsche Exportüberschuss ein historisches Hoch erreicht; 2013 stieg



der Wert nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe noch einmal. Und das obwohl immer mehr Strom aus Wind-, Solar-, Wasser- und Biogasanlagen produziert wird. Kritiker, wie der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anton Hofreiter, werfen deshalb dem Bundeswirtschaftsminister vor, er bereite eine Wende zur Kohle und nicht zu erneuerbaren Energien vor. Auch dass die Energiepolitik nun allein im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist, ist der Opposition ein Dorn im Auge. Gabriel weist dies als „Unfug“ zurück: „Man kann nicht zeitgleich aus Atom und aus Kohle aussteigen. Wahrscheinlich würden die Grünen am liebsten auch noch aus Gas aussteigen.“

Akzeptanz schwindet Doch neben dem Protest von Umweltschützern stößt die Energiewende auch in weiten Kreisen der Bevölkerung auf immer weniger Akzeptanz. Das liegt vor allem am Preisanstieg bei den Heizkosten. 2012 und 2013 mussten die Verbraucher saftige Strompreiserhöhungen hinnehmen – zum vergangenen Jahreswechsel um durchschnittlich zwölf Prozent. 2014 fällt der Preisanstieg voraussichtlich moderater aus – trotz weiter üppig angestiegener Ökostrom-Umlage. Allein sie belief sich in den vergangenen elf Jahren auf stolze 120 Milliarden Euro. Hinzu kommt weiterer Widerstand. Die Brüsseler EU-Kommission hat im Dezember ein Verfahren gegen die Bundesregie-

rung eingeleitet, weil sie die Befreiung und Entlastung energieintensiver Betriebe von der Ökostromumlage als eine „widerrechtliche Beihilfe“ ansieht. Je nach Ausgang des Verfahrens könnte das teuer werden für stromintensive Betriebe. Ausgerechnet der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) sieht sich deshalb mannigfaltigen Vorwürfen aus Deutschland ausgesetzt. Nun will der neue Bundeswirtschaftsminister den deutschen Unternehmen gegen Brüsseler Vorgaben zur Seite stehen. Unterstützung erhielt Gabriel dabei am vergangenen Sonntag beim SPD-Europaparteitag vom deutschen EU-Parlamentspräsidenten und Spitzenkandidaten für die Sozialisten bei der Europawahl, Martin Schulz (SPD), der für eine flexible Auslegung des europäischen Rechts warb. Die Beschlüsse von Meseberg stoßen auch bei der IG Metall auf große Skepsis. Die „Metaller“ werfen dem SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister vor, dass „die EEG-Reform Investitionen und Arbeitsplätze gefährdet“. Ein Zusammenschluss von acht Industrieverbänden spricht sogar von einer „Tendenz, Investitionen zu verschieben oder diese wegen der deutlich niedrigeren Energiekosten teilweise im Ausland zu tätigen“. Wo aber Arbeitsplätze in Gefahr geraten, melden sich schnell auch betroffene Bundesländer mit ihren Regierungschefs zu Wort. Eine der ersten war Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin

Hannelore Kraft (SPD), der die im Land beheimateten großen Stromkonzerne und der Braunkohle-Tagebau am Herzen liegen. Sie leiden bereits jetzt schon unter dem Übergang zu Alternativen. Aber auch Torsten Albig (SPD), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, in dem bereits heute besonders viel Windenergie erzeugt wird, droht dem Bundeswirtschaftsminister mit einer Verzögerung einer Reform des EEG-Gesetzes, wenn es in den Bundesrat kommt.

Widerstand Dort ist die Große Koalition auf die Unterstützung der sieben grün-mit-regierten Bundesländer angewiesen. Damit nicht genug: Auch Bayern und Baden-Württemberg planen einen gemeinsamen Vorstoß – nicht zuletzt, um Einfluss auf die Rahmenbedingungen für den Betrieb möglicher neuer Gaskraftwerke zu nehmen. Das haben die Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) und Winfried Kretschmann (Grüne) verabredet. Und auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) warnt vor Arbeitsplatzverlusten und fordert Änderungen bei der geplanten Abgabenlast für die Eigenstromnutzung und Windkraftförderung. Die große Koalition in Sachen Energiewende könnte so schneller vorbei sein als gedacht – ganz abgesehen vom gleichfalls großen und wachsenden Widerstand gegen den weiteren Netz- und Windradausbau in der Bevölkerung. *Christoph Birnbaum*

Neuer Kurs zwischen Erfolg und Risiko der Deindustrialisierung

WIRTSCHAFT Gabriel will bei Energiereform Kostendynamik brechen. Für die Grünen sind die Klagen über hohe Industriestrompreise »Ammenmärchen«. Linke sieht Arbeitnehmer als Verlierer

Politiker der Koalition haben in der Wirtschaftsdebatte des Deutschen Bundestages am Donnerstag ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland abgelegt. Zugleich wurde die Weiterführung und Neuausrichtung der Energiewende betont. Von der Opposition gab es Warnungen, im Rahmen der Energiewende den Atomstrom durch Strom aus Braunkohle zu ersetzen.

Industrie als Grundlage Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) kündigte an, er werde in der Energiepolitik für „Planbarkeit, Berechenbarkeit und Kostendämpfung“ sorgen. Die gute wirtschaftliche Entwicklung dürfe nicht allzusehr beruhigen. Deutschland habe eine zu geringe Investitionsquote. Lohn- und Sozialkosten würden nicht mehr den internationalen Wettbewerb bestimmen, sondern es seien heute die Rohstoff- und Energiekosten. Zudem müsse es ein gesellschaftliches Klima geben, in dem „industrielle Produktion als das begriffen wird, was sie ist: nämlich die Grundlage für unseren Wohlstand und nicht als lästiges Anhängsel einer Dienstleistungsgesellschaft, das man möglichst schnell loswerden will“. Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung müssten zu Produktion in Deutschland führen. Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Emissionshandels in Europa und damit verbunden ein besserer Klimaschutz seien ebenso wichtige Aufga-

ben wie die Sicherung der Stromversorgung sowie der Ausbau der Netze, sagte Gabriel. Er warnte aber auch: „Das, was bei uns unter der Überschrift Energiewende debattiert wird, hat nach wie vor das Potenzial zu einem großen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Erfolg. Aber es birgt auch das Risiko einer dramatischen Deindustrialisierung, wenn wir die Kosten für Wirtschaft und Industrie nicht deutlich verändern.“

Gabriel hob hervor, die Förderung der erneuerbaren Energien entziehe Verbrauchern und Wirtschaft jedes Jahr zwischen 22 und 24 Milliarden Euro. Das sei richtig und notwendig, „aber es ist auch eine Belastung, die kein anderes Land in Europa zu tragen bereit wäre“. Wenn es nicht gelinge, die Kostendynamik zu brechen, werde auch kein anderes Land folgen. „Ich werde niemandem sinkende Strompreise versprechen, aber wir können die Kostendynamik drastisch brechen“, versicherte der Wirtschaftsminister. Noch deutlicher als Gabriel warnte Michael Fuchs (CDU/CSU) vor den Gefahren einer Deindustrialisierung durch zu hohe Stromkosten, während die USA die Schiefergasförderung zu einer Reindustrialisierung nutzen würden.

In der Energiepolitik setzte Fuchs eigene Akzente, in dem er vor zu hohen Ausbauzielen bei der Bioenergie warnte: „Es muss Schluss sein mit der Übermaisierung des Landes. Die einzigen, die daran Spaß haben, sind die Wildschweine.“ Durch die EEG-Ausgaben von 24 Milliarden Euro entstehe ein gewaltiger Kaufkraftverlust. Eine vierköpfige Familie zahle bis zu 500 Euro im Jahr für die EEG-Umlage: „So können wir nicht weiter machen.“ Sorgen bereite ihm auch das Beihilfeverfahren der EU wegen der Strompreisvergünstigungen für die energieintensiven Industrie. Wenn es nicht gelinge, die Ausgleichsregelung in Brüssel zu retten, „werden wir wesentliche industrielle Zweige verlieren“. Davor hatte auch Gabriel gewarnt. Wie Fuchs hob Hubertus Heil (SPD) hervor, dass es Deutschland gut gehe, wenn morgen sicher leben wolle, müsse aber heute für Reformen sorgen, verlangte Heil, der sich für eine Erhöhung der Investitionsquote stark machte.

Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die von der Koalition geplante Drosselung des Ausbauteempos bei den erneuerbaren Energien als „fundamentalen Irrtum“. Über eine Ausbaubremse könne geredet werden bei einem Anteil der erneuer-



Durch den Maisanbau für Biogas kommt die Energiewende auch Wildschweinen zugute.

baren Energien von 75 bis 80 Prozent. „Wir sind aber erst bei 25 Prozent.“ Da sei es ein „großer Fehler“, die erneuerbaren Energien zu deckeln. Selbst Gabriels Ministerium bezeichne die Windenergie an Land als preiswerter als Strom aus Kohle- und Gaskraft-

werken. Diese erneuerbaren Energien zu deckeln, habe nichts mit Kosteneffizienz zu tun, sondern werde den Strompreis noch treiben. Krischer warf der Koalition vor, „Ammenmärchen“ über zu hohe Industriestrompreise zu verbreiten. Wenn Thyssen-

Krupp Probleme habe, habe das mit Mismanagement und nicht mit den Strompreisen zu tun. Krischer warnte davor, Atomstrom durch Braunkohle zu ersetzen: „Sie machen damit aus der Energiewende eine Braunkohlewende. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.“ Klaus Ernst (Die Linke) bezeichnete Arbeitnehmer und Rentner als Verlierer der Wirtschaftspolitik. Das Bruttoinlandsprodukt sei von 2000 bis 2013 um knapp 15 Prozent gewachsen. Im selben Zeitraum seien die Löhne nur um ein Prozent gestiegen und damit von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt worden. Die realen Renten langjährig Versicherter seien im Westen um 19 und im Osten um 23 Prozent gesunken. Profitiert hätten mit einem Zuwachs von 32 Prozent aber die Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Von den angekündigten höheren Steuern auf Vermögen und für hohe Einkommen höre man aber nichts mehr. Diese Entwicklung passe nicht in eine soziale Marktwirtschaft, kritisierte Ernst, der höhere Löhne und eine Steigerung der Binnen-

nachfrage forderte. *Hans-Jürgen Leersch*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Große Koalition will in dieser Legislaturperiode die Neuverschuldung des Bundes stoppen und mehr in die Infrastruktur und in Bildung und Forschung investieren. Dabei sollen die Steuern nicht erhöht werden. Dies wurde am vergangenen Donnerstag bei der Generalausprache zur Finanz- und Haushaltspolitik deutlich.

Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) sieht Deutschland trotz der großen nationalen und internationalen Herausforderungen in den kommenden vier Jahren in einer guten Situation. Deutschland sei aus der schweren Finanzkrise der letzten Jahre gut herausgekommen, weil es gelungen sei, Vertrauen in die Finanzpolitik zu erhalten. „Wir werden weiter diesen eingeschlagenen Kurs halten“, sagte er.

Keine Neuverschuldung Er betonte erneut, dass der Bundeshaushalt in diesem Jahr ohne strukturelle Neuverschuldung auskommen werde, im kommenden Jahr soll es überhaupt keine Neuverschuldung mehr geben. Schäuble: „Dies ist ein ehrgeiziges Ziel. Wir werden es Schritt für Schritt umsetzen.“

Zurzeit habe Deutschland eine Gesamtverschuldung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 80 Prozent. Bis zum Ende der Legislaturperiode solle dieser Wert auf 70 Prozent gesenkt werden.

Schäuble kündigte an, dass das Kabinett den Haushaltsentwurf für dieses Jahr im März verabschieden werde. Dies gelte auch für die Eckpunkte für den Haushalt 2015. In den Etatentwürfen werde es größere Spielräume für Investitionen in die Infrastruktur sowie in Bildung und Forschung geben. Dies diene der langfristigen Entwicklung des Landes. Dafür seien aber keine neuen Steuern oder Steuererhöhungen notwendig. Allerdings müsse das bestehende Steuerrecht besser durchgesetzt werden. Dies sei bei globalisierten Finanzmärkten oft schwierig.

Europa hat laut Schäuble inzwischen die Rezession der letzten Jahre überwunden. Es gebe in den einzelnen Ländern teilweise große Fortschritte. Dies gelte vor allem für Spanien und Portugal, aber auch für Griechenland. Es habe sich im Nachhinein als richtig herausgestellt, Hilfe nur gegen Auflagen zu gewähren. Schäuble wies darauf hin, dass der Euro vor allem aber auch wichtig für Deutschland als starke Wirtschaftsnation sei. Weiter hielt er es für wichtig, dass Europa bei der Stabilisierung des Bankensektors weiter vorankomme.

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Dietmar Bartsch, konnte nicht erkennen, dass die Große Koalition die Zukunft Deutschlands gestalten wolle. Es gebe nur ein „weiter so“. In der Vergangenheit sei die Schere zwischen Arm und Reich immer größer geworden. Dies werde sich nach den Ankündigungen der Koalition auch in Zukunft fortsetzen. „Dies ist keine soziale oder christliche Politik“, sagte er. Es sei vielmehr eine Finanzpolitik zu Lasten der zukünftigen Generationen. Bartsch kritisierte, dass die Große Koalition nicht einmal mehr über Steuermehreinnahmen nachdenke. Hier nannte er die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer und die Streichung von Subventionen. In Wirklichkeit werde nur die Politik von Schwarz-Gelb fortgesetzt.



Die Neuverschuldung will die Große Koalition noch in dieser Legislaturperiode hinter sich lassen.

Carsten Schneider, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, betonte, dass die Koalition sich vorgenommen habe, für solide und gerechte Finanzen zu sorgen und die öffentlichen Investitionen zu steigern. Dazu solle die Neuverschuldung auf Null gesenkt werden. Dieser Paradigmenwechsel in der Politik werde von der SPD „voll und ganz“ unterstützt. In den kommenden vier Jahren würden aber auch die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik erhöht und es werde einen Mindestlohn geben. Dadurch würde der Haushalt des Bundes auch entlastet, da kein Geld mehr für sogenannte Aufstocker ausgegeben werden müsse. In Europa sei zwar noch nicht das Ende der Krise er-

reicht, aber es gebe Licht am Horizont. Wichtig sei es dabei, die Bankenunion umzusetzen und für einen glaubwürdigen Abwicklungsmechanismus von Banken zu sorgen. Es müsse sichergestellt werden, dass der Steuerzahler ganz zuletzt zur Kasse gebeten werde - wenn überhaupt. Er forderte, dass der Bankfond schneller aufgefüllt werden müsse.

Für die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kerstin Andreae, ist die Große Koalition eine „teure Koalition“. So seien Mehrausgaben von 23 Milliarden Euro in den Koalitionsvereinbarungen beschlossen worden. Davon kostete das Rentenpaket allein jährlich zehn Mil-

liarden Euro. Für Zukunftsinvestitionen seien jedoch nur 2,4 Milliarden Euro vorgesehen. Dies sei eine falsche Prioritätensetzung und eine unsoziale Politik zu Lasten der nachkommenden Generationen.

Ralph Brinkhaus, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, kündigte an, dass das Steuersystem hierzulande vereinfacht werden solle. Dies sei Bürokratieabbau für den Mittelstand. Auch werde die Koalition darauf achten, dass es in Europa „gut läuft“. Dies sei besonders wichtig, da viele Regelungen in Zukunft auf europäischer Ebene gefasst würden. Dabei müsse sich Deutschland schon frühzeitig einbringen.

Michael Klein

Gut leben auch auf dem Land

LANDWIRTSCHAFT Der neue Minister Hans-Peter Friedrich (CSU) wirbt für deutsche Produkte

Die Stärkung des ländlichen Raumes sei die Antwort auf die Frage, wie auf dem Land gut gelebt werden kann, stellte Hans-Peter Friedrich (CSU) am Donnerstag in seiner ersten Rede als Landwirtschaftsminister vor dem Bundestag fest. Deshalb sei es politische Aufgabe, die unternehmerische Handlungsfreiheit der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft zu erhalten.

Das Wohl der Tiere Friedrich lobte das Niveau der Erzeugnisse und hob hervor, wenn die Bürger sich für Qualität entscheiden, dass sie in der Regel zu deutschen Produkten greifen würden. Die vergangene schwarz-gelbe Regierung habe bereits das Tierlabel auf den Weg gebracht und das Regionalfenster zur Produktinformation eingeführt, „damit der mündige Verbraucher in die Lage versetzt wird, Entscheidungen treffen zu können“. Ein wichtiges Ziel der Großen Koalition sei nun, mit einer „Tierwohl-offensive“ für mehr Vertrauen bei den Verbrauchern zu werben. Weiter hob der Minister hervor, dass die ökonomische Basis der Branche zu einem wesentlichen Teil vom Export abhängt, der einen Beitrag zur Sicherung der zukünftigen Welternährung leisten könne.

Eine Strategie, die Karin Binder (Die Linke) ablehnte, denn „Ertragssteigerungen sind nicht die Lösung“. Die Armen sollten in die Lage versetzt werden, sich selbst zu versorgen. „Deren Ackerflächen dürfen aber nicht dafür verwendet werden, um Futtermittel für die deutsche Fleischproduktion zur Verfügung zu stellen.“ Binder kritisierte weiter, dass der Verbraucher keine qualifizierten Entscheidungen fällen könne, weil er durch unzulängliche Kennzeichnungspflicht auf den Verpackungen zu wenig über ungesunde Inhaltsstoffe erfahre. Sie plädierte dafür, „dass eine gesunde, qualitativ hochwertige und kostenlose Schulverpflegung“ in der



Neue Aufgaben: Hans-Peter Friedrich (CSU)

Schule angeboten werden müsse, damit alle Kinder lernen würden, was vernünftige Ernährung sei.

Elvira Drobinski-Weiß (SPD) kritisierte das Leitbild der CDU/CSU vom mündigen Verbraucher, der aufgrund unzureichender Informationspflichten durch die Produzenten keine sachkundige Entscheidung treffen könne. „Doch die Verbraucherpolitik gehört zu dem Bereich, den die neue Bundesregierung auf eine neue Basis stellen wird“, kündigte sie an. Der Koalitionsvertrag habe den realen Verbraucher im Blick, der durch Beratung und Bildung in die Lage versetzt werde, durch Transparenz Entscheidungen zu treffen. Auch Ute Vogt (SPD) sah im Koalitionsvertrag neue Wegmarken gesetzt, die in der Agrarpolitik einen Wechsel herbeiführen und die bei der Tierhaltung das Tierwohl an die Bedürfnisse der Tiere anpassen sollen. Beide Rednerinnen äußerten außerdem Vorbehalte gegen den Einsatz grüner

Gentechnik in der Landwirtschaft. Vogt forderte deshalb von der Bundesregierung „ein klares Nein zu diesem Thema“ vor dem Hintergrund, dass auf EU-Ebene die Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 möglicherweise bevorsteht.

Für Harald Ebner (Grüne) bot die SPD-Forderung eine Vorlage zur scharfen Kritik, denn aus Koalitionsrason hätten am Donnerstagmorgen die Sozialdemokraten einen Antrag (18/180) der Grünen abgelehnt, der die Bundesregierung dazu aufgefordert hatte, den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Zulassung der Maislinie auf EU-Ebene abzulehnen.

Friedrich Ostendorff (Grüne) prangerte an, dass die Union weder bei dem Thema Massentierhaltung noch beim Missbrauch von Antibiotika in der Tierhaltung „in den letzten Jahren etwas zustande gebracht hat“. Zwar lobte Ostendorff Friedrich für „moderate Töne“, die der Minister während der Grünen Woche angesprochen habe, doch Marlene Mortler (CSU) beurteilte die Rede des Grünen als „unsäglich“, weil Ostendorff die deutsche Landwirtschaft pauschal verurteile. Die Union stehe dafür, Missstände aufzudecken, aber sie stehe auch für die Landwirte, die ihren Beruf nach bestem Wissen und Gewissen ausüben würden. Mortler betonte, dass die Lebensmittel nie sicherer waren als heute.

Mit einem Seitenhieb auf ihren Vorredner lehnte Mortler es ab, biologische und konventionelle Landwirtschaft einander auszuspielen. Bäuerliche Familienbetriebe seien weltweit die Voraussetzung für starke ländliche Räume. „Deshalb sind eine gute Ausbildung sowie Zugang zu Land und Eigentum der Schlüssel für eine gute Landwirtschaft weltweit“, sagte sie. Deutschland habe das Wissen und Können und soll seinen Beitrag leisten, „statt es durch die Grünen in Frage stellen zu lassen“.

Jan Eisel

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Umstellung auf SEPA ohne Probleme

FINANZEN Die rechtzeitige Umstellung des Zahlungsverkehrs in Deutschland auf das europaweite SEPA-System (Single Payments Area) wäre zum 1. Februar dieses Jahres problemlos möglich gewesen. Diese Ansicht vertrat der Vertreter der Bundesregierung in der Sitzung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche, in der es um die Verlängerung der SEPA-Einführungsfrist durch die EU-Kommission um ein halbes Jahr ging. Hintergrund der Maßnahme seien Probleme mit der Umstellung in anderen Ländern gewesen.

Ein besonders wichtiges Element von SEPA ist der Ersatz von Kontonummer und Bankleitzahl durch die IBAN, die sich in Deutschland aus dem Länderkennzeichen DE, einer zweistelligen Prüfzahl und der bekannten Bankleitzahl sowie der Kontonummer zusammensetzt. Verbraucher können bei Bankgeschäften bis 2016 noch die bisherige Bankleitzahl und Kontonummer verwenden. Erteilte Lastschriftmandate bleiben gültig.

Nach Angaben der Bundesregierung bedeutet die neue Frist, dass in den sechs Monaten keine Sanktionen verhängt würden, falls SEPA nicht angewendet werden würde. Es sei bedauerlich, dass die Mitgliedstaaten von dem EU-Verordnungsvorschlag nicht vorher informiert worden seien. Der Vorschlag führe zu unnötigen Verunsicherungen bei den Marktteilnehmern, erklärte die Regierung. Diese Befürchtung hatte auch die SPD-Fraktion geäußert. Die CDU/CSU-Fraktion kritisierte, dass die EU-Kommission die Wirtschaft nicht ausreichend genug konsultiert habe. Die Linksfaktion bemängelte das schleppend verlaufende Umstellungsverfahren. Die Grünen kritisierten, dass bei SEPA-Lastschriftkennzeichen der Name des Einzeliähers auf den Kontoauszügen nicht immer erscheine. Von der Bundesregierung hieß es dazu, die Lastschriften würden mit Bezeichnung des Einzeliähers angeknüpft und könnten bei der Abbuchung dann anhand der Gläubiger-Identifikationsnummer genau zugeordnet werden.

h/e

EEG-Ausnahmen ab 2015 gefährdet

WIRTSCHAFT Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat in der vergangenen Woche einen Antrag der Grünen (18/291) abgelehnt, mit dem das Ziel verfolgt wurde, nur noch tatsächlich stromintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, bei der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu entlasten. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD lehnten den Antrag ab, Grüne und Linke waren dafür. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, schnell einerseits die europarechtswidrigen Regelungen zur Besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) zu ändern und „gleichzeitig das von allen Fraktionen im Bundestag getragene effiziente und erfolgreiche System der Einspeisevergütungen im EEG zu erhalten“. Hintergrund des Antrages ist ein von der EU-Kommission eröffnetes Beihilfeprüf-

verfahren zu den Ausnahmeregelungen im EEG, die in der letzten Legislaturperiode noch ausgesetzt worden waren.

Die CDU/CSU-Fraktion bezeichnete die Ausnahmen für stromintensive Unternehmen als wichtig und richtig. Es gehe darum, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die SPD-Fraktion äußerte sich besorgt. Die Eröffnung des EU-Verfahrens führe dazu, dass 2015 keine Bescheide für Ausnahmen von der EEG-Umlage verschickt werden dürften. Das bedeute, dass alle Unternehmen die volle Umlage zu zahlen hätten, wenn nicht rechtzeitig eine europarechtskonforme Lösung komme. Die Linke warnte davor, dass durch das EU-Verfahren das gesamte EEG in Frage gestellt werden könne. Es sei ein Fehler gewesen, die Ausnahmeregelungen auszuweiten.

h/e

Kleine Agrarbetriebe vor Ausgleich

LANDWIRTSCHAFT Der Bundestag hat am vergangenen Freitag mit großer Mehrheit dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zur Gewährung einer Umverteilungsprämie (18/282) zugestimmt. Das Parlament folgte dabei einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (18/390).

Mit dem Gesetz sollen finanzielle Einbußen für kleine und mittlere Agrarbetriebe kompensiert werden, die sich in Folge der Reform des Systems der Direktzahlungen ab 2015 im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik bereits auf das laufende Jahr auswirken. Die Regierungskoalition und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmten bei Enthaltung der Fraktion Die Linke für die Erhöhung der Direktzahlungsprämien zugunsten der ersten Hektarflächen an Landwirte, die einen Antrag auf Aus-

gleich für den Wegfall der gestaffelten Modulationskürzung stellen. Mit dem Gesetz werden die Fördermittel für die ersten 30 Hektar um 50 Euro je Hektar und für weitere 16 Hektar um 30 Euro je Hektar erhöht. Insgesamt stehen für das Jahr 2014 rund 352 Millionen Euro zur Finanzierung der Prämie bereit. Diese Mittel entsprechen 6,8 Prozent der zur Verfügung stehenden nationalen Obergrenze des Förderumfuges an EU-Mitteln für Direktzahlungen.

Dies war den den Grünen zu wenig. Deshalb forderten sie bei den Ausschussberatungen eine Erhöhung auf 20 bis 30 Prozent. Die SPD erinnerte an die Alternative zu dem Gesetz, die eine Kappungsgrenze vorgesehen hätte. Die Linke kritisierte, dass der Beschluss die Fördermittel aus dem Osten Deutschlands in den Südstetten „umverteilt“. Die Union hingegen lobte die schnelle Umsetzung.

eis

Rekordumsatz bei der Bahn

VERKEHR Netzzagentur kritisiert mangelnden Wettbewerb

Auf dem Eisenbahnverkehrsmarkt konnte im Jahr 2012 ein neuer Rekordumsatz von 18,5 Milliarden Euro erzielt werden. Das sind drei Prozent mehr als 2011. Dies schreibt die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen in ihrem Tätigkeitsbericht 2012 für den Bereich Eisenbahnen, den die Bundesregierung als Unterrichtung (18/356) vorgelegt hat.

Spitzenwert Die Verkehrsleistung im Personenfernverkehr sei auf einen „neuen Spitzenwert“ von 37 Milliarden Personenkilometer (Pkm) gestiegen. Ebenso hätten im Personennahverkehr die Werte des Jahres 2011 weiter gesteigert werden können (2011: 49 Milliarden Pkm, 2012: 51 Milliarden Pkm). Dagegen seien die Verkehrsleistungen im Schienengüterverkehr im Jahr 2012 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes um rund drei Prozent (2011: 113 Milliarden Tonnenkilometer, 2012: 110

Milliarden Tonnenkilometer) gesunken. Die Umsätze seien dagegen stabil geblieben.

„Im Ganzen ist der Wettbewerb in den verschiedenen Verkehrssegmenten unterschiedlich ausgeprägt“, heißt es in dem Bericht weiter. Während im Schienenpersonennah- und Schienengüterverkehr der Wettbewerbsanteil in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sei, sei ein nennenswerter Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr weiterhin ausgeblieben. Markteintritte und das Erbringen größerer Verkehrsleistungen durch Wettbewerbsunternehmen würden sich weiterhin schwierig gestalten. So sei der Anteil der Wettbewerber im Schienenpersonenverkehr um ein Prozent auf 27 Prozent der Tonnenkilometer und im Personennahverkehr um ein Prozent auf 15 Prozent angestiegen. Im Schienenpersonennahverkehr liege deren Marktanteil weiterhin bei unter ein Prozent der Personenkilometer, so die Netzzagentur.

Insgesamt bestehe auch bei den Eisenbahninfrastrukturunternehmen weiterhin eine hohe Marktkonzentration, heißt es weiter. Dabei würden die Betreiber der Schienenwege im Konzern der Deutschen Bahn AG insgesamt wie im Vorjahr ein Marktanteil von 98 Prozent erreichen. Bezogen auf die Länge des Netzes seien dies 90 Prozent.

Nach wie vor zeige sich in allen Segmenten, dass Wettbewerb und die damit verbundene nachhaltige positive Entwicklung des Eisenbahnsektors sich nicht von allein entfalten würden.

mik



Privatbahnen kommen nicht richtig zum Zuge.

KURZ NOTIERT

Gremienmitglieder gewählt

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche (18/359) ein Vertrauensgremium gemäß § 10a Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung eingesetzt. Gewählt wurden (18/359): CDU/CSU: Norbert Barthle, Reinhard Brandl, Bartholomäus Kalb, Rüdiger Kruse; SPD: Bettina Hagedorn, Johannes Kahrs, Carsten Schneider; Die Linke: Dietmar Bartsch; Bündnis 90/Die Grünen: Anja Hajduk.

Eingesetzt wurde ein Gremium gemäß des Bundeshaushaltsrechnungswesengesetzes (18/360). Die Mitglieder sind (18/361): CDU/CSU: Norbert Brackmann, Cajus Caesar, Klaus-Dieter Gröhler, Christian Hirte, Bartholomäus Kalb; SPD: Ulrike Gottschalk, Thomas Jurk, Johannes Kahrs; Die Linke: Gesine Lötzsch; B. 90/Grüne: Sven-Christian Kindler.

Dem Finanzmarktgremium gehören an (18/377): CDU/CSU: Klaus-Peter Flosbach, Bartholomäus Kalb, Volkmar Klein, Antje Tillmann; SPD: Metin Hakverdi, Hans-Ulrich Krüger, Carsten Sieling; Die Linke: Roland Claus; B. 90/Die Grünen: Gerhard Schick.

Außerdem wurden die Mitglieder des Gremiums nach dem Zollfahndungsdienstgesetz gewählt, das über Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Grundgesetz) durch das Zolldienstgesetz (ZKA) unterrichtet wird. Mitglieder sind (18/373): CDU/CSU: Uwe Feiler, Axel E. Fischer, Michael Friese, Hans-Ulrich Krüger, Ingrid Arndt-Brauer, Gabriele Fograscher, Manfred Zöllmer; Die Linke: Jan van Aken; B. 90/Grüne: Irene Mihalic. mik/hle

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Wer nicht abgehängt werden will, muss investieren: Der Netzausbau soll in Deutschland erheblich beschleunigt werden.

Mehr Geld für Klimafonds

HAUSHALT Der Bundesfinanzminister hat eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 14 Millionen Euro und einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in einer Höhe von 73 Millionen Euro für den Energie- und Klimafonds (EKF) zugestimmt. Eine entsprechende Unterrichtung nahm der Haushaltsausschuss in der vergangenen Woche zur Kenntnis. Danach ist die überplanmäßige Ausgabe notwendig, um das Zuschussprogramm der KfW zur Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung durch Privateigentümer (CO₂-Gebäudesanierungsprogramm) während der vorläufigen Haushaltsführung in diesem Jahr „nahtlos“ weiterlaufen lassen zu können. Andernfalls könnten rund 56.000 Förderanträge in einem Umfang von rund 87 Millionen Euro nicht bewilligt werden. Ein Programmstopp hätte erhebliche negative Auswirkungen für Investoren, Mittelstand und Handwerk und würden die im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele zur Umsetzung der Energiewende konterkarieren. Die Sprecher der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD betonten, dass mit dieser überplanmäßigen Ausgabe Investoren und mittelständische Handwerker Planungssicherheit hätten. Die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen kündigten an, sich während der Etatberatungen zum Haushalt 2014 dafür einsetzen zu wollen, dass der EKF erhöht wird. *mik*

Mehdorns will Eröffnung 2015

VERKEHR Der Flughafen Berlin Brandenburg (BER) soll im Jahr 2015 komplett in Betrieb genommen werden. Dieses Ziel verkündete Flughafen-Chef Hartmut Mehdorn der vergangenen Woche vor dem Verkehrsausschuss. Ein konkretes Datum nannte Mehdorn jedoch nicht. „Wir geben dieses Datum erst nach draußen, wenn wir wissen, dass wir es auch einhalten können“, sagte er und machte deutlich: „Eine weitere Verschiebung eines einmal genannten Eröffnungstermins wird es nicht geben.“ Mehdorn verteidigte vor den Abgeordneten seinen Plan, ab Juli 2014 am schon fertiggestellten Pier Nord des BER einen Probebetrieb mit täglich zwei oder drei Flügen durchführen zu wollen. Der dafür errechnete Mehraufwand von fünf Millionen Euro werde sich schnell amortisieren, sagte er. Etwa indem es gelänge, mittels des Probebetriebes Fehler bei der IT-Anlage früher zu finden und zu beheben und so den Gesamtflughafen eher eröffnen zu können. Schließlich verursache der BER derzeit monatlich Kosten in Höhe von 17 Millionen Euro. „Es wäre geradezu arrogant, die Chance für Tests nicht zu nutzen“, urteilte der Flughafen-Chef. Eine deutliche Absage erteilte er dem Bau einer dritten Startbahn. „Das ist kein Thema“, so Mehdorn. Hingegen soll seiner Aussage nach die Sanierung der Startbahn Nord im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Was den Vorwurf angeht, die Flughafen GmbH habe Rechnungen von einigen am Bau beteiligten Unternehmen nicht beglichen, räumte Mehdorn ein, dass es noch nicht bezahlte Rechnungen gebe. Diese seien jedoch nicht korrekt aufgefertigt oder nicht ausreichend belegt gewesen, sagte er. „Wir haben da eine weiße Weste“, stellte der Flughafen-Chef klar. *hau*

Gut vernetzt

VERKEHR Minister Dobrindt (CSU) will Datentransport beschleunigen. Auch die Bahn soll pünktlicher werden

Vernetzung heißt das Gebot der Stunde. Das digitale und die klassischen Infrastrukturen beginnen zu verschmelzen. Autos werden in einigen Jahren permanent online sein, im Logistikbereich ist das heute schon mehr die Regel als die Ausnahme. Auch Privatreisende wollen heute in Zügen mit ihren Smartphones über Funkverbindungen (WLAN) ins Internet. Der Netzausbau ist eine Herausforderung, der sich die Koalition stellen will.

Bündelung Mit der Bündelung von Verkehrs- und Internetaufgaben in einem Ministerium ergeben sich nach Ansicht des neuen Ministers Alexander Dobrindt (CSU) völlig neue Chancen. Damit könne man jetzt „zusammen denken, zusammen planen und zusammen errichten. Das ist genau der Ansatz, der über die Zukunftschancen unseres Landes entscheidet und deswegen über die Zukunftschancen eines jeden einzelnen von uns“, sagte Dobrindt in der Debatte des Bundestages am Donnerstag.

Der Zugang zur digitalen Welt werde maßgeblich dafür ein, „ob auch die nächste Generation Zukunftschancen in unserem Land

hat“, erklärte der Verkehrsminister. Es gehe auch um Gerechtigkeit. Jeder habe Anspruch darauf, an dieser neuen Technologie teilzuhaben. Und ein Ausbau der digitalen Infrastruktur sei dringend erforderlich: „2020 werden wir fünfzigmal mehr Daten transportieren und speichern müssen, als dies zur Zeit der Fall ist.“ Dabei gehe es nicht nur um Kommunikation zwischen Handys, sondern auch um selbstständige Kommunikation von Maschinen, die Produktionsprozesse bestimmen werde, sagte Dobrindt zur „Industrie 4.0“. Die Bedeutung der digitalen Infrastruktur sei so groß, „dass wir sie neben der Arbeit, neben den Ressourcen und neben dem Kapital als vierten Produktionsfaktor bezeichnen können“. Daher dürfe man sich in Europa nicht technisch von anderen Regionen der Erde abhängen lassen, sagte der Minister, der auch die Bedeutung der „digitalen Souveränität“ betonte. Er werde eine „Netzallianz digitales Deutschland“ ins Leben rufen für alle, die investitionswillig seien.

»2020 werden wir fünfzigmal mehr Daten transportieren müssen.«
Alexander Dobrindt (CSU)

will Dobrindt achten und in Straßen, Bahnen, sowie in Wasserwege investieren. Mobilität sei ein Grundrecht, und daher müsse auch in den Eisenbahnverkehr investiert

werden. Da die Bahn nicht nur Reisemittel, sondern immer häufiger Arbeitsplatz sei, müsse es mehr leistungsfähige Internetanschlüsse in Zügen geben. Um auch Fahrer ausländischer Pkw an den Kosten für die Straßen-Infrastruktur zu beteiligen, will Dobrindt einen Gesetzentwurf für die Einführung einer Pkw-Maut vorlegen. Der Entwurf werde europarechtskonform sein, versicherte der Minister. Der Markt für Elektromobilität beginne zu wachsen, es müssten aber noch weitere Anreize gesetzt werden, etwa Sonderparkplätze für Elektrofahrzeuge.

Starke Wirtschaft Das Credo Mobilität und Modernität beschreibe sehr gut die Aufgaben des Ministeriums, erklärte Sören Bartel (SPD). Als starke Wirtschaftsnation habe Deutschland im Verkehrssektor wie auch bei der digitalen Infrastruktur viel erreicht, „und doch reicht das nicht aus“. Bahnreisende würden sich über unpünktliche Züge aufregen, Autofahrer über Staus und Schlaglöcher klagen, und Internetnutzer würden langsame Datenverbindungen kritisieren. Der Koalitionsvertrag sei ein Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre, mit dem Mobilität und Internetzugänge verbessert werden sollten. Zuverlässigkeit und Pünkt-

lichkeit müssten wieder zum Markenkern der Deutschen Bahn werden. In diesem Zusammenhang begrüßte Bartel auch die Ausweitung der Lkw-Maut. Die Erträge würden 1:1 in die Infrastruktur fließen.

Ulrich Lange (CSU) mahnte Bartel und die SPD, nicht nur an die Maut für Lastkraftwagen zu denken, sondern auch die Maut für ausländische Pkw nicht zu vergessen. Wie Bartel erklärte auch Lange, es müsse etwas gegen die Unterschiede bei der digitalen Versorgung zwischen Stadt und Land getan werden.

Die Koalition habe ein flüssiges und realistisches Programm - auch und gerade beim Bundesverkehrswegeplan“, sagte Lange zu Vorwürfen der Opposition, die Straßenausbaupläne seien völlig unrealistisch. Die Bürger würden auf neue Ortsumgehungen warten und wollten nicht mehr so viel Lärm in ihren Wohnorten ertragen müssen.

„Wir brauchen Mobilität für alle, aber mit weniger Verkehr“, forderte Sabine Leidig (Die Linke). Es könne nicht so weiter gehen, dass immer mehr Lkw-Konvois auf den Straßen fahren würden. Der zerstörerische Klimawandel werde entscheidend vom motorisierten Verkehr befeuert. Dass der Lkw-Verkehr in den nächsten 15 Jahren um 70 Pro-

zent wachsen solle, sei „Transportwahnsinn“. Es müsse eine regionale Strukturpolitik geben, damit Produkte nicht durch ganz Europa gekarrt würden, sondern in der Nähe ihres Herstellungsortes auf den Markt kommen könnten. Schädlicher Straßenverkehr müsse vermieden werden. Es reiche nicht, mehr Geld für Infrastruktur zu fordern: „Es kommt darauf an, was man daraus macht.“ Das Bahnnetz sei vielfach in desolatem Zustand, kritisierte Leidig. Dass Dobrindt die Bahn modernisieren und die digitale Welt in den Zug bringen wolle, sei prima. Aber die meisten Bahnreisenden seien im Nahverkehr abseits der großen Magistralen unterwegs. Und da sei der Zustand vieler Bahnhöfe beklagenswert.

»Klimaschutz kommt nicht vor.« Dass die Große Koalition die Verkehrspolitik fast ausschließlich als Instrument der Wirtschaftspolitik verstehe, kritisierte Stephan Kühn (Grüne). „Die Begriffe Klimaschutz und Nachhaltigkeit tauchen nicht einmal im Prosatext des Koalitionsvertrages auf“, kritisierte er. Wer Klimaschutz im Verkehrsbereich nicht als zentrale Gestaltungsaufgabe begreife, werde den Herausforderungen nicht gerecht. Zur notwendigen Reduzierung der Abhängigkeit vom Öl sage die Koalition nichts. „Sie wollen hier Minister für virtuelle Realitäten werden, und den Zahn werden wir Ihnen ziehen“, sagte Kühn zu Dobrindt. *Hans-Jürgen Leersch*

»Sie wollen Minister für virtuelle Realitäten werden.«
Stephan Kühn (Grüne)

Mit allen diplomatischen Hebeln

UMWELT Barbara Hendricks (SPD) will für eine ambitionierte Klimapolitik kämpfen

„Diese Bundesregierung wird Kurs halten.“ Dieses Versprechen gab die neue Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zu Beginn ihrer Regierungserklärung am Freitag ab. National wie international wolle sich die Große Koalition für eine Politik der Nachhaltigkeit und eine rechtlich verbindende und ambitionierte Klimapolitik einsetzen, versicherte Hendricks. Es werde zwar nicht einfach, auf der UN-Klimaschutzkonferenz Ende 2015 in Paris ein globales, rechtliches bindendes und vor allem substantielles Klimaschutzabkommen durchzusetzen, räumte Hendricks ein. „Wir werden aber jeden diplomatischen Hebel dafür in Bewegung setzen.“ Hendricks kündigte an, noch in diesem Jahr einen nationalen Klimaschutzplan mit klaren Zwischenzielen für die nächsten Jahrzehnte zu erarbeiten und ein ressortübergreifendes Sofortprogramm für den Klimaschutz vorzulegen.

Städte fördern Hendricks, die in der neuen Legislaturperiode auch für den Bereich Bau zuständig ist, bezeichnete es als richtig, Umweltschutz, Stadtentwicklung und Bauen in einem Ressort zusammenzuführen. Schließlich würden 80 Prozent der Energie und Ressourcen in Städten verbraucht. Es sei daher eine Schwerpunktaufgabe der kommenden Jahre, die Städte zukunftsfähiger zu machen. Konkret kündigte Hendricks an, den sozialen Wohnungsbau in Deutsch-

land stärken zu wollen sowie ein Bündnis für soziales Bauen und Wohnen zusammen mit den Ländern, der Immobilienwirtschaft, Bauchfachleuten und Sozialverbänden auf den Weg zu bringen. Durch die Aufstockung des Etats für die Städtebauförderung von bisher 450 Millionen jährlich auf nunmehr 700 Millionen Euro sei diese zu einem „wirklich schlagkräftigen Gestaltungsmittel“ geworden. Städte und Gemeinden würden so gezielt bei der Gestaltung des demografischen, sozialen und ökologischen Wandels unterstützt werden, betonte die Ministerin.

Die Suche nach einem geeigneten Atomendlager bezeichnete Hendricks als ein Projekt von „nationaler Bedeutung“. Der Bundestag werde bald die geplante Endlagerkommission ins Leben rufen. Sie wolle außerdem dafür sorgen, dass das Bundesamt für kerntechnische Versorgung im Sommer seine Arbeit aufnehmen könne. Nach Ansicht von Georg Nüßlein (CDU) ist die Suche nach einem Atomendlager „eine der vornehmsten Aufgaben der Großen Koalition“. Er kritisierte die Entscheidung einiger Umweltverbände, nicht an der geplanten Endlager-Kommission teilnehmen zu wollen. Es gehe darum, „ein großes Problem gemeinschaftlich so zu lösen, dass das Ergebnis am Schluss auch gemeinschaftlich akzeptiert wird“, appellierte Nüßlein an die Verbände. Ute Voigt (SPD) betonte, es sei

nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Umweltverbände, die Atomendlagerfrage mitzuentcheiden.

Neue Dynamik Ralph Lenkert (Die Linke) vermisste im Programm der Ministerin „konsequente und effektive Umweltschutzmaßnahmen“, etwa den Einsatz für eine salzfreie Werra, für Mindestabstände von Hochspannungsleitungen und für mehr Lärmschutz an Straßen, Schienen und Flughäfen. Peter Meiwald (Bündnis 90/Die Grünen) lobte zwar Hendricks' Pläne für ein Klimaschutzsophistikationsprogramm. Doch fehlte ihm im Programm der Umweltministerin eine „neue Dynamik“. Was sei mit den Wäldern, Monokulturen, Wasserversäuerung und Flächenverbrauch? „Wenn wir so weiter machen wie bisher, ist unser ökologischer Fußabdruck nachhaltig schädigend, aber nicht enkeltauglich“, warnte Meiwald. Er forderte Hendricks zudem auf, sich gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft einzusetzen. Es müsse Schluss sein damit, Politik gegen die Interessen der Bevölkerung zu machen. *Johanna Metz*

Anzeige



Sie sprechen viel. Aber transportieren Sie auch Inhalte?

Sprachtraining für alle, die reden können müssen.

Individuell. Vertraulich. Nachhaltig.

Pierre Sanoussi-Bliss,
Abschluss HfS »Ernst Busch« Berlin,
30 Jahre Berufserfahrung

Kontakt: politsprache@hotmail.de | Telefon 01 76 67 56 96 59



Ursula von der Leyen (CDU) dürfte es vorher gehat haben. Aber spätestens in der vergangenen Woche ist es für die neue Verteidigungsministerin wohl zur Gewissheit geworden: Ihr neuer Arbeitsplatz gleicht in weiten Teilen einer Baustelle. Die Bundeswehr ächzt unter der Doppelbelastung aus Auslandseinsätzen und der gleichzeitig zu bewerkstelligen Reform. Die auf einen Höchststand in der Geschichte der Bundeswehr gestiegenen Eingaben beim Wehrbeauftragten des Bundestages unterstrichen dies noch einmal. Die Probleme sind allerdings schon länger bekannt: Der Dienst in der Bundeswehr ist nicht attraktiv und familienfreundlich genug, die Soldaten klagen über Standort-schließungen im Zuge der Bundeswehrreform und die damit verbundene Pendelerei zwischen Wohn- und Dienstort sowie häufige Versetzungen und Einsätze im Ausland. Hinzu kommen die Ergebnisse einer Studie der Bundeswehr, die ein eher düsteres Bild von der Situation der Frauen in der Truppe zeichnet (siehe Artikel unten und Interview rechts).

Nachdem die Ministerin bereits in der vorangegangenen Sitzungswoche des Bundestages angekündigt hatte, den Dienst in der Truppe familienfreundlicher zu gestalten, legte sie in der vergangenen Woche vor dem Parlament noch einmal nach: „Eine familienfreundliche Bundeswehr wird nicht schwächer, sie wird stärker.“ Und: „Mehr Frauen in der Bundeswehr machen die Bundeswehr ganz sicher nicht schwächer, sondern sehr viel stärker.“

Verpflichtungen Trotz aller der offenkundigen Probleme machte Ministerin von der Leyen auch klar: Aus ihrer Sicht muss und wird sich Deutschland auch in Afrika militärisch stärker engagieren: „Wir überprüfen die Ergänzung, aber auch die Aufstockung der Zahl unserer Soldatinnen und Soldaten, die in Mali schon im Einsatz sind, und wir prüfen eine Unterstützung der kommenden EU-Mission in der Zentralafrikanischen Republik.“ Und sie fügte an: „Wir haben diese EU-Mission als Europäer gemeinsam auf den Weg gebracht. Also müssen wir uns jetzt, wenn wir diese Mission ausplanen, auch entsprechend verhalten.“

Wie das verstärkte deutsche Engagement konkret aussehen soll, darüber schwieg sich die Ministerin jedoch weitestgehend aus und einen Kampfeinsatz in Zentralafrika schloss sie sogar kategorisch aus. Zur Diskussion stellte sie zumindest die Bereitstellung eines Medevac-Airbuses der Bundeswehr für den medizinischen Lufttransport. Über diese Fähigkeit verfügten die europäischen Verbündeten nicht. „Wenn diese Fähigkeiten nötig sind, dann sollten wir sie auch stellen“, argumentierte von der Leyen. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus weist im Interview jedoch darauf hin, dass das dafür benötigte medizinische Personal in den Krankenhäusern weitere Lücken reißen könnte. Und im Sanitätsbereich lebe die Truppe bereits jetzt „von der Hand in den Mund“. (Siehe Interview rechts)

Fundamentalkritik Bei der Opposition stieß von der Leyen mit ihrem Afrika-Kurs allerdings auf mitunter harsche Kritik. Am fundamentalsten formulierte sie Alexander S. Neu von der Linksfaktion, die die Auslandseinsätze seit jeher prinzipiell ablehnt. „Die beste familienfreundliche Bundeswehr ist eine Bundeswehr, die zu Hause bleibt, die das Territorium Deutschlands verteidigt, und keine Interventionsarmee“, hielt er der Ministerin in Anspielung auf ihre Ankündigung, den Dienst in der Truppe familienfreundlicher machen zu wollen, entgegen. Neu machte klar, dass militärische Interventionen in Afrika aus Sicht seiner Fraktion nicht mit dem im Grundgesetz definierten



Truppenbesuch: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Gespräch mit Soldaten der Bundeswehr.

Auf der Baustelle

VERTEIDIGUNG Trotz großer Probleme in der Bundeswehr will von der Leyen (CDU) das Militär-Engagement in Afrika verstärken

Verteidigungsfall in Einklang zu bringen ist. Verteidigung liege nur dann vor, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen werde. Deutschland werde seiner internationalen Verantwortung am besten durch einen Beitrag zu einer „fairen Weltwirtschaft“ gerecht, „statt mit Krieg und militärischer Drohpresenz deutsche Exportchancen zu erkämpfen“, argumentierte Neu. Der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold nahm diese Fundamentalkritik zum Anlass, um mit dem außen- und sicherheitspolitischen Kurs der Linksfaktion hart ins Gericht zu gehen. Die Linke entferne „sich immer weiter von den Betrachtungen der realen Welt mit ihren Risiken und Gefahren und den Sorgen der Menschen“. Solange die Linksfaktion ihren Kurs nicht ändere, werde es auch keine anderen politischen Mehr-

heiten in Deutschland geben, stellte Arnold mit Blick auf mögliche Koalitionen zwischen SPD und Linken auf Bundesebene klar. Kritik an der Afrika-Politik der Bundesregierung wurde aber auch aus den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen laut. Die richtige Antwort auf die Bilder der Flüchtlingskatastrophe vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa sei es nicht, mehr Militär nach Afrika zu entsenden, sondern einen Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik vorzunehmen, forderte die grüne Verteidigungspolitikerin Agniezka Brugger. Die Parlamentarierin schloss eine Zustimmung ihrer Fraktion zu möglichen neuen Mandaten für Einsätze in Mali und der Zentralafrikanischen Republik jedoch nicht kategorisch aus. Ihre Fraktion werde die vor-

gelegten Mandate „genau und kritisch prüfen“, kündigte Brugger an. Der CDU-Verteidigungsexperte Henning Otte hielt Brugger mit Blick auf die angesprochene afrikanische Flüchtlingsproblematik entgegen, es müsse darum gehen, „den Menschen dort zu helfen, wo sie leben“. Auf diese Weise ließen sich die Massenflucht nach Europa am besten verhindern. Otte bekannte sich ausdrücklich zu den Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den europäischen Verbündeten. Es sei kein Signal der Verlässlichkeit, wenn man „Frankreich das Gefühl gibt, man stehe militärisch an der Seite dieses Partners, und man in Deutschland in der Bevölkerung den Glauben entstehen lässt, man könne sich bei militärischen Fragen vornehm zurückhalten.“

Alexander Weinlein

»Wir müssen klären, was die Truppe leisten kann«

WEHRBEAUFTRAGTER Hellmut Königshaus will die Ziele der Bundeswehrreform auf den Prüfstand stellen

Herr Königshaus, zum wiederholten Mal haben Sie davor gewarnt, dass die Bundeswehr in vielen Bereichen die Grenze der Belastbarkeit erreicht und teilweise auch überschritten hat. Trotzdem will die Bundesregierung das militärische Engagement in Afrika verstärken. Nimmt man Ihre Warnungen nicht ernst?

Ich weiß natürlich nicht, wie die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen darauf reagiert. Aber es geht ja um die Fakten und nicht darum, wer sie präsentiert. Anfänglich hatte die Ministerin sehr allgemein über Lufttransportkapazitäten der Bundeswehr gesprochen, die Deutschland anbieten könnte. Davon höre ich aktuell aber nichts mehr...

...weil gerade der Lufttransport der Bundeswehr seit Jahren zu den extrem beanspruchten Bereichen gehört?

Richtig. Beim Lufttransport haben wir kaum noch ausreichend Ressourcen, um selbst die gegenwärtigen Auslandseinsätze verlässlich zu versorgen. Jetzt wird überlegt, ob die Bundeswehr ihren Medevac-Airbus, den medizinischen Lufttransporter anbieten kann. Aber auch das ist mit Folgen verbunden, die vielleicht noch nicht jeder absieht. Denn im Einsatzfall für den Medevac muss das entsprechende medizinische Personal aus Bundeswehr-Krankenhäusern abgerufen werden. Doch genau dort, beim Sanitätsdienst, stoßen wir auf den nächsten Personalengpass in der Truppe. Auch in diesem Bereich lebt die Bundeswehr derzeit von der Hand in den Mund.

Würden Sie sich bei den Einsätzen mehr Zurückhaltung wünschen bis zum Abschluss der Bundeswehrreform, die die Truppe zusätzlich stark belastet?

Diese Frage kann letztendlich nur die Politik beantworten und nicht der Wehrbeauftragte. Im europäischen Bündnis sind die Partner aufeinander angewiesen. Deshalb kann sich Deutschland nicht einfach enthalten. Um so wichtiger ist es aber, innerhalb des Bündnisses zu klären, wer welche Fähigkeiten anbieten kann und diese Fähigkeiten besser abzustimmen als in der Vergangenheit. Auch das hat Ministerin von der Leyen gegenüber den Partnern angesprochen. Mit jeder Initiative, die die Ministerin bislang gestartet hat, stößt sie auf die drängendsten Probleme. Und mein bisheriger Eindruck ist, dass sie diese Probleme auch anpacken und lösen will.

Sie haben deutliche Zweifel angemeldet, ob die Bundeswehr durch die Reform wirklich einsatzfähiger, nachhaltiger finanziell und attraktiver wird. An welchen Stellen der Reform müsste denn nachgebessert werden?

Es gilt ja die durchaus ehrgeizige Zielvorgabe, zukünftig gleichzeitig zwei große Auslandseinsätze etwa wie in Afghanistan und mehrere kleine Einsätze stemmen zu können. Und dies vor dem Hintergrund, dass wir schon mit den aktuellen Einsätzen am Rande der Leistungsfähigkeit angekommen sind. Die Frage, was die Bundeswehr leisten kann, ist aber keine einfache Rechenauf-

gabe, die sich allein nach der Anzahl der Soldatinnen und Soldaten lösen lässt. Geklärt werden muss vor allem die Frage, wie lange die Bundeswehr solche Einsätze leisten kann. Die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten müssen in regelmäßigen Abständen abgelöst werden. Sonst werden sie durch zu lange Trennungszeiten von ihren Familien enturzelt. Wir haben nur begrenzte personelle und auch finanzielle Mittel. Und an diesen Stellen besteht ein gewisser Bruch zu den ambitionierten Verteidigungspolitischen Richtlinien. Wir müssen vor allem klären, was die Bundeswehr benötigt, um Einsätze mit einer Vorbereitungszeit von lediglich zwei bis drei Monaten leisten zu können. Keiner der aktuellen Einsätze konnte lange vorher geplant werden. Aus der Sicht des Wehrbeauftragten geht es nicht an, dass wir Soldatinnen und

Soldaten in Einsätze schicken und uns erst hinterher Gedanken darüber machen, welches Material und Ausrüstung sie dort benötigen. Dies ist beim Afghanistan-Einsatz am Anfang leider so passiert.



Hellmut Königshaus

Gleichzeitig zur Bundeswehrreform wurde nun binnen weniger Jahre zum zweiten Mal die politische Führung des Verteidigungsministeriums ausgetauscht. Bringt das zusätzliche Unruhe in eine ohnehin schon verunsicherte Truppe?

Ich glaube, das Ministerium ist mit der neuen Ministerin gut aufgestellt.

Weil Ursula von der Leyen als ausgewiesene Familien- und Sozialpolitikerin sich auf einen Bereich der Bundeswehr konzentrieren will, der ebenfalls große Probleme, spricht die mangelnde Familienfreundlichkeit und Attraktivität als Arbeitgeber, bereitet?

Nicht nur deswegen, aber schon das ist ein wichtiger Grund. Auch wenn dies derzeit ja gerne etwas spöttisch bewertet wird. Dabei ist dies ein zentrales Problem. Wenn in diesen Bereichen nicht nachgebessert wird, dann hat die Bundeswehr im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs auf Dauer keine Chance mehr. Die Soldatinnen und Soldaten haben den Eindruck, so berichten sie mir, dass der Familienfreundlichkeit viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Wer dies als „Gedöns“ abtut, gehört sicherlich nicht zu den Familienvätern, die in der Bundeswehr dienen. Dies hört man nur von Stammtischstrategen, die mit einer gewissen Nostalgie an ihre Zeit in der Bundeswehr als ledige Wehrpflichtige ohne familiäre Verpflichtungen zurückdenken. Frau von der Leyen hat sich sowohl als Familien- als auch als Sozialministerin schnell in die Themen ihres Ressorts eingearbeitet und Durchsetzungskraft bewiesen. Das wird sie gewiss auch jetzt tun. Sie hat schon in den ersten Wochen als Verteidigungsministerin ein sehr hohes Tempo vorgelegt und ich bin da sehr zuversichtlich.

Das Interview führte Alexander Weinlein.

Hellmut Königshaus zog 2004 für die FDP in den Bundestag ein. Im Frühjahr 2010 wurde er vom Bundestag zum Wehrbeauftragten des Parlaments gewählt.

Alle Jahre wieder: An den Grenzen der Belastbarkeit

BUNDESWEHR Historischer Höchststand bei den Eingaben von Soldaten an den Wehrbeauftragten. Die Truppe leidet unter der Doppelbelastung durch Einsätze und Streitkräftereform

Es war ein trauriger Rekord, den Hellmut Königshaus, Wehrbeauftragter des Bundestages, in der vergangenen Woche zu vermelden hatte. Noch nie in der Geschichte der Bundeswehr sind so viele Eingaben im Verhältnis zur Truppenstärke im Büro des Wehrbeauftragten eingegangen. So stieg die Eingabquote von 2012 bis 2013 um mehr als 20 Prozent von 21,8 auf 27,7 pro tausend Soldaten. Dies geht aus dem Jahresbericht 2013 (18/300) hervor, den Königshaus am Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergab.

Als Ursachen für die erneut gestiegene Unzufriedenheit in der Truppe benennt Königshaus vor allem die anhaltende Doppelbelastung der Soldaten durch die Auslandseinsätze und die Streitkräftereform. Besonders problematisch sei es, dass die Bundeswehr ihre bisherige und zukünftige Struktur parallel betreibt: „Das vorhandene Personal musste trotz erheblicher Reduzierung beide Strukturen unter der vollen Belastung der seit Jahren laufenden und auch neu be-



50 Prozent der Soldatinnen klagen über sexuelle Belästigungen und Übergriffe.

gonnener Einsätze ausfüllen. Die damit verbundene Anspannung wurde noch durch die Unsicherheit vieler Soldatinnen, Soldaten, Zivilbeschäftigten und ihrer Familien gesteigert, ob und, falls überhaupt, wo und mit welcher Aufgabe sie künftig ihren Platz in der neuen Bundeswehr finden werden“, schreibt Königshaus in seinem Bericht. Dies habe „tiefe Spuren von Unzufriedenheit und Enttäuschung hinterlassen, die noch lange nicht überwunden sind“. Insgesamt

habe die Truppe „in vielen Bereichen die Grenze der Belastbarkeit erreicht, vielfach sogar überschritten“. Neu ist diese Einschätzung allerdings nicht. Diesen Satz hatte er dem Verteidigungsministerium bereits im Januar 2012 wortgleich ins Stammbuch geschrieben. Und auch im Jahr zuvor hatte Königshaus die Truppe bereits an der Grenze zur Belastbarkeit gesehen. Schon sein Vorgänger im Amt des Wehrbeauftragten, Reinhold Robbe, hatte vor Jahren bereits die

Truppe wegen ihrer internationalen Verpflichtungen an dieser Grenze verortet. Insgesamt erreichten dem Wehrbeauftragten im vergangenen Jahr 5.095 Eingaben aus der Truppe; 2012 waren es lediglich 4.309 gewesen. Im gleichen Zeitraum sank der Umfang der Streitkräfte jedoch von rund 198.000 auf 185.000. Ein klares Indiz für den wachsenden Unmut unter den Soldaten. Rund 19 Prozent der Eingaben entfielen auf die Bereiche Menschenführung und soldatische Ordnung. Mit jeweils zehn Prozent der Eingaben brennen auch die Personal- und Verwendungsplanung sowie die mangelnde Vereinbarkeit von Dienst und Familie den Soldaten auf den Nägeln.

Lob für die Ministerin Hellmut Königshaus begrüßt deshalb ausdrücklich die Ankündigung der neuen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die Truppe familienfreundlicher zu gestalten. Er mahnt aber zugleich, dass dazu allerdings die Bereitschaft gehöre, „erforderlichenfalls auch zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.“ Ein deutlicher Appell an Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und die Haushaltspolitiker im Bundestag. Denn aus den laufenden Verteidigungsausgaben wird von der Leyen die benötigten

Gelder für zum Beispiel mehr Kindertagesstätten in deutschen Kasernen nur schwer aufbringen können.

Situation der Frauen Mit einiger Sorge blickt der Wehrbeauftragte auch auf die Situation der Frauen in den Streitkräften. deren Zahl habe sich im vergangenen Jahr zwar leicht auf rund 18.500 erhöht. Mit einem aktuellen Anteil von zehn Prozent liegt die Frauenquote damit aber noch deutlich unter der anvisierten Quote von 15 Prozent. Vor allem seien noch immer zu wenig Soldatinnen in Führungspositionen anzutreffen, moniert Königshaus in seinem Bericht. Selbst im Sanitätsdienst, in dem Frauen mit einem Anteil von 42 Prozent weit überdurchschnittlich vertreten sind, kommt ihre Karriere offenbar nur schleppend voran. So habe sich der Anteil weiblicher Sanitäts-offiziere in der Besoldungsstufe A15, der im Jahr 2010 bei lediglich 16 Prozent gelegen habe, so gut wie nicht erhöht, rechnet der Wehrbeauftragte vor.

Kritik übte Königshaus in diesem Zusammenhang daran, dass die kurz zuvor veröffentlichte Studie „Truppenbild ohne Dame“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr über ein Jahr lang „ohne Begründung unter Verschluss gehalten“ worden sei. Der Inhalt der

Studie lässt allerdings zumindest erahnen, warum sie im Wahljahr 2013 nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickte und jetzt erst durch die neue Hausherrin im Ministerium freigegeben wurde. Denn die Studie zeichnet kein sonderlich gutes Bild von der Situation deutscher Soldatinnen. Vor allem soll sich die Zahl von sexuellen Belästigungen und Übergriffen erhöht haben. Aus der Studie geht hervor, dass mehr als jede zweite Soldatin mindestens einmal sexuell belästigt worden ist. So berichteten 47 Prozent der 3.058 Befragten Soldatinnen von verbalen Belästigungen, 25 Prozent über das sichtbare Anbringen pornografischer Darstellungen und 24 Prozent über „unerwünschte sexuelle bestimmte körperliche Berührungen“. Drei Prozent der Befragten gaben an, Opfer sexuellen Missbrauchs geworden zu sein.

Ein Großteil dieser Übergriffe wird von den betroffenen Soldatinnen jedoch nicht gemeldet. Bei den Betroffenen bestünden „oftmals Hemmungen“, weiß Königshaus aus Gesprächen mit ihnen zu berichten. Die Soldatinnen würden negative Auswirkungen auf ihre Bewertungen und Laufbahnen befürchten. Zudem bestünden häufig persönliche Freundschaften zwischen den Tätern und den mit der Aufklärung betretenen Vorgesetzten.

aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Im Jahr der Pakete

ARBEIT UND SOZIALES Grüne und Linke kritisieren die Rente ab 63 als ungerecht. Die Wirtschaft fürchtet Frühverrentungen. Andrea Nahles betont, die Reformpläne seien kein Geschenk und kündigt schon das nächste Großprojekt an: das Tarifpaket

W eihnachten ist längst vorbei, da zeigt sich, es wurden noch nicht alle Pakete ausgepackt. Zunächst wartet da ein großes rotes Paket, so zumindest die bildliche Darstellung auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, noch darauf, bei den Beschenkten anzukommen: Das neue Rentenpaket. Doch das Auspacken, an dem sich Öffentlichkeit, Lobbyverbände und Politiker seit Wochen rege beteiligen, ist nicht nur von Freude begleitet. Nachdem das Bundeskabinett das erste Großprojekt aus dem Hause Nahles in der vergangenen Woche gebilligt hatte, debattierte, nicht zum ersten Mal, der Bundestag einen Tag später über die Pläne.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) stellte in der Debatte am vergangenen Donnerstag jedoch klar, die geplante Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren seien „keine Geschenke, sondern verdient“. In einer einfachen, zuletzt oft wiederholten Botschaft machte Nahles klar, worum es aus ihrer Sicht in den kommenden vier Jahren geht: „Wir wollen Deutschland gerechter machen. Die Menschen sollen wissen, dass sich ihr Einsatz lohnt und wertgeschätzt wird.“ Sie verteidigte das Rentenpaket der Großen Koalition als ein „Signal des Vertrauens und der Verlässlichkeit“.

Ein Signal, das jedoch Wirtschaftsverbände und die Oppositionsfaktionen ganz anders verstehen – wenngleich sie es aus unterschiedlichen Gründen angreifen. Zwar bündelt das Rentenpaket vier verschiedene Maßnahmen: eine höhere Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden; die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren; eine Anhebung der Erwerbsminderungsrente und ein höheres Budget für Reha-Leistungen. Die Kritiker stören sich aber vor allem an zwei Punkten: Zum einen an den Kosten des Gesetzespakets von insgesamt 160 Milliarden Euro bis 2030 und der zunächst geplanten Finanzierung der Mütterrente aus den Rücklagen der Rentenversicherung.

Rente ab 63 Zweitens sorgt der Plan einer abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren für heftigen Zündstoff. Er besagt, dass, wer 45 Jahre Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, ab 1. Juli 2014 mit 63 Jahren ohne Abzüge in den Ruhestand gehen kann. Allerdings soll die Altersgrenze schrittweise steigen, sodass aus der Rente mit 63 ab dem Jahr 2029 wieder eine Rente mit 65 wird. Ohnehin gilt die Rente mit 63 Jahren schon jetzt nur für Versicherte, die vor 1953 geboren sind und deren Rente nach dem 1. Juli 2014 beginnt. Für alle danach Geborenen steigt die Altersgrenze mit jedem Jahrgang um zwei Monate. Bei der Berechnung der 45 Beitragsjahre werden kurzzeitige (bis fünf Jahre) Unterbrechun-



Wer darf wann ohne Abzüge in Rente gehen und wer muss das bezahlen? Gut ist, wenn man vorher wenigstens anständig verdient hat.

gen durch Arbeitslosigkeit (Bezug von Arbeitslosengeld I), Zeiten der Pflege, der Kindererziehung sowie Schlechtwetter-, Insolvenz- oder Kurzarbeitergeld mitberücksichtigt. Der Bezug von Arbeitslosengeld II wird dagegen nicht mitberücksichtigt, da es sich nicht um eine Versicherungsleistung handelt, so die Begründung des Ministeriums. Ein Umstand, der sich vor allem im Osten Deutschlands bemerkbar machen dürfte, denn dort gibt es eine erhebliche Zahl von Menschen, deren Erwerbsbiografie nicht nur kurzzeitig unterbrochen ist.



Andrea Nahles (SPD) auf Werbeposter

Die Wirtschaft befürchtet vor allem eine neue Frühverrentungswelle. Lag das durchschnittliche Rentenzugangsalter Ende der 1990er Jahre bei 62 Jahren, so steigt es seitdem wieder, insbesondere seit Anhebung der Regelaltersgrenzen auf 67 Jahre vor zwei Jahren.

Die Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, bezeichnete die Rente ab 63 als „Ettenschwindel des Jahres“. Eine schrittweise Anhebung der Altersgrenze führe dazu, dass alle, die nach dem 1. Januar 1964 geboren wurden, erst ab 65 Jahre in Rente gehen können. Die heute unter 50-Jährigen müssten also länger arbeiten und bekämen im Jahr 2030 bei einem Rentenniveau von voraussichtlich 43 Prozent deutlich weniger Rente. Dies habe mit Generationengerechtigkeit nichts zu tun, kritisierte Kipping. Nötig sei vielmehr eine „Rentengarantie, die ein weiteres Absinken des Rentenniveaus verhindert“.

Was ist anständig? Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Koalition vor, sich „aufs Moralisieren statt aufs Argumentieren“ verlegt zu haben. Die geplanten Regelungen für die Rente ab 63 seien keineswegs eine „Frage des Anstands“, sondern im Gegenteil „unanständig“. Sehr viele Arbeitnehmer, wie zum Beispiel Frauen in der Pflegebranche oder auch die auf Honorarbasis arbeitende junge Journalisten, würden nie auf die dafür nötigen 45 Beitragsjahre

kommen, sagte Kurth und fragte: „Arbeiten die nicht hart? Ist es anständig, dass die Rentenpläne finanzieren müssen und Beamte und Anwälte dagegen nicht?“ Kurth forderte deshalb „flexible Übergangsmöglichkeiten für alle, egal ob sie 35 oder 45 Jahre gearbeitet haben“ und warb für das grüne Modell einer Teilrente.

Mehr Lob bekam Ministerin Nahles erwartungsgemäß aus den eigenen Reihen: Karl Schiewerling, Arbeitsmarktexperte der CDU, freute sich über den „beachtlich schnellen Zeitraum“, indem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales des Rentenpakets auf den Weg gebracht habe. Kein Verständnis zeigte er dafür, „mit welcher Weltuntergangsmoralität“ derzeit über diese Pläne diskutiert werde. Schiewerling hob noch einmal den Gerechtigkeitsgedanken hinter der Mütterrente hervor: „Dass es uns heute wirtschaftlich so gut geht, haben wir auch dieser Generation von Frauen und deren Erziehungsleistung zu verdanken.“ Mit Blick auf die abschlagsfreie Rente versprach er: „Wir halten an der Rente mit 67 fest, weil auch das mit Solidarität zu tun hat.“

Carola Reimann (SPD) bezog sich in ihrer Rede ebenfalls auf die Kritik von Wirtschaftsverbänden an den Plänen für die Rente mit 63: „Niemand von uns will eine Frühverrentungswelle lostreten“, sagte sie. Es liege aber auch in der Verantwortung der Unternehmen, dies zu verhindern. Ziel der Großen Koalition sei es jedenfalls, so viele

Menschen wie möglich, so lange wie möglich am Arbeitsleben zu beteiligen.

Das nächste Paket kommt Ministerin Nahles kündigte an, dass in den nächsten Wochen ein weiteres großes sozialpolitisches Paket geschnürt werde: Das Tarifpaket. In diesem Tarifpaket gehe es zum einen darum, mehr Tarifsicherheit einzuführen und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern, zum anderen um Neuregelungen von Werkverträgen und Leiharbeit. „Und natürlich enthält dieses Paket auch den Mindestlohn, ohne Ausnahmen, in Ost und West“, betonte Nahles.

Laut Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD soll zum 1. Januar 2015 ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 eingeführt werden. Allerdings bleiben bestehende Tarifverträge unterhalb dieser Grenze zunächst weiter gültig, erst ab 2017 soll das Mindestlohnniveau uneingeschränkt gelten. Über dessen Höhe soll künftig eine Kommission der Tarifpartner regelmäßig entscheiden. Nahles hob in diesem Zusammenhang die Rolle Tarifpartner hervor: „Die Kultur der Verabredung hat uns doch gerade in der Krise stark gemacht.“

Wie diese Verabredungen dann letztlich im Detail aussehen, ist derzeit jedoch noch offen, denn die Diskussion über Ausnahmen von der Mindestlohnregelung hat gerade erst begonnen. Claudia Heine

Manuela Schwesig kündigt einen »Dreiklang« an

FAMILIE Union und SPD betonen die Vielfalt der Lebensentwürfe. Linke und Grüne vermissen das Thema Kinderarmut.

Manuela Schwesig hat sich viel vorgenommen: Sie will nicht weniger als in dieser Legislatur die Lebensbedingungen von Familien zu verbessern und die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen. Das betonte die SPD-Bundesfamilienministerin in der Debatte zur Familienpolitik am vergangenen Donnerstag. Es gehe ihr um eine „moderne Gesellschaftspolitik des 21. Jahrhunderts“, die die „Vielfalt der Lebensentwürfe als Chance“ wahrnehme, sagte sie.

Geld, Angebote und Zeit Die Ministerin benannte für ihre Amtszeit sechs Schwerpunkte: eine moderne Familienpolitik, eine starke Gleichstellungspolitik, eine gute Kinderpolitik, eine engagierte Jugendpolitik und eine Seniorenpolitik, die dafür Sorge, dass Ältere ihre Lebenskenntnisse einbringen könnten, sowie die Stärkung von Demokratie und Toleranz.

Es sei „klar, dass es kein Steuergeld für Extremisten“ geben dürfe, betonte die Ministerin – und spielte dabei auf die umstrittene Extremismusklausel an. Diese Einverständniserklärung hatte Schwesigs Amtsvorgängerin Kristina Schröder (CDU) eingeführt. Sie erklärte, dass sich Antragsteller, die für zivilgesellschaftliche Projekte Geld aus Bundesprogrammen beantragen, zunächst zur freiwillig demokratischen Grundordnung bekennen müssen. Schwesig hatte mehrfach angekündigt, die Erklärung abschaffen zu wollen.

Die neue Ministerin will, dass alle Lebensformen, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, unterstützt werden. Dafür gebe es einen „Dreiklang“ aus Geld, Angeboten und Zeit. Sie kündigte für 2014 eine flexible Elternzeit, das „Elterngeld Plus“ und das Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit als zentrale Vorhaben an. Zudem werde die Pflegereform und ein Pflegeberufegesetz für mehr Unterstützung der Familien bei der Pflege sorgen. Ein Entgeltgleichheitsgesetz und die Förderung von Frauen in Führungspositionen sollten Missstände für Frauen abschaffen.

Für die Union betonte die Familienpolitikerin Nadine Schön (CDU), es gehe um eine Gesellschaft, die „bei aller Vielfalt auch bindende Elemente“ habe. Eine Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, sei der Bundesfreiwilligendienst; dabei handele es sich um „ein Paradebeispiel christdemokratischer Gesellschaftspolitik“. Schön verteidigte außerdem die Vielfalt familienpolitischer Leistungen. Diese sei nötig, weil Familien „einen guten Werkzeugkasten“ benötigen, um die für sie passende Unterstützung zu bekommen. Wer kein Familienmodell „zum Allheilmittel“ erklären wolle, müsse unterschiedliche Angebote machen. Grundsätzlich, so die CDU-Politikerin, werde das „Schöne und Sinnstiftende“ am Kinderhaben zu wenig betont. Kinder würden zu oft „outgesourct“, damit entstehe eine familienunfreundliche Gesellschaft.

Carola Reimann, in der SPD-Fraktion für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zuständig, sagte, mit Schwesig gebe es neuen Schwung in der Familien- und Gleichstellungspolitik. Die Große Koalition werde dafür sorgen, dass Vorstands- und Chefetagen für Frauen nicht verschlossen blieben. Das Versprechen des Grundgesetzes auf gleiche Chancen müsse „endlich eingelöst“ werden. SPD und Union würden sich für die Entgeltgleichheit einsetzen und über den Mindestlohn das Einkommen vieler Frauen verbessern, versicherte Reimann.

Warten auf Taten Die Opposition dagegen bleibt skeptisch: Sie bemängelte, dass der Koalitionsvertrag zu wenige wichtige Vorhaben in der Familienpolitik enthalte und warf Schwesig vor, sich auf eine „Ankündigungspolitik“ zu beschränken. So kritisierte der Linken-Familienpolitiker Jörn Wunderlich, mit dem geplanten „Elterngeld Plus“ würden Alleinerziehende benachteiligt, der Vorschlag einer 32-Stunden-Woche komme nur Ausnahmefällen zu gute und sei ohnehin „schon plattgemacht“ worden. Im Koalitionsvertrag finde sich außerdem nichts zur Finanzierung der Frauenhäuser oder zur Kinderarmut, obwohl davon jedes fünfte Kind betroffen sei. Auf das von Schwesig angekündigte „entspannte Verfahren“ zur Extremismusklausel, die sie erst habe abschaffen wollen, nun aber beibehalte, sei er „furchtbar gespannt“, so Wunderlich.

Massive Kritik äußerte auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen Katja Dörner. Dass Nadine Schön in neun Minuten Redezeit keine einzige konkrete Maßnahme benannt habe, lasse die „Alarmglocken“ läuten. Man werde die Koalition „an Taten messen, nicht an Ihren Diskussionsbeiträgen“. Am Beispiel der Diskussion um die 32-Stunden-Woche habe sich gezeigt, dass „gut gemeinte Diskussionsbeiträge“ eine „gut gemachte Politik“ nicht ersetzen. Schwesig hatte im Januar den Vorschlag gemacht, dass es für Arbeitnehmer mit kleinen Kindern eine neue Regelarbeitszeit von 32 Stunden geben solle, dafür aber viel Kritik sowohl aus der Wirtschaft als auch vom eigenen Koalitionspartner germe.

Dörner sagte weiter, dass 2,5 Millionen Kinder in Deutschland arm seien, der Begriff Kinderarmut in den 185 Seiten des Koalitionsvertrags aber nicht vorkomme, sei „nicht akzeptabel“. Es bedürfe eines Gesamtkonzepts und nicht „Flickschusterei“, um dieses Problem zu lösen. Auch die vielbeschworene Wahlfreiheit sei in Deutschland noch eine „Fata Morgana“.

Susanne Kailitz

Anzeige

Jahrbuch Extremismus & Demokratie

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)
25. Jahrgang 2013
Herausgegeben von Prof. Dr. Uwe Backes, Prof. Dr. Alexander Gallus und Prof. Dr. Eckhard Jesse
2013, 487 S., geb., 59,- €
ISBN 978-3-8487-1034-8

Kostenlose Leseprobe

Der 25. Band des Jahrbuches dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung des Extremismus im Berichtsjahr. Aktuelle Schwerpunkte bilden u.a. die Analyse des NSU-Terrors, die „Mittestudien“ einer Leipziger Forschergruppe, der muslimfeindliche Rechtsextremismus, die „Dschihadfront“ des „Kaukasus-Emirats“ und die linksextremistische Hassmusik.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/21956

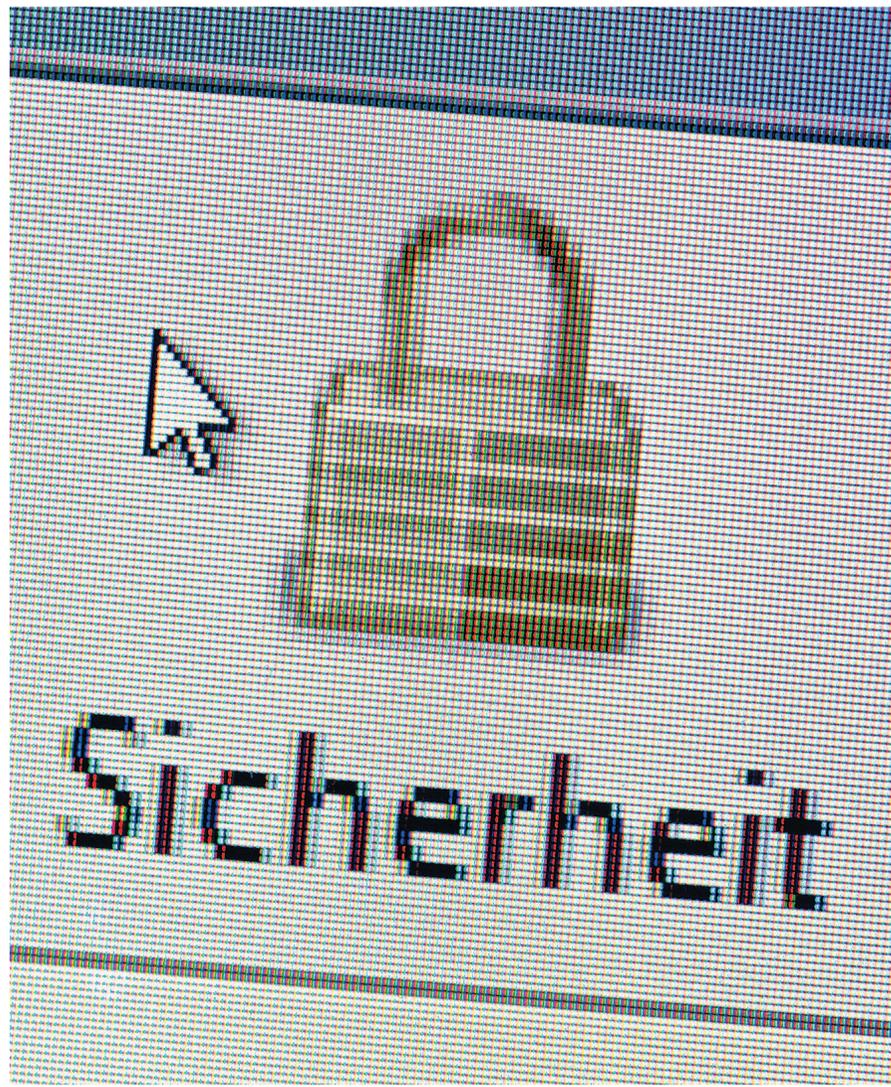
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Da ist er also wieder, der Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Von Oktober 2009 bis März 2011 hatte der CDU-Mann schon einmal an der Spitze des Ressorts gestanden und sich dabei auch bei der Opposition Respekt erarbeitet, dann wechselte er für den Rest der Legislaturperiode ins Verteidigungsministerium. Nun, in der Neuaufgabe der Großen Koalition, ist er wieder für die breite Themenpalette der Innenpolitik zuständig. Wie breit die Bandbreite dieser Themen ist, wurde auch deutlich, als de Maizière am Donnerstagabend im Bundestag die innenpolitischen Schwerpunkte der neuen Legislaturperiode darstellte: Es ging um die Bekämpfung von internationalem Terrorismus, organisierter Kriminalität und Gewalt im Alltag, um Demografiepolitik, um Integration, um „Sicherheit im Netz“ und und und.

Neuer Anlauf Manche Themen wie der Streit um die Vorratsdatenspeicherung waren schon während der ersten Amtszeit des Ministers im Innenressort aktuell, andere sind seitdem neu hinzugekommen, etwa die Konsequenzen aus dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelasteten Mordserie oder die Ausspähaffäre um den US-Geheimdienst NSA. Die Vorratsdatenspeicherung freilich präsentiert sich dem Ressortchef nun aus neuer Perspektive: Sie war von der Großen Koalition 2007 schon einmal beschlossen worden, wurde dann aber 2010 vom Bundesverfassungsgericht in der damaligen Fassung gekippt, und eine Neuaufgabe scheiterte in der Folgezeit am seinerzeit FDP-geführten Justizministerium. Jetzt aber regiert wieder Schwarz-Rot, und damit steht ein neuer Anlauf zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung an, wie de Maizière in der Debatte bekräftigte. „Wir brauchen dieses Instrument, um schwerste Straftaten aufzuklären zu können“, argumentierte der Ressortchef. Der SPD-Innenexperte Michael Hartmann kündigte an, dass die Koalition nach der erwarteten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur entsprechenden EU-Richtlinie eine Regelung vorlegen werde. „Im Unterschied zur Vergangenheit“ würden sich der Innen- und der Justizminister dabei „zusammenraufen“, gab sich Hartmann überzeugt. „Vorgelegt werden“ könne indes nur, „was grundrechtschonend ist, einem Richtervorbehalt unterliegt und zeitlich sehr begrenzt wirkt“. Auch müssten die Daten der Bürger vor dem „unberechtigten Zugriff durch Dritte geschützt sein“. Hartmann warb zugleich dafür, den „ewigen Glaubenskrieg um die Mindestspeicherfristen“ zu beenden. Es handele sich weder um „das Instrument der Totalauspähung“ noch um „das Allheilmittel polizeilicher Arbeit“, sagte er. „Eine Polizei wäre arm dran, wenn sie nicht mehr ermitteln könnte ohne die Vorratsdatenspeicherung“, fügte der SPD-Abgeordnete hinzu.

Verzicht gefordert Die Opposition lehnte eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung erwartungsgemäß entschieden ab. Für Die Linke forderte ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Jan Korte Schwarz-Rot auf, endgültig darauf zu verzichten. Die Vorratsdatenspeicherung sei „nichts anderes als die Totalprotokollierung des menschlichen Kommunikationsverhaltens“, betonte Korte. Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz nannte es „groben Unfug“, dass die Koalition an der Vorratsdatenspeicherung „als Instrument der anlasslosen Massenüberwachung der gesamten Bevölkerung“ festhalte. Die Vorratsdatenspeicherung sei „kein Mehr an Sicherheit“, sondern „ein zusätzliches Risiko für den Datenschutz und für die Datensicherheit der Menschen und der Wirtschaft“, sagte er.



Sicherheitssymbole auf dem PC-Bildschirm. Die Frage nach dem Schutz von Daten treibt die Regierung wie die Opposition um.

Sorge ums Netz

INNERES Nach fast drei Jahren wieder Innenminister, stehen für Thomas de Maizière (CDU) alte und neue Streitthemen an

Beide Oppositionspolitiker warfen der Regierung zudem Versagen in der NSA-Ausspähaffäre vor. „Seit sechs Monaten bewegt die Ausspähaffäre dieses Land und die Menschen, diese Bundesregierung bewegt das aber herzlich wenig“, schimpfte Korte. Dabei gefährde die massenhafte Überwachung die Fundamente der Demokratie. „Wer überwacht wird, ist nicht frei“, fügte er hinzu und warf dem Minister vor, nicht gesagt zu haben, wie er die Bevölkerung und Unternehmen konkret vor Spionage schützen wolle. Notz bescheinigte der Bundesregierung im Zusammenhang mit der NSA-Affäre ein „handfestes Sicherheitsproblem“, das alle Bürger unmittelbar treffe. „Im größten Überwachungskandal aller Zeiten“ stehe die Regierung mit leeren Händen dar. „Die

einigen Antworten der Bundeskanzlerin in dieser schweren Krise unseres Rechtsstaates – EU-Datenschutzverordnung und No-Spy-Abkommen – sind beide kläglich gescheitert“, konstatierte der Grünen-Parlamentarier und forderte „Aufklärung, Transparenz und den parlamentarischen Untersuchungsausschuss“.

IT-Sicherheitsgesetz angekündigt De Maizière sagte mit Blick auf die NSA-Affäre, darüber werde zu Recht viel geredet, und verwies auf entsprechende Ausführungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Regierungserklärung vom Vortag (Siehe Seite 1). Das sei aber nur ein „Ausschnitt eines ganz großen Themas“, betonte er. „Gleichgültig mit welcher Motivation, mit welchen Methoden oder von wo aus

auch immer das Netz angegriffen wird, es muss uns dabei stets um eines gehen: um den Erhalt und den Schutz des Netzes als geordneten Freiheitsraum“. Angesichts der „angespannten Bedrohungslage im Netz“ sei der Schutz kritischer Infrastrukturen besonders wichtig, fügte de Maizière hinzu und kündigte die Vorlage eines neuen Entwurfs für ein IT-Sicherheitsgesetz an. Der CSU-Innenexperte Stephan Mayer wertete die NSA-Affäre als „besondere Problematik“. Auch er sei nicht zufrieden mit den bisherigen Antworten der USA und Großbritannien in der Affäre. Die größten Gefahren für Datensicherheit drohten aber nicht von befreundeten Nationen, sondern von „uns weniger freundlich gesonnenen Staaten“ und Strukturen der Organisierten Kriminalität. *Helmut Stoltenberg*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Ausschüsse wählen Vize-Vorsitzende

PERSONALIEN Die Vorsitzenden der Ausschüsse des Deutschen Bundestages stehen, wie berichtet, bereits seit Mitte Januar fest, in der vergangenen Woche haben die Abgeordneten die Stellvertreter bestimmt. Die Fraktion von CDU/CSU stellt demnach insgesamt zwölf Ausschuss-Vizes, davon entfallen zehn auf die CDU: Matthias Zimmer (Arbeit und Soziales), Rudolf Henke (Gesundheit), Herlind Gundelach (Kultur und Medien), Gero Storjohann (Petitionen), Jan-Marco Luczak (Recht und Verbraucherschutz), Reinhard Grindel (Sport), Klaus Brähmig (Tourismus), Reinhold Sendker (Verkehr und digitale Infrastruktur), Karl A. Lamers (Verteidigung) sowie Kristina Schröder (Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung). Die CSU ist mit den stellvertretenden Vorsitzenden Bartholomäus Kalb (Haushalt) und Artur

Auernhammer (Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) vertreten. Für die SPD bekleiden sechs Abgeordnete einen der Vizeposten: Franz Thönnies (Auswärtiger Ausschuss), Simone Raatz (Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung), Heinz-Joachim Barchmann (Angelegenheiten der Europäischen Union), Karamba Diaby (Menschenrechte und humanitäre Hilfe), Stefan Rebmann (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sowie Klaus Barthel (Wirtschaft und Energie). Die Oppositionsfractionen stellen je zwei stellvertretende Vorsitzende: für Die Linke Diana Golze (Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und Frank Tempel (Inneres) sowie für Bündnis 90/Die Grünen Friedrich Ostendorf (Ernährung und Landwirtschaft) und Gerhard Schick (Finanzen). *ahc*

Maas kündigt Mietpreisbremse an

VERBRAUCHERSCHUTZ „Wohnen muss auch in Großstädten bezahlbar sein.“ So begründete Justiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD) in der Plenardebatte des Bundestages über sein Ressort die Einführung einer Mietpreisbremse, für die er im März einen Gesetzentwurf vorlegen will. Zum Neuzuschnitt seines Ministeriums sagte der SPD-Politiker, die Zusammenlegung von Justiz und Verbraucherschutz sei ein „gutes Signal“ etwa für Kleinanleger, Internetnutzer oder Stromkunden. Kritik kam von der Opposition. Halina Wawzyniak (Linke) und Katja Keul (Grüne) nannten die verbraucherpolitischen Vorhaben der Großen Koalition unzulänglich. Im Bereich der Justiz forderten sie den Verzicht auf die umstrittene Vorratsdatenspeicherung. Keul argumentierte: „Der Rechtsstaat sammelt und ermittelt nicht auf Vorrat.“ Die Mietpreisbremse soll laut Maas in Ballungszentren den Kommunen ermöglichen, in bestimmten Vierteln bei Wiedervermietungen Mieterhöhungen zu begrenzen. Verbraucherpolitik stellte der Minister zudem die „Regulierung des grauen Finanzmarkts“ heraus, die vor allem Kleinanleger beim Einstieg in Unterneh-

men besser vor Risiken bewahren soll. Die SPD-Abgeordnete Elvira Drobinski-Weiß lobte den Plan, einen Sachverständigenrat für Verbraucherfragen einzurichten. Keul monierte, dass keine Ausweitung der Informationsrechte von Konsumenten vorgesehen sei. Thomas Silberhorn (CSU) befürwortete zwar die Mietpreisbremse, doch könne nur Wohnungsbau das Problem steigender Wohnkosten lösen. Wawzyniak verlangte, Mietpreisanhebungen lediglich im Rahmen der Inflationsrate zu erlauben, sofern mit den Erhöhungen keine Wohnwertverbesserung einhergehe. Zu den von Maas genannten Projekten gehören eine gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten von Großunternehmen, der Wegfall von Benachteiligungen im Partnerschaftsrecht oder die Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses. Silberhorn verlangte die Schaffung eines Schmerzensgeldes für Angehörige, besseren strafrechtlichen Schutz von Polizisten bei Demonstrationen und schärfere Regelungen gegen Stalking. Wawzyniak lehnte die Einführung von Fahrverboten als Hauptstrafe ab und mahnte, das Strafrecht von NS-Straftatbeständen zu bereinigen. *Karl-Otto Sattler*

Wanka: Innovation durch Bildung

BILDUNG Deutschland ist ein hochtechnisiertes Land mit Produkten, die in viele Länder der Erde exportiert werden. Und dabei sollte es nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) unbedingt bleiben. Die Basis für diese Leistung sei eine starke Innovationskraft, die unmittelbar von Forschung, Entwicklung und Bildung abhängt, betonte die Ressortchefin am Freitag im Bundestag, wo sie die Eckpunkte ihrer Politik vorstellte. Wanka versprach: „Wir werden dafür sorgen, dass gute Bildung und leistungsstarke Forschung weiterhin eine Zukunft haben.“ Die Ministerin ernannte daran, dass von den 23 Milliarden Euro, die im Koalitionsvertrag für wichtige Projekte vereinbart worden seien, neun Milliarden in Forschung, Hochschulen, Schulen und Kitas gingen. Wanka nannte für diese Legislaturperiode drei recht allgemeinere Schwerpunkte: Den Ausbau von Wettbewerb und Innovationskraft, die Stärkung des Wissenschaftssystems und die Förderung der Bildungsgerechtigkeit. Die Opposition hielt der Ministerin prompt vor, ein wenig greifbares und unambitioniertes Programm vorzulegen. Wer mit der neuen Wahlperiode einen Aufbruch in der Bildungspolitik erwartete habe, werde bitter enttäuscht, beklagte für die Linksfraction Nicole Gohlke. Zu-

dem hätten die Länder immer weniger Geld für Investitionen in die Bildung zur Verfügung und stünden wegen der Schuldenbremse vor massiven Kürzungen. „Das ist fast schon unterlassene Hilfeleistung“, rügte Gohlke. Auch der Grünen-Abgeordnete Kai Gehring warf der Koalition vor, im Bereich Bildung und Forschung keine zukunftsweisenden Konzepte vorgelegt zu haben. So werde beispielsweise die Forschungsdynamik zum Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgemerzt. „Da droht viel Rückschritt und wenig Fortschritt“, monierte der Grünen-Politiker. Der SPD-Abgeordnete René Rösper lobte hingegen den aus seiner Sicht klaren Schwerpunkt für Forschung und Bildung im Koalitionsvertrag von Union und Sozialdemokraten Er bedauerte jedoch, dass die Schulsozialarbeit mit Hausaufgabenhilfe oder offenen Freizeitangeboten nun nicht mehr eine Leistung des Bundes sei. Hier wolle er nachverhandeln. Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Forschung, Patricia Lips (CDU), sieht in der guten Wirtschaftslage einen Beleg für die erfolgreiche Bildungspolitik. „Allein die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist der beste Beweis für die Qualität unserer Bildungsarbeit“, argumentierte sie. *Annette Rollmann*

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

Fünf Milliarden Euro mehr für die Pflege

GESUNDHEIT Schon im Sommer soll die Reform der Krankenversicherung durch das Parlament

Die Antrittsrede des Gesundheitsministers im Parlament dauerte nur elfminütig. Hermann Gröhe (CDU) am vergangenen Donnerstag darlegte, ist schließlich nichts weniger als eine kleine Revolution in der Krankenversicherung und eine große in der Pflege. So soll die im Koalitionsvertrag ausgehandelte Reform der Krankenkassenbeiträge schon im Sommer verabschiedet werden und Anfang 2015 in Kraft treten. Die Beiträge werden von jetzt 15,5 auf 14,6 Prozent sinken, wobei der Arbeitgeberanteil bei 7,3 Prozent festgeschrieben wird und die Kassen, abhängig vom Einkommen der Versicherten, prozentuale Zusatzbeiträge verlangen können, was zu unterschiedlichen Beiträgen führt. Damit sind die pauschalen Zusatzbeiträge vom Tisch, was der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach als wegweisenden Verhandlungserfolg darstellte.

Den Großteil seiner Redezeit widmete Gröhe aber der Pflegereform, die ihm auch ein



Gesundheitsminister Gröhe (CDU) präsentiert im Bundestag seine politische Agenda.

persönliches Anliegen sei. Mit einer schrittweisen Erhöhung des Pflegebeitrags um insgesamt 0,5 Prozentpunkte sollen künftig fünf Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in die Pflegeversicherung fließen. Mit dem Geld sollen Patienten intensiver betreut und Pfleger besser bezahlt werden. Gröhe sprach von einem „Kraftakt“ und erinnerte daran, dass in den nächsten 15 Jahren die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland von 2,5 auf 3,5 Millionen anwachsen wer-

de. Die nötigen Fachkräfte sollen professionell ausgebildet werden für die Bereiche Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege.

Oppositions-Kritik Die Opposition will nicht so recht glauben, dass die Pflegereform endlich angegangen wird. Elisabeth Scharfenberg (Grüne) kritisierte, Ankündigungen habe es schon viele gegeben. In der Pflege sei weniger Bürokratie wichtig, eine bessere Ausbildung und mehr Geld für Pflegekräfte.

Statt einer echten Reform sei bisher nur ein „strategieloses Gewurstel“ zu erkennen. Grundsätzliche Kritik am Gesundheitswesen in Deutschland kam von der Fraktion Die Linke. Deren Abgeordnete Sabine Zimmermann rügte, die Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sei deutlich schwächer als die in der Privatrechtsversicherung (PKV). So müssten gesetzlich Versicherte viel länger auf Arzttermine warten. Zimmermann sprach von einer Zweiklassenmedizin, die aufrecht erhalten werde. Die medizinische Versorgung dürfe jedoch nicht vom Geldbeutel der Leute abhängen. Lauterbach lobte hingegen das „leistungsfähige“ deutsche Gesundheitssystem, das über die Qualität des Sozialstaates maßgeblich mitentscheide. Der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein räumte ein, dass sich bei der medizinischen Versorgung auf dem Land ein Mangel abzeichne, während es in Städten nicht selten ein Überangebot an Ärzten gebe. Hier müsse die Politik regulierend eingreifen. Auch die Finanzierung der Krankenhäuser werfe angesichts der hohen Kosten gewisse Fragen auf, die teils auch von den Kommunen beantwortet werden müssten. Was die Pflegeleistungen angehe, müsse schon aus humanitären Gründen die Devise „ambulanz vor stationär“ gelten. *Claus Peter Kosfeld*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Unter Blockade und Beschuss: der Newski-Prospekt, zentraler Boulevard des heutigen Sankt Petersburg, im Jahr 1942 während der Belagerung der Stadt durch deutsche Truppen.

Die Verantwortung bleibt

GESCHICHTE Die Erinnerung an die Leningrad-Blockade prägte die Gedenkveranstaltung für die NS-Opfer

Fast scheint es, als wolle Daniil Granin an diesem Montag im vollbesetzten Plenarsaal des Bundestages auch körperlich jenes Beharrungsvermögen demonstrieren, mit dem die russische Ostsee-Metropole Leningrad im Zweiten Weltkrieg die fast 900 Tage dauernde Blockade durch die deutsche Wehrmacht durchstand: Gut 40 Minuten spricht der 95 Jahre alte russische Schriftsteller und einstige Rotarmist aufrecht stehend vom Leiden, Hungern und Sterben in der Millionenstadt, deren Blockade am 27. Januar 1944 endete. Mit der rechten Hand auf einen Gehstock gestützt, verschmäht der hochbetagte Zeitzeuge dabei ausdrücklich den für ihn bereitgestellten Stuhl, während er schildert, wie die Menschen damals zu Hunderttausenden im heutigen Sankt Petersburg verhungerten – 40.000 allein in den ersten 25 Tagen des Dezembers 1941, 3.500 täglich im folgenden Februar –, wie auf den Straßen Tote lagen, in Laken eingewickelt, wie wenig die Leichen noch wogen, bei deren Bergung er geholfen hatte.

35 Grad minus Im September 1941 hatte die Belagerung der Stadt begonnen, die von der Blockade unerwartet getroffen wurde. Vorräte gab es nicht, weder Nahrungsmittel noch Benzin, berichtet Granin. Im November wurden die Lebensmittelrationen auf 125 Gramm Brot für Angestellte und Kinder gesenkt – „ein Stückchen Brot, (...) mit Zellolose und anderen abwegigen Beimischungen versetzt“, blickt der Redner zurück. Derweil wurde die Stadt täglich bombardiert, der Winter brachte Frost bis minus 35 Grad.

Granin erinnert daran, dass Hitler einen Einmarsch seiner Truppen in die Stadt ablehnte, um Verluste bei Straßenkämpfen zu vermeiden. So hätten die deutschen Truppen im Grunde „recht bequem und ohne besondere Anstrengungen“ darauf gewartet, dass der Hunger und der Frost die Stadt zur Kapitulation zwingen. „Hier wurde der Hunger vorgeschickt, um anstelle von Soldaten zu kämpfen.“ Als das Eis auf dem Ladogasee fester und darauf die „Straße des Lebens“ zum anderen, nicht besetzten Ufer eingerichtet wurde, auf der Frauen, Kinder und Verwundete evakuiert und Lebensmittel in die Stadt gebracht wurden, sei auch dieser Weg von den Deutschen beschossen worden, erinnert sich Granin: „Granaten zersprengten das Eis, die Fahrzeuge brachen ein und gingen im Wasser unter, aber einen anderen Weg gab es nicht.“

Grausame Erinnerungen Granin war bei Kriegsausbruch 1941 in die freiwillige Volkswehr eingetreten, wie er erzählt, und hatte als Soldat an der Leningrader Front gekämpft. Später war er unter anderem Mitverfasser eines „Blockadebuches“ mit Erinnerungen und Zeugenbefragungen über die Jahre der Belagerung der Stadt. Jetzt berichtet er etwa von der Mutter, deren dreijähriges Kind starb und die von dem Leichnam jeden Tag ein Stückchen abschnitt, um ihrem zweiten Kind, einer Tochter, zu essen zu geben, „um zumindest sie zu retten“. Die Tochter, zwölf Jahre alt, wusste nichts davon. „Die Mutter wusste alles, sie erlaubte sich aber nicht zu sterben, sie erlaubte sich nicht, den Verstand zu verlieren. Die Tochter



Daniil Granin (2.v.l., 2.Reihe) und die Repräsentanten der Verfassungsorgane im Bundestag

hat überlebt.“ Granin hält seine Rede auf Russisch, der Sprache, in der sowjetische Soldaten 1945 die Graffiti verfassten, die heute noch an Wänden im Reichstagsgebäude in Berlin vom Sieg der Roten Armee über Hitler-Deutschland künden. Ein „gerechter Sieg“, wie Granin betont. Er habe, sagt er, den Deutschen diese Blockade lange nicht verzeihen können, eine Blockade, die ungefähr eine Million Opfer gefordert habe. Ein Jahr nach dem Ende dieser Blockade befreite die Rote Armee am 27. Januar 1945 das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. 1996 proklamierte der

damalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Jahrestag zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus; seitdem findet alljährlich im Plenarsaal des Bundestages die zentrale Gedenkveranstaltung statt. Bei der Gedenkveranstaltung der vergangenen Woche wies Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) darauf hin, dass Auschwitz nur zufällig genau ein Jahr nach dem Ende der Blockade Leningrads befreit worden sei. Kein Zufall sei dagegen „der Zusammenhang zwischen Auschwitz und Leningrad, zwischen dem Völkermord an den europäischen Juden und dem mörderischen

Raub- und Vernichtungsfeldzug im Osten Europas: Sie wurzelten in der menschenverachtenden nationalsozialistischen Rassenideologie“, fügte er hinzu. Der Tod der „mindestens 800.000 Menschen, wahrscheinlich noch weit mehr“, die während der dreijährigen Blockade ihr Leben verloren, „war von den Verantwortlichen des deutschen Vernichtungskrieges im Osten inkalkuliert.“

»Besondere Verpflichtung« Die menschlichen Tragödien, die sich im belagerten Leningrad abspielten, „sind uns heute völlig unvorstellbar“, fügte der Parlamentspräsident hinzu. Die Verantwortung, die die Deutschen trügen, bleibe indes: „Unsere Geschichte trägt uns eine besondere Verpflichtung auf, gegen jede Form von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, gegen Heilsversprechen und kollektive Schuldzuweisungen vorzugehen“, sagte Lammert. Nie wieder dürften Staat und Gesellschaft zulassen, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion, politischen Einstellung, sexuellen Orientierung, „wegen ihrer Andersartigkeit zum Feindbild einer schweigenden Mehrheit gemacht“, gedemütigt oder bedroht werden. „Die von Fremdenhand getriebenen Morde an Bürgern türkischer und griechischer Herkunft, von rassistischen Parolen begleitete Proteste gegen Flüchtlingsheime, jede antisemitische Straftat – jede! – fordern unsere rechtsstaatliche, politische und zivilgesellschaftliche Gegenwehr als Demokraten“, mahnte er und betonte: „In Deutschland jedenfalls ist Intoleranz nicht mehr tolerierbar.“ Zugleich verwies Lammert darauf, dass die Geschichte nicht nur die „Unbedingtheit“ der Würde jedes einzelnen Menschen lehre, sondern auch das „Wissen um ihre Gefährdung“. „Völkermord ist und bleibt möglich“, sagte er und erinnerte an den Genozid in Ruanda vor 20 Jahren an hundertausenden Angehörigen der ethnischen Minderheit der Tutsi und an das „Massaker von Srebrenica“ von 1995 in Bosnien-Herzegowina. „Im Bewusstsein zu halten, dass die Menschheit ihre größten Verirrungen und Verbrechen keineswegs ein für allemal hinter sich hat“, folgerte der Bundestagspräsident, „bleibt unsere gemeinsame Verantwortung.“

Musik von Schostakowitsch An der Gedenkveranstaltung nahmen auch Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundesratspräsident Stephan Weil (SPD) sowie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, teil, ebenso wie 80 Teilnehmer einer internationalen Jugendbegegnung (siehe Beitrag unten). Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkveranstaltung vom 8. Streichquartett des russischen Komponisten Dmitri Schostakowitsch, das, wie Lammert erläuterte, „unter dem Eindruck des zerstörten Dresdens geschrieben“ und den „Opfern des Faschismus und des Krieges“ gewidmet sei. Schostakowitsch war selbst in Leningrad eingeschlossen bis zu seiner Evakuierung; seine siebte Sinfonie mit dem Titel „Leningrader“, komponiert während der Belagerung der Stadt, galt als Symbol des Widerstandes. **Helmut Stoltenberg**

Gedenken an »Euthanasie«

AUSSTELLUNG Welchen „Wert“ hat das Leben des Einzelnen? Diese zutiefst unmoralische Frage war in der Zeit der NS-Herrschaft Ausgangspunkt zur Ermordung von mehr als 300.000 Menschen mit Behinderungen oder Nervenkrankheiten, deren Leben aus Sicht der Nationalsozialisten nicht lebenswert war. Sie wurden in extra dazu errichteten Lagern und Anstalten vergast, mit Schlafmitteln getötet oder systematisch in den Hungertod getrieben. Mit den Opfern, aber auch den Tätern dieser Vernichtungsstrategie beschäftigt sich die Ausstellung „Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“, die vergangene Woche von Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD) im Beisein von Bundespräsident Joachim Gauck eröffnet wurde und noch bis zum 28. Februar in der Halle des Paul-Löbe-Hauses besichtigt werden kann.

Für Ulla Schmidt ist der Bundestag „der richtige Ort, um diese Ausstellung zu zeigen“. Schließlich müssten sich die Abgeordneten immer wieder mit der Vergangenheit ausein-



Ulla Schmidt (SPD) und Joachim Gauck bei der Ausstellungseröffnung

»Das war für mich sehr bewegend«

JUGENDBEGEGNUNG 2014 79 junge Menschen waren auf Einladung des Bundestages fünf Tage auf Spurensuche in St. Petersburg

„Menschen sind die besten Denkmäler“, sagt Pauline Callens. Die Französin ist eine Teilnehmerin der 18. Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages, die in diesem Jahr im Gedenken an die Blockade von Leningrad nach St. Petersburg führte. Im Zweiten Weltkrieg wurde Leningrad, so hieß die zweitgrößte Stadt Russlands damals, von der deutschen Wehrmacht belagert und von der Außenwelt abgeschnitten. 872 Tage lang, drei eisige Winter.

Erinnerungskultur Diese grausamen Geschehnisse standen im Mittelpunkt der Jugendbegegnung 2014. Dazu reisten 79 Jugendliche aus verschiedenen Ländern auf Einladung des Deutschen Bundestages für fünf Tage nach St. Petersburg, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. In St. Petersburg wollten die Teilnehmer erfahren, was damals in dieser Stadt passierte. Leningrader Überlebende erzählten ihnen ihr persönliches Schicksal, von einer Kindheit im Krieg, von dem täglichen Kampf gegen den Hunger, und den ständigen Luftangriffen. „Die Zeitzeugengespräche haben mich sehr berührt“, sagt Sophie Schneider. Lange Zeit wurde die Trauer der Opfer unterdrückt. Denn Russland hat eine andere Kul-



Die Jugendlichen besuchen den Siegespark in St. Petersburg.

tur des Erinnerns. Die Darstellung der Toten war bis in die 1980er Jahre hinein verboten, man wollte den Sieg der Sowjetunion demonstrieren. Im sogenannten Siegespark, den die Jugendlichen bei ihrer Gedenkreise besuchten, wurden 130.000 Leichen verbrannt. Lange erinnerte hier nichts mehr an diese Geschichte. Statt eines Gedenkortes wurde ein Park geschaffen, ein Ort der Erholung und des Vergnügens. In den Schulen der

Sowjetunion gab es sogar sogenannte „Mutstunden“. Die Helden von Leningrad wurden zum Mythos. Auf dem Piskarjowskoje-Friedhof wird auch in St. Petersburg der Opfer gedacht. Dieses Massengrab am Stadtrand wurde am 9. Mai – der Tag, markiert in Russland das Kriegsende 1945 – im Jahr 1960 feierlich eingeweiht. Erstmals rückte mit dieser Gedenkstätte die Opferperspektive in Russlands Erinnerungs-

kultur. Auf dem Friedhof brennt ein ewiges Feuer – für das Leid der Opfer. „Das war für mich sehr bewegend. Hier liegen 500.000 Menschen begraben – das sind so viele, wie Leipzig Einwohner hat“, sagt Ercan Celik. Der Teilnehmer der Jugendbegegnung hat in St. Petersburg viel gelernt – über die dunkle Geschichte Leningrads und die andere Art des Erinnerns. „Am Anfang hatten wir eine andere Einstellung. Inzwischen verstehen wir aber auch die andere Mentalität“, sagt Anna-Katharina Müller. Genau dieses Verständnis ist das Anliegen der Jugendbegegnung des Bundestages. Es soll auch Wissen über die Verbrechen des Nationalsozialismus an die nächsten Generationen weitergegeben werden.

Zum Abschluss der Gedenkfahrt stand für die Jugendlichen ein Besuch im Bundestag auf dem Programm. In einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus nahmen die Teilnehmer im Plenarsaal Platz. Anschließend diskutierten sie mit Gastredner Daniil Granin, einem russischen Schriftsteller und Überlebenden der Blockade (siehe Beitrag oben) sowie mit Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) über die unterschiedlichen Formen des Erinnerns und über ihre Erlebnisse in St. Petersburg. **Linda Dietze**

nersetzen, damit es nie wieder zu solchen Verbrechen kommen kann.

Wie wichtig die Ausstellung aus Sicht der Angehörigen ehemaliger Opfer ist, erläutert Barbara Stelling-Kesey. Über das Schicksal ihrer Großtante Irmgard Heiss, die Opfer der NS-„Euthanasie“ geworden war, sei innerhalb der Familie mehr als 50 Jahre geschwiegen worden. „Ich freue mich, dass meine Großtante jetzt ins Leben zurück geholt und ihr ein Platz im Familiengedächtnis eingeräumt wird“, sagte sie. Ziel der Ausstellung sei es gewesen, Opfer zu Wort kommen zu lassen, erklärt die Kuratorin Petra Lutz. Das geschieht durch Videoporträts, durch historische Fotos, die Abbildung von Briefen aus den Lagern, aber auch durch Kopien von Einweisungsbescheiden und gefälschten Sterbenachrichten an die Angehörigen.

Auch der mangelnden Aufarbeitung des NS-Euthanasieunrechts nach 1945 widmet sich die Ausstellung. Sie zeigt, dass noch 1961 einige der Nazi-Gutachter vor dem Bundestag als „Experten“ zum Thema „Euthanasie“ befragt wurden und dabei ihr Vorgehen als „gut und richtig“ einschätzten. **Götz Hausding**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Von 2005 bis 2009 war Frank-Walter Steinmeier (SPD) schon einmal Außenminister. In seiner Antrittsrede im Bundestag sagte er nun: „Der Zustand der Welt hat sich gravierend verändert.“

Wegsehen gilt nicht

AUSSENPOLITIK Steinmeier fordert starkes Engagement Deutschlands bei der Lösung internationaler Konflikte

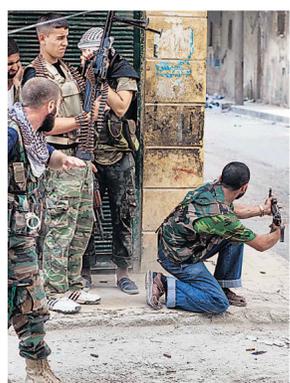
Seit knapp sieben Wochen ist Frank-Walter Steinmeier (SPD) wieder deutscher Außenminister, und er kann seine Topfpflanze wieder am selben Platz aufstellen wie damals in den Jahren 2005 bis 2009. Das Büro im Auswärtigen Amt „ist dasselbe, wie das, welches ich vor vier Jahren verlassen habe“, scherzte Steinmeier vergangene Woche zum Auftakt seiner Regierungserklärung im Bundestag. „Völlig unverändert.“ Sofort aber wird Steinmeier wieder ernst: „Es ist für mich nicht einfach eine Wiederholungstat, wenn ich Ihnen hier als Außenminister zum zweiten Male innerhalb weniger Jahre gegenübertritt.“ Möge das Büro das alte sein, die Welt habe sich in den vergangenen Jahren „gravierend“ gewandelt. In Europa sei aus verständlichen Gründen zuletzt ein wenig aus dem Blick geraten, was jenseits des europäischen Tellerlands geschehe. Doch es gebe „dramatische Zuspitzungen“ in uns ganz nahen Teilen der Welt, Konflikte und Krisen, die wir in Europa völlig unterschätzen. Ganz aktuell nennt er die Ukraine. Aber auch der Nahe Osten, die arabische Welt, Afrika und Ostasien machen Steinmeier Sorgen. Seine Botschaft an diesem Nachmittag im Bundestag: Wegsehen gilt nicht. Deutschland und Europa müssen handeln, auch in eigenem Interesse.

Wie Steinmeier da am Rednerpult steht und spricht, wirkt es, als habe er zwischen 2009 und heute nur mal ein kurzes Püschchen eingelegt. Ein Warmlaufen braucht er im neuen alten Amt offenbar nicht. Gleich im Dezember hat er, kaum Minister, eine Reihe wichtiger Botschafterposten neu besetzt. Vor ein paar Tagen hat er die Berlinerin Sawan Chebli, eine strenggläubige Muslima mit palästinensischen Wurzeln, zur stellvertretenden Sprecherin des Auswärtigen Amtes ernannt. Beim Antrittsbesuch in Paris verabredete Steinmeier mit seinem französischen Amtskollegen einen Neustart in den deutsch-französischen Beziehungen. In der Außen- und Europapolitik wollen die Nachbarstaaten – in der Vergangenheit nicht immer einig in außenpolitischen Fragen – künftig engstens zusammenarbeiten. In Warschau richteten Steinmeier und sein polnischer Kollege Radoslaw Sikorski klare

Worte in Richtung der pro-russischen Regierung in Kiew: Gemeinsam wolle man dafür sorgen, dass die Ukraine ihren „europäischen Weg der Reformen“ fortsetzen könne. Im Nahen Osten appellierte Steinmeier an seine Gesprächspartner in Ramallah und Jerusalem, dass die Zwei-Staaten-Lösung, über die seit mehr als zwei Jahrzehnten gestritten werde, „endlich Realität“ werden müsse. Und zusammen mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) beschloss Steinmeier Anfang Januar, dass sich Deutschland nun auch direkt an der Vernichtung syrischer Chemiewaffen beteiligen werde, um aktiv einen Beitrag zur Entschärfung des Syrien-Konflikts zu leisten. Steinmeier machte am Mittwoch im Bundestag klar, was ihn antreibt, welches Verständnis er von Außenpolitik hat: Er ist überzeugt, dass beharrliche Diplomatie zu Erfolgen führen kann. Als Beispiel nannte er den Streit um das iranische Atomprogramm, in dem es seit Jahrzehnten erstmals eine Perspektive für eine Entschärfung des Konflikts gebe. „Unerträglich und zynisch“ findet es Steinmeier, wenn immer wieder die Bedeutungslosigkeit von Außenpolitik beschworen werde. Gelte doch: „Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen.“ Deutschland sei zudem „kein Kleinstaat in einer europäischen Randlage“, sondern das bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Land der Europäischen Union. „So richtig die Politik der militärischen Zurückhaltung ist, sie darf nicht als eine Kultur des Heraushaltens verstanden wer-

»Gäbe es keine aktive Außenpolitik, würden Konflikte eskalieren.«

F.-W. Steinmeier (SPD)



Krieg in Syrien: Deutschland will künftig helfen, Chemiewaffen zu vernichten.

den“, warnte Steinmeier. Wenn sich ein Land wie Deutschland heraushalte bei dem Versuch, internationale Konflikte zu lösen, „dann werden sie nicht gelöst.“

Ruf verspielt Während es für Steinmeiers Rede Applaus von den Regierungsfractionen, aber auch vom früheren Koalitionspartner, den Grünen, gab, blieb es in den Reihen der Linksfraction still. Ihr Redner, Wolfgang Gehrke, gab dem Außenminister zwar in einem Punkt Recht: Ja, die Außenpolitik habe ihren guten Ruf verloren. Aber warum? „Vielleicht hätte man einmal überlegen sollen, ob es an der Qualität der Außenpolitik liegt.“ Denn er habe oft den Eindruck, dass, wenn von Menschenrechten geredet werde, „eigentlich Öl, Wasser und andere Naturressourcen gemeint“ seien. „Die Doppelbödigkeit und Doppelzüngigkeit der Außenpolitik, auch der deutschen, hat ihren Ruf versaut“, zeigte sich Gehrke überzeugt, und warf der Bundesregierung vor, dass auf sie immer dann „kein Verlass“ sei, wenn es schwierig werde. Als Beispiel nannte er ihre mangelnde Bereitschaft, dem ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden in Deutschland Asyl zu gewähren. Gehrke kritisierte zudem, dass die Regierung aus der Bundeswehr ein Instrument der Außenpolitik gemacht habe und forderte sie auf, sämtliche Auslandseinsätze zu beenden. Auch solle sie die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU abbrechen – nach Ansicht Gehrkes drohe eine „ökonomische Nato“ –, und aufhören, die Ukraine vor die Wahl zu stellen: Russland oder die Europäische Union. „Ich möchte, dass die Ukraine eine Brücke nach Russland ist und nicht ein Bollwerk gegen Russland“, betonte Gehrke.

Unklare Positionen Kritik erntete Steinmeier auch von Seiten der Grünen. Zwar zeigte sich Frithjof Schmidt überzeugt, dass es „zwischen uns und Ihnen viele außenpolitische Schnittmengen gibt“. Doch sei der Koalitionsvertrag in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen durch ein „verwirrendes Sowohl-als-auch“ geprägt. So gebe es Interessengegensätze in der Koalition etwa in der Frage der Rüstungsexporte oder beim Thema bewaffnete Drohnen. „Viel politischer Nebel, wenig klare Konturen“, urteilte Schmidt. Unklar bliebe, wer sich im Einzelfall durchsetze. Im Koalitionsvertrag fehlen dem Grünen-Politiker zudem klare Antworten in Bezug auf die Russlandpolitik oder die Frage, was die Regierung tun wolle, um die europäische Wirtschaft wieder anzukurbeln. Wie Wolfgang Gehrke forderte Schmidt eine Aussetzung der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen.

Andreas Schockenhoff (CDU) stärkte Steinmeier den Rücken und versicherte, CDU und CSU stünden zu einer „Kultur der Verantwortung und der Mithilfe“. Deutschland dürfe sich aber nicht erst, wenn eine Krise eskaliere, Gedanken machen, ob es gemeinsame, europäische Sicherheitsinteressen gebe. „Wir brauchen eine strategische Debatte darüber, in welchen Regionen wir in der Lage sind, mit zivilen und militärischen Mitteln das zu tun, was für die Sicherheit Europas wichtig ist“, forderte Schockenhoff, und fügte hinzu: Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik brauche Europa nicht in Asien und auf absehbare Zeit auch nicht in Lateinamerika. Aber: „Wir brauchen sie mit Sicherheit in Afrika.“ Der

CDU-Abgeordnete begrüßte daher die Überlegungen der Regierung, das Engagement der Bundeswehr in Mali zu verstärken. Schockenhoff, der bis 2013 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische Zusammenarbeit war, sprach auch die Beziehungen zu Russland an. Es gelte nach wie vor der Satz: „Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit Russland erreichen.“ Europa müsse daher mit den Russen einen konstruktiven und intensiven Dialog führen, der auch Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Korruption und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit nicht ausspare. Nicht ohne Stolz trat schließlich Frank Schwabe (SPD) ans Rednerpult. Es sei wohl-tuend, einen Außenminister zu haben, der

Deutschlands Stimme in der Welt schon in kurzer Zeit deutlich wahrnehmbar gemacht habe und der sich mit ganzer Kraft der Bewältigung und Prävention von Konflikten widme. Dies stehe „in guter sozialdemokratischer Tradition“. Zur Kritik der Linkspartei erklärte Schwabe, der Koalitionsvertrag liefere aus seiner Sicht eine gute Grundlage für die Menschenrechtspolitik der kommenden vier Jahre. Als Beispiele nannte er den Kampf gegen die Todesstrafe und das Bekenntnis zur sozialen und ökologischen Verantwortung transnationaler Unternehmen. Außenpolitik müsse immer werbetreibend sein, betonte Schwabe, sonst verkomme sie zu „reiner Machtpolitik ohne Kompass“.

Johanna Metz

Schwerpunkt »Chancenkontinent«

ENTWICKLUNG Minister Gerd Müller (CSU) setzt auf Nachhaltigkeit, vor allem für Afrika

Auf den Oppositionsbänken will man seinen Ohren noch nicht recht trauen: Von einem neuen „Sound“ des Ministers ist die Rede, der so ganz anders klingt, als man das vom Vorgänger gewohnt war. Gerd Müller (CSU), Chef des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, rannte mit seinen in der vergangenen Woche erst im Ausschuss und dann im Plenum skizzierten Plänen fraktionsübergreifend offene Türen ein. Von der Unhaltbarkeit eines „gewaltigen ökologischen Fußabdrucks“, den der Mensch hinterlasse, sprach der Minister, und davon, dass man hier, auf der Sonnenseite der Welt, mit Übergewicht zu kämpfen habe, während eine Milliarde Menschen an Unterernährung zu leiden hätten. „Das ist nicht hinnehmbar“, sagte Müller und legte dar, was er unter einer „wetterorientierten“ und „nachhaltigen“ Entwicklungspolitik versteht. Die Globalisierung müsse so gestaltet werden, „dass sie den Menschen dient und nicht ausschließlich den Märkten und der Wirtschaft“. Nicht der freie Markt ohne Kontrolle sei Leitbild, sondern eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“.

Ernährungssicherung Als eine Plattform nannte Müller den Post-2015-Prozess, mit dem die Millenniumsziele neu definiert werden: „Deutschland kann und muss hier eine starke inhaltliche Vorgabe machen.“ Müller kündigte an, das Engagement bei der Bekämpfung des Hungers zu verstärken und mit einer Milliarde Euro pro Jahr und dem Aufbau von „zehn grünen Wertschöpfungscentren“ in Afrika „gezielt die ländliche Entwicklung voranzubringen“. Leitbild seien dabei „nicht Agrofabriken, sondern leistungsfähige bäuerliche Betriebe, die die lokale Er-

nährung sichern und die Wertschöpfung im Lande belassen“. Als weiteres Kernanliegen nannte Müller die Stärkung der Bildung und den Aufbau beruflicher Ausbildungszentren. Entsprechende Haushaltsmittel sollten auf 400 Millionen Euro pro Jahr erhöht, der Schwerpunkt solle auch hier auf dem „Chancenkontinent“ Afrika liegen. In einem Punkt ließ die Opposition keinen Zweifel: „Wir sind hier zu 100 Prozent an Ihrer Seite. Wir werden Sie aber an Ihren Taten messen“, sagte Uwe Kekeritz (Grüne). Müller, zuvor Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, müsse sich glaubhaft von seinem „Dasein als Exportförderer“ der Agrarwirtschaft verabschieden. Es müsse Schluss sein, „mit Handelsverträgen, die die Gewerkschaftsrechte unterminieren und eine wirkliche Klimapolitik in den Partnerländern unmöglich machen, die die Ernährungssouve-

ranität der Länder untergraben, die den Investitionsschutz über Menschenrechte, über soziale und ökologische Gerechtigkeit stellen“. Heike Hänsel (Die Linke) erinnerte an die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur wenige Stunden zuvor, die einen ganz anderen Klang gehabt habe: Darin sei es um „knallharten Wettbewerb der Volkswirtschaften weltweit, im Grunde um den Kampf um Ressourcen, den Schutz von Handelswegen, um billige Arbeitskräfte und neue Absatzmärkte“ gegangen. Bärbel Kofler (SPD) forderte zu verbindlichen Verpflichtungen für Sozial- und ökologische Standards zu kommen, auch und vor allem „für unsere Unternehmen, die weltweit tätig sind“. Die Abgeordnete erinnerte zudem daran, dass eine nachhaltige Entwicklungspolitik nicht nur „Rahmenbedingungen“ brauche, sondern auch „einen Aufwuchs bei den finanziellen Mitteln“.

Sibylle Pfeiffer (CDU) kündigte an, die Klimapolitik zum „Hauptthema“ zu machen: „Die Kosten für die Anpassung an veränderte Lebensumstände können viele Entwicklungsländer nicht alleine schultern.“ Als Diskussionsplattform nannte Pfeiffer etwa den G-8-Gipfel 2015 in Deutschland. Sie betonte darüber hinaus, dass viele Entwicklungsländer „mittlerweile selbst zu vielem in der Lage“ seien: „Zum Aufbau eines Basisgesundheitsystems, zur Sicherung des Zugangs zu Nahrungsmitteln und Bildung oder einfach zum Aufbau stabiler staatlicher Strukturen.“ Ein Entwicklungsprozess sei stets dann erfolgreich, „wenn er aus den Ländern selbst kommt und zumindest zu einem gewissen Teil von ihnen selbst finanziert ist“, sagte Pfeiffer.

Alexander Heinrich



Minister Gerd Müller und die Ausschussvorsitzende Dagmar Wöhl (beide CSU)



Trotz Amnestiegesetz – die Lage in der Ukraine bleibt angespannt. Vor diesem Hintergrund diskutierte der Bundestag am vergangenen Freitag über Lösungsvorschläge. Tenor des Ganzen: Ohne Russland wird es nicht gehen.

Die Europäische Union und Russland seien gemeinsam gefordert, „eine gute Perspektive für die Ukraine zu erarbeiten“, sagte Franz Thönnies (SPD). Wenn man eine friedliche und gewaltfreie Lösung haben wolle, müsse man wegkommen „von der Schaukel des ‚Entweder oder‘, auf der der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch in den letzten Jahren gespielt hat“, betonte er. Die Heranführung der Ukraine an Europa stelle eine politische Neuordnung des europäischen Ostens dar, befand Karl-Georg Wellmann (CDU) und machte deutlich: „Eine solche Neuordnung kann aber nicht ohne die Beteiligung Russlands gelingen.“ Als schweren Fehler bezeichnete er die Aussage von EU-Ratspräsident José Manuel Barroso, Russland habe bei einer Neuordnung Osteuropas nicht mitzureden. Wenn man die Ukraine-Frage im Konflikt mit Russland lösen wolle, werde es zum einen „politisch sehr teuer“. Zum anderen würde man ein politisch gespaltenes Land und Unfrieden hinterlassen.

Kooperation Das sah auch Wolfgang Gehrke (Die Linke) so, der einen „neuen Umgang mit Russland“ forderte. Dabei dürfe es aber nicht darum gehen, mit Russland über die Ukraine zu verhandeln, sondern darum, neue Kooperationen zu finden. Marieluise Beck (Grüne) warnte ebenfalls vor „geheimen Zugeständnissen seitens der EU an Russland“. Das kalt kalkulierende geopolitische Machtstreben des russischen Präsidenten Wladimir Putin dürfe nicht akzeptiert werden, forderte sie. Uneins waren sich Beck und Gehrke hingegen in ihrer Einschätzung der Demonstrationen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. „Nicht alle Demonstrationen sind Freiheitskämpfer“, sagte der Linken-Abgeordnete. Vielmehr sei „nationalistisches und rechtsradikales Pack“ darunter. „Mit denen möchte ich nicht zusammenarbeiten“, sagte Gehrke. Marieluise Beck warf ihm hingegen vor, der „massiven Propaganda des russischen Geheimdienstes FSB“ auf den Leim gegangen zu sein, in der behauptet werde, der Maidan, der zentrale Kiewer Unabhängigkeitsplatz, sei rechtsradikal unterwandert. Ihrer Ansicht nach seien vor allem jene auf die Straße gegangen, die die Hoffnung hätten, Europa könne der nächsten Generation eine Zukunft geben. Auch dem von SPD-Mann Thönnies erhobenen Vorwurf, die ukrainische Opposition sei „nicht geeint in einer Perspektive für eine gute Zukunft“, trat Beck entgegen. Es gebe sehr wohl gemeinsame Ziele, sagte die Grünen-Abgeordnete. „Sie wollen nach Europa, sie wollen Rechtsstaat statt Korruption und sie wollen die Rückkehr zur Demokratie von 2004, die Janukowitsch abgeschafft hat.“

Was den Rücktritt der ukrainischen Regierung und die Rücknahme einiger „repressiver“ Gesetze angeht, könne man von guten Zeichen sprechen, sagte Franz Thönnies und schränkte zugleich ein: „Wenn es nicht Taktik sein sollte und es eigentlich darum geht, Zeit zu schinden.“ Zusagen müssten eingehalten und nicht mit neuen Bedingungen verknüpft werden, forderte Thönnies.

Auch mit Blick auf die „Vielzahl von Vermittlern, die schon Schlange stehen“, rief der SPD-Politiker dazu auf, Zurückhaltung zu üben. Schon der kleinste Funke könne dafür sorgen, „dass etwas entsteht, was wir alle nicht wollen“. Die Betroffenen selbst müssten um Vermittlung bitten. Auch für Wolfgang Gehrke ist Zurückhaltung „das Gebot der Stunde“. Er halte auch nichts von Sanktionen, die die Situation nur zusätzlich zuspitzen würden, sagte der Linken-Politiker. Etwas aber könne der Bundestag dennoch tun: „Sorgen wir für die sofortige Visafreiheit“, lautete sein Appell.

Unterstützung erhielt er dabei ausgerechnet von der Unionsfraktion. „Wir müssen ganz schnell über eine Liberalisierung des Visa-Regimes nachdenken“, sagte Karl-Georg Wellmann (CDU). Die junge Generation der Ukrainer, die eine europäische Perspektive wolle und für europäische Werte kämpfe, dürfe nicht enttäuscht werden.

Marieluise Beck warb ebenfalls für tatkräftiges Handeln der Parlamentarier in den Parlamenten der EU-Mitgliedsländer. Wenn sich nur zwei Abgeordnete aus jedem dieser Parlamente in den nächsten Wochen ständig in der Ukraine aufhalten würden, könnten man den Menschen dort zeigen, „dass wir zu unseren Versprechen und zu unseren Werten stehen“.



Die Lage bleibt zugespitzt: Polizisten riegeln Teile des Zentrums in der Hauptstadt Kiew ab.

Schaukeln und Taumeln

UKRAINE Präsident Janukowitsch will sich die Türen nach West wie Ost offen halten. Die Opposition fordert Kurs auf Europa

Unterdessen spitzte sich die Situation in der Ukraine im Verlauf des vergangenen Freitags erneut zu. Die Armeeführung warnte vor einer Spaltung des Landes. Ein tagelang vermisster Regierungskritiker berichtete davon, gefoltert und schwer mißhandelt worden zu sein. Die Opposition machte dafür die Regierung verantwortlich, die die Demonstrationen einschüchtern wolle.

Punktsieg Mit der Verabschiedung eines Amnestiegesetzes und der Rücknahme eines Gesetzpakets zur Einschränkung der Bürgerrechte, die die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, in der vergangenen Woche beschlossen hatte, schien der Opposition zunächst ein Punktsieg gelungen zu sein. Aber diese Zugeständnisse des Regierungslagers sind vorläufig, und vor allem haben sie das Land bisher nicht befrieden können. Weiterhin stehen sich in Kiew und in anderen Städten Demonstrationen und Sicherheitskräfte gegenüber. Die Opposition fordert den Rücktritt von Präsident Janukowitsch, und sie fordert in weiten Teilen eine Hinwendung des

Landes zur EU, so wie es mit dem EU-Assoziierungsabkommen vorgesehen war, das Janukowitsch im November vergangenen Jahres im letzten Moment und auf Druck Moskaus auf Eis gelegt hatte.

Janukowitsch machte seine Unterschrift zu nächst davon abhängig, dass die Regierungsgegner die besetzten Verwaltungsgebäude und Plätze verlassen – ließ das Amnestiegesetz dann aber am Freitag doch noch passieren. Die Opposition wiederum wertet Janukowitschs Einlenken in der vergangenen Woche und den Rücktritt seiner Regierung nur als Hinhaltenakt. Neun der insgesamt 25 ukrainischen Oblaste sind fest in der Hand der Opposition, in einigen von ihnen ist die ganze regionale Präsidentschaftsverwaltung auf die Seite der Regierungsgegner gewechselt. Es war mit dieser Aufstand in der Provinz, der Janukowitsch Ende Januar überhaupt zu ersten ernsthaften Zugeständnissen brachte.

Eine Radikalisierung der Proteste würde indes den „Falken“ im Umfeld Janukowitschs in die Hände spielen. Dazu gehört neben Innenminister Witali Sachartschenko auch der erst jüngst zum Präsidentschaftschef ernannte Andrij Klujew. Beide stammen wie Janukowitsch aus der Ost-Ukraine, dem rohstoffreichen industriellen Herz des Landes, beide haben ihre Geschäftsimperien vor allem auf Russland ausgerichtet. Innenminister Sachartschenko behauptet, in den besetzten Regierungsgebäuden seien Waffenlager angelegt worden. Die Opposition habe „keine Macht mehr über radikale Gruppierungen, die Gewaltaktionen planen“.

Eine kleine Gruppe radikaler Demonstranten hat vor zwei Wochen nach über zweimonatigen friedlichen Protesten für eine EU-Assoziierung auf dem Maidan erstmals damit begonnen, im nahen Regierungsviertel Polizeikordons anzugreifen. An vorderster Front war eine Gruppe namens „Rechter Sektor“, die zuvor durch extreme nationalistische Parolen aufgefallen war. Zu beobachten ist ein Rückbezug auf historische ukrainische Freiheitskämpfer – vom westukrainischen Antisemiten Stefan Bandera über die Zaparoscher Kosacken bis zum ostukrainischen Anar-

chisten Nestor Machno. Letzterer vertrat in den 1920er Jahren eine betont anti-nationalistische Linie.

Oligarchen Im Umfeld von Janukowitsch gibt es auch besonneneren Stimmen als die des Innenministers. Der ebenso umstrittene wie einflussreiche Gashändler Dmytro Firtasch hat sich erstmals von Janukowitsch distanziert und unterstrichen, dass er als Geschäftsmann vor allem Ruhe und bestimmt kein von einer Teilung in West- und Ost-Ukraine bedrohtes Land brauche. Bereits im Dezember soll der reichste Mann der Ukraine und langjährige Janukowitsch-Gönner, Rinat Achmetow, den Präsidenten an den Verhandlungstisch mit der Opposition gebracht haben. Achmetow ist ukrainischer Stahl- und Kohlemagnat und verfügt laut Forbes über ein Vermögen von 14 Milliarden Dollar. Eine Sonderstellung nimmt der Unternehmer Petro Poroschenko ein, der als Unabhängiger im Parlament sitzt und sowohl unter Janukowitsch wie seinem Vorgänger Viktor Juschtschenko Ministerposten inne hatte. Poroschenko hat sich früh hinter die Protestierenden gestellt und wird in Kiew als möglicher Kompromiss-Premier gehandelt. Die neue Regierung, deren Bildung Janukowitsch für diese Woche angekündigt hatte, könnte aber auch der bisherige Vizepremier Serhij Arbusow leiten: Der 1976 in Janukowitschs ostukrainischer Heimatstadt Donezk geborene ehemalige Nationalbankchef war bei den Verhandlungen an den EU-Assoziationsabkommen beteiligt.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und Russland zur Zukunft der Ukraine sendeten Brüssel und Moskau vergangene Woche beim EU-Russland-Gipfel Signale der Entspannung: Experten beider Seiten sollen jetzt Missverständnisse über die wirtschaftlichen Folgen von EU-Partnerschaftsabkommen mit Ex-Sowjetrepubliken wie der Ukraine oder Georgien ausräumen. *Paul Flückiger/haulahe*

Paul Flückiger berichtet als freier Korrespondent aus Polen und der Ukraine.



Verhandlungen zwischen Präsident Viktor Janukowitsch (links, Mitte) und den Oppositionsführern, darunter Vitali Klitschko (rechts, Mitte) in der vergangenen Woche

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Bundeswehr weiter in Türkei aktiv

AUSWÄRTIGES Die Bundeswehr wird sich weiterhin am Nato-Luftverteidigungseinsatz in der Türkei zum Schutz vor Angriffen aus Syrien sowie an der Nato-Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeer beteiligen. Mit breiter Mehrheit stimmte der Bundestag vergangene Woche in namentlicher Abstimmung für die entsprechenden Anträge (18/263; 18/264) der Bundesregierung. Die Linksfraktion stimmte gegen beide Einsätze, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnte die Verlängerung von OAE ab. Der Auftrag der Mission „Active Fence“ in der Türkei besteht laut Antrag der Bundesregierung in der Verstärkung der Luftüberwachung an der Grenze zu Syrien durch das Flugabwehr-Raketensystem „Patriot“. Das Mandat zielt jedoch nicht auf die „Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone über syrischem Territorium“. Rolf Mützenich (SPD) betonte den „defensiven Charakter“ des Mandats, das „keine Regierung, keine politischen Handlungen, sondern Flüchtlinge“ aus Syrien und deren Helfer schützen. Auch Roderich Kiesewetter (CDU) erinnerte daran, dass die Türkei 800.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien aufgenommen habe. Der Schutz des Luftraums der Türkei sei ein „Zeichen der Solidarität“. Franziska Brantner (Grüne) begrüßte die Fortsetzung des Einsatzes, forderte aber die Bundesregierung auf, den diplomatischen Druck „auf Assad und seinen Partner Putin“ ebenso zu erhöhen wie auf jene Länder, die Dschihadisten in Syrien unterstützen. Katrin Kunert (Die Linke) bestritt „eine konkrete Bedrohungslage der Tür-

kei“, die überdies selbst „Teil des Konflikts“ sei, indem sie „islamistischen Gotteskriegen“ über ihr Territorium nach Syrien einreisen lasse. In der Debatte um die Fortsetzung von „Active Endeavour“ im Mittelmeer stellte die Opposition vor allem dessen rechtliche Grundlage in Frage. Wie die Bundesregierung in ihrem Antrag schreibt, basiere die seit 2001 bestehende Operation zur maritimen Terrorismusabwehr auch weiterhin auf dem Recht auf kollektive Selbstverteidigung und auf Artikel 5 des Nato-Vertrags, dem Nato-Bündnisfall, obgleich die terroristische Bedrohungslage im Einsatzraum mittlerweile als abstrakt bewertet werde. Deutschland setze sich in der Nato dafür ein, „Active Endeavour“ den „tatsächlichen Einsatzrealitäten“ anzupassen und „perspektivisch“ in eine Operation zu überführen, die sich nicht mehr auf den Bündnisfall beruft. Alexander S. Neu (Die Linke) bestritt, dass es im Mittelmeer um kollektive Selbstverteidigung gehe, sondern darum, deutsche Handelsinteressen zu verteidigen. Tobias Lindner (Grüne) nannte den Antrag „ein widersprüchliches Wschiwashi“: Zwölf Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September taugte die damalige Bedrohung nicht mehr als Begründung. Niels Annen (SPD) verwies darauf, dass es sich um ein auch auf Druck seiner Fraktion „verändertes Mandat“ handle, dessen exekutive Befugnisse begrenzt worden seien. Peter Beyer (CDU) nannte es „eine Übergangslösung“ und „wichtigen Schritt“ zur Weiterentwicklung der Mittelmeer-Mission. *lbr/lahe*

Debatte um Freizügigkeit in Europa

EUROPA Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen fordern eine Verschärfung der Debatte über Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa. Der CSU warfen sie vergangene Woche im Europaausschuss vor, mit ihren Aussagen über Armutszuwanderung aus Südosteuropa „am rechten Rand zu fischen“. Es sei eine „groteske Situation“, dass das Thema in Deutschland so hochgehalten werde, obwohl es als Wirtschaftsstandort auf die Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem europäischen Ausland angewiesen sei, sagte Alexander Ulrich (Die Linke). Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen) warf der CSU vor, den „Stammtisch von oben“ zu bedienen. Es gebe aber durchaus Probleme in einzelnen Städten, für die Lösungen gefunden werden müssten. Die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz wies die Vorwürfe zurück. Die aktuelle Debatte zeige, dass es notwendig und richtig sei auf die Vielschichtigkeit der Probleme hinzuweisen. Deutschland müsse in größerem Umfang Sozialleistungen an Zuwanderer zahlen als erwartet. Es müsse überprüft werden, inwieweit es für den deutschen Gesetzgeber konkreten Handlungsbedarf gebe, etwa hinsichtlich der Bekämpfung von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit. Martin Pätzold (CDU) betonte, die Arbeitnehmerfreizügigkeit sei „ein Grundpfeiler der europäischen Idee“. Die meisten Zuwanderer seien hierzulande gut integriert, jedoch gebe es auch Fälle von Sozialmissbrauch, die verhindert werden müssten. Die Bildung eines Staatssekretärs-

schusses, der sich seit Januar mit den Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch auf die deutschen Sozialsysteme befassen soll, begrüßte Pätzold ausdrücklich. Der SPD-Abgeordnete Heinz-Joachim Barchmann betonte, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit von „existentiellem Interesse für Deutschland“ sei. Befürchtungen, dass sie zu großen Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten führen würde, hätten sich nicht bestätigt. Es kämen auch aus Ländern wie Rumänien und Bulgarien viele Fachkräfte nach Deutschland. Ole Schröder (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, sprach von einem Problem, das sich vor allem auf einige Städte wie Duisburg, Mannheim oder Berlin konzentriere. Von einem Massenphänomen könne nicht die Rede sein. Jedoch sei es notwendig, auf die angespannte Situation in besonders belasteten Kommunen zu reagieren, sagte Schröder. Unter anderem solle die Möglichkeit der Wiedereröffnung gesetzlich konkretisiert werden, um wiederholten Sozialmissbrauch zu unterbinden. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller (SPD), kündigte in der Sitzung an, dass der Staatssekretärs-Ausschuss zum Thema Armutszuwanderung bereits im März einen ersten Zwischenbericht vorlegen wolle. Der Abschlussbericht solle im Juni vorliegen. In der kommenden Sitzung sollen auch die Kommunen in die Arbeit einbezogen werden. *joh*

Aufbruch in die Demokratie

TUNESIEN Lob für liberalste Verfassung der arabischen Welt

Es gibt sie noch, die guten Nachrichten aus der arabischen Welt: Drei Jahre nach dem Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali hat sich der Maghreb-Staat eine neue Verfassung gegeben. Am vergangenen Montag hat das Übergangsparlament in Tunis sie mit großer Mehrheit verabschiedet, und schon jetzt wird sie als Vorbild für andere Umbruchstaaten in der muslimischen Welt gefeiert. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon etwa bezeichnete den Verfassungstext als „historischen Meilenstein“. Warum diese Begeisterung? Die neue Verfassung Tunesiens beruht anders als die meisten Verfassungen in arabischen Ländern nicht auf der islamischen Scharia. Ein Novum. Dem Militär billigt sie keine Sonderrechte zu, die es ihm ermöglichen würden, sich ziviler Kontrolle zu entziehen – so wie es in der neuen ägyptischen Verfassung der Fall ist. Tunesien mit seiner überwiegend muslimischen Bevölkerung hat sich bei der Verfassungsgebung vielmehr an westlichen Werten orientiert: Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Gewaltenteilung, Gleichstellung von Mann und Frau. So müssen in den gewählten Kammern Frauen und Männer künftig gleich stark vertreten sein.

Konsens statt Konfrontation Es war keinesfalls selbstverständlich, dass sich das „Mutterland des Arabischen Frühlings“ so positiv entwickeln würde. Nach dem Sturz des Langzeitregierenden Ben Ali im Januar 2011 erwies sich der Übergang zur Demokratie schwieriger als gedacht. Die Wirtschaft brach ein und die schwelenden politischen Konflikte eskalierten im Juli 2013, als der linke Oppositionspolitiker Mohamed Brahim von radikalen Salafisten ermordet wurde. Die Opposition warf der regierenden islamistischen Ennahda-Partei eine politische Verantwortung für den Mord vor und forderte ihren Rücktritt. Es folgten

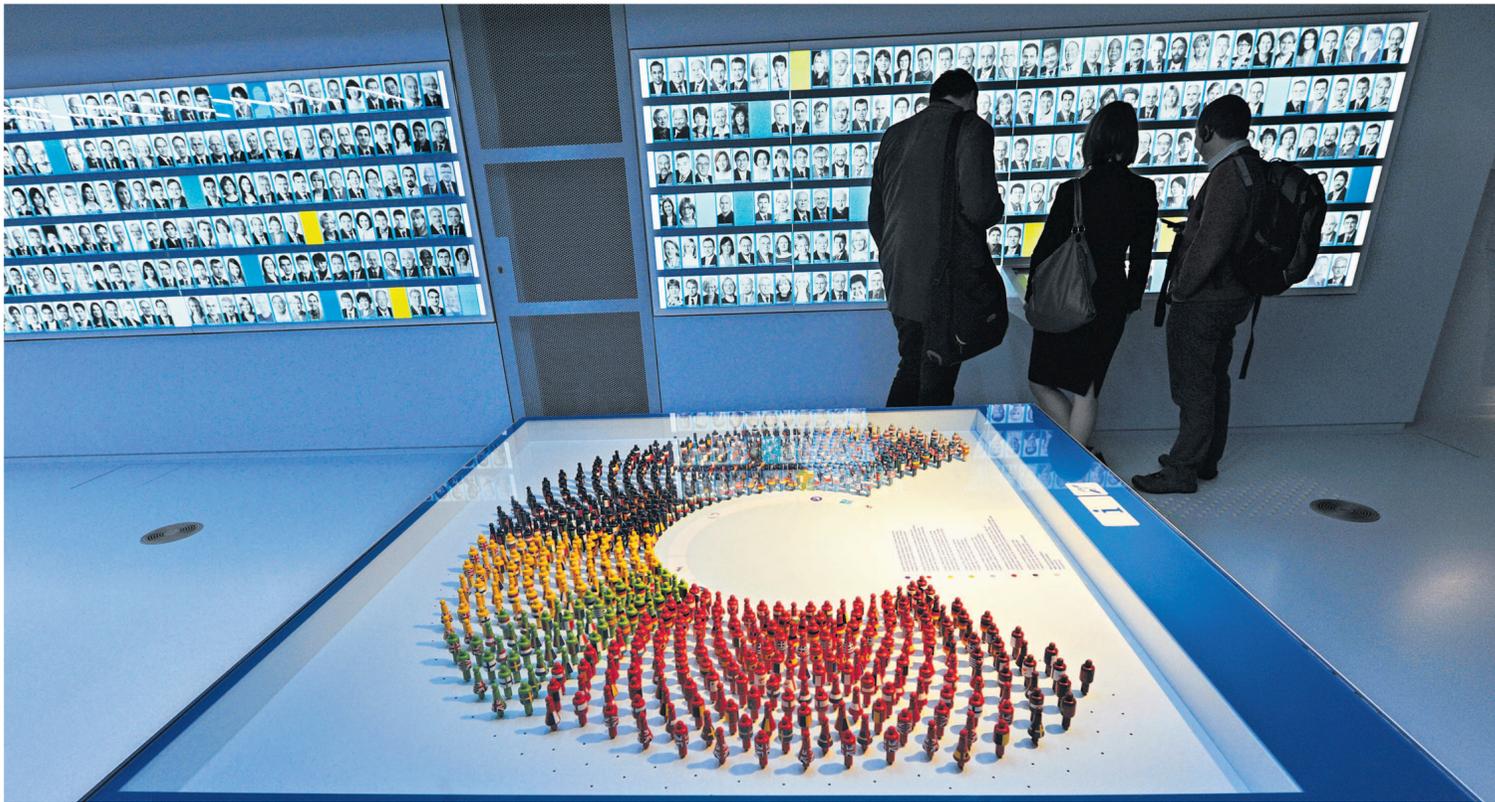


Der parteilose Ministerpräsident Mehdi Jomaa führt die neue Expertenregierung.

zäh Verhandlungen, an deren Ende ein mutiger Entschluss stand: Regierung und Opposition ließen einen „Nationalen Dialog“ ins Leben, mit dem Ziel, eine Verfassung zu erarbeiten und eine Übergangsregierung zu bilden. Deren Mitglieder sollten parteilose Experten sein. Premierminister wurde der bisherige Industrieminister Mehdi Jomaa. Das Parlament sprach seinem Kabinett am 28. Januar das Vertrauen aus. Bald schon soll es Neuwahlen geben. Ob der Verfassungstext auch mit Leben gefüllt werden kann, wird sich zeigen müssen. Aber eine erste wichtige Hürde auf dem Weg zur Demokratie ist genommen. *joh/pa*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Im „Parlamentarium“ in Brüssel können sich Besucher über die Abgeordneten informieren.

Im Auftrag der Menschenrechte

WECHSEL Neuer Beauftragter der Regierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe ist Christoph Strässer als Nachfolger von Markus Löning (FDP). Der SPD-Politiker, der seit 2002 im Bundestag sitzt, ist seit vielen Jahren auf diesem Feld tätig. Der 64-Jährige hat seit 2005 die Arbeitsgruppe Menschenrechtspolitik seiner Fraktion geleitet und war SPD-Obmann im Menschenrechtsausschuss. International einen Namen gemacht hat sich der Abgeordnete aus Münster in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, wo er Vizevorsitzender der Bundestagsdelegation war. Als Berichterstatter der Straßburger Volksvertretung für politische Gefangene in Aserbaidschan redete Strässer jenseits aller diplomatischen Floskeln gegenüber Baku Klartext, das ihm mehrfach die Einreise für Inspektionen in Gefängnissen verweigert hatte. Der neue Regierungsbeauftragte bleibt Abgeordneter, verlässt jedoch den Menschenrechtsausschuss und scheidet auch aus der Bundestagsdelegation beim Europarat aus. Strässer war bis 1982 Mitglied der FDP, wegen des Sturzes von Kanzler Helmut Schmidt verließ der sozialliberale Politiker die Freidemokraten und trat 1984 der SPD bei. **kos**



Anne Brasseur neue Präsidentin

EUROPARAT Die Luxemburgerin Anne Brasseur ist neue Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Als Nachfolgerin des Franzosen Jean-Claude Mignon wurde die Liberale vergangene Woche mit 165 Stimmen gewählt. Für den Gegenkandidaten, den konservativen Briten Robert Walter, votierten 125 Abgeordnete. In ihrer Antrittsrede appellierte die 63-Jährige an die 317 Delegierte aus den Parlamenten der 47 Europaratsnationen, mit „Entschlossenheit und Engagement“ die Menschenrechte, die Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen. Im Vorfeld der Abstimmung hatte Brasseur betont, gegenüber jenen Staaten energisch die Wahrung freiheitlicher Standards einzufordern, die diese Normen missachten: „Wir müssen den Druck fortsetzen.“ Sie warnte vor einem Sieg Walters, der vor allem von Ländern wie Russland, Aserbaidschan oder der Türkei unterstützt wurde. Wenn solche und andere Nationen, die wegen rechtsstaatlicher Probleme vom Europarat überwacht werden, im Straßburger Parlament eine Mehrheit erringen würden, könnten sie darauf hoffen, unter einem Präsidenten Walter weniger rigide geprüft und kritisiert zu werden. Beim Europarat war die ehemalige Luxemburger Bildungsministerin schon 15 Mal als Berichterstatterin tätig, unter anderem zur Lage von Flüchtlingen und Asylbewerbern oder zur Situation im Kaukasus. Mit Brasseur haben nun zwei Vertreter des kleinen Großherzogtums zentrale Positionen im Palais de l'Europe inne: Dean Spielmann ist Chef des Menschenrechtsgeschichtshofs. **kos**



Neuland für Europas Parteien

EP-WAHL Die Kür der Spitzenkandidaten dauert an. Die Grünen erleben im Internet eine Blamage

You decide Europe – Du entscheidest Europa –, so lautete das Motto, mit dem die europäischen Grünen zur Wahl ihrer Spitzenkandidaten für die Europawahlen Ende Mai aufgerufen hatten. Mit dieser Art der Nominierung betreten die Grünen Neuland: Über die Kandidaten sollten diesmal nicht allein Parteifunktionäre auf einem Parteitag entscheiden, sondern auch die Bürger. Und so riefen die Grünen alle EU-Bürger ab 16 Jahren auf, per Mausclick im Internet das grüne Spitzenduo zu bestimmen. Vergangene Woche endete das Experiment: Mit nur knapp 23.000 Teilnehmern fiel die Beteiligung an der elektronischen Wahl viel niedriger aus als gedacht. Für Initiator Reinhard Büttner eine herbe Enttäuschung, hatte er doch große Hoffnungen auf das „Demokratieexperiment“ gesetzt. Der frühere deutsche Grünen-Chef und derzeitige Vorsitzende der europäischen Grünen hatte sich davon versprochen. „wachsende Kluft zwischen europäischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und den EU-Institutionen andererseits“ verringern zu können. Absehbar war zwar, dass bei der Wahl längst nicht alle der rund 380 Millionen stimmberechtigten EU-Bürger mitmachen würden. Doch auf wenigstens 100.000 Teilnehmer hatten die Organisato-

Zum ersten Mal treten die europäischen Parteien überhaupt mit Spitzenkandidaten an.

ren gehofft. Europaweit gibt es etwa 200.000 Mitglieder grüner Parteien. Bei der Kandidatenkür mussten die Organisatoren gleich mit mehreren Problemen kämpfen. So nahmen die österreichischen Grünen aus Furcht vor mangelndem Datenschutz gar nicht erst an dem Verfahren teil. Außerdem kam es zu technischen Problemen – rund 7.000 Menschen konnten offenbar nicht ihre Stimme abgeben. Für Ärger sorgte außerdem, dass Mehrfachstimmen möglich waren, wenn jemand sich mit zwei verschiedenen Handnummern anmeldete. Die wenig repräsentative Urwahl endete schließlich mit einer Überraschung: Nicht die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, landete auf dem ersten Platz. Spitzenkandidaten wurden die bisher eher unbekannte deutsche EU-Abgeordnete Franziska („Ska“) Keller und ihr französischer Fraktionskollege José Bové. Die 32-jährige Brandenburgerin, die von den grünen Jugendorganisationen unterstützt wurde, soll nun gemeinsam mit dem Landwirt und Gentechnik-Kritiker „Gesicht und Stimme“ des grünen Europawahlkampfes werden. Harms landete nur auf Platz drei, vor der Ko-Chefin der Europäischen Grünen, Monica Frassoni aus Italien.

Der Ausgang der „Green Primaries“ könnte sich nun auf die deutsche Liste auswirken, die die Grünen Anfang Februar auf ihrem Bundestag in Dresden wählen wollen: Bislang sind Harms und Büttner für die ersten beiden Plätze vorgesehen. Doch sie könnten Gegenkandidaten bekommen – einerseits die „Primary“-Siegerin Keller, andererseits den Europaabgeordneten und früheren Attac-Mann Sven Giegold. **Kandidatenkarussell** Die Aufregung um mögliche Kandidaten für den Europawahlkampf ist neu. Es ist schließlich das erste Mal, dass die europäischen Parteien überhaupt mit Spitzenkandidaten bei den Europawahlen antreten. Zwar stimmen die EU-Bürger zwischen dem 22. und 25. Mai wie immer über die jeweiligen nationalen Listen ab. Doch müssen die EU-Regierungschefs 2014 erstmals auch die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach der Wahl berücksichtigen, wenn sie im Herbst den nächsten Kommissionspräsidenten ernennen. So sieht es der Vertrag von Lissabon vor. Folglich sind die Spitzenkandidaten der europäischen Parteien automatisch auch Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten. Das Kandidatenkarussell dreht sich daher im Moment munter: Die europäischen Sozialdemokraten (SPE) haben sich bereits entschieden und schicken den derzeitigen Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz, ins Rennen. Er wurde Ende Januar zudem auf dem Parteitag der SPD zur

Nummer eins auf der deutschen Liste gewählt. Die Europäische Volkspartei (EVP), zu der auch CDU und CSU gehören, sucht hingegen noch einen Kandidaten. Offiziell will sich die EVP Anfang März bei einem Parteikongress in Dublin festlegen. Im Gespräch sind unter anderem der langjährige Luxemburger Regierungschef Jean-Claude Juncker, die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, aber auch der irische Regierungschef Enda Kenny und Polens Premierminister Donald Tusk. Auf nationaler Ebene haben sich CDU und CSU bereits festgelegt: Für die CDU soll der frühere niedersächsische Ministerpräsident David McAllister ins Rennen gehen. Er soll bei der Vorstandsklausur in Erfurt im Februar nominiert werden. Nummer eins bei der CSU ist deren Europagruppenchef im Europaparlament, Markus Ferber. Die europäische Linke nominierte bereits im Dezember Alexis Tsipras, den Vorsitzenden des griechischen Linksbündnisses Syriza, zu ihrem Spitzenkandidaten. In Deutschland soll die frühere PDS-Chefin Gabi Zimmer den ersten Listenplatz erhalten. Zimmer ist derzeit Vorsitzende der linken Europafraktion GUE/NGL. Die europäischen Liberalen haben sich ebenso wie die Grünen für eine Doppelspitze ent-

Das Wahlergebnis entscheidet auch darüber, wer Präsident der Kommission wird.

schieden: Ihr gehören der frühere belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt sowie EU-Währungskommissar Olli Rehn an. Die deutsche FDP will mit dem Europaabgeordneten Alexander Graf Lambsdorff in die Wahl ziehen. Nachdem die Partei bei den Bundestagswahlen im vergangenen Herbst gescheitert ist, hat der Einzug ins Europaparlament umso größere Bedeutung. Die europakritische „Alternative für Deutschland“ (AfD), die bei der Bundestagswahl knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, hat auf ihrem Parteitag im Januar ihren Vorsitzenden, den Wirtschaftswissenschaftler Bernd Lucke, zum Spitzenkandidaten gewählt. Die AfD würde einer aktuellen Enmünd-Umfrage zufolge derzeit auf sieben Prozent der Stimmen kommen und damit die bei Europawahlen geltende Drei-Prozent-Hürde locker überwinden. Allerdings kann es sein, dass das Bundesverfassungsgericht diese Hürde noch für verfassungswidrig erklärt. Die FDP muss mit einer Zustimmung von derzeit knapp drei Prozent um den Einzug bangen. CDU und CSU liegen der Umfrage zufolge bei 42 Prozent, die SPD bei 26 Prozent. Die Linken dürften mit acht Prozent rechnen, die Grünen mit zehn Prozent. **Cordula Eubel**

Die Autorin ist Redakteurin beim „Tagesspiegel“ in Berlin.

Die Parlamente entscheiden

EUROPA Bundestagspräsident weist Vorwurf fehlender Legitimation der »Troika« zurück

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat Äußerungen zurückgewiesen, die Hilfsprogramme für in finanziellen Notlagen befindliche Euro-Staaten seien nicht hinreichend demokratisch legitimiert. Davon könne keine Rede sein, weil diese Hilfsprogramme in Verhandlungen mit den betroffenen Staaten zustande gekommen seien, an denen auch die jeweiligen Parlamente beteiligt gewesen seien, sagte Lammert bei der Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrags. Zu ihr waren Vertreter der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments in der vierten Januarwoche in Brüssel zusammengelassen. Die Einrichtung einer solchen Konferenz ist in Artikel 13 des „Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ vorgesehen, mit dem sich 25 Mitgliedstaaten der EU – mit Ausnahme Großbritanniens und Tschechiens – im März 2012 unter anderem zur Einführung sogenannter Schuldenbremsen verpflichtet hatten.

Auch in Geberländern könnten die Entscheidungen für ein Hilfsprogramm nicht ohne parlamentarische Beteiligung getroffen werden, betonte Lammert in Brüssel. Dies gelte insbesondere in Deutschland, wo keine Hilfe ohne den Bundestag beschlossen werden darf und auch laufende Programme nicht ohne Zustimmung des Parlaments geändert werden dürfen. **Empfehlungen** Die aus dem IWF, der EU-Kommission und der EZB bestehende „Troika“, deren mangelnde demokratische Legitimation oft kritisiert werde, treffe selbst keine Entscheidungen, sondern unterbreite Empfehlungen, die von demokratisch legitimierten Regierungen und Parlamenten beschlossen werden könnten. Man dürfe die Fragen von Wirkung und Akzeptanz der Hilfsprogramme, die die Programmländer auch zu unpopulären Maßnahmen zwingen, nicht mit deren demokratischer Legitimation verwechseln. Der Bundestagspräsident reagierte damit auch auf einen vom Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (EP), Othmar Karas, auf der Konferenz vorgestellten Bericht, demzufolge die Troika vom EP kontrolliert werden soll. Auf einem anderen Blatt steht laut Lammert die parlamentarische Begleitung der länderspezifischen Empfehlungen der Europä-

ischen Kommission im Rahmen des „Europäischen Semesters“, das der Kommission eine Überprüfung der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspläne ermöglicht. Hier sei eine stärkere Begleitung durch die nationalen Parlamente und insbesondere durch das EP vorstellbar. An der vom EP und dem Parlament der griechischen Ratspräsidentschaft ausgerichteten Konferenz nahmen mehr als 150 Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten teil. Der Bundestag war mit einer fraktionsübergreifenden neunköpfigen Delegation unter Leitung von Norbert Barthle (CDU) vertreten. In der Eröffnungssitzung betonten EP-Präsident Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, sowie der Kommissionspräsident José Manuel Barroso, dass die Krise in Europa zwar noch nicht überwunden, die institutionellen Voraussetzungen für ihre Bewältigung aber deutlich verbessert worden seien. Die nächste Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag soll im Herbst dieses Jahres unter italienischer Ratspräsidentschaft in Rom stattfinden. Dort soll möglichst eine Klärung der Grundlagen und Verfahrensweisen der Konferenz herbeigeführt werden. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit der Erarbeitung des Entwurfs einer Geschäftsordnung beauftragt wird. **DP**

Alleingang mit Ansage

USA Barack Obama droht, mit Präsidialverordnungen am gespaltenen Kongress vorbeizuregieren

„Yes, we can“ – das ist das Leitmotiv gewesen, mit dem Barack Obama 2009 ins Weiße Haus einzog. Der erste afro-amerikanische Präsident der Vereinigten Staaten versprach den durch Kriege und Wirtschaftskrise verunsicherten Bürgern nach den gesellschaftlichen Verwerfungen der Bush-Ära vor allem eines: Wir-Gefühl. Fünf Jahre später ist die Tonlage eine andere. „Yes, I will“ lautet nach der jüngsten „Rede zur Lage der Nation“ wohl das inoffizielle Obama-Motto. Sein Rechenschaftsbericht zum Zustand der Supermacht liest sich wie eine vorgezogene Wahlkampfansage an die Herzkammer der Demokratie – den parteipolitisch gespaltenen Kongress, der im November vor Halbzeitwahlen steht. Aus der Erfahrung der von Obstruktion im republikanisch beherrschten Repräsentantenhaus und im demokratisch majorisierten Senat geprägten Jahre leitet Obama für sich das Recht ab, mit Hilfe präsidialer Verordnungen am Parlament vorbei zu regieren. „Amerika steht nicht still – und ich werde es auch nicht tun“, sagte Obama und betonte, dass die Überwindung der sozialen Spaltung oberste Priorität für seine Administration besitze. Als erste Demonstration, wie Macht im Alleingang aussieht, kündigte der Präsident einen Erlass an, durch den bei Neueinstellungen der Mindestlohn für Auftragsarbeiter der

Regierung von 7,25 auf 10,10 Dollar (7,40 Euro) angehoben wird. Nutznießer: circa 600.000 Arbeitnehmer. Damit ein solcher Ecklohn flächendeckend eingeführt werden kann, müsste der Kongress mitziehen. Eine Mehrheit dafür ist dort zurzeit illusorisch. Die über den Konfrontationskurs empörten Republikaner stellten klar, dass ein inflationärer Gebrauch der „executive order“, der

präsidialen Verordnung, dem Geist der Verfassung widerspreche und nur von überschaubarer Durchschlagskraft sei. Bei zentralen Vorhaben gehe nichts am Kongress vorbei, sagte John Boehner, Sprecher des Repräsentantenhauses und Republikaner. Er meinte etwa die Formulierung eines modernen Einwanderungsrechts, das nach dem Plan des Präsidenten elf Millionen Illegalen die Perspektive auf die amerikanische Staatsbürgerschaft eröffnen soll. Oder die von Obama unverändert angestrebte Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo. Beobachter diverser US-Medien sind unerschütterlich über die Ernsthaftigkeit Obamas, seine Ziele notfalls allein durchzusetzen. Als Indiz führen sie das Schicksal des Herzstücks der „State of the Union“-Rede von 2013 an. Obama hatte im Licht des Schul-Massakers von Newtown, bei dem 20 Kinder von einem Amokläufer erschossen worden waren, tiefgreifende Reformen der Waffengesetze angekündigt. Wegen des Widerstands im Kongress, vor allem auf republikanischer Seite, ist aus den ehrgeizigen Plänen bis heute so gut wie nichts geworden. In seiner Rede vergangene Woche behandelte Obama das Thema nur noch als Fußnote. **Dirk Hautkapp**



Barack Obama (Mitte) im US-Kongress

Der Autor ist US-Korrespondent der „FUNKE-Mediengruppe“ in Washington.



ANGELESEN



Klaus Mertens: Verlorenes Vertrauen. Katholisch sein in der Krise.
Herder Verlag, Freiburg 2013; 223 S., 19,99 €

Anfang 2010 machte Pater Klaus Mertens als Rektor des Berliner Canisius-Kollegs den Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche öffentlich. Mit einem Abstand von drei Jahren hat der Jesuit jetzt den Bogen weiter gespannt und setzt sich grundsätzlich mit der Vertrauenskrise in der Kirche auseinander. Dabei ist es Pater Mertens ein Anliegen, jene Strukturen aufzuzeigen, die missbräuchliche Machtausübung in der katholischen Kirche erst ermöglichen.

Als ein Beispiel für die vergiftete Atmosphäre nennt er das auf allen Hierarchieebenen geduldete „Petzen“. „Eine kleine Schicht von Denunzianten petzt nach oben, die Leitung nimmt die Denunziation an und gibt zugleich den Denunzianten Anonymitätsschutz“, schreibt Mertens. Zwar könnte das Petzen durch ein „Machtwort der Autorität unterbunden werden“. Wer aber das „Ohr voll von Denunziationen habe, sei schwerhörig für die Geschichten von Opfern“, zumal wenn deren Erlebnisse die Kirche nicht so gut dastehen ließen. Als weiteres Zeichen für Machtmissbrauch und Gewalt nennt Mertens die männerbündische Frauenfeindlichkeit in der katholischen Kirche. Eindringlich wirbt der Autor für einen theologischen Mentalitätswechsel in Bezug auf die Stellung der Frau. Kritisch merkt er an: „Wieso Jesus, der so auffällig mit dem Patriarchat brach, dezidiert darauf bestanden haben sollte, dass für die Dauer der Kirchengeschichte nur Männer Nachfolger der Apostel werden, ist nicht nachvollziehbar, zumal er auch Frauen in seine Nachfolge rief.“ Immerhin gibt es Hoffnung: Die Kirche hat eine Sprache gefunden, die es allen Beteiligten ermöglicht, offen über das Thema sexuelle Gewalt zu sprechen. Auch in Rom gibt es Ansätze für einen Mentalitätswechsel: Papst Franziskus hat in einem Gefängnis Frauen die Füße gewaschen und 400 Priester in Österreich haben sich zusammengeschlossen, um wiederverheirateten Geschiedenen die Kommunion zu geben. Wem der „Schatz der Kirche“ wichtig ist, dem sei das ehrliche und kluge Buch von Pater Mertens ausdrücklich empfohlen. manu ||



Wolfgang Hetzer: Finanzkrieg. Angriff auf den sozialen Frieden in Europa.
Westend Verlag, Frankfurt/M. 2013; 320 S., 21,99 €

Wo liegen die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Jahr 2009? Antworten findet der Leser in einigen hundert Studien und Büchern zahlreicher Wirtschaftsexperten, die vor der Krise zwar kein Wort über die drohende Gefahr veröffentlichten, sich dafür aber nach ihrem Ausbruch umso energischer zu Wort meldeten. Wolfgang Hetzer hingegen interessiert sich vor allem für die Auswirkungen der Krise auf unsere Demokratien. Der promovierte Jurist ist ein anerkannter Experte im Kampf gegen Korruption, organisierte Kriminalität und internationale Geldwäsche. Im Kanzleramt in Berlin war er viele Jahre mit der Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst betraut und später als Abteilungsleiter im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung tätig.

In seinem neuen Buch analysiert Hetzer die Rolle der internationalen Banken in der globalen Finanzkrise. Die Finanzmärkte vergleichen der Autor mit Krisenherden, wobei es die Euro-Zone besonders hart getroffen habe. Das durch harte und ehrliche Arbeit geschaffene Vermögen ganzer Generationen werde angegriffen, meint der Autor. Die Aggressoren in Gestalt der Banker mit ihrer „hemmungslosen persönlichen Bereichergier“ hätten die Finanzkrise nicht nur ausgelöst, sondern die Politik weltweit auch noch gezwungen, die Banken zu retten. So glaube man heute, „die Expertenregierungen“ könnten den Müll beseitigen, „den die Akteure auf den Finanzmärkten hinterlassen haben“. Cliquen der internationalen Finanzwirtschaft, die wie „marodierende Söldnerarmeen“ handelten, hätten nicht nur den demokratisch legitimierten Regierungen überhaupt zur Förderung des Entstehens von Kulturgütern berechtigt sei. Dies bejahen die Richter für das FFG. Sie sahen keinen eklatanten Eingriff in die Kulturhoheit der Länder. Die Förderung sei ausreichend wirtschaftlich geprägt. Damit liege die Kompetenz beim Bund.

„Das richtungweisende Urteil ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft der deutschen Filmwirtschaft, für die FFA und nicht zuletzt für das Selbstverständnis der Branche“, freut sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU). „Es stärkt den im FFG wurzelnden Solidargedanken, dass jeder, der vom



Zufriedener Berlinale-Chef: In dieser Woche eröffnet Dieter Kosslick die 64. Internationalen Filmfestspiele in Berlin.

»Gut angelegt«

BERLINALE Dieter Kosslick setzt weiter auf politische Filme und lobt die WCF-Filmförderung als Erfolgsgeschichte

Herr Kosslick, die Berlinale gilt unter den drei großen Filmfestivals als erste Adresse für das politische Kino. Bleiben Sie diesem Engagement treu?

In den vergangenen Jahren wurde kritisiert, dass ich oft zu sehr auf den politischen Gehalt der Filme geachtet habe und nicht auf die künstlerische Qualität. Die diesjährige Auswahl erfüllt beide Ansprüche. Die Zeitungen sind seit Wochen voll mit Vorberichten über George Clooneys „Monuments Men“, der von der Rettung der Raubkunst der Nazis durch alliierte Truppen erzählt, oder zum Eröffnungsfilm, Wes Andersons „Grand Hotel Budapest“, der ins Europa zwischen den beiden Weltkriegen führt. Neben den beiden Werken mit zeitgeschichtlichen Themen zeigt die Berlinale mit Feo Aladags „Zwischen Welten“ einen hochpolitischen Film über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Auch Dietrich Brüggemanns „Kreuzweg“ über eine in Gewissenskonflikt

geratene 14-jährige Schülerin in den Händen der Religionswahninnigen in „Pius Bruderschaft“ ist gesellschaftlich brisant.

Feo Aladag und Dominik Graf waren zuletzt mit „Die Fremde“ und „Der rote Kakadu“ im Panorama vertreten. Insgesamt ist Deutschland mit vier Filmen und den fünf Koproduktionen vertreten. Ist der deutsche Film so stark oder verstehen Sie sich als sein Lobbyist?

Obwohl das Studio Babelsberg bei der Entstehung von „Monuments Men“, „Grand Hotel Budapest“ und Christophe Gans’ „Die Schöne & das Biest“ als auch die Kölner Produzentin Bettina Brokmeier bei Lars von Triers „Nymphomaniac“ hervorragende Arbeit geleistet haben, zähle ich diese Koproduktionen nicht als deutsche Filme. Auch nicht die Titel, die über den World Cinema von Found (WCF) koproduziert wurden. Er ermöglicht die Entwicklung einer intensiven

Kooperation zwischen deutschen Produzenten und den Filmschaffenden in den WCF-Regionen. Weitere 62 Filme des Berlinale-Programms 2014 sind mit der Beteiligung ehemaliger „Berlinale Talent“-Teilnehmer entstanden. Vor fünf Jahren war der britische Regisseur Yann Demange hier, jetzt kehrt er mit „71“ im Wettbewerb zurück, einem fesselnden Film über die Unruhen in Nordirland 1971.

Wie erfolgreich ist der durch die Bundeskulturstiftung geförderte World Cinema Fund zur Unterstützung von Filmemachern in Ländern, die auf keine gewachsene Filmkultur zurückblicken können?

Zwei der Filme sind im Wettbewerb: „Historia del miedo“ von Benjamin Naishat und „La tercera orilla“ von Celina Murga aus Argentinien. Dazu kommen „The Lamb“ von Kutlug Ataman im Panorama und „40 Days of Silence“ von Saodat Ismailova im Forum.

Ich bin sehr zufrieden, dass die Filmemacher nach Berlin zurückkommen. Denn im Gegensatz zu anderen Festivals, die Produzenten zwingen, ihre geförderten Filme zu zeigen, verzichten wir auf solche Klauseln. Daher können vom WCF unterstützte Filme auch auf den Festivals wie Cannes und Venedig laufen, was sie auch mit großem Erfolg tun und sie tragen auch zur Internationalisierung der deutschen Filmbranche bei. Denn man muss wissen, dass die Fördergelder an die deutschen Koproduzenten gehen. Die WCF-Filme haben durchweg Erfolge gefeiert, auf der Berlinale mit Claudia Losas „Milk of Sorrow“ (Goldener Bär) oder Emir Baigazins „Harmony Lessons“ (Silberner Bär). Und „Paradise Now“ wurde mit dem Golden Globe ausgezeichnet und für einen Oscar nominiert. Der WCF ist eine Erfolgsgeschichte. Das Geld – und es sind ja vergleichsweise geringe Fördersummen – ist sehr gut angelegt.

Wie gut ist die deutsche Branche im Wettbewerb vertreten?

Ich freue mich, dass ich vier deutsche Filme zeigen kann, die sich zum Teil aktuellen Themen dieses Landes stellen. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass die Branche mit der Berlinale fremdelt, wie im Vorjahr geschrieben wurde, als wir weniger deutsche Filme zeigten. Bis auf einen Film haben wir alle ausgesuchten Filme bekommen. Nur die Produzenten der Adaption der Kinderbuchklassiker „Peterson & Findus“ haben sich gegen die Teilnahme am Generationen-Wettbewerb entschieden, weil sie bei uns keine Referenzpunkte laut FFG erhalten. Diese Entscheidung kann ich nachvollziehen.

Die Special Screenings werben mit großen Namen, mit Oscar-Favorit „American Hustle“ oder der schwedischen Bestseller-Adaption „Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand“. Besteht nicht die Gefahr, dass die Reihe den Wettbewerb überstrahlt?

Die sehe ich nicht. Wir zeigen dort große Unterhaltungsfilme, aber auch Dokumentarfilme, wie beispielsweise „Night will Fall“ über die Archivaufnahmen der Alliierten von der Befreiung der Konzentrationslager oder Filme über aktuelle Ereignisse. Letztlich ist wohl nur für Kritiker und die Filmbranche interessant, wo welcher Film läuft. Das Publikum will gute Filme sehen. Außerdem haben wir im Wettbewerb nach wie vor ein riesiges Star-Aufgebot.

Die Special Screenings sind während ihrer Amtszeit ebenso wie andere mittlerweile etablierte Reihen wie die „Perspektive deutsches Kino“ aus der Taufe gehoben worden. Der Zuschuss des Bundes blieb bei 6,3 Millionen Euro konstant. Werden Sie jetzt zumindest auf das Angebot der Koalition zurückgreifen, ihren Etat um die Lohnsteigerungen aufzustocken?

Die Berlinale finanziert sich zu zwei Dritteln über die Einnahmen von Sponsoren, den Verkauf von Eintrittskarten und den Filmmarkt selbst. Viele Investitionen haben wir aus dem eigenen Etat gestemmt, darunter auch die Tarifserhöhungen, die rund 250.000 Euro ausmachten. Wir konnten in diesem Jahr die Glasfaserverlegung abschließen. Jetzt ist eine Investition in die Sound-Anlage des Berlinale-Palastes unumgänglich. Das können wir nicht mehr allein finanzieren. Andererseits benötigen viele kleine Festivals auch dringend Geld. Ein großes Festival darf sich nicht vordrängen.

Das Interview führte Katharina Dockhorn. ||

Dieter Kosslick ist seit Mai 2001 Direktor der Internationalen Filmfestspiele Berlin. In dieser Woche eröffnet er seine 13. Berlinale.

NS-Raubkunst im Visier

KULTUR Die neue Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) will die Suche nach NS-Raubkunst verstärken und die Finanzmittel des Bundes dafür verdoppeln. Dies kündigte sie in der vergangenen Woche vor dem Ausschuss für Kultur und Medien an. Grütters informierte das Bundestagsgremium, dessen Vorsitz sie in der vergangenen Legislaturperiode inne hatte, über geplante zentrale Punkte der Kulturpolitik des Bundes in den nächsten vier Jahren. In dieser Legislaturperiode wird der Kulturausschuss von dem SPD-Abgeordneten Siegmund Ehrmann geleitet.

Grütters erinnerte an die historische Verantwortung Deutschlands bei der Restitution von NS-Raubkunst. Bei der Rückgabe von Kunstobjekten an die rechtmäßigen Besitzer beziehungsweise deren Erben handele es sich auch um eine Anerkennung von erlittenem Unrecht und Leid. Die Staatsministerin möchte zusammen mit den Ländern die Provenienzforschung bündeln und ausbauen. Sie verwies aber auch an die bereits geleistete Arbeit, die auch im Ausland Anerkennung finde. So seien seit der Einsetzung der Arbeitsstelle für Provenienzforschung im Jahr 2008 insgesamt mehr als 12.000 Kunstobjekte zurückgegeben worden.



Staatsministerin Monika Grütters

Als weiteres Anliegen nannte Grütters die Bewahrung und Digitalisierung des deutschen Filmberbes. Im Vergleich zu Frankreich habe Deutschland hier Nachholbedarf. Die Staatsministerin stellte jedoch klar, dass die gewaltigen finanziellen Mittel für dieses Unterfangen nicht aus dem eher kleinen Kulturhaushalt des Bundes finanziert werden kann. Unterstützen möchte Grütters in ihrer Amtszeit die Kommunen bei der Erhaltung der kulturellen Infrastruktur. Diese würden allein 44 Prozent aller Kultur Ausgaben in Deutschland tragen. Die Staatsministerin möchte deshalb die Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen in Form von regelmäßigen Konsultationen verstärken.

Verstärkt in den Blick will Grütters auch die soziale Lage der Kulturschaffenden nehmen. Künstler müssten auch von ihrer Arbeit leben und nicht nur überleben können, sagte Grütters. Sie mahnte deshalb eine Stärkung der Künstlersozialkasse (KSK) an. Hier bestehe Nachbesserungsbedarf. Es müsse vor allem überprüft werden, ob auch alle Abgabepflichtigen ihre Abgaben an die KSK zahlen.

Als besonderes Herzensanliegen nannte Monika Grütters den Aufbau des Humboldt-Forums im Berliner Stadtschloss, das derzeit in der Hauptstadt wieder aufgebaut wird. Keine Nation außer Deutschland habe am Anfang des 21. Jahrhunderts die vergleichbare Chance, sich am zentralen Ort ihrer Hauptstadt neu zu definieren, sagte Grütters. Es gehe nicht darum, die eigene Kultur zu feiern, sondern den außer-europäischen Kulturen die Chance zur Präsentation zu bieten. aw ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Der Weg ist frei für eine große Novelle

FILMWIRTSCHAFT Bundesverfassungsgericht bestätigt Förderungsgesetz und beendet damit eine jahrelange Hängepartie

Die deutsche Filmszene atmet auf – das Filmförderungsgesetz (FFG) ist verfassungskonform. So urteilte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe unter dem Vorsitz von Andreas Voßkuhle in der vergangenen Woche. Die Kinokette UCI hatte 2004 gegen das FFG geklagt, das 1967 vom Bundestag verabschiedet worden war und nach dem Prinzip der Selbsthilfe der Filmbranche funktioniert. Alle Nutzer von Kinofilmen zahlen einen geringen Prozentsatz ihres Umsatzes in einen Topf der Filmförderungsanstalt (FFA) ein, die damit die Produktion und den Vertrieb von Filmen unterstützt. Rund 70 Millionen Euro jährlich können so ausgegeben werden.



Voßkuhle verliest das Urteil zum FFG.

Wirtschaftsförderung Karlsruhe musste nun entscheiden, ob die Bundesregierung überhaupt zur Förderung des Entstehens von Kulturgütern berechtigt sei. Dies bejahen die Richter für das FFG. Sie sahen keinen eklatanten Eingriff in die Kulturhoheit der Länder. Die Förderung sei ausreichend wirtschaftlich geprägt. Damit liege die Kompetenz beim Bund.

„Das richtungweisende Urteil ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft der deutschen Filmwirtschaft, für die FFA und nicht zuletzt für das Selbstverständnis der Branche“, freut sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU). „Es stärkt den im FFG wurzelnden Solidargedanken, dass jeder, der vom

deutschen Film profitiert, einen angemessenen Beitrag dazu leisten soll.“ Auch die Kulturpolitiker aus allen Fraktionen im Bundestag begrüßten das Urteil einhellig. Der Optimismus überwiegt selbst beim Hauptverband deutscher Filmtheater, dem die Kläger angehören. „Die Richter haben der Bundesregierung breiten Spielraum bei der Gestaltung des FFG gegeben und sind der Argumentation gefolgt, dass es nur schwer abzuschätzen ist, welcher Film zu einem wirtschaftlichen Erfolg wird“, sagte

Streitpunkte Erste Eckpunkte für eine Novellierung zeichnen sich bereits ab. Telekommunikationsunternehmen und ausländische Video-on-Demand-Anbieter sollen künftig an die FFA zahlen, um den Förderetat zu sichern. Nach Erfahrungen in anderen Ländern bricht der Verkauf von DVDs massiv ein, wenn 70 Prozent der Bevölkerung einen schnellen Internet-Anschluss besitzen und deshalb VoD-Angebote verstärkt nutzen. Um die VoD-Rechte wird bereits gestritten. Der Bayerische Rundfunk legt Produzenten seit einigen Monaten Verträge vor, mit der sich die ARD diese Rechte sichern will. Bislang liegen sie bei den Verleihern, die einen erheblichen Beitrag zur Finanzie-

rung von Filmen leisten. Ihr Verband fürchtet nun die Einschränkung von Refinanzierungsmöglichkeiten. Gestritten wird auch über die Höhe der künftigen Zahlungen. Der Beitrag des Fernsehens soll sich nach dem Willen von Produzenten, Verleihern und Kinos auf 15 Millionen Euro erhöhen. Kaum eine Chance dürfte dagegen der Vorschlag haben, Filmtheater ab einem Nettoumsatz von 40.000 Euro im Jahr zu Zahlungen an die FFA zu verpflichten. Sie sind momentan bis zu einer Grenze von 75.000 Euro befreit. Die Kinos wären überfordert, da sie bereits die Kosten der Digitalisierung der Technik und höhere Strompreise schultern müssen. Weiter gehen die Überlegungen von Martin Moszkowicz, Chef der Constantin Film. Er will die Förderprofile der FFA sowie der nationalen und regionalen Filmförderungen schärfen, die mit rund 250 Millionen Euro die Filmbranche unterstützen. Nicht-deutschsprachige Produktionen wie George Clooneys „Monuments Men“ will er von der Förderung durch die FFA und die regionalen Förderer ausnehmen. Deren Unterstützungssummen seien zu gering, um hochbudgetierte Projekte nach Deutschland zu locken. Dafür sollen sie stärker vom Deutschen Filmförderfonds profitieren. Bei den Verantwortlichen in den Bundesländern wird dieser Vorschlag auf wenig Gegenliebe treffen. Katharina Dockhorn ||

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenloser Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75914253
parlament@f6-medien.de
www.das-parlament.de

AUFGEKEHRT

Von hinten betrachtet

Das ist doch alles für den A...!, muss sich so manches FDP-Mitglied nach monatelangem Wahlkampf und dann doch verlorener Bundestagswahl gedacht haben. Wie sonst ist das aktuelle Promoplatkat der Jungen Liberalen zu erklären? Die FDP musste aus dem Bundestag ausziehen, und die Julis haben das offenbar so persönlich genommen, dass sie sich gleich selbst ausgezogen haben. Auf der Website der liberalen Jugendorganisation präsentieren sich die sieben Mitglieder des Vorstands jedenfalls vollkommen nackt an eine Wand gelehnt, die Kamera blickt mit elegant schwarz-weißer Linse auf ihre blanken Popos. Darunter die Zeile: „Wer hätte gedacht, dass wir einmal die Ideale der 68er verteidigen müssen?“ Der Begriff „Apo“ bekommt so im Jahr 2014 eine ganz neue Bedeutung. Man könnte nun meinen, die Liberalen wollten Rache an ihren Wählern – oder vielmehr ihren Nichtwählern – nehmen. So nach dem Motto: Leckt uns doch am Allerwertesten, wir kommen auch ohne euch klar! Aber das wäre viel zu böse interpretiert, dafür ist der Anblick der sieben Podexe auch zu entzückend. Wohlwollend sollte man eher unterstellen, dass sich die FDP sehr schnell in ihre neue Rolle in der Opposition gefügt hat. Die Julis signalisieren: Hey, wir kämpfen uns wieder von ganz hinten nach vorne, reißen uns weiter den Hintern auf für die Interessen von Apothekern und gegen ein Tempolimit auf deutschen Straßen. Facebook hat das Foto mit den entblößten Juli-Popos übrigens gleich wieder löschen lassen. Die nackten Nachwuchspolitiker haben wohl gegen die „Community Standards“ des sozialen Netzwerks verstoßen. Das ist nicht überraschend: Es heißt ja auch „Facebook“ und nicht „Assbook“.

Johanna Metz |

VOR 45 JAHREN ...

DDR verbietet Durchreise

3. Februar 1969: Per Flugzeug zur Bundesversammlung Als im April 1965 der Bundestag in West-Berlin tagte, jagten sowjetische Düsenjets über die Stadt. Sie durchbrachen die Schallmauer, feuerten Platzpatronen ab. Immer wenn die Bundesrepublik Präsenz im Westen der geteilten Stadt zeigte, war das den Machthabern jenseits des Eisernen Vorhangs ein Dorn im Auge. Auch vier Jahre später erschienen wieder Kampfflugzeuge am Berliner Himmel. Diesmal wegen der Bundespräsidentenwahl am 5. März in der Ostpreußenhalle in West-Berlin. Die Störmanöver aus dem Osten begannen schon am 3. Februar 1969: DDR-Innenminister Friedrich Dickel untersagte allen



Grenzkontrolle am Brandenburger Tor: Durchreiseverbot nach West-Berlin.

Mitgliedern der Bundesversammlung ab dem 15. Februar bis auf Weiteres die Durchreise. Die 1.036 Mitglieder der Bundesversammlung konnten die Veranstaltung ab diesem Datum nur noch über den Luftweg erreichen. Schon 1959 und 1964 hatten Sowjetunion und DDR die Bundespräsidentenwahlen in West-Berlin als Provokation verstanden. Und schon damals hatte man mit Protesten reagiert. So stellte sich 1969 nicht die Frage, ob, sondern wie sehr die Wahl gestört werden würde. „Wir sind heute in Berlin nicht aus Gründen des Prestiges oder der Rechthaberei“, sagte Versammlungspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU). „Wer uns Provokation vorwirft, übersieht oder verschweigt, dass wir nichts beanspruchen, was uns nicht zusteht.“ Dennoch war Gustav Heinemann (SPD) 1969 der letzte Bundespräsident, der bis zum Mauerfall in Berlin gewählt wurde.

Benjamin Stahl |

ORTSTERMIN: Die Gleichstellungsbeauftragten im Bundestag



Gleichstellungsbeauftragte der obersten Bundesbehörden trafen sich mit Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD, Bildmitte) im Deutschen Bundestag.

»Der öffentliche Dienst muss vorangehen«

Es geht um Mütter und Macht, um Frauen und Führung. Noch immer habe das weibliche Geschlecht in puncto Karriere Aufholbedarf. Der Fortschritt beim Thema Gleichstellung sei „so langsam wie eine Schnecke“, stellte Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD) jüngst bei einer Tagung der Gleichstellungsbeauftragten der obersten Bundesbehörden im Bundestag fest. Die Diskussion war offen, konstruktiver Austausch stand im Mittelpunkt. „Der öffentliche Dienst, speziell der Gesetzgeber selbst, muss bei der Gleichstellung von Frau und Mann vorangehen“, sagt Ulla Schmidt. Sie sieht bei den obersten Bundesbehörden Nachholbedarf – beim Thema Entgeltgleichheit, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem bei der Anzahl von Frauen in Führungspositionen. Man könne nichts von der Privatwirtschaft verlangen, was man selbst nicht halte, so Schmidt. Deshalb sei es an der Zeit, das Problem anzupacken. Im Koalitionsvertrag ist ein Gleichstellungsindex festgehalten, um Frauen in allen Betriebshierarchien zu fördern, zudem soll die 30-Prozent-

Quote für Frauen in Aufsichtsräten kommen. „Die Koalition wird im Einflussbereich des Bundes eine gezielte Gleichstellungspolitik vorantreiben“, heißt es in dem Papier. Zusätzlich müsste für die Bundesverwaltung das Bundesgleichstellungsgesetz aktiv umgesetzt werden. Als Sofortmaßnahme empfiehlt die Vizepräsidentin des Bundestages eine Datei zu entwickeln – mit Frauen, die für frei werdende Führungspositionen in Frage kommen. Man müsse für diese Fälle besser vorbereitet sein, sagt Schmidt. Denn die Liste mit Männern gebe es immer. Ulla Schmidt spricht von einem „ungeschriebenen Netzwerk der Männer“, welches Frauen durchbrechen müssten. Im Deutschen Bundestag gibt es für das „Networking“ ein Mentoringprogramm. Hier knüpfen Frauen informelle Kontakte. „Diese sind unterstützend für die Karriere“, sagt Andrea Kruse, Gleichstellungsbeauftragte der Bundesverwaltung. Als erste oberste Bundesbehörde habe die Verwaltung des Bundestages ein solches Programm durchgeführt, so die Gleichstellungsbeauftragte. Mittlerweile läuft

es im zehnten Jahr und sei ein voller Erfolg, so Kruse. In den zurückliegenden Jahren haben 153 Kolleginnen und Kollegen und 65 Mentorinnen und Mentoren teilgenommen. Als weitere Angebote organisiere die Gleichstellungsbeauftragte der Bundestagsverwaltung regelmäßige Stammtische und Arbeitskreise für Frauen. Doch das größte Hemmnis der Frau bei der Planung ihrer Karriere sei die berühmte K-Frage: Kind oder Karriere? Der Aufstieg sei heute noch immer zu oft an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus Verantwortung für die Familie verzichten Frauen häufig auf Führungspositionen. „Die Frau wartet dann, bis der Zug abgefahren ist“, so Schmidt. Doch dies ist nicht das einzige Problem bei der Gleichstellung im Arbeitsleben: „Frauen stoßen nicht nur an die Decke, weil sie Kinder haben“, sagt die Vizepräsidentin. „Es geht hier um Geld und um Macht.“ In der Gleichstellungspolitik brauche man viel Engagement, man müsse Signale setzen und einen langen Atem haben, so Schmidt. „Die Gesetze sind da, sie müssen aber auch gelebt werden.“ Linda Dietze |

LESERPOST

Zur Ausgabe 04 vom 20.01.2014 „Rote Linie gewünscht“ auf Seite 7:

In Ihrem Bericht gehen Sie sehr detailliert auf die im Bundestag stattgefundenen aktuelle Stunde zur NSA-Affäre ein. Leider wurde aber nicht erwähnt, dass kein Bundesminister und auch die Bundeskanzlerin nicht anwesend waren. Man wartete anscheinend auf die angekündigte Rede von Obama. Sie erhalte jedoch keineswegs die Situation und produzierte bei der Bundesregierung trotzdem die vage Hoffnung auf ein No-Spy-Abkommen. Der ehemalige Kanzlerminister Pofalla unterlag bereits im November 2013 einem Trugschluss mit seiner vorschnellen Ankündigung: „Das No-Spy-Abkommen mit den USA ist auf einem guten Weg.“ Die Bundeskanzlerin hat jetzt

die Aufgabe, Klartext gegenüber den USA und der eigenen Bevölkerung zu reden. Letztlich geht es um die Sicherheitsbelange der Bundesrepublik Deutschland.

Hans-Dieter Seul, Berlin

Zur Ausgabe 52 vom 23.12.2013, „Mitgliederentscheid war falsch“ auf Seite 9:

Die Argumentation von Klaus von Dohnanyi kann in einem wesentlichen Punkt nicht überzeugen: Denn solange bei der Bildungspolitik in Deutschland ein striktes Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern herrscht, durch das im Übrigen das politische Erbe von Willy Brandt in einem zentralen Bereich wieder zurückgenommen wurde, wird es mit sehr großer Wahrscheinlichkeit in naher Zukunft zu keiner ausreichenden

Finanzierung der meisten Universitäten und Schulen in diesem Land kommen. Selbst in vielen reichen Bundesländern fehlen gegenwärtig die Ressourcen, um zum Beispiel die insbesondere für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit so dringend benötigten Masterstudienplätze endlich zur Verfügung zu stellen. Deswegen hilft meiner Meinung nach am Ende nur eine echte Bildungsoffensive, etwa nach skandinavischem Vorbild. Zumal gerade die so misslungene Umsetzung des Bologna-Prozesses gezeigt hat, dass die Kultusministerkonferenz keine ernstzunehmende Alternative darstellt und in der Regel viele Köche eher den Brei verderben.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

14 richtige Antworten

Weihnachtsrätsel Der Gewinner des Weihnachtsrätsels 2013 steht fest: Es ist Jonas Heinzlmeier. Er hat eine Reise nach Berlin mit Besuch im Bundestag gewonnen. Herzlichen Glückwunsch! Diese Antworten führten zum Sieg: Frage 1: Ninjo, Frage 2: Thomas Oppermann, Frage 3: 75, Frage 4: Wolfgang Schäuble, Frage 5: Johanna Wanka und Wolfgang Schäuble, Frage 6: Ausschuss für Digitales, Internet, Frage 7: Bündnis 90/Die Grünen, Frage 8: Europawahl und EU-Kommission, Frage 9: 1969 bis 1981, Frage 10: Thabo Mbeki, Frage 11: 1,7 Billionen Euro. Im Artikel stand versehentlich 1,7 Milliarden – beides haben wir als richtig gewertet. Frage 12: Atomausstieg, Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften, neues Staatsbürgerrecht, Frage 13: Regierender Bürgermeister von Berlin, Frage 14: Deutsche Welle.

ldi |

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 17. Februar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 10.-14.2.2014
Jahreswirtschaftsbericht (Do), Bericht zum Stand der Deutschen Einheit (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie alle Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



PERSONALIA

**>Robert Antretter
Bundestagsabgeordneter 1980-1998,
SPD**

Am 5. Februar wird Robert Antretter 75 Jahre alt. Der Schriftsetzer und leitende SPD-Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg von 1970 bis 1980 war Vorsitzender des Kreisverbands Rems-Murr und Vorstandsmitglied des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg. Im Bundestag arbeitete Antretter von der 9. bis 12. Wahlperiode im Verkehrsausschuss mit.

**>Wilhelm Rawe
Bundestagsabgeordneter 1965-1994,
CDU**

Am 7. Februar begeht Wilhelm Rawe seinen 85. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus dem münsterländischen Havixbeck trat 1953 der CDU bei und gehörte von 1962 bis 1986 dem Landesvorstand in Westfalen-Lippe beziehungsweise danach dem CDU-Landesvorstand in NRW an. Rawe, von 1971 bis 1982 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war von 1982 bis 1992 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundespostministerium beziehungsweise 1992/93 im Bundesverkehrsministerium.

**>Peter Röhlinger
Bundestagsabgeordneter 2009-2013,
FDP**

Peter Röhlinger wird am 8. Februar 75 Jahre alt. Der Veterinärmediziner aus Jena war von 1994 bis 1998 Landesvorsitzender der FDP Thüringen und amtierte von 1990 bis 2006 als Oberbürgermeister von Jena. Von 1991 bis 2006 gehörte er dem Präsidium des Deutschen Städtetags an. Im Bundestag arbeitete Röhlinger im Forschungs- sowie im Petitionsausschuss mit.

**>Wilfried Böhm
Bundestagsabgeordneter 1972-1994,
CDU**

Am 9. Februar vollendet Wilfried Böhm das 80. Lebensjahr. Der Dipl.-Volkswirt aus Fulda war von 1966 bis 1972 hessischer Landtagsabgeordneter. Im Bundestag engagierte sich Böhm vorwiegend im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen.

**>Gerhard Heimann
Bundestagsabgeordneter 1983-1990,
SPD**

Gerhard Heimann begeht am 12. Februar seinen 80. Geburtstag. Der Jurist und Hochschullehrer, SPD-Mitglied seit 1959, gehörte von 1967 bis 1971 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. 1971 wurde er zum Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst ernannt, leitete danach von 1977 bis 1979 die Senatskanzlei und war von 1979 bis 1981 Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund. Im Bundestag engagierte sich Heimann im innerdeutschen Ausschuss.

**>Jürgen Vahlberg
Bundestagsabgeordneter 1972-1976,
1983-1990, SPD**

Am 12. Februar wird Jürgen Vahlberg 75 Jahre alt. Der Diplom-Soziologe und Marketingdirektor aus München trat 1965 der SPD bei, war Schatzmeister und Mitglied des Präsidiums seiner Partei in Bayern sowie Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Im Bundestag arbeitete Vahlberg überwiegend im Ausschuss für Forschung und Technologie mit.

**>Ortwin Runde
Bundestagsabgeordneter 2002-2009,
SPD**

Ortwin Runde wird am 12. Februar 70 Jahre alt. Der Diplom-Soziologe aus Hamburg und langjährige Mitarbeiter der dortigen Senatsbehörde für Arbeit trat 1968 der SPD bei. Von 1978 bis 1983 amtierte er als stellvertretender Landesvorsitzender und von 1983 bis 1988 als SPD-Landesvorsitzender. Der Bürgerschaft gehörte er von 1971 bis 2001 an. Von 1988 bis 1993 war er Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales und von 1993 bis 1997 Finanzsenator. Als Nachfolger Henning Voscheraus übernahm er danach bis 2001 das Amt des Ersten Bürgermeisters und Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg. Runde, Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Wandsbek und Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, arbeitete im Bundestag in beiden Wahlperioden im Finanzausschuss mit.

**>Friedhelm Rentrop
Bundestagsabgeordneter 1980-1983,
FDP**

Am 14. Februar feiert Friedhelm Rentrop seinen 85. Geburtstag. Der Wirtschaftsprüfer aus Bonn, der sich in zahlreichen beruflichen Organisationen engagierte, trat 1974 der FDP bei. Im Bundestag arbeitete Rentrop im Finanzausschuss mit, an dessen Spitze er 1982/83 stand.

**>Adelheid Tröscher
Bundestagsabgeordnete 1994-2002,
SPD**

Am 16. Februar begeht Adelheid Tröscher ihren 75. Geburtstag. Die Pädagogin wurde 1966 SPD-Mitglied, war von 1972 bis 1992 Stadtverordnete in Frankfurt/Main und 1992/93 hauptamtliche Kreisbeigeordnete in Offenbach. Tröscher, von 1996 bis 2002 entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

bmh |



Das Parlament

DOKUMENTATION

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus / Sondersitzung des 18. Deutschen Bundestages am 27. Januar 2014

Prof. Dr. Norbert Lammert, CDU/CSU, Präsident des Deutschen Bundestages:

Unsere Geschichte trägt uns eine besondere Verpflichtung auf



Norbert Lammert (*1948)
Bundespräsident

Heute vor 70 Jahren, am 27. Januar 1944, endete die Belagerung Leningrads durch die deutsche Wehrmacht – nach fast 900 Tagen. Damals war das Sterben in der eingeschlossenen Stadt längst zu einer grausamen Alltäglichkeit geworden, die jeden Maßstab sprengte. Mindestens 800.000 Menschen, wahrscheinlich mehr als eine Million, sind während der dreijährigen Blockade in Leningrad zu Tode gekommen, durch Luftangriffe und Artilleriebeschuss, durch Krankheiten und Kälte – die allermeisten sind verhungert. Ihr Tod war von den Verantwortlichen des deutschen Vernichtungskrieges im Osten einkalkuliert. Leningrad sollte nicht erobert, sondern als Wiege des sogenannten „jüdischen Bolschewismus“ vernichtet werden. Eine Anweisung an die militärische Führung vor Ort führte erntend, erläuternd aus – Zitat: „Ein Interesse an der Erhaltung auch nur eines Teiles dieser großstädtischen Bevölkerung besteht in diesem Existenzkrieg unsererseits nicht.“

Daniil Granin hat die Geschehnisse in dem fast vollständig von der Außenwelt abgeriegelten Leningrad persönlich und als Schriftsteller bis heute nicht losgelassen. Er selbst hat als Soldat an der Leningrader Front gekämpft. Das ganze Ausmaß der menschlichen Katastrophe hat sich jedoch auch ihm erst viele Jahre später bei der

Arbeit an seinem dokumentarischen Buch über die Blockade offenbart. Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Granin, dass Sie in ihrem hohen Alter heute zu uns gekommen sind und am Tage des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag zu uns sprechen werden.

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee befreit – zufällig auf den Tag genau ein Jahr nach Ende der Leningrader Blockade. Kein Zufall ist dagegen der Zusammenhang zwischen Auschwitz und Leningrad, zwischen dem Völkermord an den europäischen Juden und dem mörderischen Raub- und Vernichtungsfeldzug im Osten Europas: Sie wurzelten in der menschenverachtenden nationalsozialistischen Rassenideologie.

Meine Damen und Herren, wir gedenken heute aller Menschen, denen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des von Deutschland ausgehenden Angriffskrieges ihre Rechte, ihr Besitz, ihre Heimat, ihr Leben, ihre Würde entzogen wurden: der Juden, der Sinti und Roma, der Kranken und Menschen mit Behinderungen, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Opfer der Kindertransporte, der Kriegsgefangenen, der zu „Untermenschen“ degradierten slawischen Völker.

All jener, die in Auschwitz, Treblinka, Belzec und in den anderen Vernichtungslagern ermordet wurden; die erschossen, vergast, erschlagen, verbrannt, durch Zwangsarbeit vernichtet wurden; die verhungert sind. Wir gedenken auch jener, die verfolgt, drangsaliert, getötet wurden, weil sie Widerstand leisteten oder weil sie anderen Schutz und Hilfe gewährten. Allen heute hier im Bundestag anwesenden Zeitzeugen gilt unser besonderer Gruß und Respekt.

Wir wissen um die Abermillionen Toten. Ihnen sind wir es schuldig, uns jenseits der ebenso un-

glaublichen wie abstrakten Zahlen bewusst zu machen, dass damals – um mit der russischen Schriftstellerin und Blockadeüberlebenden Lidia Ginsburg zu sprechen – „millionenfach ein Mensch“ zugrunde gegangen ist.

Wir wissen auch um die Täter. „Auch-Menschen“ hat sie der jüdisch-sowjetische Kriegsreporter Wassili Grossmann in seinem Augenzeugenbericht über Treblinka genannt. Und bis heute treibt uns – trotz allen Wissens um die historischen Zusammenhänge, trotz mancher klugen Analysen – die Frage um: Wie ist eine solche Entmenschlichung möglich geworden?

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion erreichte die nationalsozialistische Vernichtungspolitik eine neue Dimension: In den besetzten sowjetischen Gebieten nahm der umfassende systematische Massenmord seinen Lauf. Mit dem völkerrechtswidrigen sogenannten „Barbarossa-Erlass“ hatte Hitler auch Zivilisten praktisch für vogelfrei erklärt; sie wurden als vorgebliche oder tatsächliche Partisanen und im Zuge von sogenannten „Vergeltungsmaßnahmen“ getötet.

Von den fast drei Millionen osteuropäischen Juden, die mit dem Krieg gegen die Sowjetunion unter deutsche Herrschaft kamen, hat nur ein Bruchteil überlebt. Ein großer Teil dieser Opfer des Holocaust war bereits vernichtet, vornehmlich durch Erschießen, als im Verlauf des Jahres 1942 die fabrikmäßige Ermordung in den Vernichtungslagern anließ. Der Treibstoff für die Tötungsmaschinerie in Auschwitz, das Giftgas Zyklon B, war vorab an sowjetischen Kriegsgefangenen – man muss es so sagen – getestet worden.

Der rassenideologische Raub- und Vernichtungskrieg, dessen erklärter Zweck die – Zitat – „Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen“ – Ende des Zitates – war, bediente sich einer weiteren Waffe: des Hungers. Sie erwies sich dort am brutalsten, wo es kein Entkommen gab – im eingeschlossenen Leningrad und in den Kriegsgefangenenlagern. Mehr als die Hälfte aller sowjetischen Kriegsgefangenen, über drei Millionen Menschen, sind in deutschem Gewahrsam elendig zugrunde gegangen.

Die menschlichen Tragödien, die sich in der belagerten Millionenmetropole abspielten, sind uns heute völlig unvorstellbar. Lange Zeit waren sie, zumindest im Westen Deutschlands, auch wenig bekannt. Die Erinnerung an den Russlandfeldzug war in der jungen Bundesrepublik von der Tragödie bei Stalingrad in ihrer besonderen deutschen Wahrnehmung dominiert; die Belagerung Leningrads und die dem Hunger preisgegebenen Zivilisten fanden im Mythos einer vermeintlich „sauberen Wehrmacht“ keinen Platz. In der DDR, die den Antifaschismus zur Staatsdoktrin erhoben hatte, war hingegen die sowjetische Sichtweise prägend: Die Blockade Leningrads demonstrierte demnach die herausragende Opferbereitschaft seiner Einwohner und galt als Symbol für den heldenhaften sowjetischen Sieg gegen den Faschismus.

Die leidvolle Wirklichkeit des Lebens in der abgeriegelten, hungernden Metropole im brutalen Kampf zwischen zwei totalitären Regimen stand auch hier nicht im Vordergrund.

Unter den Eingeschlossenen war bis zu seiner Evakuierung der schon damals weltberühmte Komponist Dmitri Schostakowitsch, der später mit Blick auf seine musikalischen Werke einmal von „Grabdenkmälern“ gesprochen hat. Für sein 8. Streichquartett, das uns durch diese Gedenkstunde begleitet, gilt das insbesondere. Unter dem Eindruck des zerstörten Dresden geschrieben und offiziell den „Opfern des Faschismus und des Krieges“ zum Gedenken gewidmet, reflektiert dieses wohl persönlichste Werk Schostakowitschs auch das eigene Erleben von Verfolgung, Krieg, Drangsaliierung – die eigene, von Tragik und Widersprüchen geprägte Geschichte eines russischen Künstlers, dessen Leidenszeit mit dem siegreichen „Großen Vaterländischen Krieg“ keineswegs beendet war.

Es gehört zu den großen Verdiensten Daniil Granins und seines Schriftstellerkollegen Ales Adamowitsch, dass sie den Bewohnern des belagerten Leningrad jenseits der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung eine Stimme gegeben haben. Ihr zweibändiges „Blockadebuch“ konnte Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre nur zensiert erscheinen, zu viel zeigte es von den menschlichen Abgründen in diesen 900 Tagen,

über die das sowjetische Regime Schweigen bewahren wollte. In den gesammelten Erzählungen und Tagebüchern offenbart sich, was der Hunger den Menschen antut, die körperlichen und seelischen Qualen, die zerstörten Beziehungen, die Grausamkeit, der Verlust der Menschlichkeit. Es zeigt aber auch, wie Menschen selbst in größter existenzieller Not darum kämpfen, ihre Hoffnung und ihre Würde zu bewahren.

Sehr geehrter Herr Granin, Sie haben es damals ausdrücklich als eine Pflicht verstanden, für die Nachgeborenen aufzuzeichnen, was tatsächlich gewesen ist und die junge Generation mittelbar zu Zeugen zu machen. Eine Aufgabe, die sich heute nicht weniger stellt und die zu erfüllen mit jedem Jahr schwieriger wird.

Umso mehr freue ich mich, dass wieder 80 junge Menschen der Einladung des Deutschen Bundestages zu einer internationalen Jugendbegegnung gefolgt sind und sich gemeinsam mit einem der dunkelsten Kapitel in der europäischen Geschichte auseinandergesetzt haben. Sie haben in den vergangenen Tagen Orte des Gedenkens in St. Petersburg besucht, mit Wissenschaftlern und Zeitzeugen diskutiert, sich ein Bild vom Schicksal jüdischer Einwohner, von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen, von Behinderten und psychisch Kranken in der besetzten Sowjetunion gemacht, stalinistische Repressionen während der Leningrader Blockade und den Umgang mit der Erinnerung an diese fast 900 Tage thematisiert. Seien Sie hier im Deutschen Bundestag herzlich willkommen.

Wenn heute junge Deutsche mit jungen Russen, Belarussen und Ukrainern, mit Polen, Franzosen, Israelis und jungen Menschen aus anderen Ländern zusammenkommen um zu erfahren, zu verstehen und zu erinnern, steht dahinter auch die Hoffnung, dass über die jeweils unterschiedliche nationale Erinnerung hinweg Brücken im Sinne eines gemeinsamen Gedächtnisses geschlagen werden können.

Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution in der DDR und dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Ost- und Mitteleuropa, der den

Bis heute treibt uns die Frage um: Wie ist eine solche Entmenschlichung möglich geworden?

In Deutschland jedenfalls ist Intoleranz nicht mehr tolerierbar.

Fortsetzung von Seite 1: Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages

Weg zu einer „Gesamt“-Europäischen Union bereitete, 75 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Polen und ein Jahrhundert nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges, dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, stellt sich die Frage: Kann es eine europäische Erzählung vom blutigsten Jahrhundert in der europäischen Geschichte geben? Eine miteinander geteilte Erinnerung, die unterschiedliche Erfahrungen nicht relativiert, nicht nivelliert, die Verantwortung nicht verdrängt, die keine wechselseitigen Rechnungen

aufmacht, weil diese weder dem Leid der einzelnen Opfer noch der Schuld der Täter gerecht werden können.

Die Verantwortung, die Deutsche tragen, bleibt: Unsere Geschichte trägt uns eine besondere Verpflichtung auf gegen jede Form von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, gegen Heilsversprechen und kollektive Schuldzuweisungen. Nie wieder dürfen Staat und Gesellschaft zulassen, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer politischen Einstellung, ihrer sexuellen Orien-

tierung, wegen ihrer Andersartigkeit zum Feindbild einer schweigenden Mehrheit gemacht, verachtet, gedemütigt oder bedroht werden. Die von Fremdenhass getriebenen Morde an Bürgern türkischer und griechischer Herkunft, von rassistischen Parolen begleiteten Proteste gegen Flüchtlingsheime, jede antisemitische Straftat – jede – fordert unsere rechtstaatliche, politische und zivilgesellschaftliche Gegenwehr als Demokraten heraus. In Deutschland jedenfalls ist Intoleranz nicht mehr tolerierbar.

Die Geschichte lehrt uns die Unbedingtheit der Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen – und das Wissen um ihre Gefährdung. Völkermord bleibt möglich. In Afrika – wie in Ruanda vor zwanzig Jahren, wo hunderttausende Menschen, geschätzte drei Viertel der ethnischen Minderheit der Tutsi, ermordet wurden. Auch in Europa, wie wir seit Srebrenica wissen.

Im Bewusstsein zu halten, dass die Menschheit ihre größten Verirrungen und Verbrechen keineswegs ein für allemal hinter sich

hat, bleibt unsere gemeinsame Verantwortung.

Sehr geehrter Herr Granin, Sie haben in Bezug auf die Deutschen von sich einmal gesagt, dass Sie – Zitat – „vom Hass zum Verständnis und zur Freundschaft“ einen langen Weg zurückgelegt haben, der Sie weit mehr Jahre gekostet habe als der Krieg. Ich bin dankbar, dass Sie diesen Weg auf sich genommen haben und heute bei uns sind. Und ich danke allen, die diese Gedenkstunde hier im Plenarsaal oder an den Bildschirmen verfolgen.

Daniil Alexandrowits Granin:

Es haben sich diejenigen gerettet, die andere gerettet haben



Daniil Alexandrowits Granin (*1919)

Bitte gestatten Sie, dass ich mich zuallererst beim Präsidenten des Deutschen Bundestages, dem Präsidium des Bundestages und den Abgeordneten für die lebenswürdige Einladung bedanke, an diesem zumindest für mich so bedeutsamen Tag heute zu Ihnen zu sprechen.

In Petersburg gehen die Menschen heute auf den Piskarjowskoje-Friedhof. Das ist einer der Gedenkfriedhöfe. Die Menschen gehen hin, um der Verstorbenen zu gedenken und ihnen ihre Ehre zu erweisen. Sie legen Zwieback auf die Gräber, oder Bonbons, selbstgebackene Kekse, einfach um ihrer Liebe und ihrem Gedenken für die Menschen Ausdruck zu geben, für die die Geschichte tragisch und grausam war.

Sie war auch für mich sehr tragisch und grausam. Ich habe seit den ersten Kriegstagen mitgekämpft, bin als Freiwilliger in die Narodnoje Opolotschenije, die Volkswehr, eingetreten. Warum? Heute kann ich selbst nicht mehr sagen, warum. Wahrscheinlich war es das rein jugendliche Streben nach Romantik.

Es ist Krieg und ich bin nicht dabei? Ich muss dabei sein!

Aber gleich die ersten Tage des Krieges waren für mich und viele meiner Kameraden sehr ernüchternd. Grausam ernüchternd. Schon beim Eintreffen an der Frontlinie wurde unser Militärtransport zerbombt. Danach folgte eine Niederlage nach der anderen, wir flohen, wichen zurück, flohen wieder, bis dann irgendwann Mitte September mein Regiment die Stadt Puschkin aufgab. Wir waren schon hinter der Stadtgrenze, die Front brach zusammen. Die Front brach zusammen und die Blockade begann. Alle Verbindungen der Stadt, dieser riesigen Stadt, dieser Metropole, zum nicht belagerten Hinterland waren gekappt.

Es begann eine Blockade, die 900 Tage andauern sollte. Diese Blockade kam plötzlich und unerwartet, wie übrigens insgesamt der Krieg unerwartet für unser Land kam, und es gab keinerlei Vorräte. Weder Benzin noch Lebensmittel und schon bald, irgendwann im Oktober, wurden Lebensmittelrationen eingeführt. Brot bekam man nur noch auf Karten. Und dann folgte eine Katastrophe nach der anderen: Die Stromversorgung wurde unterbrochen, die Wasserversorgung wurde eingestellt, die Kanalisation und die Heizung funktionierten nicht mehr und es begann das Elend der Blockade.

Was bedeutet Lebensmittelrationierung? Das Kartensystem sah folgendermaßen aus: Ab dem 1. Oktober bekamen Arbeiter 400 Gramm Brot, Angestellte 200 Gramm. Schon im November wurden die Rationen katastrophal verringert: Arbeiter bekamen 250 Gramm, Angestellte und Kin-

der 125 Gramm. Das ist ein Stückchen Brot, und dann auch noch schlechtes Brot, zu Hälfte mit Zellulose und anderen abwegigen Beimischungen versetzt. Die Stadt war von sämtlicher Lebensmittelzufuhr abgeschnitten.

Der Winter kam, und wie zum Hohn auch noch ein bitterkalter Winter mit Temperaturen von minus 30-35 Grad. Die Stadt hatte keinerlei Versorgung mehr. Täglich wurde sie erbarmungslos bombardiert und aus der Luft beschossen. Unsere Einheit war in der Nähe der Stadt stationiert, man konnte zu Fuß in die Stadt laufen... Wir haben in den Schützengraben gegessen und die Explosionen der Fliegerbomben gehört, sogar die Bodenerschütterungen waren bis zu uns zu spüren.

**Ab dem
1. Oktober 1941
bekamen Arbeiter
400 Gramm Brot,
Angestellte
200 Gramm.**

Tagtäglich fielen Bomben. Es gab Brände. Die Häuser standen in Flammen. Aber es gab nichts zum Löschen – es gab kein Wasser. Die Wasserversorgung funktionierte nicht und die Häuser

brannten tagelang. Wir haben von der Frontlinie aus auf die Stadt zurückgesehen, haben die schwarzen Rauchsäulen gesehen und gerätselt, was da wohl brennt. Im Dezember schneiten die Straßen und Plätze der Stadt dick zu, es gab nur wenige Durchfahrten für Militärfahrzeuge. Die Denkmäler wurden mit Sandsäcken eingepackt. Die Schaufenster wurden zugemauert, die Stadt veränderte sich. Nachts gab es keine Beleuchtung. Patrouillen und die wenigen Passanten waren mit kleinen Lämpchen, sogenannten „Glühwürmchen“ unterwegs. Der Hunger schwächte die Menschen, aber sie haben weiter

gearbeitet. Sie sind weiter in die Betriebe gegangen, insbesondere in die Rüstungsbetriebe, wo Panzer repariert und Granaten und Minen hergestellt wurden.

Und dann geschah Folgendes – ich habe auch erst nach dem Krieg die Einzelheiten erfahren. Hitler gab den Befehl, nicht in die Stadt vorzurücken, um Verluste bei Straßenkämpfen zu vermeiden, bei denen Panzer nicht einsetzbar waren.

Von Leeb's 18. Armee vereitelte alle unsere Versuche, die Blockade zu durchbrechen. Die deutschen Truppen haben eigentlich recht bequem und ohne besondere Anstrengungen ausgeharrt und darauf gewartet, dass der grassierende Hunger und der Frost die Stadt zur Kapitulation zwingen. Eigentlich war der Krieg gar kein richtiger Krieg mehr. Der Krieg wurde für den Gegner zum Warten, zum relativ unproblematischen Warten auf die Kapitulation.

Ich erzähle von meinen persönlichen Erfahrungen als Soldat. Ich spreche hier nicht als Schriftsteller oder als Augenzeuge. Ich spreche eher als Soldat, als jemand, der die damaligen Ereignisse, die nicht vielen bekannt sind, miterlebt hat. Ich erzähle aus den Erfahrungen eines jungen Offiziers im Schützengraben, und das sind Erfahrungen, die in ihren eindringlichen Einzelheiten typisch sind für den Alltag eines jeden anderen Menschen, eines jeden Einwohners der Stadt und letztlich auch eines jeden Soldaten an der Leningrader Front.

Schon im Oktober begann die Zahl der Sterbefälle unter der Bevölkerung zu steigen, da die Menschen bei derart katastrophal kleinen Lebensmittelrationen schnell abmagerten und an Unterernährung starben. In den ersten 25 Dezembertagen starben 40.000 Menschen.

Bereits im Februar starben täglich dreieinhalbtausend Menschen am Hunger. Schon im Dezember schrieben die Menschen in ihren Tagebüchern: „Lieber Gott, lass uns durchhalten, bis wieder Gras wächst“ – sie haben auf das neue Gras gewartet. In-

samt starben in der Stadt ungefähr 1 Million Menschen. Schukow schreibt in seinen Erinnerungen sogar von 1,2 Millionen Menschen. Still und leise hatte der Tod begonnen, an diesem Krieg teilzunehmen, um die Stadt zur Aufgabe zu zwingen.

Immer wieder hört man, dass der Hunger die größte Rolle gespielt habe. Das ist nicht ganz richtig. Die Menschen, ihr Zustand, ihre Psyche, ihre Gesundheit und ihr Selbstfinden wurden auch durch die Kälte beeinflusst. Eine Heizung gab es nicht mehr. Es war bitterkalt, es gab kein Wasser. Ich möchte jetzt einige Einzelheiten aus dem Leben berichten, die man so kaum aus Büchern und Beschreibungen über die Zeit der Blockade und das Leben der Menschen kennt. Der Teufel der Blockade steckt oft in diesen Einzelheiten. Woher Wasser nehmen? Woher? Diejenigen, die näher an Kanälen wohnten, oder an der Newa, an Uferstraßen, gingen dorthin, hackten Löcher ins Eis, schöpften mit Eimern Wasser aus den Löchern und schleppten die Eimer dann nach Hause. Sie schleppten sie. Können Sie sich vorstellen, wie das ist, mit diesen Eimern in den vierten, fünften oder sechsten Stock zu steigen? Diejenigen, die weiter entfernt lebten, sammelten Schnee und tauten ihn auf.

Was bedeutet das, sie tauten ihn auf? Wie soll man ihn auftauen? Es gab kleine Kanonenöfen, die „Burschuika“ genannt wurden. Aber womit konnte man sie beheizen? Woher Holz nehmen? Die Menschen verheizten ihre Möbel, rissen das Parkett aus dem Boden, nahmen die Holzhäuser in der Stadt auseinander.

35 Jahre nach dem Krieg habe ich mit dem belarussischen Schriftsteller Adamowitsch Überlebende der Blockade befragt, wie sie überlebt haben, was während der Blockade mit ihnen geschehen ist. Das waren teilweise erstaunliche und schonungslose Offenbarungen.

Eine Mutter verliert ihr Kind. Es war drei Jahre alt. Sie legt den Leichnam zwischen die Fenster,

es ist Winter, und schneidet täglich ein Stückchen ab, um ihrer Tochter zu essen zu geben, um zumindest sie zu retten. Die Tochter wusste nichts davon. Sie war 12 Jahre alt. Die Mutter wusste alles, sie erlaubte sich aber nicht zu sterben, sie erlaubte sich nicht, den Verstand zu verlieren.

Die Tochter hat überlebt. Ich habe mit ihr gesprochen. Damals hat sie nicht gewusst, was man ihr zu essen gegeben hat. Sie hat es nach dem Krieg erfahren, Jahre später. Und solche Beispiele gibt es viele – können Sie sich vorstellen, welches Leben die Menschen in der Blockade lebten?

In den Wohnungen war es dunkel.

Die Fenster wurden mit allem Möglichen verhängen, um die Wärme in den Wohnungen zu halten. Die Zimmer wurden mit kleinen Funzellampen beleuchtet. Das war eine Dose, in die man – es gab ja kein Petroleum – Transformatorenöl oder Maschinenöl oder ähnliches gegossen hatte.

Diese winzige Flamme brannte tagein tagaus, wochenlang, monatelang. Das war die einzige Beleuchtung in den Häusern. Schwarzmärkte entstanden, wo man ein Stück Brot kaufen konnte, oder ein Säckchen Gerste, irgendein Stück Fisch, eine Konservendose... Alles wurde getauscht, es ging nicht so sehr um Geld. Man tauschte gegen Pelzmäntel, Filzstiefel, die Menschen brachten alles aus ihren Häusern, was einen Wert hatte: Bilder, Silberlöffel.

Auf den Straßen und in den Hauseingängen lagen Tote, in Laken eingewickelt.

Als das Eis im Winter fester wurde, wurde die „Straße des Lebens“ über den Ladoga-See errichtet. Über diese Straße fuhren Fahrzeuge, um Kinder, Frauen und Verwundete aus der Stadt zu evakuieren, aber auch, um Lebensmittel in die Stadt zu bringen.

Die Straße wurde gnadenlos beschossen, Granaten zersprengten das Eis. Die Fahrzeuge brachen ein und gingen im Wasser unter, aber einen anderen Weg gab es nicht.

Einige Male wurde ich von der Front zum Stab geschickt und war in der Stadt. Da konnte ich sehen, wie die Blockade das Wesen der Menschen verändert hatte. „Jemand“ oder der „namenlose Passant“ – das waren die Helden der Stadt. Menschen, die versuchten, einem gestürzten, geschwächten, an Unterernährung leidenden Menschen wieder aufzuhelfen und ihn zu einem dieser Punkte zu bringen, die es gab. Da gab es

heißes Wasser, nur heißes Wasser, man gab ihm einen Becher, und das half oft, den Menschen zu retten.

Dieser „Jemand“ – das war das in den Menschen erwachte Mitgefühl. Das war einer der wichtigsten, vielleicht sogar der wichtigste Held des Lebens während der Blockade.

Dann, im Mai 1942, als es wärmer wurde, als es überall taute und wegen der großen Zahl von Leichen in der Stadt die Gefahr

von Infektionen stieg, hat man uns – Soldaten und Offiziere – in die Stadt geschickt, um zu helfen, die Leichen auf die Friedhöfe zu bringen. Viele Leichen lagen übrigens neben den Friedhöfen

aufgehäuft. Verwandte und Freunde haben versucht, sie auf Friedhöfe zu bringen und Gräber in der gefrorenen Erde auszuheben, aber sie hatten natürlich nicht mehr die nötige Kraft dafür. Wir haben die Leichen auf Fahrzeuge aufgeladen – wir haben sie hinaufgeworfen, wie Holz, so trocken und leicht waren sie. Unser Regimentsarzt sagte, das käme davon, dass sie sich von innen selbst aufgezehrt hätten. Das war das einzige Mal in meinem Leben, dass ich eine derart grausige Situation erleben musste, als wir Leiche um Leiche auf die Fahrzeuge warfen.

Auch die Evakuierung brachte ihre eigenen Probleme mit sich. Eine Frau erzählte uns, wie sie mit ihren Kindern zum Finnländischen Bahnhof ging. Ihr Sohn, circa 14 Jahre alt, lief hinter ihr, die kleine Tochter hat sie auf einem Schlitten gezogen. Sie kam mit der Tochter am Bahnhof an, der Sohn war zurückgeblieben. Er war kraftlos, ausgehungert – sie weiß nicht, was aus ihm wurde. Sie hat diesen grausamen Verlust nie vergessen, und auch, als sie uns davon berichtete, gab sie sich die Schuld.

Es gab auch andere Probleme. Alexei Kossygin, der stellvertretende Ministerpräsident Russlands – nicht Russlands, der Sowjetunion – wurde als Bevollmächtigter des staatlichen Komitees der Verteidigung nach Leningrad entsandt. Er hat mir berichtet, mit welchem Problem er sich täglich auseinandersetzen musste: Wen sollte er auf die Straße des Lebens ins nicht belagerte Hinterland, die sogenannte Bolschaja semlja, schicken? Kinder, Frauen, Verwundete oder doch Materialien, Werkbänke, Buntmetalle und Geräte für die Rüstungsbetriebe im Ural? Diese Wahl treffen zu müssen zwischen Menschen einerseits oder Gütern, die für die Rüstungsindustrie unentbehrlich waren, stellte für ihn ein qualvol-

les und auswegloses Dilemma dar.

In der ganzen Stadt hingen typische Anschlagzettel. Sie waren überall angeklebt: „Erledige Beerdigungen“, „Hebe Gräber aus“, „Bringe Verstorbene zum Friedhof“. Das alles für ein Stück Brot, für eine Konservendose...

Im Frühling wurden auf der Newa massenweise Leichen von Rotarmisten angeschwemmt. Trotzdem hat man weiterhin Wasser aus der Newa genommen, hat die Leichen weggestoßen. Was hätte man auch tun sollen? Man musste dieses Wasser sogar trinken.

Ab Juli 1942 haben wir an der Front versucht, den Ring der Blockade zu durchbrechen. Ohne Erfolg. Angriff um Angriff wurde zurückgeschlagen. Bei dem Versuch, die Befestigungen am anderen Ufer der Newa zu durchbrechen, verloren wir, verlor unsere Armee innerhalb weniger Monate 130.000 Mann.

Eines Tages bekam ich das Tagebuch eines Jungen, der die Blockade miterlebt hat. Ja überhaupt, Tagebücher – viele Menschen haben damals Tagebuch geführt. Sie waren später das glaubwürdigste Material. Als wir Jahrzehnte später Menschen befragten, die die Blockade miterlebt hatten, stellte sich heraus, dass ihre Erinnerungen an das tatsächlich Erlebte oft schon von all dem überlagert waren, was sie in Kinofilmen oder im Theater gesehen oder in den Zeitungen gelesen hatten. Ein Tagebuch dagegen ist authentisch, glaubhaft, im Jetzt geschrieben, am gleichen Tag oder auch am Tag danach.

Ich möchte Ihnen jetzt die Geschichte eines Jungen erzählen, der über die Blockade berichtet. Er war 14 Jahre alt und lebte mit seiner Mutter und seiner Schwester zusammen. Sein Tagebuch hat mich sehr bewegt. Und nicht nur mich, auch Adamowitsch. Wir haben uns ja gemeinsam damit beschäftigt. Das Tagebuch erzählt die Geschichte eines Gewissens. In den Brotläden hat man damals versucht, die Rationen auf das Gramm genau abzumessen, denn die Rationen waren ja auch so schon verschwindend klein. Deswegen hat man sehr genau abgemessen und, um das Gewicht auch genau zu treffen, noch kleine Brotstückchen als Zuwaage ergänzt. Der Junge wurde von seiner Mutter und seiner Schwester beauftragt, die Brotrationen zu holen. Auf dem Heimweg quälte er sich und kämpfte gegen die Versuchung an, diese kleine Zuwaage aufzuessen, und zwar ungestraft. Denn es wusste ja niemand

in der Familie, ob er eine Zuwaage bekommen hatte oder nicht. Aber er selbst wusste es natürlich. Und so schreibt er in seinem geheimen Tagebuch: „Ich habe das Stückchen aufgegessen, habe es nicht ausgehalten.“ Und er macht sich Vorwürfe, tadelt sich, schwört, dass er es nie wieder tun wird, weil dieses Stück, diese Zuwaage, ja für sie alle drei gedacht war.

In der Wohnung hatten sie auch Nachbarn. Der Mann hatte einen verantwortungsvollen Posten und bekam deswegen Zusatzrationen, die scheinbar wohl ganz ordentlich waren. Seine Frau kochte in der gemeinsamen Küche Brei oder Suppe. Der Junge riecht das duftende Essen, ist wie auf die Folter gespannt, wünscht sich, dass die Frau die Küche verlässt, damit er kurz in den Topf hineinlangen kann, und sei es auch nur schnell mit der bloßen Hand. Er kämpft mit sich, will sich zurückhalten, und schafft es.

Hier wurde der Hunger vorgeschickt, um anstelle von Soldaten zu kämpfen.

Das ist die Geschichte eines Gewissens, des Wunsches, anständig zu bleiben – einer Eigenschaft, die für die Mehrheit der Menschen im belagerten Leningrad charakteristisch war.

Als Adamowitsch und ich das Buch über die Blockade schrieben, habe ich immer wieder die Frage gestellt: Wie haben Sie überlebt? Wie war das möglich? Aus vielen Erzählungen der Menschen ging hervor, dass überwiegend diejenigen überlebten – nicht alle natürlich, aber doch ein großer Teil von denen, die andere gerettet haben, die sich in den Schlangen angestellt haben, Wasser geschleppt haben, heizten, Kranke versorgt haben. Es haben sich diejenigen gerettet, die andere gerettet haben.

Dieses große Maß an Mitgefühl und Barmherzigkeit war typisch für das Leben während der Blockade und es hat den Menschen geholfen durchzuhalten. Die Aufgabe derjenigen, die in der Stadt geblieben waren, die nicht an Kampfhandlungen beteiligt waren, bestand letzten Endes darin, ihre Menschlichkeit nicht zu verlieren.

An der Front war die Lebensmittelration auch sehr knapp, wir haben auch gehungert, haben auch Gras und Brennnesseln gekocht. Aber das war trotzdem nicht vergleichbar mit dem, was in der Stadt geschah. Verstehen Sie?

Als wir dieses Buch schrieben, haben wir uns immer wieder die Frage gestellt: Wie konnte das sein? Was ging da vor sich? An der Front wusste man genau Bescheid, wie es in der Stadt aussah. Von Überläufern und Aufklärern.

Man konnte nicht nur die Schrecken des Hungers, sondern auch die insgesamt furchtbaren Bedingungen, unter denen die Menschen lebten. Und man hat gewartet. Nun gut – man kann einen Monat warten, zwei, auch drei. Aber man wartete 900 Tage! Das verstehe ich nicht. Soldaten sollten gegen Soldaten kämpfen. Der Krieg ist Sache von Soldaten. Aber hier wurde der Hunger vorgeschickt, um anstelle von Soldaten zu kämpfen.

Ich war an vorderster Front und konnte den Deutschen dieses Warten auf die Kapitulation, das Warten auf den Hungertod lange nicht verzeihen.

Mit den Jahren verblasst natürlich die Erinnerung und ich verstehe auch, dass der Krieg, den ich miterlebt habe, Schmutz und Blut bedeutete. Wie jeder Krieg.

Die Verluste auf beiden Seiten waren riesig. Unsere Armeen, unsere Divisionen. Schon nach den ersten Monaten hatte nur ein Drittel der Soldaten überlebt.

Ich konnte mich lange nicht entschließen, über meinen Krieg zu schreiben. Aber schließlich habe ich es dann doch getan, es ist noch nicht lange her. Ich habe einen Roman über meinen persönlichen Krieg geschrieben, wie ich in all diesen Jahren gekämpft habe. Warum ich darüber geschrieben habe? Auf diese Frage kann ich Ihnen keine erschöpfende Antwort geben. Wahrscheinlich habe ich unterschwellig den merkwürdigen Wunsch verspürt, meinen gefallenen Regimentskameraden zu berichten, die gestorben sind, ohne zu wissen, dass wir siegen, die in dem Bewusstsein der vollständigen Niederlage gestorben sind, die überzeugt waren, dass wir Leningrad aufgeben müssten, dass die Stadt nicht durchhalten würde... Ich wollte ihnen sagen, dass wir doch gewonnen haben, dass sie nicht umsonst ihr Leben verloren haben, dass wir den gerechten Sieg errungen haben.

Wissen Sie, es gibt wahrscheinlich einen sakralen Raum, wo dem Menschen Mitgefühl und Spiritualität zurückgegeben werden, ebenso wie das Wunder des Sieges, und wo Gerechtigkeit, die Liebe zum Leben und auch zum Menschen höchste Bedeutung haben.

Ich danke Ihnen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

Wir gestalten Deutschlands Zukunft



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Angesichts der aktuellen Ereignisse lassen Sie mich bitte zu Beginn einige Worte zur Lage in der Ukraine sagen. Durch den Druck der Demonstrationen werden jetzt ganz offensichtlich ernsthafte Gespräche zwischen dem Präsidenten und der Opposition über notwendige politische Reformen möglich. Der Bundesaußenminister, das Kanzleramt und die deutsche Botschaft in Kiew unterstützen die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts und die berechtigten Anliegen der Opposition mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir stehen dazu auch in engem Kontakt mit der Hohen Beauftragten Lady Ashton und werden unsere Bemühungen in den nächsten Stunden und Tagen fortsetzen.

Viele Menschen in der Ukraine haben seit dem EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft Ende November in Vilnius in mutigen Demonstrationen gezeigt, dass sie nicht gewillt sind, sich von Europa abzuwenden.

Im Gegenteil: Sie setzen sich für die gleichen Werte ein, die auch uns in der Europäischen Union leiten, und deshalb müssen sie Gehör finden.

Unverändert gilt, dass die Tür für die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens durch die Ukraine weiter offen steht. Und unverändert gilt, dass die Gefahr eines Entweder-oder im Hinblick auf das Verhältnis der Länder der Östlichen Partnerschaft zu Europa oder zu Russland überwunden werden muss und – davon bin ich überzeugt – in geduldigen Verhandlungen auch überwunden werden

kann. Genau dies haben auch der EU-Ratspräsident Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident Barroso gestern beim EU-Russland-Gipfel gegenüber dem russischen Präsidenten Putin noch einmal zum Ausdruck gebracht. Auch die Bundesregierung wird dies gegenüber Russland unvermindert zum Ausdruck bringen, zum Wohle aller in der Region.

Meine Damen und Herren, bevor wir nun auf die nächsten Jahre schauen, sollten wir kurz zurückblicken: auf den Beginn dieses Jahrhunderts. Damals galt Deutschland als der kranke Mann Europas. Die soziale Marktwirtschaft, die unser Land im 20. Jahrhundert nachhaltig geprägt hat, wurde national wie international fast schon als Auslaufmodell angesehen. Manche meinten, dass unsere Wirtschafts- und Sozialordnung zu behäbig, zu altmodisch für die Anforderungen der Globalisierung im 21. Jahrhundert geworden sei. Und heute, zehn Jahre später? Heute können wir feststellen: Deutschland geht es so gut wie lange nicht. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung ist auf dem höchsten Niveau seit der Wiedervereinigung, die Menschen schauen so optimistisch in die Zukunft wie seit dem Fall der Mauer nicht mehr, und von der sozialen Marktwirtschaft als Auslaufmodell spricht keiner mehr, von Deutschland als krankem Mann Europas erst recht nicht.

Im Gegenteil: Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa, Deutschland ist Stabilitätsanker in Europa. Wir sind rascher und stärker aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen als andere. Wir tragen maßgeblich dazu bei, dass die europäische Staatsschuldenkrise überwunden werden kann. Für diese Erfolgsgeschichte ist das Zusammenspiel der Sozialpartner ganz entscheidend, das Zusammenspiel der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, das unserem Land gemeinsam mit klugen politischen Entscheidungen die Stabilität und Stärke gibt, die heute notwendig sind. Sie sind notwendig, wenn wir den Anspruch haben, nicht einfach irgendwie die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit zu meistern, sondern so, dass sich die Werte und Interessen Deutschlands und Europas auch in

Zukunft im harten weltweiten Wettbewerb behaupten können. Ich habe diesen Anspruch, die Regierung der Großen Koalition hat diesen Anspruch.

Wir haben den Anspruch, nicht einfach irgendwie aus den weltweiten und europäischen Finanz- und Schuldenkrisen herauszukommen, sondern stärker, als wir in sie hineingegangen sind. Wir haben den Anspruch, nicht einfach irgendwie mit den großen Herausforderungen unserer Zeit beim Schutz unseres Klimas, beim Zugang zu Energie oder beim Kampf gegen die asymmetrischen Bedrohungen fertigzuwerden, sondern so, dass wir unseren Werten und unseren Interessen gerecht werden.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wichtiger denn je. Längst hat die Globalisierung unsere Welt auch im Kleinen erfasst. Heute leben über 7 Milliarden Menschen auf der Erde. Sie alle wollen am Wohlstand teilhaben. Als Exportnation sind wir auf vielfältige Weise mit anderen Nationen verflochten. Niemand kann sich mehr darauf beschränken, nur seine eigenen Belange im Blick zu haben, und wenn er es doch tut, dann schadet er über kurz oder lang sich selbst.

In den 50er-Jahren hatte nur 1 Prozent der Weltbevölkerung eine Lebenserwartung von über 70 Jahren. Heute wird über die Hälfte aller Menschen über 70 Jahre alt. Schon diese eine Zahl gibt uns eine Ahnung vom Ausmaß der demografischen Entwicklung, mit der ja auch gerade Deutschland umzugehen lernen muss.

Die digitalen Möglichkeiten und das Internet verändern unser Leben rasant. Sie schaffen schier endliche Kommunikations- und Informationsformen, haben aber auch eine kaum absehbare Wirkung auf den Schutz dessen, was privat und persönlich sein und bleiben sollte.

Es versteht sich von selbst: Mit der globalen und digitalen Dynamik unserer Zeit müssen wir Schritt halten. Mehr noch: Ein Land wie Deutschland, größte und stärkste Volkswirtschaft Europas, muss an ihrer Spitze stehen und auch stehen wollen, und zwar nicht um uns ihr zu unterwerfen, sondern um die Chancen erkennen und auch nutzen zu können, die ohne jeden

Zweifel in ihr stecken. Das gilt für unsere Forscher und Entwickler, das gilt für unser Bildungssystem, das gilt für unsere Unternehmen und Arbeitnehmer, und das gilt für unsere Art der Energieversorgung.

Mit dieser Dynamik Schritt zu halten, an der Spitze der Entwicklung zu stehen, das ist eine der großen politischen wie ethischen Gestaltungsaufgaben unserer Generation. Sie kann nur mit einem Kompass gelingen. Dieser Kompass ist die soziale Marktwirtschaft, weil sie immer mehr war als eine Wirtschaftsordnung, weil sie als Wirtschafts- und Sozialordnung wirtschaftliche Kraft und sozialen Ausgleich miteinander verbindet. Die soziale Marktwirtschaft ist unser Kompass, weil ihre Prinzipien zeitlos gültig sind und sie doch mit der Zeit gehen und weiterentwickelt werden können, wie dies mit der ökologischen und der internationalen Dimension unseres Lebens gelungen ist.

Die soziale Marktwirtschaft ist unser Kompass, weil sie wie keine zweite Wirtschafts- und Sozialordnung den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Genau darum hat es zu gehen: um den Menschen im Mittelpunkt unseres Handelns.

Das leitet mich seit meinem Amtsantritt im November 2005 in meinem Verständnis als Kanzlerin aller Deutschen und aller in Deutschland lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft, das leitet mich auch in Zukunft, und das leitet die Regierung der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD.

Eine Politik, die nicht den Staat, nicht Verbände, nicht Partikularinteressen, sondern den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, eine solche Politik kann die Grundlagen für ein gutes Leben in Deutschland und Europa schaffen.

Die Quellen des guten Lebens sind Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, politische Stabilität, wirtschaftliche Stärke und Gerechtigkeit. Die Regierung der Großen Koalition will die Quellen des guten Lebens allen zugänglich machen, das bedeutet, allen bestmögliche Chancen zu eröffnen.

Im Zweifel handeln wir für den Menschen. Bei jeder Abwägung von großen und kleinen Interessen, bei jedem Ermessen: Die Entscheidung fällt für den Menschen.

So dienen wir den Menschen und unserem Land. Wir gestalten Deutschlands Zukunft – um es mit dem ebenso einfachen wie klaren

Motto des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD zu sagen.

Dabei setzen wir erstens auf solide Finanzen, zweitens auf Investitionen in die Zukunft unseres Landes, drittens auf die Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, viertens auf die Fähigkeit Deutschlands, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen. Diese vier Punkte sind nicht hierarchisch gegliedert. Sie stehen gleichrangig nebeneinander. Ohne solide Finanzen könnten wir keine Zukunft gestalten. Ohne gezielte Investitionen in die Zukunft unseres Landes bliebe Sparen Selbstzweck. Ohne die Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts ginge unserem Land vieles von seiner sozialen Stabilität verloren, die ja gerade ein Garant unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist. Ohne die Fähigkeit Deutschlands, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen, schädeten wir unsere

Partnern wie uns selbst, unseren Werten und Interessen, wir schädeten uns politisch und ökonomisch.

Es ist doch gerade erst etwas mehr als fünf Jahre her, dass wir erlebt haben, wohin die verantwortungslosen Exzesse der Märkte, Überschuldung und eine mangelhafte Regulierung der internationalen Finanzmärkte führen können.

Wir haben erlebt, dass dies mit einem Schlag gravierende Auswirkungen auf alle Staaten dieser Erde hatte, auch auf Deutschland. Wir mussten damals einen der schlimmsten Wirtschaftseinbrüche, den schlimmsten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, verkraften. Es ist das bleibende Verdienst der damaligen Koalition von CDU, CSU und SPD, Deutschland 2009 gemeinsam mit den Sozialpartnern so rasch, so erfolgreich durch diese Krise geführt zu haben.

Einen nachhaltigen Erfolg kann Deutschland aber nicht alleine haben. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, setzt deshalb alles daran, dass alle, dass die ganze Welt die Lektionen aus dieser damaligen Krise lernt. Eine davon ist und bleibt: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzplatz darf ohne angemessene Regulierung bleiben;

Finanzakteure müssen durch die Finanztransaktionssteuer zur Verantwortung gezogen werden.

Auch in der internationalen sozialen Marktwirtschaft ist nämlich

Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa, Deutschland ist Stabilitätsanker in Europa.

der Staat der Hüter der Ordnung. Deutschland übernimmt Verantwortung in Europa und der Welt, damit sich genau diese Einsicht, dass der Staat Hüter der Ordnung ist, durchsetzen kann.

Dazu sind Fortschritte bei der Regulierung der Finanzmärkte unverzichtbar, und zwar Fortschritte, die diesen Namen auch wirklich verdienen, wenn wir das Versprechen einhalten wollen, das wir den Menschen gegeben haben. Das ist das Versprechen, dass sich eine solch verheerende weltweite Finanzkrise nicht wiederholen darf. Das bedeutet, in einem Satz gesagt: Wer ein Risiko eingeht, der haftet auch für die Verluste, und nicht mehr der Steuerzahler.

Manches ist erreicht. Vieles ist zu tun. Deshalb sind die Regelungen für eine Bankenunion in Europa so wichtig; denn bei der Sanierung und Abwicklung von Banken hat für uns die Einhaltung einer klaren Haftungskaskade eine zentrale Bedeutung.

Meine Damen und Herren, wir alle müssen verstehen, dass es mehr denn je nicht mehr ausreicht, nur auf die eigene Kraft und Stärke zu setzen. Konkret heißt das: Auch Deutschland ist auf Dauer nur stark, wenn auch Europa stark ist; auch Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut geht. Doch ich kann uns auch heute nicht ersparen, darauf hinzuweisen: Auch wenn die europäische Staatsschuldenkrise nicht mehr täglich die Schlagzeilen bestimmt, müssen wir doch sehen, dass sie allenfalls unter Kontrolle ist. Dauerhaft und nachhaltig überwunden ist sie damit noch nicht. Wir haben zwar eine Wirtschafts- und Währungsunion, in der nationale Entscheidungen jeweils Auswirkungen auf alle anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion haben, aber wir haben auch eine Währungsunion, deren wirtschaftspolitische Koordinierung nach wie vor überaus mangelhaft gestaltet ist. Ohne entscheidende Fortschritte, ohne einen Quantensprung hier werden wir die europäische Staatsschuldenkrise nicht überwinden. Wir werden vielleicht irgendwie mit ihr zu leben lernen, aber unseren Platz an der Spitze der globalen Entwicklung werden wir so nicht halten können. So werden wir nicht stärker aus der Krise herauskommen, als wir in sie hineingegangen sind. Doch nur das kann Europas Anspruch sein: nach der Krise stärker zu sein als vor der Krise; und weil das so ist, dürfen wir der trügerischen Ruhe jetzt nicht trauen. Ja, es ist wahr: Europa ist auf dem Weg zu Stabilität und Wachstum bereits ein gutes Stück vorangekommen. Wahr ist aber auch, dass wir uns unvermindert anstrengen müssen, um Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Dafür müssen wir die Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen und damit das nachholen,

was bei ihrer Gründung versäumt wurde: der Währungsunion eine echte Wirtschaftsunion zur Seite zu stellen.

Hierfür müssen wir auch die europäischen Institutionen stärken. In einer echten Wirtschaftsunion werden wir um ein Mehr an Verbindlichkeit nicht herumkommen. Ich bin überzeugt: Dazu müssen auch die EU-Verträge weiterentwickelt werden.

Das Ziel ist ein Europa, das seine Kräfte bündelt und das sich auf die großen Herausforderungen konzentriert. Alle europäischen Politiken, die Energie- und Klimapolitik, die Gestaltung des Binnenmarktes, die Außenhandelsbeziehungen, müssen sich daran messen lassen, ob sie zur Stärkung der europäischen Wirtschaftskraft und damit auch zu Wohlstand und Beschäftigung beitragen oder nicht. Denn sie bilden zusammen mit den nationalen Reformanstrengungen die Grundlage, um neues Wachstum und dauerhafte Beschäftigung für die Bürgerinnen und Bürger Europas zu schaffen.

Auch die europäische Politik muss den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellen. Sie soll den Alltag der Menschen einfacher machen und nicht schwerer. Sie soll die Rahmenbedingungen für Engagement, Eigeninitiative und Unternehmertum verbessern und nicht beeinträchtigen. Deshalb muss gelten: Wer Europa will und wer will, dass es Europa gut geht, der muss bereit sein, Europa stabiler, bürgernäher, stärker, einiger und gerechter zu machen, und der muss natürlich zu Hause seine Hausaufgaben machen.

Deutschland macht seine Hausaufgaben. Der Bund hat bereits seit 2012 – und damit früher als vorgesehen – die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten. Für 2014 ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt vorgesehen. Ab 2015 wollen wir ganz ohne Nettoneuverschuldung auskommen. Solch ein Ende der Neuverschuldung nach Jahrzehnten, in denen wir geradezu selbstverständlich Jahr für Jahr immer neue Schulden gemacht haben, ist nicht nur Ausdruck solider Finanzen, es ist vielmehr ein zentrales Gebot der Gerechtigkeit und damit gelebte soziale Marktwirtschaft.

Das ist nur zu schaffen, wenn wir bei unseren Ausgaben klare Prioritäten setzen und konsequent in die Zukunft investieren. Wir müssen uns dabei immer wieder vor Augen führen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unser Gemeinwesen nur dann akzeptieren, wenn sie sich auch vor Ort auf funktionierende Strukturen verlassen können. Deshalb entlastet der Bund die Kommunen auch in Zukunft: in diesem Jahr, indem er nunmehr vollständig die Grundversicherung für ältere Menschen übernimmt, und in den Folgejahren, indem er sich schrittweise an der Ein-

gliederungshilfe bis zu einer Höhe von 5 Milliarden Euro beteiligt.

Die Gespräche mit den Ländern in den Koalitionsverhandlungen haben im Übrigen einmal mehr deutlich gemacht, dass die Bundesländer-Finanzbeziehungen ganz grundsätzlich einer Neuordnung bedürfen, und zwar verbunden mit einer klaren Aufgabenzuordnung an Bund, Länder und Kommunen.

Die Bundesregierung wird bis zum Sommer einen Vorschlag machen, wie die dazu notwendigen Gespräche geführt werden können.

Meine Damen und Herren, dass unsere Haushaltslage so gut ist, verdanken wir natürlich ganz entscheidend auch der guten wirtschaftlichen Entwicklung und den Millionen Beschäftigten, Selbstständigen und Unternehmen, die zu dieser wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben. Das hat zu einem neuen Rekord an Steuereinnahmen geführt. Auch deshalb ist die Politik es den Menschen schuldig, zu zeigen, dass wir mit dem auskommen, was wir einnehmen, und dass wir keine Steuern erhöhen oder neue einführen.

Trotz aller Erfolge dürfen wir aber unsere Hände nicht in den Schoß legen.

Denn unser Land braucht auch in Zukunft eine starke Wirtschaft und eine hohe Beschäftigungsrate. Dafür schafft die Regierung der Großen Koalition die notwendigen Voraussetzungen, zum Beispiel indem wir die Struktur der Bundesregierung an einer zentralen Stelle verändert haben: Wir haben die Kompetenzen von Wirtschaft und Energie in einem Ministerium gebündelt. Wir haben uns dazu entschieden, weil wir überzeugt sind, dass unser Wohlstand nur mit einem starken industriellen Fundament aus großen und mittelständischen Unternehmen gesichert werden kann, dessen unabdingbare Voraussetzung eine umweltfreundliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung ist – für unsere Unternehmen genauso wie für die Bürgerinnen und Bürger.

Deutschland hat den Weg der Energiewende eingeschlagen. Deutschland hat sich entschieden, eine Abkehr vom jahrzehntelangen Energiemix – einem Energiemix aus vornehmlich fossilen Energieträgern und Kernenergie – zu vollziehen. Es gibt kein weiteres vergleichbares Land auf dieser Welt, das eine solch radikale Veränderung seiner Energieversorgung anpackt. Diese Entscheidung wird von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen unterstützt.

Doch machen wir uns nichts vor: Die Welt schaut mit einer Mischung aus Unverständnis und Neugier darauf, ob und wie uns diese Energiewende gelingen wird.

Wenn sie uns gelingt, dann wird sie – davon bin ich überzeugt – zu einem weiteren deutschen Exportchlag. Und auch davon bin ich überzeugt: Wenn diese Energiewende einem Land gelingen kann, dann ist das Deutschland.

Bis 2050 wollen wir 80 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen. Schon heute haben die erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung einen Anteil von 25 Prozent, der bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent ansteigen soll. Mit diesem Ausbaukorridor können wir ganz harmonisch das Ausbauziel von 80 Prozent erreichen – allerdings nur, wenn gleichzeitig unsere Industrie im weltweiten Wettbewerb bestehen kann und Strom für alle erschwinglich bleibt.

Mit einem Anteil von 25 Prozent an der Stromerzeugung haben die erneuerbaren Energien heute ihr Nischendasein verlassen. Bis dahin war es sinnvoll, sie durch die Umweltpolitik zu fördern. Jetzt aber müssen sie als zunehmend tragende Säule der Stromerzeugung in

Trotz aller Erfolge dürfen wir aber unsere Hände nicht in den Schoß legen.

den Gesamtenergiemarkt integriert werden. Maßstab für den Ausbau der erneuerbaren Energien müssen Planbarkeit und Kosteneffizienz sein. Deshalb muss der Ausbaukorridor auch verbindlich festgeschrieben werden. Die einzelnen Formen der erneuerbaren Energien müssen so schnell wie möglich marktfähig werden; ihr Ausbau und der Ausbau der Transportnetze müssen Hand in Hand gehen.

Wir sehen: Das ist eine Herkulesaufgabe; das bedarf einer nationalen Kraftanstrengung. Gerade auch deshalb habe ich davon gesprochen, dass die Große Koalition eine Koalition für große Aufgaben ist. Und wenn es eine politische Aufgabe gibt, bei der nicht Partikularinteressen im Mittelpunkt zu stehen haben, sondern der Mensch, dann ist das die Energiewende.

Sie kann nur gelingen, wenn alle – Bund, Länder, Gemeinden, Verbände, jeder Einzelne – über ihren Schatten springen und nur eines im Blick haben: das Gemeinwohl. Aber dann – davon bin ich überzeugt – wird die Energiewende auch gelingen; dann wird sie ein weiteres Beispiel gelebter ökologischer und sozialer Marktwirtschaft sein.

Das Kabinett hat die dazu vom Bundeswirtschaftsminister vorgelegten Eckpunkte beschlossen. Sie sind Grundlage für den Gesetzentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die am 9. April im Kabinett verabschiedet und bis zur Sommerpause auch in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden soll. Zusammen mit dem Netzausbau und mit Entscheidungen über Kraftwerksreserven zur Si-

cherung der Energieversorgung entsteht daraus der Rahmen zur Umsetzung der Energiewende.

Die Bundesregierung wird sich in den anstehenden sicherlich nicht einfachen Beratungen um eine breite Mehrheit bemühen; denn ich bin davon überzeugt: Je größer die Mehrheit, desto größer ist auch die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zeit haben wir allerdings nicht zu verlieren: Wir müssen parallel alles dafür tun, dass unsere Entscheidungen auch in Brüssel akzeptiert werden. Gleichzeitig müssen wir die Energiewende in eine anspruchsvolle nationale und europäische Klimastrategie einbetten. Es ist gut, dass die Kommission mit dem ambitionierten 40-Prozent-CO₂-Reduktionsziel die Vorreiterrolle Europas im internationalen Klimaschutz noch einmal unmissverständlich unterstreichen hat.

Deutschland wird sich auch mit ganzer Kraft für die Verabschiedung einer international verbindlichen Klimakonvention einsetzen. Gemeinsam mit Frankreich arbeiten wir für einen Erfolg der internationalen Klimakonferenz Ende 2015 in Paris, damit am Ende eine verbindliche Regelung für die weltweite Reduktion von Treibhausgasen ab 2020 gefunden wird.

Wir setzen uns auch für einen funktionierenden Emissionshandel in Europa ein, damit umweltfreundliche Kraftwerke wie zum Beispiel moderne Gaskraftwerke endlich wieder eine faire Chance auf den Märkten erhalten.

Um im Baubereich zu einer Gesamtstrategie zu kommen, in die auch der Klimaschutz integriert ist, hat die Bundesregierung den Umweltschutz und den Baubereich in einem Ministerium gebündelt. So können wir unsere nationalen Klimaziele auch in den Bereichen der Energieeffizienz und der Gebäudesanierung erreichen. Im Übrigen können unsere Wirtschaft und unser Handwerk davon profitieren. Umweltschutz, die ökologische und soziale Marktwirtschaft schafft Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, vor einem Jahrzehnt, als 5 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos waren, hatten viele Zweifel, ob und inwieweit eine der jahrzehntelangen großen Gewissheiten der sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft noch ihre Berechtigung haben würde, nämlich die Gewissheit, dass es den Arbeitnehmern dann gut geht, wenn es dem eigenen Betrieb auch gut geht. Die Auswirkungen der Globalisierung hatten dieses Grundvertrauen ins Wanken gebracht. Reformen, zuvor jahrelang verzögert oder vermieden, wurden unumgänglich. Es folgte die Agenda 2010 der Regierung Schröder, auf die dann weitere Reformen der Großen Koalition

Fortsetzung von Seite 5: Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin

von 2005 bis 2009 und der anschließend christlich-liberalen Bundesregierung fußten. Das Ergebnis dieser Reformen: Heute hat unser Land mehr Beschäftigte als je zuvor.

Die Arbeitslosigkeit liegt unter 3 Millionen; die Jugendarbeitslosigkeit ist die geringste in Europa.

Aber es gibt auch Schattenseiten. Aus der unverzichtbaren Flexibilisierung des Arbeitsrechts sind neue Möglichkeiten des Missbrauchs entstanden. Schon die christlich-liberale Bundesregierung hat einige davon beseitigt, aber die Große Koalition wird weitere Korrekturen vornehmen müssen.

Konkret geschieht das in der Leiharbeit, deren Dauer auf maximal 18 Monate beschränkt wird. Die gleiche Bezahlung eines Leiharbeiters wie die eines Beschäftigten der Stammebelegschaft hat jetzt nach spätestens 9 Monaten zu erfolgen, und beim Abschluss von Werkverträgen ist in Zukunft der Betriebsrat zu informieren.

Es ist die gemeinsame Überzeugung von CDU, CSU und SPD, dass derjenige, der voll arbeitet, mehr haben muss, als wenn er nicht arbeitet.

Niemand, der ein Herz hat, ist deshalb schnell bei der Hand damit, das Instrument eines Mindestlohns rundweg abzulehnen. Doch jeder, der ein Herz hat, muss aber genauso sicherstellen, dass der so nachvollziehbare Wunsch nach würdiger Bezahlung nicht Menschen, die heute Arbeit haben, in die Arbeitslosigkeit führt.

Die Koalitionsverhandlungen um einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro ab 2015 haben alle Facetten dieses Dilemmas behandelt. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, bei dem – das sage ich aus voller Überzeugung – die Vorteile die Nachteile überwiegen.

Der Mindestlohn von 8,50 Euro wird ab Anfang 2015 gelten. Allerdings haben wir vereinbart, dass Tarifverträge, die mit einer Lohnuntergrenze von weniger als 8,50 Euro vereinbart wurden, bis Ende 2016 weitergelten können. Im Laufe dieses Jahres können solche Tarifverträge noch abgeschlossen werden. Ich sage ganz ausdrücklich: Arbeitgeber und Gewerkschaften haben damit alle Freiheit und Möglichkeit, genau davon dort Gebrauch zu machen, wo immer dies zum Erhalt von Arbeitsplätzen notwendig ist.

Derartige Tarifverträge können in Zukunft in einem vereinfachten Verfahren für allgemeinverbindlich erklärt werden, da sie im öffentlichen Interesse sind. Dadurch wird im Übrigen auch die Tarifpartnerschaft, ein Wesensmerkmal der sozialen Marktwirtschaft, wieder gestärkt, und sie muss in einigen Bereichen gestärkt werden.

Eine starke soziale Marktwirtschaft braucht international wettbewerbsfähige Unternehmen. Wir

wissen aus unseren Erfahrungen, dass das besonders gut funktioniert, wenn Frauen und Männer gleiche Chancen haben.

Deshalb werden wir für Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab 2016 neu besetzt werden, eine Quote von mindestens 30 Prozent Frauen einführen. Jahrelanges gutes Zureden hat nicht geholfen. Deshalb müssen wir diesen Schritt jetzt gehen.

Meine Damen und Herren, unsere sozialen Sicherungssysteme gehören zu den besten der Welt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen sie sowohl den Erwartungen der heutigen Generation als auch den Anforderungen zukünftiger Generationen entsprechen. Sie müssen also der demografischen Entwicklung unseres Landes standhalten. Diesem Ziel dient die schrittweise Einführung der Rente mit 67 bis zum Jahr 2029. Heute haben bereits deutlich mehr Menschen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren eine Chance auf dem Arbeitsmarkt als noch vor wenigen Jahren. Diese Entwicklung muss fortgesetzt werden.

Dennoch – das sollten wir nicht vergessen – haben wir bei der Einführung der Rente mit 67 bereits diejenigen vom Anstieg der Lebensarbeitszeit ausgenommen, die 45 Jahre lang Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt haben. Diese Regelung werden wir jetzt modifizieren. Wir werden für Menschen mit 45 Beitragsjahren inklusive des Bezugs von Arbeitslosengeld I eine abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren, aufwachsend dann bis Anfang der 30er-Jahre auf 65 Jahre, einführen. Ich füge hinzu: In der Zwischenzeit müssen wir dafür Sorge tragen, dass sich auch die Beschäftigungschancen langjährig Beschäftigter weiter deutlich verbessern.

Wir wollen im Übrigen nicht länger die Augen davor verschließen, dass viele Frauen eine gerechte Anerkennung der Leistungen für die Erziehung der Kinder anmahnen. Wie ist die Lage heute? Heute werden für die nach 1992 geborenen Kinder drei Jahre im Rentenrecht anerkannt, für die davor geborenen Kinder nur ein Jahr. Das ist in den Augen vieler nicht gerecht.

Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, muss und will das verändern. Wir haben in den letzten Jahren große Anstrengungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen: den Ausbau der Kitaplätze, verbesserte Möglichkeiten für flexible Arbeitszeiten, die Einführung des Elterngelds mit Vätern. In dieser Legislaturperiode werden wir die Teilzeitarbeit der Eltern durch das ElterngeldPlus

erleichtern und den Ausbau der Kitaplätze fortsetzen. Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben, hatten nicht annähernd so gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deshalb wollen wir diesen Müttern, über 9 Millionen Frauen, im Rentenrecht wenigstens ein Jahr mehr für die Anerkennung ihrer Erziehungsleistung anrechnen lassen.

Wegen der guten Beschäftigungssituation kann die Rentenversicherung diese Aufgabe zurzeit erfüllen. Wir wissen aber: Mittelfristig werden wir einen Teil durch weitere Steuerzuschüsse aus dem Bundeshaushalt ergänzen.

Außerdem werden wir die Renten im Falle von Erwerbsunfähigkeit verbessern. Das ist unerlässlich. Denn Erwerbsunfähigkeit ist heute eine der Hauptursachen für Altersarmut. Sie wissen: Wir haben heute genau dieses Gesetzespaket auf den Weg gebracht und zur parlamentarischen Beratung überwiesen.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich vor allem an ihrem Umgang mit Schwachen.

Sie zeigt sich in den Situationen, in denen Menschen auf Schutz und Hilfe angewiesen sind: wenn sie alt sind und wenn sie krank sind. Der medizinische Fortschritt ermöglicht immer neue Heilungs- und Behandlungsmöglichkeiten. Unsere Lebenserwartung steigt stetig an, und gleichzeitig sind immer mehr Menschen auf Pflege angewiesen. Jeder muss die medizinische Versorgung bekommen, die er braucht, und jeder Mensch muss in Würde sterben können. Das sind die zentralen Aufgaben der Politik für unser Gesundheits- und Pflegesystem.

Die Bundesregierung will dafür Sorge tragen, dass die medizinische Versorgung verbessert wird, insbesondere bei der Versorgung mit Fachärzten. Jeder muss schnell und gut behandelt werden. Die hohe Qualität unserer medizinischen Versorgung muss auch in Zukunft gerade im ländlichen Raum gesichert werden. Dabei spielt die Entwicklung der Telemedizin im Übrigen eine zentrale Rolle.

Für die Pflege werden wir die Leistungen in den nächsten vier Jahren um insgesamt 25 Prozent gegenüber heute steigern. Die zusätzlichen Mittel werden wir insbesondere erstens für die Verbesserung der pflegerischen Leistungen einsetzen – dabei werden wir gleichzeitig die Bürokratie mindern –, zweitens für eine bessere Ausbildung und Bezahlung der Pflegekräfte nutzen, um den vielerorts herrschenden Pflegenotstand abzubauen, und drittens für den Aufbau einer demografischen Reserve verwenden, um zukünftige

Generationen vor zu hohen Belastungen zu schützen.

Auch werden wir Hospize und die Palliativmedizin stärken.

Doch bei allem dürfen wir zu keiner Zeit vergessen: Immer noch leisten Familienangehörige die meiste Pflegearbeit. Sie gehen dabei oft bis an die Grenzen ihrer Kräfte, nicht selten darüber hinaus. Sie sind die stillen Helden unserer Gesellschaft.

Das zeigt einmal mehr: Die Familien sind das Herzstück unserer Gesellschaft. Deshalb arbeiten wir für verlässliche und gute Rahmenbedingungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft garantieren auf Dauer nur Investitionen in Forschung und Bildung die Leistungsfähigkeit und den Wohlstand unseres Landes im globalen Wettbewerb. Wir müssen in vielen Bereichen zu den Besten der Welt gehören. Deshalb investieren wir 3 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung und gehören damit in Europa, allerdings nicht unbedingt immer weltweit, zu den führenden Ländern.

Unsere Hightech-Strategie setzt Maßstäbe für die Spitzenforschung. Der Bund will seinen Anteil von 3 Prozent für die Forschung auch in den nächsten Jahren halten. Der Bund wird aber zusätzlich auch die Länder entlasten, indem wir den Aufwuchs bei den Mitteln für die außeruniversitäre Forschung voll übernehmen, also auch den Länderanteil, und uns erstmalig auch an der Grundfinanzierung der Universitäten beteiligen werden, um den Abstand zwischen außeruniversitärer Forschung und universitärer Bildung und Forschung nicht zu groß werden zu lassen.

In den letzten Jahren ist die Zahl derer, die ein Hochschulstudium aufnehmen, auf über 50 Prozent gestiegen. Das ist erfreulich. Aber die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode gerade auch der anderen Säule unseres Bildungssystems, der dualen Berufsausbildung, besonderes Augenmerk zukommen lassen. Sie ist ein Markenzeichen unserer sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen den Ausbildungspakt zu einem Pakt für Aus- und Weiterbildung fortentwickeln, an dem sich neben den Arbeitgebern in Zukunft auch die Gewerkschaften wieder beteiligen sollen. Ohne hervorragend ausgebildete Menschen ist Deutschland kein wirtschaftlich starkes Land.

In den nächsten Jahren werden immer weniger junge Menschen in Deutschland ins Berufsleben eintreten. Das heißt, wir müssen jedem jungen Menschen die Chance auf eine gute Bildung sichern. Das beginnt beim Ausbau der Kindertagesstätten, an dem der Bund sich weiter beteiligen wird. Das setzt

sich fort mit unserer Initiative „Chance Beruf“, die der Bund zu einem flächendeckenden Angebot ausweiten will. Wir führen den Hochschulpakt fort. Studienabbrecher bekommen in Zukunft die Chance, auch eine duale Berufsausbildung zu machen. Junge Menschen über 25, die noch keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, sollen eine zweite Chance bekommen.

Dies ist auch eine zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik. Auf dem Integrationsgipfel in diesem Jahr – so haben wir es besprochen – werden wir uns schwerpunktmäßig mit der Ausbildung von Migrantinnen und Migranten befassen. Auch werden wir jungen Menschen mit Migrationshintergrund unser Willkommen in Deutschland dadurch verdeutlichen, dass wir bei der Staatsbürgerschaft die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Jugendliche abschaffen.

Es ist im Übrigen ein Gebot unserer sozialen Marktwirtschaft, dass gerade die Jüngeren der ja immer noch fast 3 Millionen Arbeitslosen eine berufliche Perspektive bekommen; denn wenn sie das in jungen Jahren nicht bekommen, wird es über Jahrzehnte schwierig für sie. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, dass es mir schon Sorge bereitet, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder steigt. Dem müssen wir zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit entgegenwirken. Der Bund verwendet jährlich mehr als 30 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Jeder hier nicht benötigte Euro kann für Zukunftsprojekte verwendet werden.

Zusätzlich müssen wir natürlich weiter offen für Fachkräfte aus dem Ausland sein. Deutschland wird die Möglichkeiten nutzen und nutzen müssen, die die Freizügigkeit in Europa bietet.

Dennoch – auch das gehört hierher – dürfen wir die Augen vor ihrem möglichen Missbrauch nicht verschließen.

Es bedarf einer Klärung, wer aus dem europäischen Ausland unter welchen Bedingungen Anspruch auf Sozialleistungen hat. Angesichts völlig unterschiedlicher Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union darf es durch das Prinzip der Freizügigkeit nicht zu einer faktischen Einwanderung in die Sozialsysteme kommen.

Ob sich hier aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nationaler oder europäischer Handlungsbedarf ergibt, ist derzeit noch nicht abzusehen. Dies ist aber auch nicht auszuschließen, weil deutsche Gerichte Vorlagen in dieser Sache an den Europäischen Gerichtshof gegeben haben. Deshalb hat die Bundesregierung einen Staatssekretärsausschuss unter Federführung des Innen- und des So-

Meine Damen und Herren, unsere sozialen Sicherungssysteme gehören zu den besten der Welt.

zialministeriums gebildet, der die offenen Fragen klären wird und mit heute schon besonders betroffenen Kommunen Hilfsmöglichkeiten des Bundes bespricht.

Als Land in der Mitte Europas ist Deutschland auf eine funktionierende Infrastruktur zwingend angewiesen. Wir haben entschieden, das Verkehrsministerium zu einem Infrastrukturministerium auszubauen. Wir werden in die klassischen Verkehrsstrukturen allein aus Bundesmitteln bis 2017 5 Milliarden Euro mehr investieren. Wir werden die streckenbezogene Nutzungsgebühr für Lkw ausweiten. Für ausländische Pkw werden wir eine Gebühr auf Autobahnen einführen, ohne dass der deutsche Fahrzeughalter stärker als heute belastet wird.

Bis dahin gibt es doch auch noch eine Menge anderer Sachen zu tun. Also wirklich!

Erweitert werden die Zuständigkeiten des Verkehrsministeriums um die Aufgaben der digitalen Infrastruktur. 2018 soll jeder Deutsche Zugang zum schnellen Internet haben. Hier geht es nicht einfach um ein technisches Ziel, hier geht es gerade für Menschen im ländlichen Raum um gleichwertige Chancen zur Teilhabe an Bildung, medizinischer Versorgung und wirtschaftlicher Tätigkeit.

Dazu werden wir alle Kräfte zum Netzausbau in einer Netzallianz bündeln. Die europäischen und internationalen Investitionsbedingungen müssen verbessert werden. Dies ist unerlässlich, wenn wir uns klarmachen, welcher technologischer Unterschied schon heute in vielen Bereichen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, asiatischen Ländern und Europa besteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir spüren immer mehr, welcher tiefgreifende Wandel unsere Gesellschaft durch die Digitalisierung ausgesetzt ist. Bildung, Ausbildung, der Arbeitsalltag, die industrielle Produktion verändern sich. Informationen aus der ganzen Welt sind in Sekunden verfügbar. Die Kommunikation der Menschen ist schier grenzenlos. Daten über jeden Einzelnen können in beliebigem Umfang gespeichert werden. Wir wollen, dass das Internet eine Verheißung bleibt; deshalb wollen wir es schützen.

Ja, wir wollen, dass es für die Menschen, so wie es heute viele erleben, eine Verheißung bleibt.

Allerdings heißt das: Wir wollen es schützen vor Zerstörung von innen durch kriminellen Missbrauch und durch intransparente, allumfassende Kontrolle von außen.

Der bisherige rechtliche Rahmen für eine vernünftige Balance von Freiheit und Sicherheit – das ist offensichtlich geworden – reicht nicht mehr aus. Einen internationalen Rechtsrahmen gibt es noch nicht. Das heißt, wir betreten Neuland.

Jeder Einzelne von uns ist davon betroffen.

Deshalb wird die Bundesregierung in diesem Jahr unter der gemeinsamen Federführung des Innen-, des Wirtschafts- und des Infrastrukturministeriums eine digitale Agenda erstellen und im Laufe der Legislaturperiode umsetzen. Wir arbeiten an einer europäischen Datenschutzgrundverordnung mit Hochdruck. Aber wir achten dabei sehr darauf, dass der deutsche Datenschutz durch die Vereinheitlichung des europäischen Datenschutzes nicht unverhältnismäßig geschwächt wird.

Mit großer Wucht sind wir vor einem halben Jahr durch Informationen von Edward Snowden über die Arbeitsweise der amerikanischen Nachrichtendienste mit Fragen der Datensicherheit konfrontiert worden. Niemand, der politische Verantwortung trägt, kann ernsthaft bestreiten, dass die Arbeit der Nachrichtendienste für unsere Sicherheit, für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar ist. Niemand, der politische Verantwortung trägt, kann ernsthaft bestreiten, dass die Arbeit der Nachrichtendienste im Zeitalter asymmetrischer Bedrohung, für die der 11. September exemplarisch steht, noch wichtiger als ohnehin schon geworden ist. Gerade um diese Gefahren bannen zu können, ist nicht nur die Arbeit unserer eigenen Dienste von großer Bedeutung für uns, sondern ebenso die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten unserer Verbündeten und Partner.

Es kann gar nicht oft genug betont werden, dass wir gerade unseren amerikanischen Partnern wertvolle Informationen verdanken. Umgekehrt leisten innerhalb dieser internationalen Kooperation auch unsere eigenen Dienste wertvolle Beiträge. Das Parlamentarische Kontrollgremium wird jeweils darüber unterrichtet. Aber niemand, der politische Verantwortung trägt, kann auch ernsthaft bestreiten, dass das, was wir seit einem halben Jahr über die Arbeit insbesondere der amerikanischen Nachrichtendienste zur Kenntnis nehmen müssen, ganz grundsätzliche Fragen aufwirft.

Es geht um die Frage der Verhältnismäßigkeit. Es geht darum, in welchem Verhältnis zur Gefahr die Mittel stehen, die wir dann wählen, um dieser Gefahr zu begegnen. Die Bundesregierung trägt Verantwortung für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Anschlägen und Kriminalität, und sie trägt Verantwortung für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Angriffen auf ihre Privatsphäre. Sie trägt Verantwortung für unsere Freiheit und Sicherheit. Seit jeher stehen

Freiheit und Sicherheit in einem gewissen Konflikt zueinander. Sie müssen durch Recht und Gesetz immer wieder in der Balance gehalten werden.

Wir kennen das in Deutschland ja zu gut aus unseren langen Diskussionen um Wohnraumüberwachung und Vorratsdatenspeicherung. Kann es also richtig sein, dass unsere engsten Partner wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder Großbritannien sich Zugang zu allen denkbaren Daten mit der Begründung verschaffen, dies diene der eigenen Sicherheit und der Sicherheit der Partner? Wir hätten also auch etwas davon. Kann es richtig sein, dass man auch deshalb so handele, weil andere auf der Welt es genauso machten? Kann es richtig sein, wenn es zum Schluss gar nicht mehr allein um die Abwehr terroristischer Gefahren geht, sondern darum, sich auch gegenüber Verbündeten, zum Beispiel für Verhandlungen bei G-20-Gipfeln oder UN-Sitzungen, Vorteile zu verschaffen – Vorteile, die nach meiner jahrelangen Erfahrung sowieso völlig vernachlässigbar sind?

Ein Vorgehen, bei dem der Zweck die Mittel heiligt, verletzt Vertrauen; es sät Misstrauen.

Unsere Antwort kann nur lauten: Nein, das kann nicht richtig sein.

Denn es berührt den Kern dessen, was die Zusammenarbeit befreundeter und verbündeter Staaten ausmacht: Vertrauen. Vertrauen ist die Grundlage für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern. Vertrauen ist erst recht die Grundlage für die Zusammenarbeit verbündeter Staaten. Ein Vorgehen, bei dem der Zweck die Mittel heiligt, bei dem alles, was technisch machbar ist, auch gemacht wird, verletzt Vertrauen; es sät Misstrauen. Am Ende gibt es nicht mehr, sondern weniger Sicherheit.

Darüber reden wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich bin überzeugt, dass Freunde und Verbündete in der Lage und willens sein müssen, Grundsätze ihrer Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Abwehr von Bedrohungen zu vereinbaren, und zwar in ihrem jeweils eigenen Interesse.

Die Vorstellungen sind heute weit auseinander. Viele sagen, die Versuche für eine solche Vereinbarung seien von vornherein zum Scheitern verurteilt, ein unrealistisches Unterfangen. Mag sein. Mit Sicherheit wird das Problem nicht schon durch eine Reise von mir gelöst und abgeschlossen sein.

Mit Sicherheit wäre auch der Abbruch von Gesprächen in anderen Bereichen, wie etwa denen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen, nicht wirklich hilfreich. Auch andere sogenannte Hebel, wie es in diesen Tagen so oft heißt, die Amerika zum Umdenken zwingen könnten, gibt es nach meiner

Auffassung nicht. Trotzhaltungen haben im Übrigen noch nie zum Erfolg geführt.

Ich führe – und das mit allem Nachdruck – diese Gespräche mit der Kraft unserer Argumente, nicht mehr und nicht weniger. Aber ich glaube, wir haben davon gute.

Der Weg ist lang; aber lohnend ist er allemal. Denn die Möglichkeiten der digitalen Rundumerfassung der Menschen berühren unser Leben im Kern. Es handelt sich deshalb um eine ethische Aufgabe, die weit über die sicherheitspolitische Komponente hinausweist. Milliarden Menschen, die in undemokratischen Staaten leben, schauen heute sehr genau, wie die demokratische Welt auf Bedrohungen ihrer Sicherheit reagiert, ob sie in souveräner Selbstsicherheit umsichtig handelt oder ob sie an jenem Ast sägt, der sie in den Augen genau dieser Milliarden Menschen so attraktiv macht – an der Freiheit und der Würde des einzelnen Menschen.

Doch bei allen Konflikten, bei allen Enttäuschungen, bei allen Interessenunterschieden werde ich wieder und wieder deutlich machen: Deutschland kann sich keinen besseren Partner wünschen als die Vereinigten Staaten von Amerika. Die deutsch-amerikanische und die transatlantische Partnerschaft sind und bleiben für uns von überragender Bedeutung.

Zusammen sind wir in Afghanistan im Einsatz. Deutschland ist bereit, sich auch nach 2014 an der Ausbildung der Sicherheitskräfte und am wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu beteiligen. Voraussetzung ist, dass Präsident Karzai – das sage ich allerdings mit allem Nachdruck; ich habe es neulich auch persönlich dem Präsidenten gesagt – das Sicherheitsabkommen mit den USA und der NATO unterzeichnet.

Deutschland beteiligt sich an Einsätzen im Kosovo, vor den Küsten Somalias und des Libanon oder in Mali. Das Mandat in Mali zur Ausbildung malischer Sicherheitskräfte wollen wir nicht nur fortsetzen, sondern auch verstärken.

Hinzu kommt die Frage, wie Deutschland seinen Verbündeten Frankreich gegebenenfalls bei der europäischen Überbrückungsmision in der Zentralafrikanischen Republik unterstützen kann; ich sage: gegebenenfalls. Hierbei geht es nicht um einen deutschen Kampfeinsatz, sondern allenfalls um unsere Fähigkeit zur Rettung und Behandlung Verwundeter.

Immer gilt: Kein Konflikt kann allein militärisch gelöst werden. Das leitet die Bundesregierung. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik setzt auf die Vernetzung militärischer und ziviler Mittel, und darin sehen wir uns in den letzten Jahren noch mehr bestärkt.

2015 übernimmt Deutschland die G-8-Präsidentschaft. In dem Jahr werden die Vereinten Nationen neue Entwicklungsziele festle-

gen. Unsere Präsidentschaft wird deshalb auch im Zeichen dieser Neuausrichtung der Entwicklungsziele stehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, nicht Partikularinteressen stehen im Mittelpunkt unseres Handelns, sondern der Mensch steht im Mittelpunkt.

Unser Kompass ist die soziale Marktwirtschaft. Damit setzen wir auf solide Finanzen, Investitionen in die Zukunft, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Deutschlands Fähigkeit, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen – für unsere Werte und für unsere Interessen und in dem Bewusstsein, dass sie sich weltweit stets aufs Neue behaupten müssen.

Es ist in diesem Jahr 100 Jahre her, dass der Erste Weltkrieg ausbrach. Er war die erste große Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der alsbald die zweite folgen sollte: der Zivilisationsbruch der Shoah und der Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren.

Die anschließend folgende europäische Einigung, die uns Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat, erscheint aus dieser Perspektive wie ein Wunder. Wir leben heute in einer politischen Ordnung, in der nicht wie vor 100 Jahren wenige in geheimer Diplomatie die Geschicke Europas bestimmen, sondern in der alle 28 Mitgliedstaaten gleichberechtigt und im Zusammenwirken mit den europäischen Institutionen die Dinge zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam gestalten. Das Europäische Parlament, das gut 375 Millionen Menschen im Mai neu wählen werden, und die nationalen Parlamente sorgen für die notwendige demokratische Legitimität und Öfentlichkeit.

Vor 65 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Vor 25 Jahren fiel die Mauer. Vor 10 Jahren erlebten wir den Beginn der EU-Osterweiterung. Weitere Grenzen in Europa konnten abgebaut werden. Wir Deutschen und wir Europäer, wir sind heute zu unserem Glück vereint.

Die neue Bundesregierung will dazu beitragen, dieses Glück zu schützen und zu wahren, indem wir die Quellen guten Lebens allen zugänglich machen: Freiheit, politische Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stärke, Gerechtigkeit. Das ist unser Auftrag, und dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Anhaltender Beifall bei der SPD)

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar. Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Aussprache zur Regierungserklärung / 10. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 29. Januar 2014

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Wir werden Stillstand und Herumwurstelei erleben



Gregor Gysi (*1948)

Wahlkreis Berlin - Treptow – Köpenick

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass ich außerhalb meiner Redezeit doch noch einen Satz dazu sagen darf.

Frau Kanzlerin, ich hatte im letzten Jahr auch einen Skiunfall. Wir müssen einfach beide lernen, altersgerecht Sport zu treiben.

Aber nun zum Ernst der Lage und damit zu Ihrer Regierungserklärung: Sie haben eine Erklärung abgegeben, die in weiten Teilen mit der Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte.

Sie haben allerdings zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in diesem Jahr den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges, den 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges begehen. Deshalb begreife ich nicht, weshalb auch diese Regierung derart militärisch denkt und handelt. Frau von der Leyen hat gesagt: Es geschähen ja Mord und Vergewaltigung; darum müsse die Bundeswehr nach Afrika marschieren. – Ich bitte Sie: Wenn das das Ziel ist, dann müssten wir die Bundeswehr ja weltweit einsetzen.

Aber nicht nur darum geht es. Es geht um etwas ganz anderes. Wenn es Ihnen wirklich um die Bekämpfung von Not geht, sollten Sie sich eine Zahl vor Augen führen: Jährlich sterben auf der Erde 70 Millionen Menschen, davon 18 Millionen an Hunger und den Folgen von Hunger. Da sterben Millionen Kinder, Millionen Frauen. Ich habe noch nie von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, oder von Ihnen, Frau von der Leyen, oder von Ihnen, Herr Gabriel, gehört, dass Sie sagen: Das ist die Not, die wir bekämpfen müssen. Wir müssen sofort da hin und etwas unternehmen.

Nur wenn geschossen wird, dann soll die Bundeswehr mitschießen. Das ist doch wirklich überhaupt kein Argument. Ich kann es wirklich nicht verstehen.

Die Hilfe, die wir weltweit gegen Hunger leisten, gerade auch in Afrika, ist sehr, sehr gering, viel zu gering. Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen – ich muss es Ihnen sagen – töten zum Teil, und sie werden zum Teil auch getötet; das ist schlimm genug. Wenn sie dann zurückkommen, kommen sie zum Teil auch krank zurück. Ein Drittel aller Soldatinnen und Soldaten sind psychisch gestört. Das militärische Vorgehen, der Krieg, ist der falsche Weg. Die Probleme der Menschheit müssen wir gänzlich anders lösen.

Sie haben über NSA gesprochen. Nun wissen wir ja dank Snowden, dass 80 Prozent aller Übermittlungen per Internet, Handy, SMS, über soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter abgehört und kontrolliert werden. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben gesagt, Sie arbeiteten mit der Kraft der Argumente. Ich sage Ihnen: Das ist deutlich zu wenig! – Wenn Sie Ihre Unterwürfigkeit gegenüber den USA nicht aufgeben, gibt es keine Partnerschaft und keine Freundschaft. Diese erzeugt vielmehr genau das Gegenteil davon.

Im Grundgesetz ist doch der Schutz der Privatsphäre geregelt. Es gibt ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Sie haben einen Eid geleistet, die Bevölkerung zu schützen. Wo bleibt denn hier der Schutz? Indem man nur mit der US-Regierung redet, geht es nicht weiter. Warum weisen Sie nicht Leute, die aus den Botschaften heraus Spionage betreiben, aus unserem Land aus?

Warum werden von der Bundesanwaltschaft keine Ermittlungsverfahren eingeleitet, obwohl Straftaten begangen worden sind? Wieso gilt hier zweierlei Recht? Auch das ist nicht hinnehmbar.

Nun kommt noch eines hinzu. Präsident Obama hat ja erklärt, dass die Staats- und Regierungschefs befreundeter Staaten nicht mehr abgehört werden. Das ist ein Schutz für Herrn Gauck und für Frau Merkel. Was ist aber mit den 80 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern dieses Landes? Für diese tragen Sie eine Verantwortung!

Jetzt kommt etwas Neues. Herr Snowden hat erklärt – das haben wir übrigens von Anfang an gesagt –, dass natürlich auch Wirtschaftsspionage betrieben wird. Dazu haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, kein Wort gesagt. Von Anfang an haben wir gesagt, dass auch Wirtschaftsspionage betrieben wird. Jetzt ist es die Linke, die allein die Unternehmen schützen muss. So weit ist es in-

zwischen in dieser Gesellschaft gekommen.

Ja, machen Sie denn etwas dagegen, dass die Unternehmen ausspioniert werden? Nein, die Einzigen, die sich wirklich dagegen wenden, sind wir.

Sie haben über Europa gesprochen. Europa und die Europäische Union sind wichtig. Der Frieden zwischen den Mitgliedsländern ist etwas, was erst jetzt zur Realität geworden ist. Frühere Jahrhunderte waren völlig anders geprägt. Aber wenn wir die Europäische Union wollen, dann müssen wir erreichen, dass die Menschen sie als Hort des Friedens, der Demokratie und des sozialen Wohlstands wahrnehmen können. Was macht die EU stattdessen? Sie fasst Aufrüstungs- und Militärbeschlüsse. Zwei Banker werden ohne Volkswahlen einfach zu Ministerpräsidenten gemacht, so in Griechenland und in Italien. Das hat mit Demokratie nichts zu tun. In Griechenland haben wir eine Jugendarbeitslosigkeit von über 60 Prozent, in Spanien von über 50 Prozent. Und das alles auch auf Druck der vorherigen Bundesregierung!

Herr Steinmeier, als Sie noch in der Opposition waren, haben Sie an diesem Pult die Sparpolitik im Hinblick auf Griechenland kritisiert. Jetzt fahren Sie als Außenminister nach Griechenland und sagen, sie müssten so weitermachen wie bisher. Das heißt, es soll bei diesem Sozialabbau bleiben. Das ist antieuropäisch, aber es ist nicht antieuropäisch, wenn man soziale Gerechtigkeit für Europa fordert.

Ich will auch folgenden Zusammenhang erwähnen: Wir stellen in Deutschland doppelt so viel her, wie wir benötigen. Also sind wir auf den Export angewiesen. Aber das bedeutet, dass andere Länder weniger herstellen müssen, als sie benötigen. Um unsere Waren zu kaufen, brauchen diese Länder Geld. Dafür machen sie Schulden. Nun werfen wir ihnen die Schulden vor, nachdem wir an unseren Waren so viel verdient haben.

SPD und Grüne sind damals mit der Agenda 2010 einen bestimmten Weg gegangen. Man hat einen Niedriglohnsektor eingeführt, übrigens der größte in Europa. Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa. Sie haben die prekäre Beschäftigung eingeführt. Wir hat-

ten sinkende Reallöhne und Realrenten. Dadurch wurde alles billiger, und dadurch hat der Export zugenommen. Wann begreifen wir denn endlich, dass wir einen umgekehrten Weg gehen müssen? Wir müssen einen Ausgleich im Außenhandel herstellen. So etwas gelingt nur, wenn wir höhere Renten, höhere Löhne, höhere Sozialleistungen haben und wenn wir endlich die Binnenwirtschaft durch höhere Kaufkraft stärken. Das ist der Weg, den wir gehen müssen.

Jetzt treiben Sie den Sozialabbau im Süden Europas voran. Eines Tages kann es passieren, dass unser Export stark beeinträchtigt wird, weil der Süden Europas unsere Waren nicht mehr bezahlen kann. Die Steuereinnahmen sind dort ebenfalls rückläufig. Was machen Sie dann? Fordern Sie dann eine neue Agenda 2010? Wollen Sie, um noch etwas verkaufen zu können, dass die Sozialleistungen weiter gesenkt werden? Es wäre verheerend. Wir müssen heraus aus diesem Kreislauf.

Das Ungerechteste in der Euro-Zone ist folgende Tatsache: Alle Milliardäre der Euro-Zone besitzen ein Geldvermögen – ich rede nicht von Immobilien und Unternehmen, sondern nur vom Geldvermögen –, das größer ist als die Staatsschulden der Euro-Staaten. Das ist die eigentliche Ursache. Aber Sie trauen sich nicht an die geringste Umverteilung heran. Das wird das Problem dieser Bundesregierung werden.

Herr Gabriel, Sie haben gesagt, die Linke sei europafeindlich. Sie schauen in die ganz falsche Richtung. Schauen Sie einmal in Richtung Regierungsbank. Dort sitzt die CSU. Sie warnt vor Rumäninnen und Rumänen, vor Bulgariinnen und Bulgaren, vor Armutsmigration etc. Das ist europafeindlich, und nicht die Linke, die mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie und mehr Frieden fordert.

Zur Umverteilung, zu Armut und Reichtum. Es gibt eine neue Statistik von Oxfam. Da hat sich Folgendes herausgestellt: Die reichsten 85 Menschen der Erde besitzen genauso viel wie die finanziell untere Hälfte der Menschheit. Das heißt, 85 Menschen haben das gleiche Vermögen wie 3,5 Milliarden Menschen. Daran, Frau Merkel, wollen Sie nichts ändern? Sie haben es noch nie kritisiert. Das machen Sie und auch die SPD einfach mit? Wir haben weltweit eine große Verteilungsungerechtigkeit. Ich sage Ihnen, dass eine so extreme Verteilungsungerechtigkeit zu Verteilungskriegen führt, die wir zum Teil schon erleben.

Wie sieht es in Deutschland aus? In unserem Land sieht es nicht viel besser aus. Die finanziell untere

Hälfte unserer Bevölkerung – also 40 Millionen – besitzen 1 Prozent des Vermögens – 1 Prozent! 0,65 Prozent besitzen 20 Prozent des Vermögens, nämlich 2 Billionen Euro. Das ist eine so große Ungerechtigkeit. Und da wollen Sie noch nicht einmal eine ganz geringe Steuererhöhung, kein bisschen Steuergerechtigkeit? Es soll dabei bleiben, dass die Mitte der Gesellschaft alles bezahlt? Das sind die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, das sind die Angestellten, das sind auch die Handwerkerinnen und Handwerker, die Mittelständler und die Selbstständigen. Sie alle sollen für die Gesellschaft zahlen, nur weil Sie sich nicht heranwagen an das Vermögen, an die Bestverdienenden und an die Leute, die wirklich viel zu viel Geld haben.

Im Übrigen weiß ich, was Banker zum Teil verdienen; es ist – selbst wenn sie fleißig sind – völlig überzogen. Auch deren Tag hat nur 24 Stunden, und 8 Stunden müssen sie noch schlafen. – Damit wir uns nicht missverstehen: Ich will keinen gleichen Lohn für alle. Ich möchte schon, dass es Unterschiede gibt, aber sie müssen nachvollziehbar sein. Es ist maßlos geworden, und Sie gehen an dieses Problem nicht heran.

Sie wollen endlich den Mindestlohn einführen, was ich sehr begrüße. Es wird auch höchste Zeit. Jahrelang haben wir dafür gekämpft. Aber jetzt geht es um Ausnahmen. Nun hat sich herausgestellt: Wenn man die Ausnahmen macht, die die CSU will, dann bedeutet das, dass die Hälfte derjenigen, die heute unter ihrem gesetzlichen Mindestlohn verdienen, weiterhin unter dem gesetzlichen Mindestlohn verdienen. Wenn es einen gesetzlichen Mindestlohn geben soll, dann muss er flächendeckend sein und keine Ausnahmen regeln.

Außerdem kommt er zu spät, und er ist zu niedrig.

Dann haben Sie geregelt – die Kanzlerin hat es auch wieder betont –, dass bestehende Tarifverträge, die einen geringeren Mindestlohn vorsehen, noch bis 2017 weitergelten können. Die Regierung, auch die SPD, die Gewerkschaften und Herr Jörges vom Stern unterliegen hier einem Irrtum. Sie glauben nämlich, das sei ein genialer Trick: Dadurch werde man gezwungen, Tarifverträge abzuschließen, und dann hätten wir sehr viel mehr Tarifverträge in Deutschland und der Tariflohn spiele dann eine größere Rolle. Ich sage Ihnen: Das ist eine Illusion. Die meisten Unternehmen machen dies nicht für die zwei Jahre, weil sie wissen, dass sie dann auf lange Zeit gebunden sind. Es ist immer schlau gedacht, aber es kommt nichts dabei heraus, außer dass die Leute einen geringeren Lohn beziehen, als sie es in jeder Hinsicht verdient haben.

Wenn ich mir Ihre Änderungen hinsichtlich der prekären Beschäfti-

Die Hilfe, die wir weltweit gegen Hunger leisten, gerade auch in Afrika, ist sehr, sehr gering.

gung ansehe: Mein Gott, Frau Merkel und Frau Nahles! Sie sagen: Nach neun Monaten soll es einen Anspruch auf gleichen Lohn geben. Damit sagen Sie den Unternehmen: Nach neun Monaten müsst ihr wechseln. Das ist alles, was Sie damit sagen.

Dann sagen Sie: Nach 18 Monaten muss man sogar einen Anspruch auf ein unbefristetes Arbeitsverhältnis haben. Das heißt, nach spätestens 18 Monaten müssen die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gewechselt werden. Ich sage Ihnen: Die Unternehmer, die anständig sind, machen es sowieso. Für diese brauchen wir es nicht. Die anderen, die es nicht machen, werden es auch dann nicht machen, sondern sie werden die Frist entsprechend beachten.

Was machen Sie gegen den Missbrauch der Werkverträge und gegen Dumpinglöhne? Sie sagen: Personal- und Betriebsräte sind zu informieren, aber sie dürfen nicht entscheiden. – Ich sage: Wir brauchen hier ein Mitbestimmungsrecht, damit sie das Ganze unterbinden können.

Nun zur Rente. Sie ändern nichts an der Senkung des Rentenniveaus, nichts an der Rente erst ab 67. Das wird massiv zu Altersarmut führen. Das wissen Sie alle. Nun haben Sie drei Änderungen geplant. Die eine sieht die sogenannte Rente ab 63 abschlagsfrei vor, wenn man 45 Beitragsjahre hat. Erstens ist der Name „Rente ab 63“ falsch, weil Sie ja generell den Eintritt der Rente bis auf 67 verschieben und die Änderung nachher tatsächlich bedeutet, dass man mit 65 Rente bekommt und nicht mit 63. Also streichen Sie die 63 und sagen, dass es Ihnen um zwei Jahre geht.

Es wird zweitens so getan, als ob das eine grundlegende Änderung ist. Schon jetzt können Menschen mit 65 in Rente gehen, obwohl andere erst später in Rente gehen können, wenn sie 45 Beitragsjahre haben. Das heißt, Sie helfen nur einem Teil der Bevölkerung und auch nur vorübergehend. Dieser Teil ist übrigens sehr männlich. Dies erreichen kaum Frauen. Das muss man auch erwähnen. Dann machen Sie Folgendes: Sie sagen, Zeiten mit ALG-I-Bezug sollen mit angerechnet werden, weil auch Beiträge gezahlt werden. Aber wenn dann tatsächlich das Renteneintrittsalter 67 gilt und die Menschen dann 45 Beitragsjahre haben und mit 65 in Rente gehen dürfen, dann gilt die heutige Regelung, bei der Zeiten mit ALG-I-Bezug nicht mit einbezogen werden. Auch das muss korrigiert werden. Aber diese Absicht haben Sie nicht.

Übrigens: In besseren Zeiten sind während des ALG II-Bezugs auch Beiträge bezahlt worden. Auch das soll nicht anerkannt werden.

Dann komme ich zur Mütterrente – auch ein blöder Name. Frau Mer-

kel, Sie müssen mir eines erklären: Wieso war es vor 1992 so viel leichter, Kinder aufzuziehen, als nach 1992? Wenn es nicht so war, dann müssen Sie mir mit Blick auf das Grundgesetz erklären, warum diese Kinder weniger wert sind.

Sie verbessern die Stellung, aber Sie stellen nicht gleich. Man bekommt jetzt für ein nach 1992 geborenes Kind 3 Rentenpunkte und für ein vor 1992 geborenes Kind 1 Rentenpunkt. Das wollen Sie auf 2 Rentenpunkte erhöhen. Mit anderen Worten: Sie lassen einen Unterschied. Jetzt kommt aber noch etwas hinzu: Diese Rentenentgeltpunkte unterscheiden sich nach Ost und West. Das heißt, Frau Merkel, dass man im Osten für ein Kind einen geringeren Rentenzuschlag bekommt als im Westen.

Es ist jetzt schon ein Skandal, dass das im 24. Jahr der deutschen Einheit beibehalten und es für die Zukunft so regeln, dass Kinder aus dem Osten weniger wert sind als Kinder aus dem Westen, ist in-diskutabel und grundgesetzwidrig.

Das, Frau Merkel, können Sie dem Osten nicht erklären.

Dann planen Sie eine völlig falsche Finanzierung. Also, ich bitte Sie! Sie wollen das Ganze über die Beiträge finanzieren; aber Kinder haben doch mit den Beiträgen nichts zu tun. Kinder sind doch eine Leistung für die gesamte Gesellschaft. Und was kommt dabei heraus? Die Verkäuferin im Bäckerladen, die Lidl-Kassiererinnen und der Bäckermeister – also auch die Unternehmen – bezahlen die sogenannte Mütterrente, und wir Bundestagsabgeordnete beteiligen uns nicht mit einem halben Euro daran, weil wir ja keine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Indiskutabel! Es ist aus Steuern zu bezahlen, damit es die gesamte Gesellschaft bezahlt und nicht, wie Sie es gegenwärtig planen, die Beitragszahlerinnen und -zahler und die Unternehmen alleine.

Zur Lebensleistungsrente nach 40 Beitragsjahren. Es liegt noch kein Gesetzentwurf vor, aber Sie haben gesagt, dass sie 30 Rentenentgeltpunkte betragen soll. Das bedeutet, sie beträgt für Menschen aus den alten Bundesländern etwa 850 Euro, für Menschen aus den neuen Bundesländern rund 760 Euro, weil der Wert der Rentenentgeltpunkte im Osten niedriger ist als im Westen. Beide Beträge sind zu niedrig – das sage ich ganz deutlich –; das löst das Problem der Altersarmut nicht. Aber im 24. Jahr der deutschen Einheit dem Osten wiederum eine geringere Rente zuzubilligen als dem Westen – das, Frau Bundeskanzlerin, darf man dieser Regierung nicht durchgehen lassen.

Nehmen Sie einen einheitlichen Betrag, regeln Sie das gleich!

Zur Energiewende. Herr Gabriel, Sie wollen die gesetzlich zugesicher-

te Förderung reduzieren, und zwar gerade bei der Windenergie. Und wen trifft's? Die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Denn im Offshorebereich kürzen Sie natürlich nicht – da geht es um die berühmten Windenergieanlagen im Meer, die von den vier großen Konzernen betrieben werden. Oh Gott, oh Gott, es wäre ja so mutig gewesen, denen einen halben Euro wegzunehmen, aber das trauen Sie sich nicht.

Nein, Sie treffen damit wiederum die kleinen und mittleren Unternehmen und damit natürlich auch die Beschäftigten dieser Unternehmen. Und wer schützt wieder die kleinen und mittleren Unternehmen? Ich sage es: die Linke.

Ich habe es Ihnen vorhin schon bei der Wirtschaftsspionage gesagt; hier ist es genauso.

Insofern sage ich: So kriegen Sie die Preise nicht sozial gestaltet. Wenn wir wirklich den Strom preiswert machen wollen, sodass sich jede und jeder ihn leisten kann, brauchen wir ganz andere Schritte:

Wir müssen die Strompreisaufsicht wieder einführen. Ich sage Ihnen auch einen Grund: Der Strompreis an der Energiebörse ist extrem niedrig, aber er wird nicht an die Kundinnen und Kunden weitergereicht. Genau dafür muss eine staatliche Strompreisaufsicht sorgen.

Wenn die EEG-Umlage erhöht wird, müssen Sie die Stromsteuer senken oder vielleicht sogar ganz abschaffen; sie hat keine ökologische Wirkung.

Die Ausnahmen für die Industrie müssen auf ein Minimum reduziert werden. Es geht doch nicht, dass die Mieterin das alles bezahlt, aber die großen Industrieunternehmen nichts bezahlen müssen. Auch das ist nicht gerechtfertigt.

Dann brauchen wir endlich eine Abwrackprämie für die Verschrottung stromfressender Haushaltsgeräte, wenn energiesparende angeschafft werden. Bei Autos konnten wir das doch machen. Warum können wir das nicht endlich mal bei Haushaltsgeräten machen? Gerade die ärmeren Haushalte wären sehr darauf angewiesen.

Außerdem brauchen wir einen gebührenfreien Sockeltarif; auch das müssen wir haben. Dann wären wir diese Sorgen los und könnten wirklich sagen: Ja, die Energiewende gelingt, und zwar vernünftig, und bleibt für die Leute bezahlbar. Ich warne Sie: Wenn wir den ärmeren Teil der Bevölkerung nicht mitnehmen und ihn mit überhöhten Strompreisen verschrecken, werden wir eine antiökologische Einstellung verursachen, die wir alle uns nicht leisten können.

Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Ihr Leitfaden ist die soziale Marktwirtschaft. Ich bitte Sie! Fragen Sie die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, fragen Sie die ALG II-Bezieherinnen und ALG-II-Bezieher, fragen Sie die Leute, die befristet beschäftigt werden! Übrigens: Mehr als die Hälfte aller Neueinstellungen sind befristete Beschäftigungen. Dagegen haben Sie nichts unternommen. Da soll sich gesetzlich auch nichts ändern. Die werden Ihnen erzählen, dass sie diese Marktwirtschaft als höchst unsozial empfinden. Sie wecken hier einfach Illusionen. Ich sage Ihnen eines – das fällt mir schwer –: Unter Kohl war die Marktwirtschaft sozialer als heute. Auch darüber sollten Sie einmal nachdenken, Frau Merkel.

Ich glaube, dass die Große Koalition zunächst hektisch das eine oder andere beschließen wird, aber viel zu wenig verändern wird. Die Politik von Schwarz-Gelb wird im Kern fortgesetzt. Wir werden später Stillstand und dann Herumwursterei erleben. Man soll ja nicht wetten, aber ich könnte mit Ihnen wetten, dass die Bevölkerung nach der Regierungszeit der Großen Koalition tief enttäuscht sein wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Mehr als die Hälfte aller Neueinstellungen sind befristete Beschäftigungen.

Thomas Oppermann, SPD:

Deutschland Stück für Stück ein bisschen besser machen



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht, wie unsere gemeinsame Regierung mit den Fraktionen von CDU, CSU und SPD in den nächsten vier Jahren die Zukunft unseres Landes gestalten will.

Dies war in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die erste Regierungsbildung, die vom Ausgang eines Mitgliederentscheides abhängig war, und diese Hürde haben wir souverän gemeistert.

256 000 SPD-Mitglieder haben sich für diese Regierung entschieden.

Sie wollen, dass dieser Koalitionsvertrag umgesetzt wird und dass dadurch das Leben der Menschen in Deutschland besser und gerechter wird. Sie wollen, dass diese Regierung Erfolg hat. Das wollen wir auch. Deshalb freue ich mich auf die gemeinsame Arbeit. Packen wir es an!

Herr Gysi, Sie sind erstmals Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion.

Sie antworten deshalb unmittelbar auf die Kanzlerin. Sie sind jetzt sozusagen Oppositionsführer. Herzlichen Glückwunsch!

Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann streben Sie gar nicht an, der größte Oppositionsführer in der Geschichte des Deutschen Bundestages zu werden, sondern Ihr Wunsch ist es, die Linke in die Regierung zu führen. Wenn das wirklich Ihr Wunsch ist, Herr Gysi, genügt es allerdings nicht, so über Europa zu reden, wie Sie es eben getan haben. Vielmehr müssen Sie dafür sorgen, dass Ihre Fraktion und Ihre Partei anders über Europa denken und sprechen.

Welchen Wert Europa für uns hat, wird uns in diesem Jahr besonders bewusst, wenn wir uns an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100

Jahren erinnern. Damals taumelte Europa verblendet vom Nationalismus in einen furchtbaren Krieg. Der Erste Weltkrieg war der erste Krieg, in dem moderne Massenvernichtungswaffen eingesetzt wurden. Das Versagen der Diplomatie in Europa forderte 17 Millionen Tote, und trotz dieser Erfahrungen zettelte Deutschland kurze Zeit später einen noch viel furchtbareren Krieg an. Ich finde, jeder, der sich vor Augen führt, welche schrecklichen Dinge ihren Ausgangspunkt im nationalistischen Deutschland genommen haben, der muss doch erkennen, wie unschätzbar wertvoll die europäische Integration vor allem für uns Deutsche ist.

Die Entscheidung für Europa war die beste Antwort sowohl auf den Ersten Weltkrieg als auch auf den Zweiten Weltkrieg. Sie war die beste Antwort auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, und sie ist der beste Weg, den Frieden auch in Zukunft zu sichern.

Aber Europa steht nicht nur für Frieden, sondern Europa steht auch für unser gemeinsames Wertesystem: unsere Freiheit, unsere Demokratie

Fortsetzung von Seite 9: Thomas Oppermann (SPD)

und unser europäisches Sozialstaatsmodell, das Menschen, die in Not geraten, nicht fallen lässt, sondern sie absichert und ihnen wieder neue Chancen gibt.

In unserer globalisierten Welt wäre jedes einzelne Land zu klein und zu schwach, um diese Werte allein zu verteidigen. Das schaffen wir nur gemeinsam. Deshalb darf es keine Rückkehr zum nationalstaatlichen Denken geben. Gerade im Jahr der Europawahl sage ich ausdrücklich: Wir dürfen Europa nicht den nationalen Populisten überlassen, egal ob sie von links oder von rechts kommen.

Lieber Herr Gysi, Ihr Parteivorstand nennt die EU in der Präambel eines Leitantrages zur Europawahl eine „militaristische und weithin undemokratische Macht“.

Das ist nicht etwa ein Zitat von Rosa Luxemburg, mit dem sie die Zustände des deutschen Kaiserreiches vor 100 Jahren beschreibt, sondern das ist Ihre Beschreibung für Europa im Jahr 2014, für eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg. Ich finde das unglaublich.

Das ist so abenteuerrich, dass Sie sich davon distanzieren mussten. Ich füge hinzu: Ich glaube Ihnen, dass Sie sich davon ehrlich distanzieren haben, dass das Ihre aufrichtige Meinung ist. Aber ich bezweifle, dass diese Distanzierung von Ihrer Partei und Ihrer Fraktion mitgetragen wird.

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn Sie in diesem Hause Partner finden wollen, müssen Sie Ihr Verhältnis zu Europa und zum Euro klären.

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 27. bis 31. Januar 2014 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Ernährung und Landwirtschaft
„Gesetz zur Gewährung einer Umverteilungsprämie 2014 (Umverteilungsprämienengesetz 2014 - UmverprämG 2014)“ (CDU/CSU, SPD, 18/282, 18/390).

Ablehnung

Ernährung und Landwirtschaft
Antrag „Keine Zulassung der genetisch veränderten Maislinie 1507 für den Anbau in der EU“, „Zu dem Vorschlag für einen beschluss des Rates über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen bestimmte Lepidopteren resistenten Maisprodukts (Zea mays L. Linie 1507) für den Anbau gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates KOM (2013) 758 endg.; ratsdok. 16120/13; hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes“ (Bündnis 90/Die Grünen, 18/180, 18/397).

Klären Sie Ihr Verhältnis zur internationalen Verantwortung Deutschlands. Damit haben Sie in den nächsten vier Jahren genug zu tun.

Das Bekenntnis zu Europa als Macht des Friedens und Hüterin unserer Werte allein reicht nicht. Die EU-Kommission und die europäische Politik müssen klar besser werden, wenn dem Populismus das Wasser abgegraben werden soll. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, benutzte kürzlich ein sehr treffendes Bild, als er von den zwei Denkschulen sprach, die sich in der Europäischen Kommission sozusagen gegenseitig im Wege stehen: Die einen geben nicht eher Ruhe, bis auch der letzte kommunale Friedhof in Europa privatisiert ist. Und die anderen hören nicht auf, bevor nicht eine einheitliche Friedhofsordnung für ganz Europa entstanden ist. „Das macht die Leute verrückt“, sagt Martin Schulz. Und ich sage: Der Mann hat recht.

Europa muss nicht alles machen, vor allem nicht das, was die Mitgliedstaaten selber können.

Deshalb sage ich: Die Europäische Kommission muss sich in den nächsten Jahren stärker um das kümmern, was Europa eint, was uns stark macht und was die Einzelnen alleine nicht schaffen. Dazu gehört die weitere Bändigung der Finanzmärkte. Dazu gehört die Bekämpfung von Steueroasen und Steuerschlupflöchern, die unsere Steuerzahler hier in Deutschland Milliarden kosten. Dazu gehört die Verringerung des Wohlstandsgefälles innerhalb der Europäischen Union. Und dazu gehört ganz gewiss nicht zuletzt die Bekämpfung der horrenden Arbeitslosigkeit von jungen Menschen in vielen Ländern Europas.

Auf diese Dinge muss sich die EU konzentrieren, damit die Menschen erkennen können, warum Europa so wichtig für uns alle ist.

Viele fragen sich, wie wir in den harten Verhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD zueinandergefunden haben. In der Tat, bei so schwierigen Themen wie Mindestlohn, Rente, Leiharbeit, Pflege oder Frauenquote war es überhaupt nicht selbstverständlich, dass wir uns am Ende verständigen. Das lag natürlich auch an der auf beiden Seiten vorhandenen Kompromissbereitschaft. Aber ich glaube, das lag in erster Linie daran, dass es in Deutschland einen gesellschaftlichen Grundkonsens gibt, einen Grundkonsens über die soziale Marktwirtschaft – darüber hat auch die Bundeskanzlerin gesprochen; und ich stimme ihr zu – : 90 Prozent der Menschen finden die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft richtig für unser Land, und sie wollen, dass sie gesichert und gestärkt werden.

Die Arbeitnehmer wissen doch ganz genau, dass Wohlstand für alle ohne eine starke Wirtschaft nicht möglich ist. In der sozialen Marktwirtschaft muss der Staat Rahmen-

bedingungen setzen, die es Unternehmen ermöglichen, Gewinne zu machen. Unternehmer, die keine Gewinne machen, gefährden am Ende Arbeitsplätze. Deshalb brauchen wir Produktivitätsfortschritt, deshalb brauchen wir Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite. Aber auf der anderen Seite brauchen wir auch faire Regeln auf dem Arbeitsmarkt, faire Löhne, Arbeitnehmerrechte, Kündigungsschutz und Mitbestimmung. Das sind keine Problemfaktoren, sondern das sind positive Standortfaktoren in einer erfolgreichen Wirtschaft.

Das eine darf nicht auf Kosten des anderen durchgesetzt werden. Wir brauchen beides: Wettbewerb und faire Regeln. Das ist die Geschäftsgrundlage, auf der wir die soziale Marktwirtschaft in Deutschland in eine stabile Balance bringen können. Das wollen wir umsetzen. Das ist unser Programm.

Damit fangen wir gleich an. Noch in diesem Jahr wird die Koalition den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro beschließen. Für viele Menschen, die 4, 5 oder 6 Euro in der Stunde verdienen, wird das die kräftigste Lohnerhöhung in ihrem Leben. Das wird das Alltagsleben von Millionen Menschen in diesem Land positiv verändern.

Dieser Mindestlohn generiert milliardenschwere Kaufkraft. Das ist ein gewaltiges Konjunkturprogramm, das die Binnennachfrage stärken und für zusätzliches Wachstum sorgen wird. Das ist gut für unsere Wirtschaft. Der Mindestlohn ist nicht nur sozial gerecht, weil er der Arbeit wieder Wert und Würde gibt, sondern er ist auch ordnungspolitisch richtig, weil er Wettbewerbsverzerrungen durch Lohndumping beseitigt.

Wenn wir den Mindestlohn haben, wenn wir die Leiharbeit regulieren, wenn wir die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen beenden und dafür sorgen, dass in den Betrieben gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird, dann werden sich Arbeit und Anstrengungen für Millionen Menschen in Deutschland wieder lohnen. Genau das wollen wir: eine Politik für die fleißigen Leute und für die verantwortungsvollen Unternehmer.

Das gilt natürlich auch für die Rentner. Wer ein Leben lang hart gearbeitet und Kinder großgezogen hat, hat Anspruch auf ein sicheres Auskommen im Alter. Wenn jetzt bezüglich des Gesetzentwurfs, den Andrea Nahles heute in das Kabinett eingebracht hat, von Unternehmern die Sorge geäußert wird, das könnte zu Frühverrentungen führen, dann sage ich: Diese Arbeitgeber können zuerst selber verhindern, dass es zu Frühverrentungen kommt, indem sie 61-Jährige nicht mehr in die Arbeitslosigkeit schicken.

Wenn es zu einem Missbrauch kommen sollte, dann werden wir diesen Missbrauch mit geeigneten Maßnahmen sofort wieder abstellen. Denn dafür haben wir die Rente nach 45 Berufsjahren nicht eingeführt.

Die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente nach 45 Beschäftigungsjahren haben eine Debatte über Generationengerechtigkeit ausgelöst, und wir werden uns dieser Debatte stellen. Bei der Rente geht es übrigens immer um Generationengerechtigkeit, aber in beide Richtungen und nicht nur in eine Richtung.

Frau Göring-Eckardt, Sie haben den Begriff der Generationenkumpanei in diese Debatte eingeführt.

Sie glauben gar nicht, wie viele Menschen sich in E Mails und Briefen an uns darüber empören, dass mit diesem Begriff ihre Lebensleistung abgewertet wird.

Das ist unfair gegenüber den Müttern und denjenigen, die 45 Jahre hart gearbeitet haben. Das sind doch diejenigen, die mit ihrer harten Arbeit ein umlagefinanziertes stabiles Rentensystem überhaupt erst ermöglichen, Frau Göring-Eckardt.

Wir sollten uns davor hüten, die Generationen gegeneinander auszuspielen. Die Zukunftschancen der jungen Generation hängen doch nicht in erster Linie von der Rentenpolitik ab, sondern sie hängen davon ab, was wir bildungs- und wirtschaftspolitisch in diesem Lande machen.

Die Perspektiven hängen davon ab, ob wir in 20 oder 30 Jahren in Deutschland noch eine starke Wirtschaft haben und ein starkes Industrieland sind. Sie hängen davon ab, ob wir jungen Menschen attraktive Jobs anbieten können und ob dort hohe Löhne verdient werden können. Das sind doch die Fragen. Ich sage: Diese Regierung wird die Grundlagen dafür legen. Ich freue mich, dass diese Regierung mit Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister endlich wieder eine aktive Industriepolitik für Deutschland macht.

Da ist natürlich die ganze Regierung gefordert; denn eine starke Wirtschaft wird es in Zukunft nur geben, wenn wir eine moderne Infrastruktur haben. Wir müssen den Investitionsstau abarbeiten, und wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte. Wir haben 9 Milliarden Euro für Investitionen in Kitas, Forschung und Entwicklung bereitgestellt. Wir brauchen ein hohes Niveau an Forschung und Entwicklung und nicht zuletzt ein Energiesystem, das Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaschutz miteinander verbindet. Deswegen ist es gut, dass das Kabinett schnell Eckpunkte für die Energiewende vorgelegt hat, mit denen der weitere Preisanstieg der er-

neuerbaren Energien gebremst wird; denn ein funktionierendes Energiesystem ist das Herz-Kreislauf-System der Wirtschaft; ohne ein solches System kann unsere Wirtschaft nicht funktionieren. Alles hängt davon ab, dass Energie bezahlbar bleibt. Ich finde es richtig, dass wir die Nutzung der erneuerbaren Energien weiter ausbauen; aber wir müssen sie so ausbauen, dass Energie für die Menschen und für die Wirtschaft auch bezahlbar bleibt.

Da muss uns die Europäische Union auch die Möglichkeit lassen, energieintensive, tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen von der EEG-Umlage zu befreien. Das sind doch keine wettbewerbsverzerrenden Entlastungen – entsprechende Belastungen in anderen Ländern gibt es doch gar nicht.

Wenn übrigens an anderer Stelle argumentiert wird, dass wir auf die energieintensiven Unternehmen in Deutschland im Interesse einer besseren Ökobilanz vielleicht ganz verzichten könnten, dann halte ich das für absolut verantwortungslos. Die Stärke unserer Wirtschaft, das sind doch nicht einzelne industrielle Leuchttürme. Stark sind wir doch deshalb in Deutschland, weil wir über die ganze Wertschöpfungskette verfügen: von der Grundstoffindustrie bis zu den Hightechunternehmen und den hochwertigen Dienstleistungen.

Diese Wertschöpfungskette darf nicht zerstört werden, meine Damen und Herren.

Ich finde, Energieminister Gabriel hat in dieser Debatte einen ganz wichtigen Satz gesagt, der übrigens auch etwas über die Art und Weise, wie Politik gemacht werden sollte, aussagt: Die Summe der jetzt geltend gemachten Interessen ist nicht identisch mit dem Gemeinwohl. – Da hat er recht.

Natürlich müssen alle Interessen und Argumente gehört, diskutiert und gewichtet werden; aber am Ende muss es eine Entscheidung für eine Energiepolitik im Interesse des Allgemeinwohls geben.

Dafür hat der Bundeswirtschaftsminister die volle Unterstützung der Koalition.

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Wie vielfältig wir geworden sind, spiegelt übrigens auch der Deutsche Bundestag wider: Spitzenreiter bleibt zwar der Nachname „Schmidt“, auf den sechs Kollegen und Kolleginnen hören, aber „Özdemir“ kommt inzwischen genauso häufig vor wie „Mayer/Meier“: zwei Mal.

Ich freue mich, dass wir vielfältiger geworden sind – genauso wie unser Land.

Auch wenn die Koalition nicht in allen Fragen der doppelten Staatsangehörigkeit wirklich einer Meinung ist, finde ich es doch gut, dass wir es geschafft haben, uns darauf zu verständigen, dass wir junge Menschen, die in Deutschland geboren und auf-

Wir dürfen Europa nicht den nationalen Populisten überlassen, egal von links oder rechts.

gewachsen sind, nicht mehr in die Zwangslage bringen wollen, sich, um Deutsche bleiben zu können, vor Vollendung des 23. Lebensjahres gegen die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern und Großeltern zu entscheiden. Das wollen wir diesen Menschen ersparen, indem wir ihnen die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglichen.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist vor allem wegen seines starken Arbeitsmarktes ein attraktives Einwanderungsland geworden. Angesichts der demografischen Veränderungen und des Fachkräftemangels gilt Einwanderung heute nicht mehr als Belastung, sondern als Chance. 2012 kamen 370 000 Menschen, im letzten Jahr 400 000 Menschen mehr nach Deutschland, als weggegangen sind. Das sind ganz überwiegend gut Ausgebildete und hoch Qualifizierte. Sie sind ein Riesengewinn für unsere Wirtschaft. Deutschland profitiert wie kein anderes Land in der Europäischen Union von der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Deshalb sage ich: Wir freuen uns über jeden und über jede, die zu uns kommen, um hier zu arbeiten, Geld zu verdienen und ihr Glück zu machen.

Natürlich bleibt es eine große Herausforderung, unsere Einwanderungsgesellschaft so zu organisieren, dass alle Menschen gut zusammen-

leben können. Aber da, wo durch Zuwanderung Probleme entstehen – wie in Duisburg, Dortmund, Mannheim oder Berlin –, helfen keine lautstarken Debatten und Parolen, sondern da ist tatkräftiges Handeln gefragt.

Deshalb begrüße ich es, dass die Regierung schnell einen Staatssekretärsausschuss eingesetzt hat und wir alsbald mit geeigneten Maßnahmen beginnen können, um vor allem den betroffenen Kommunen zu helfen. Wir dürfen diese Kommunen mit ihren Problemen nicht alleinlassen.

Auch wenn das jetzt vielleicht überraschen mag, möchte ich unserem Koalitionspartner CSU in diesem Zusammenhang ein Kompliment machen.

Die Idee von Horst Seehofer, einem Minister aus seinem Kabinett die Zuständigkeit für die Heimat zu übertragen, musste ja viel Spott ertragen, aber ich finde sie überhaupt nicht abwegig.

Heimat ist die emotionale Verbindung der Menschen mit einer ihnen vertrauten Umgebung. Für ganz viele Menschen in der heutigen Welt ist Heimat alles andere als selbstverständlich. Ob sie aus Syrien fliehen, um ihr Leben zu retten, oder ob sie

innerhalb Europas nach neuen Chancen suchen: Viele Menschen sehen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Deshalb muss es doch die Aufgabe der Politik sein, denen, die einen Neuanfang in Deutschland machen wollen, hier in Deutschland auch eine Heimat zu geben, in der sie sich wohlfühlen und von wo sie nicht gleich wieder weggehen wollen, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern.

Dazu können wir alle und kann dann auch ein Heimatminister beitragen.

Die Große Koalition hat im Deutschen Bundestag eine Mehrheit von 504 Abgeordneten. Natürlich werden wir

unsere politischen Ziele mit dieser Mehrheit umsetzen. Diese große Mehrheit darf uns aber nicht zu Arroganz verleiten. Deshalb wollen wir die Arbeit des Parlamentes mit Augenmaß gestalten.

Ich bin mir sicher, dass wir uns über die Minderheiten- und Oppositionsrechte noch einigen werden. In den Vorschlägen, die der Bundestagspräsident gemacht hat, sehe ich eine gute Grundlage. Hinsichtlich der Redezeit bitte ich um Verständnis, dass auch die Abgeordneten der Koalition frei gewählte Abgeordnete sind und dass sie zu Wort kommen

müssen und hier nicht zu Statisten degradiert werden können.

Die Kontrolle der Regierung ist zwar zuerst die Aufgabe der Opposition, aber nicht allein Aufgabe der Opposition, sondern des gesamten Parlamentes.

Deshalb, liebe Britta Haßelmann und lieber Herr Gysi, werden wir die Kontrolle der Regierung nicht allein den Oppositionsfraktionen überlassen.

Wie wichtig diese Arbeit des Parlamentes ist, hat in der letzten Wahlperiode die fraktionsübergreifende Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses gezeigt. Der Ausschuss hat die eklatanten Versäumnisse der Sicherheitsbehörden aufgedeckt und eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um das gestörte Vertrauen in die Fähigkeit des Staates wiederherzustellen, allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer Religion, in Deutschland Sicherheit und Schutz zu bieten.

Die Koalition hat sich darauf verständigt, all diese Empfehlungen umzusetzen. Daran können Sie sehen, wie wichtig eine fraktionsübergreifende Kontrolle der Regierung durch das Parlament ist.

Wir bieten Ihnen deshalb auch an, beim NSA-Untersuchungsausschuss zusammenzuarbeiten. Dass Millionen Bürger abgehört werden und dass das Mobiltelefon der Bundes-

kanzlerin abgehört wird, ist eine Gelegenheit, die das ganze Parlament etwas angeht.

Die Regierungsbildung war nicht einfach. Wir haben hart gerungen und uns Zeit genommen – auch, um die außergewöhnliche Beteiligung unserer Partei zu ermöglichen. Jetzt erwarten die Menschen, dass unsere Vorhaben umgesetzt werden und wir Ergebnisse liefern.

Menschen, die nach langer Arbeit auf eine Rente in Würde hoffen, warten auf die Möglichkeit, nach 45 Berufsjahren in Rente zu gehen. Arbeitnehmer, die trotz Vollzeitjob nicht genug zum Leben verdienen, hoffen auf den Mindestlohn. Pflegebedürftige und ihre Pfleger erwarten, dass die Politik den Pflegenotstand beseitigt.

Frauen, die im Beruf Nachteile erfahren, warten auf eine neue Gleichstellungspolitik.

Unternehmen, die viel Energie zum Produzieren brauchen, erwarten eine neue Verlässlichkeit in der Energiepolitik.

Wir werden Antworten auf diese Erwartungen geben. Mit diesen Antworten werden wir Deutschland Stück für Stück ein bisschen besser und gerechter machen.

Das ist der Anspruch. Daran sollen wir in vier Jahren gemessen werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wo ist Ihre Idee für die kommenden vier Jahre?



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

gelassen wird. Diese Erwartung haben wir an Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Bundeskanzlerin, Sie haben über die Regierungspolitik in den kommenden vier Jahren gesprochen. Sie haben die Unterstützung von 80 Prozent der Abgeordneten hier. Das sind viele; das bezweifeln wir nicht. Aber Masse macht noch nicht automatisch Klasse. Ihre Mehrheit ist groß, der Koalitionsvertrag ist dick. Aber Ihr Regierungsprogramm ist zukunftsvergessen, perspektivlos, eine Verwallung des Stillstandes.

Die Große Koalition denkt nicht an morgen. Sie stellt nicht das Klima, sondern die Kohle unter Schutz. Sie investiert nicht in die Zukunft. Und die rechte Hand der Koalition zündelt am gemeinsamen Haus Europa. Das ist ein arg kleiner Plan für so viel Masse, Frau Merkel.

Vor kurzem stand in der Zeitung: Angela Merkel ist auf dem Zenit ihrer Macht und am Tiefpunkt ihrer inhaltlichen Ansprüche angekommen. – Eine treffende Bemerkung! Dazu fällt mir ein altes Bild ein. Sie haben sich einmal als Klimakanzlerin inszeniert – erinnern Sie sich noch?

Das schöne Bild von Ihnen mit der roten Jacke vor den fotogenen Eisbergen in Grönland. Was ist davon übrig geblieben? Ich kann nichts erkennen. Frau Merkel, Herr Gabriel, verspielen Sie die Chance nicht, die Ihnen die Menschen gegeben haben. Gehen Sie die großen Herausforderungen unserer Zeit an.

Was ist eigentlich Ihre Idee für die kommenden vier Jahre, Frau Merkel? Ich habe Ihnen gut zugehört, auch wenn es manchmal nicht einfach war, aber ich habe nichts gefunden. Sie setzen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, anstatt etwas Großes zu wagen. Je größer die Mehrheit, desto kleiner der Anspruch, so scheint es zu sein. Das ist wohl die Realität dieser Großen Koalition.

„Deutschlands Zukunft gestalten“ steht auf dem Titelblatt des Koalitionsvertrages. „Den Status quo verwalten“ wäre die treffendere Bezeichnung gewesen. Überall da, wo neue Wege dringend erforderlich sind, hat die Dagegen-Partei CDU blockiert: gegen den Ausbau der Infrastruktur, gegen eine faire Verteilung der Steuerlast, gegen Klimaschutz, gegen Datenschutz, gegen

Verbraucherrechte, gegen Gleichberechtigung und Gleichstellung. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen.

Jetzt sitzen Sie, Frau Merkel, zum dritten Mal als neu gewählte Kanzlerin hier. Ich gratuliere Ihnen ehrlich und wünsche Ihnen wirklich gute Besserung. Sie falten die Hände zur Raute und sagen schöne Worte. Sie wollen die Banken und Finanzmärkte regulieren.

Wäre das Ihre erste Regierungszeit, würde ich sagen: Richtig! Aber Sie regieren seit acht Jahren, und passiert ist fast nichts.

Der Soziologe Ulrich Beck bezeichnet solch ein Verhaltensmuster als verbal aufgeschlossen bei weitgehender Verhaltensstarre.

Alles soll so bleiben, wie es ist. Aber ohne Veränderung gibt es keine gute Zukunft in Deutschland und Europa, ob beim Klimawandel, der Erhaltung unseres Wohlstandes oder beim Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gestalten statt verwalten: Darum muss es gehen. Aber dazu scheinen Ihnen der Mut, die Ideen oder vielleicht sogar beides zu fehlen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, kommt es Ihnen, wenn Sie morgens in Richtung Parlament laufen, nicht manchmal seltsam vor, dass Sie jetzt mit der Union die Politik machen, die Sie noch vor ein paar Monaten ach so

sehr bekämpft haben? Wie sehr haben Sie die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen beklagt. Was wollten Sie in der Steuerpolitik nicht alles anders machen. Und was haben Sie davon durchgesetzt?

In Deutschland leben über 2,5 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze. Was aber unternehmen Sie, um das zu ändern? Wie viel mehr haben Sie dafür übrig? Laut Ihrem Koalitionsvertrag nicht 1 Cent mehr. Ist das wirklich Ihr Ernst, Herr Gabriel?

Auch wenn es schön ist, dass Frau Schwesig nachträglich Vorschläge macht, gilt auch hier: Für eine Ministerin ist reden allein zu wenig. Im Wahlkampf wollten Sie von der SPD die Steuern erhöhen, um in Schulen und Kitas zu investieren. Aber jetzt tragen Sie eine Politik mit, die diese Probleme ignoriert.

Wie sehr haben Sie für einen radikalen Kurswechsel in der Europapolitik gekämpft. Jetzt tragen Sie die Politik der Kanzlerin einfach mit, als ob nie etwas gewesen wäre. Sie waren gegen eine Politik für Banken und, wie Sie schrieben, Finanzjongleure. Jetzt müssen Sie diese Politik mittragen.

Fortsetzung auf Seite 12

Sie setzen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, anstatt etwas Großes zu wagen.

Fortsetzung von Seite 11: Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollten für ein gemeinsames Haus Europa eintreten. Nun sitzen Sie am Kabinetttisch, mit Ihren neuen Freunden von der CSU, die auf das gemeinsame Haus Europa eintreten. Diesen ekelhaften Populismus der CSU gegen Rumänen und Bulgaren konnten Sie in Ihrer eigenen Koalition nicht unterbinden.

Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Ihr Wahlprogramm hieß „Das WIR entscheidet.“ Sie haben es vielleicht schon gemerkt: Es ist meist die Kanzlerin, die entscheidet, wenn in dieser Koalition überhaupt etwas entschieden wird.

Immerhin will auch Frau Merkel jetzt den Mindestlohn: teilweise, mit Ausnahmen, später, aber immerhin. Bei der Mietpreiskontrolle oder der zaghaften Frauenquote gehen Sie immerhin in die richtige Richtung. Ich gratuliere Ihnen zu diesen Schritten.

Aber was ignoriert diese Regierung nicht alles? Vor dem Überwachungs-wahn der US-amerikanischen Regierung haben Sie kapituliert. Frau Merkel, Sie freuen sich über das Versprechen, dass Ihr Handy nicht mehr ausgespäht wird. Aber Sie sind nicht Kanzlerin, um nur Ihre persönlichen Grundrechte zu schützen. Als Kanzlerin sind Sie verpflichtet, für den Schutz der Grundrechte aller Menschen in Deutschland zu sorgen.

Diese Menschen haben ebenfalls ein Recht darauf, dass ihre Daten geschützt werden. Auch dafür wurden Sie gewählt, wobei sich die Frage stellt, wer in diesem Kabinett eigentlich dafür zuständig ist.

Anstatt die Kompetenzen zu bündeln, sind die Zuständigkeiten über acht Ministerien verstreut, bis hin zu einem neuen Minister für Ausländer-maut und Breitbandkabel. Mit diesem Kompetenzwirrwarr gibt es bestimmt keine Verbesserung beim Datenschutz, selbst wenn Sie dies wollten, was allerdings angesichts Ihrer Position zur Vorratsdatenspeicherung leider mehr als fraglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Grüne haben bekanntlich nichts dagegen, Lasten gerecht zu verteilen. Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Das ist solidarisch und gerecht. Die Altersarmut ist ein massives Problem. Reicht das Geld im Alter? Diese Frage bereitet vielen Sorgen. Sie wollen 160 Milliarden Euro an zusätzlichen Ausgaben für die Rente beschließen. Man könnte doch meinen, mit so einer Summe sollte das Problem sich lösen lassen. Aber Sie verschütten das viele Geld wie mit der Gießkanne, ohne das Problem der Altersarmut von heute oder von morgen zu lindern.

Die armen Rentnerinnen und Rentner in der Grundsicherung fallen durchs schwarz-rote Raster. Eine Rentnerin in der Grundsicherung, die Anspruch auf die Mütterrente hätte, bekommt diese wieder kom-

plett abgezogen und behält nicht einen Cent. Damit nutzt Ihre Reform ausgerechnet den ärmsten Rentnerinnen nichts. Ist das gerecht?

Genauso ergeht es Menschen, die lange arbeitslos waren: Von der Rente mit 63 haben sie nichts. Das ist ungerecht und auch noch ungerecht finanziert. Die zukünftigen Generationen, die das finanzieren müssen, müssen sogar noch mehr um ihre Rente bangen. Das ist eine traurige Form von Sozialpolitik. Es ist keine Politik für eine gute Zukunft.

Ich habe erwähnt, dass Sie die vielen Herausforderungen, die vor uns liegen, nicht anpacken, sondern den Stillstand verwalten. Ich will auf zwei Herausforderungen besonders eingehen. Erstens:

Wie können wir die Energiewende klug und gemeinsam gelingen lassen, damit Wohlstand und unsere Lebensgrundlagen gesichert sind? Zweitens: Wie können wir Europa wieder zu einem positiven Projekt machen, das uns auch morgen Frieden und Demokratie garantiert?

Wofür machen wir die Energiewende eigentlich? Wir machen sie doch nicht, weil wir Windräder schön finden oder weil Solaranlagen wunderbar blau funkeln auf den Dächern. Wir machen sie, um aus der Atomkraft und der Kohlenutzung auszusteigen. Wir machen sie, damit nicht noch mehr klimaschädliches Kohlendioxid in die Luft geblasen wird. Der internationale Klimarat stellt fest: Gelingt nicht bald eine radikale Verminderung dieser Klimakiller, dann wird das Weltklima völlig aus den Fugen geraten. – Die Klimakatastrophe ist für viele Menschen jetzt schon real. Extreme Wetterereignisse häufen sich, und der steigende Meeresspiegel vertreibt bereits jetzt Menschen aus ihrer Heimat. Der Klimawandel gefährdet die Lebensgrundlagen von uns allen auf diesem Planeten. Es ist höchste Zeit, zu handeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Großen Koalition, nutzen Sie doch Ihre 80-Prozent-Mehrheit! Nehmen Sie den Kampf gegen den Klimawandel auf.

Aber was ist die Antwort von Ihnen, Herr Gabriel? Der Klimakiller Kohle bleibt der liebste Genosse der Sozialdemokratie. 2013 hat Deutschland so viel Braunkohle zu Strom verbrannt wie seit 1990 nicht mehr. Die klimafreundlichen Erneuerbaren bremsen Sie aus. Das ist doch das Gegenteil von verantwortlicher Politik.

Das ist nicht nur schlecht für das Klima. Es ist auch schlecht für die deutsche und die europäische Wirtschaft, wie sogar die EU-Kommission, die nicht gerade für besonderen Ehrgeiz beim Klimaschutz bekannt ist, zugeben muss. 1,25 Millionen neuer Jobs könnten entstehen, wenn die Energiewende klug angepackt werden würde. Das wären viele Jobs

in den südlichen Krisenländern. Aber auch in Deutschland, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, hängen Tausende Jobs von der Energiewende ab. Es stehen alleine dort Investitionen von 1 Milliarde Euro auf dem Spiel. Die Zukunft Deutschlands finden Sie nicht in Ihren Braunkohlegruben! Die Zukunft Deutschlands entsteht im Sektor der erneuerbaren Energien. Sie entsteht durch die Nutzung von Sonne und Wind.

Wir Grüne wollen, dass die Energiewende gelingt.

Wir wollen mit Ihnen zusammenarbeiten, weil wir uns unserer Verantwortung im Bundestag, in den Landtagen und als Partei bewusst sind und die Energiewende nur in einem gesellschaftlichen Konsens gelingen kann. Wir strecken die Hand zum Konsens aus, Ihren Fehlstart zu korrigieren. Hören Sie auf, ausgerechnet die kostengünstigste Form der Erneuerbaren, die Windenergie, auszubremsen! Lassen Sie die Energiewende in den Händen der Bürger!

Machen Sie Deutschland wieder zum Vorreiter des Klimaschutzes! Dann können wir gemeinsam dieses historische Projekt voranbringen.

Sehr geehrte Frau Merkel, Sie haben in Ihrer Rede von einem starken Deutschland in einem starken Europa gesprochen. Wer würde sich das nicht wünschen? Ich befürchte nur, dass wir nicht das Gleiche darunter verstehen. Ich wünsche mir ein Deutschland, das solidarisch ist mit seinen Partnern, dessen Regie-

rung eine Wirtschaftspolitik betreibt, die zu Stabilität und Wachstum beiträgt, mit einer Regierung, die beim Klimaschutz vorangeht, die mehr Flüchtlinge aufnimmt und nicht zusieht, wie Menschen – Männer, Frauen und Kinder – im Mittelmeer ertrinken. Stattdessen bauen Sie weiter mit an der Festung Europa, einem Europa der Ausgrenzung, der Abschottung. Ich wünsche mir ein Europa, das stark ist, weil es die Freiheit der Menschen nicht nur achtet, sondern auch garantiert.

Die offenen Grenzen innerhalb Europas sind eine riesige Errungenschaft. Sie geben uns die Freiheit, dort zu leben und zu arbeiten, wo wir wollen. Diese Freiheit ist in Gefahr durch die Rechtspopulisten von Wilders bis Le Pen. Aber auch das unverantwortliche Geschwätz von Ihrem Koalitionspartner CSU vergiftet das gesellschaftliche Klima in Deutschland.

Die Populisten von der CSU gaukeln vor, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen.

Das tun sie nicht. Sie vergiften die Debatte, machen Vorurteile hoffähig und erschweren damit genau die Lösung von Problemen.

Frau Merkel, wir erwarten von einer verantwortungsvollen Kanzlerin, dass sie diesen Unsinn beendet. Stellen Sie sich klar auf die Seite der Offenheit und Freiheit in Europa und gegen die kleingeistigen Brandstifter, die nicht erkennen, dass Deutschland nur in einem starken und einig Europa eine gute Zukunft hat.

Europa als Verheißung, als Ort der Solidarität und des Fortschritts, Europa als Ort der Freiheit und als eine Idee im Dienst der Menschen – so soll unser Europa sein. Es soll keines der Schlagbäume und Grenzen sein, kein Europa des Freihandelsabkommens auf Kosten des Verbraucherschutzes und keines nur für die Interessen einzelner Lobbys.

Frau Merkel, Sie tragen schon acht Jahre lang große Verantwortung für Europa.

In der Vergangenheit haben Sie Ihre Macht für lasche Regeln für die Automobilindustrie und die Deutsche Bank eingesetzt. Damit gewinnt man weder das Herz noch den Verstand der Menschen für unser Europa. Nutzen Sie Ihre dritte Amtszeit richtig, damit Europa zu einem Erfolg für alle wird, mit einer Politik, die die Finanzmärkte endlich an den Krisenkosten beteiligt, die die Banken endlich in ihre Schranken weist und nicht nur hier davon redet, die den sozialen Fortschritt über die Interessen einzelner Lobbyisten stellt, mit einer Politik, die gegen Massenarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten vorgeht, mit einer Politik, die gegen den Klimawandel kämpft und den Verfolgten einen sicheren Zufluchtsort bietet, mit einer Politik, die Zukunft nicht verwaltet, sondern klug und weitsichtig im Interesse aller gestaltet.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Millionen neuer Jobs könnten entstehen, wenn die Energiewende klug angepackt werden würde.

Volker Kauder, CDU/CSU:

Das zentrale Thema der nächsten vier Jahre ist Europa



Volker Kauder (*1948)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Ja, Thomas Oppermann hat es in seinem Beitrag angesprochen: Wir, die CDU/CSU und die SPD, haben während des ganzen Bundestagswahlkampfes nicht daran gedacht, dass wir zum Start in die neue Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in einer Koalition landen würden.

Wenn man dies weiß, ist auch verständlich, dass es uns nicht leichtgefallen ist, bei dem, was Schwerpunkt und Ziel dieser Großen Koalition sein soll, zusammenzukommen. Ich finde, dass es eine gute Grundlage für diese Koalition ist, dass wir dies auch nicht verborgen haben, sondern dass wir in den Koalitionsverhandlungen ernsthaft gerungen haben und dass wir die Themen offen auf den Tisch gelegt haben. Aber es war uns auch klar, dass wir nicht um unseretwillen in den Deutschen Bundestag gewählt worden sind, sondern dass wir für dieses Land in einer schwierigen Situation eine stabile und handlungsfähige Regierung stellen müssen.

Es hat auch andere gegeben, die dieses nicht so gesehen haben. Deswegen kam es zur Großen Koalition. Ich bin dankbar, dass dies jetzt gelungen ist. Wenn man den Koalitionsvertrag anschaut und das, was die Bundeskanzlerin vorhin für die Bundesregierung gesagt hat, anhört, dann kann man doch erkennen, dass

dies eine gute, gemeinsame Ausgangslage darstellt, um dieses Land tatsächlich in eine gute Zukunft zu führen.

Ja, Thomas Oppermann, ich teile die Auffassung: Wir müssen uns daran messen lassen, dass es den Menschen und dem Land nach diesen vier Jahren Großer Koalition besser geht als vorher.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von wichtigen Punkten. Das zentrale Thema, auf das es ankommt, ist auch in den nächsten Jahren dieser Großen Koalition Europa. Wenn wir in Europa Fehler machen, schwere Fehler machen, können wir sie mit keiner nationalen Gesetzgebung mehr korrigieren. Deswegen ist Europa so entscheidend.

In Europa gibt es politische Leitlinien, die zu beachten sind. Da ist die wirtschaftliche, die finanzielle Situation. Ich finde es gut, dass wir uns trotz unterschiedlicher Ausgangslage in dieser Koalition darauf verständigt haben, wie wir die Europapolitik in den nächsten Jahren gestalten

wollen. Wir waren uns einig: Ja, wir Deutsche sind solidarisch in Europa; aber wir verlangen auch die notwendigen Veränderungen. Solidarität ja, aber auch die notwendigen Reformen. Keine Leistung ohne Gegenleistung.

Das ist unsere Position. Man sieht ja, dass dieser Kurs durchaus erfolgreich ist.

Jetzt muss man natürlich eines auch sagen: Meine Generation weiß, dass es, gerade wenn man an Europa denkt, einige Zeit dauern kann, bis man Ziele erreicht. Wir alle sind in einer so ungeduldrigen Hektik: heute Beschluss, morgen Erfolg. Wir müssen uns alle ein wenig Zeit geben, die Entwicklung hinzubekommen. Große Werke gelingen natürlich nur mit einem entsprechenden Startschuss. Aber dann bedürfen sie auch einer geduldrigen Betreuung und Pflege, damit die Dinge vorankommen.

Da sind wir, wie ich finde, auf einem guten Weg. Natürlich ist ein zentrales Thema, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen. Von jungen Menschen, die erleben, dass sie keinen Einstieg in die Berufswelt und in ein selbstständiges Leben bekommen, kann man kaum Begeisterung für dieses Europa erwarten.

Deshalb ist es richtig, dass diese Bundesregierung entsprechende Initiativen ergreift, um in Europa junge Menschen voranzubringen. Daher ist es richtig, dass wir in Deutschland jungen Menschen aus Europa die Möglichkeit geben, hier zu arbeiten, Erfahrungen zu sammeln und dann auch wieder in ihre Heimat zu gehen. Das ist alles in Ordnung. Und es ist auch richtig, dass wir unser anerkanntes System der dualen Berufsausbildung in die anderen europäischen Länder tragen, wenn sie dies wünschen.

Dies heißt aber auch, dass wir selber diese duale Berufsausbildung in unserem Land ernst nehmen und dass wir sagen: Jawohl, ein exzellent ausgebildeter Meister ist uns so wichtig wie ein Diplom-Ingenieur.

Wir brauchen beides. Wir sehen ja beispielsweise in Spanien, wohin es geführt hat, wenn man glaubt, nur akademische Ausbildung führe zum Erfolg. Das heißt, auch wir in Deutschland müssen unsere duale Berufsausbildung weiter auf Kurs halten.

Es ist natürlich richtig, dass wir in Europa all die Dinge bekämpfen und korrigieren, die zu diesen Ergebnissen geführt haben. Es ist natürlich richtig, dass wir eine europäische Bankenaufsicht schaffen und dass daraus entsprechende Konsequenzen folgen, dass diese Bankenaufsicht also bestimmte Auflagen erteilen kann.

Wir wissen aus der Erfahrung der letzten Jahre, dass in manchem eu-

ropäischen Staat die nationale Bankenaufsicht nicht so hingeschaut hat, wie es notwendig gewesen wäre, um zu dem entsprechenden Ergebnis zu kommen. Ich finde es richtig, dass die Aufsicht in einer besonderen Abteilung der EZB angesiedelt wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Bankenaufsicht, die einer politischen Kontrolle unterstellt wäre, würde nie dieselben Ergebnisse bringen wie eine unabhängige Bankenaufsicht. Deswegen ist die Ansiedlung, die jetzt gemacht wird, völlig richtig, und wir unterstützen sie auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir dieses Europa anschauen, müssen wir sagen: Europa hat auch deshalb immer wieder Probleme gehabt, weil man sich nicht an das gehalten hat, was man miteinander vereinbart hat. Dabei ist der Satz „Europa hat deshalb Probleme bekommen“ sogar noch falsch. Nicht Europa trägt dafür Verantwortung, sondern es sind immer die Nationalstaaten, die dieses Europa bilden und die Verantwortung tragen.

Deswegen kann ich nur sagen: Deutschland muss dafür sorgen, dass die einmal getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden. Das gilt sowohl bei den finanziellen Fragen als auch bei anderen. Es macht keinen guten Eindruck, wenn wir beispielsweise nicht energisch sagen: Die Stabilitätskriterien müssen eingehalten werden. – Jede Ausnahme gilt nämlich nicht nur für einen, sondern für das ganze System, und so kam das System ins Rutschen. Wir haben Vereinbarungen, die wir getroffen haben, selber nicht eingehalten, und das kann so nicht weitergehen.

Das gilt aber auch in allen anderen Bereichen. Damit will ich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der in der politischen Diskussion der letzten Wochen durch die Klausurtagung der CSU-Landesgruppe eine gewisse Rolle gespielt hat. Zunächst einmal rate ich immer dazu, sich genau anzuhören, was gesagt worden ist. Dann rate ich dazu, in den Koalitionsvertrag zu schauen und zu lesen, was zu dem Thema dort vereinbart wurde. Und dann wird in den allermeisten Fällen ein gutes Ergebnis herauskommen.

Auch das hat mit Europa zu tun. In Europa haben wir uns selbst das große Geschenk der Freizügigkeit gemacht, und daran will auch überhaupt niemand rütteln.

– Daran will niemand rütteln. – Aber wir haben in den Regelungen zur Personenfreizügigkeit in der EU klar und deutlich gesagt, dass in Europa Zuwanderung in Arbeit richtig ist, aber Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme nicht erwünscht ist. Wenn man sieht, dass sich das in dem einen oder anderen Fall anders verhält, muss man dies

auch ansprechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Koalitionsvertrag steht ausdrücklich, dass wir uns solche Fehlentwicklungen anschauen wollen.

Wir sind für die Freizügigkeit und die Zuwanderung. Aber wir werden mehr Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für Europa und für die Politik nur dann bekommen, wenn wir die eine Botschaft klar sagen – und uns nicht von Populisten von links oder rechts beeindruckt lassen –, wenn wir aber auch den Mut haben, in aller Nüchternheit und Klarheit Fehlentwicklungen anzusprechen und dafür zu sorgen, dass sie abgestellt werden.

Das ist das gemeinsame Thema, und da brauchen wir Belehrungen von links oder von ganz rechts außen nicht. Wenn wir das so machen, dann kommen wir auch gut voran; das findet sich im Koalitionsvertrag wieder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Europa muss auch mehr sein als ein Europa von Euro und Cent. Ich bin Thomas Oppermann dankbar, dass er angesprochen hat, dass wir eine Wertegemeinschaft sind. Es geht natürlich auch darum, dass wir diese Werte umsetzen. Da haben wir – auch das muss man sagen – in unserem eigenen europäischen Haus an der einen oder anderen Stelle noch miteinander zu tun. Wir sind mit der Situation von Rechtsstaatlichkeit, von Unabhängigkeit der Justiz in dem einen oder anderen europäischen Land nicht zufrieden. Das müssen wir klar und deutlich sagen. Wir können auch nicht zufrieden sein, wenn ein europäisches Land – ich nenne einmal den Namen, nämlich Rumänien – sich nicht noch mehr anstrengt, Roma im eigenen Land besser zu integrieren.

Das muss angemahnt werden. Dafür hat die Europäische Union Geld zur Verfügung gestellt. Es gehört also beides zusammen: Wir sind eine Wertegemeinschaft und müssen diese Werte auch umsetzen.

Dann sage ich auch: Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass wir bei Verhandlungen mit Ländern, die zur Europäischen Union gehören wollen, nicht nur einseitig auf die wirtschaftliche Situation schauen dürfen – das sowieso –, sondern auch dafür sorgen müssen, dass der Rechtsstaat und auch die Freiheits- und Bürgerrechte umgesetzt werden. Wir dürfen uns nicht darin täuschen, dass sie erst dann umgesetzt werden, wenn ein Land in Europa ist. Vielmehr muss dies vorher geschehen. Deswegen bitte ich die Bundesregierung ausdrücklich, bei den Verhandlungen mit der Türkei das Thema Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit nicht bis zu den Verhandlungen über das letzte Kapitel zu verschieben, sondern deutlich zu machen, dass dieses Thema ein

Wesenselement der Wertegemeinschaft Europa ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es den Menschen nach vier Jahren dieser Großen Koalition besser geht, wird darüber hinaus ganz entscheidend – auch dies ist von Thomas Oppermann gesagt worden – von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Deswegen muss es das erste Ziel sein, alles dafür zu tun, dass die deutsche Wirtschaft sich entwickeln und wachsen kann. Unser Mittelstand steht in einer unglaublichen Wettbewerbssituation, in Asien, aber auch in Europa. Es sind enorme Investitionen notwendig, um die neuen Herausforderungen annehmen zu können. Deswegen war es richtig, das Geld dort zu lassen, wo es gebraucht wird, um die Wirtschaft wachsen zu lassen, statt es durch Steuererhöhungen in den Staatshaushalt hineinzuspülen. Damit haben wir eine richtige Entscheidung getroffen. Ich bin dankbar dafür, dass diese Entscheidung in der Großen Koalition möglich war. Ich will es nur noch einmal sagen – wir brauchen es nicht weiter zu vertiefen –: Bei der Entscheidung „keine Steuererhöhungen“ bleibt es in dieser Koalition in den nächsten vier Jahren.

Ich bin der Auffassung, auch wenn unterschiedliche Positionen in unseren Gesprächen bei der einen oder anderen Frage zum Vorschein gekommen sind, dass das, was wir jetzt im Koalitionsvertrag vereinbart haben, verantwortet werden kann, sowohl das Rentenpaket als auch die Maßnahmen, die wir im Umfeld des

Arbeitsmarktes vereinbart haben. Aber wir sollten uns immer auch darüber im Klaren sein: Verantwortet werden kann es – und wir stehen dazu – nur dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung stabil verläuft. 100

Europa ist eine Wertegemeinschaft und muss diese Werte auch umsetzen.

000 Arbeitslose mehr bedeuten 2,2 Milliarden Euro Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit. Es soll uns immer leiten, alles, was wir machen, daraufhin genau anzuschauen, ob es dazu dient, mehr Arbeit zu schaffen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und nicht weniger. Das muss die Hauptaufgabe bei all diesen Dingen bleiben, diesen Kontrollmechanismus müssen wir genau im Auge behalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur die innenpolitischen Themen sind entscheidend für unser wirtschaftliches Wachstum. Die Energiepolitik – sie ist schon angesprochen worden – ist ein zentrales Thema. Sehr geehrter Herr Minister Gabriel, ich kann es an dieser Stelle nur noch einmal sagen: Diese große Aufgabe, die Energiewende voranzubringen und zum Erfolg zu führen, diese Aufgabe, die Sie nun in der Regierung und wir in der gesamten Koalition haben, betrachten wir nicht als die Aufgabe eines SPD-Bun-

desministers; vielmehr ist es die gemeinsame Aufgabe von uns allen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie können sicher sein, dass wir Sie bei dieser Aufgabe begleiten, vielleicht zuverlässiger als mancher aus Ihren eigenen Reihen, den Sie jetzt gerade hören.

Damit wende ich mich an die Bundesländer – die Bundeskanzlerin hat es schon angesprochen –: Es geht nicht um Partikularinteressen. Wir müssen klar und deutlich formulieren: Wir machen Energiepolitik für Deutschland. Dafür trägt auch der Bundesrat eine Verantwortung. Natürlich schauen wir auf das eine oder andere Anliegen der Länder. Aber wir machen Energiepolitik, damit Deutschlands Wirtschaft wachsen kann und die Menschen nicht übermäßig zahlen müssen. Auf diesem Weg haben Sie uns an Ihrer Seite.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die deutsche Wirtschaft ist nicht nur entscheidend, was wir in diesem Land machen. Wir sind eine Exportnation. Deswegen sind wir natürlich auch auf die europäischen Märkte angewiesen. Aber wir sind nicht nur in Europa, sondern weltweit unterwegs. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Wir müssen uns daher darum bemühen, dass es in einigen Krisenherden in der Welt wieder mehr Stabilität gibt, und wir müssen uns stattgefundene Veränderungen anschauen. Wir werden deshalb in dieser Koalition für drei Bereiche eine neue Situationsbeschreibung machen müssen.

Erstens. Die Veränderungen in Asien waren dramatisch. Wir sehen, dass es neben Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich auch Unsicherheiten gibt. Denken Sie nur an die Situation auf der koreanischen Halbinsel oder die Beziehungen zwischen China und Japan. Wir brauchen deshalb eine neue Asien-Strategie. Wir müssen uns fragen: Wie gehen wir mit der neuen Situation um?

Zweitens. In diesen Tagen sehen wir ja, was in Afrika los ist. Niemand glaube, dass wir nach dem Motto „Was in Afrika passiert, das geht uns nichts an!“ leben können. Wir brauchen daher eine neue Afrika-Strategie. Da müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie das Verhältnis von politischen Aktivitäten, also dem Vorhererkennen von Krisen und Präventionsmaßnahmen, zu militärischen Notwendigkeiten aussieht. Ich halte das für völlig richtig, was in der Bundesregierung gesagt worden ist, nämlich dass wir auch in Afrika unseren Beitrag leisten. Aber ich bin schon der Meinung, dass wir uns noch einmal darüber unterhalten sollten, was wir konkret machen wollen.

Ich kann beim allerbesten Willen nicht erkennen – ich halte unsere damalige Entscheidung für richtig –, dass der militärische Einsatz in Libyen tatsächlich ein Erfolg war. Die

Fortsetzung von Seite 13: Volker Kauder (CDU/CSU)

Waffen, die dort waren, sind in andere Staaten Afrikas gelangt. Deswegen ist es völlig richtig, wenn wir uns politische und diplomatische Maßnahmen sowie die Notwendigkeit für militärische Aktionen ganz genau anschauen und auf ihre Erfolgsmöglichkeiten hin überprüfen.

Drittens. Wir brauchen eine neue Lateinamerika-Strategie. In Lateinamerika wird zu Recht immer wieder beklagt, dass wir uns zu wenig um diese Länder kümmern.

Zum Schluss. All das, was wir jetzt beispielsweise in Afrika sehen, hat auch etwas mit unserer eigenen Sicherheit zu tun. Wir sehen eine neue Entwicklung in der Welt. Jeder weiß, dass ich mich mit dem Thema Religionsfreiheit in besonderer Weise

befasse. Früher hatten wir immer das Problem, dass Staaten Religionsfreiheit eingeschränkt haben und dass dort Gläubige verfolgt wurden. Zunehmend stellen wir fest, dass die Risiken von Unfreiheit, von Bekämpfung von Glaubensbekenntnissen in sogenannten gefallen Staaten, in denen es keine staatliche Autorität mehr gibt, steigen. Entlang von ethnischen Grenzen und Glaubensüberzeugungen wird eine Auseinandersetzung geführt. Wo es keine staatliche Gewalt mehr gibt, entstehen islamistische Terrorgruppen, die auch zum Leidwesen der einheimischen muslimischen Bevölkerung ihr Unwesen treiben. Deshalb ist die Frage, mit welcher Strategie wir an diese Fragen herangehen, ein zentra-

les Thema der Menschenrechte, aber auch der wirtschaftlichen Entwicklung.

Ich finde, Herr Hofreiter, dass diese Koalition die wirklich großen Fragen in ihrem Koalitionsvertrag angesprochen hat; die Bundeskanzlerin hat diese genannt. Viele Punkte, die in der Koalitionsvereinbarung stehen, sind für Gruppen, aber auch für einzelne Menschen wichtig. Ich kann nur sagen: In Europa dafür zu sorgen, dass es wieder vorangeht, wirtschaftliches Wachstum und Frieden und Stabilität in dieser Welt zu fördern, das sind die großen Herausforderungen, denen wir uns stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gerda Hasselfeldt, CDU/CSU:

Die Menschen wollen, dass der Stabilitätskurs fortgeführt wird



Gerda Hasselfeldt (*1950)
Wahlkreis Füssenfeldbruck

Eines können wir zu Beginn dieser Legislaturperiode eindeutig feststellen: Das Feld ist sehr gut bestellt. Die Konjunktur hat wieder an Schwung gewonnen; die Steuereinnahmen haben einen Höchststand erreicht. Es sind wieder mehr Menschen in Beschäftigung als in früheren Jahren, und sie verdienen im Durchschnitt mehr als die Menschen in der Europäischen Union. Dies macht deutlich: Deutschland ist das Chancenland in Europa. Das ist die Ausgangsposition.

Das hängt damit zusammen, dass die Menschen fleißig sind, dass wir tüchtige Unternehmer haben, dass die Tarifpartnerschaft funktioniert. Aber es hängt auch damit zusammen, dass in den vergangenen acht Jahren unter der Führung von Angela Merkel eine gute Politik für die Menschen im Land gemacht wurde. Der Vertrauensbeweis, den sie und diese Regierungskoalition, insbesondere die Unionsfraktion, bekommen haben, macht deutlich: Die Menschen wollen keinen Politikwechsel. Sie wollen, dass der politische Stabilitätskurs der vergangenen Jahre fortgesetzt wird.

Vor genau dieser Ausgangsposition standen wir zu Beginn der Koalitionsverhandlungen. Es ist bereits von Volker Kauder und Thomas Oppermann deutlich gemacht worden, dass es wahrlich nicht selbstverständlich war, sich auf ein so starkes Programm für die Menschen im Land, für eine weitere gute Entwicklung zu verständigen. Aber uns war klar: Es ist keine Zeit, um sich zurückzulehnen, schon gar keine Zeit, um von der Substanz zu leben. Der Auftrag, den wir alle haben, ist, dieses Land und die Menschen gut zu regieren und die Herausforderungen, die vor uns stehen, mutig anzugehen. Das haben wir gemacht.

Als Erstes geht es um die zentrale Frage: Wie kann der Kurs in Richtung Vollbeschäftigung gehalten werden? Eines der wichtigsten Themen dabei war – das wurde gerade von Volker Kauder angesprochen – das Nein zu jeder Art von Steuererhöhungen. Wir hatten da zunächst unterschiedliche Positionen. Aber weil wir wissen, dass Steuererhöhungen Gift für die Wirtschaft, Gift für eine weiterhin gute Beschäftigungssituation wären, haben wir uns gemeinsam darauf verständigt, dass es keine Steuererhöhungen gibt. Dabei muss und wird es auch bleiben.

Wir haben uns auf ein Zweites verständigt, das für die weitere Beschäftigungsentwicklung von entscheidender Bedeutung ist: den Vorrang von Bildung, Forschung und Innovation. Auch dabei geht es um die Fortführung des Kurses der letzten Legislaturperiode. Damals wurden vonseiten des Bundes zusätzliche Gelder gerade für Forschung ausgegeben, und auch diesen Kurs setzen wir fort. Das, was wir in unsere Kinder und Jugendlichen, in die Köpfe der Menschen investieren, das kann ihnen niemand mehr nehmen. Es ist das

Kapital unseres Landes, für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Menschen selbst, aber auch unserer gesamten Volkswirtschaft. Deshalb ist dies so wichtig.

Wir haben einen dritten Schwerpunkt gesetzt, auch dies in Fortführung dessen, was in der letzten Legislaturperiode begonnen wurde, und zwar auf die Verbesserung der Infrastruktur. Wir alle wissen, dass ohne eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur wirtschaftliche Prosperität nicht stattfinden kann. Wir haben hier Nachholbedarf aus früheren Jahren. Deshalb brauchen wir zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur und auch eine Beteiligung derjenigen, die sich bisher nicht beteiligen, nämlich der Ausländer, die auf unseren deutschen Autobahnen fahren. Das wollen und werden wir auch realisieren.

Zu einer guten Infrastruktur gehört auch die Versorgung mit einem modernen Breitbandnetz. Deshalb ist es richtig,

die Kompetenzen für die Infrastruktur, die Verkehrskompetenz und die Breitbandkompetenz, in einem Ministerium zu bündeln. Wir können es nicht zulassen, dass nur in den Ballungsgebieten, dort, wo es sich marktwirtschaftlich rechnet, eine schnelle Internetverbindung zur Verfügung steht. Jeder Unternehmer, jeder Student, jeder Schüler, jede Privatperson, auch im ländlichen Raum, hat einen Anspruch auf eine schnelle Internetverbindung. Deshalb begrüße ich es besonders, die Kommunen hier finanziell besser zu unterstützen. Ich begrüße auch die Anstrengungen einiger Länder; Bayern tut dies in vorzüglicher Weise.

Ein Viertes ist für die Beschäftigungssituation und die weitere wirtschaftliche Entwicklung von elementarer Bedeutung: die Bewältigung der Energiewende. Das ist vorhin schon mehrfach angesprochen worden. Was machen wir in diesem Bereich? Wir nehmen im Endeffekt eine Reparatur dessen vor, was insbesondere von den Grünen forciert wurde. Sie haben sich nämlich damals überhaupt nicht um den Netzausbau und den Speicherausbau gekümmert.

Sie haben sich auch nicht um die Preisentwicklung gekümmert, sondern einen unkoordinierten und unbremsten Ausbau der erneuerbaren Energien betrieben.

Wir haben jetzt das zu reparieren, was Sie durch Ihre Fehler und Defizite hinterlassen haben. Das ist die Ausgangsposition. Nun geht es darum, die Energiewende weiter zu begleiten und dabei eben nicht nur darauf zu schauen, dass sich der Anteil der erneuerbaren Energien erhöht, sondern auch darauf, dass die Versorgung gesichert ist, und zwar auch dann, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, und dass die Preise nicht davonlaufen, damit sie jeder private Verbraucher, jede Rentnerin und jeder Rentner, jeder Arbeitnehmer und jedes Unternehmen, das Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, auch zahlen kann. Darum geht es, meine Damen und Herren; das haben wir in gemeinsamer Verantwortung zu bewerkstelligen.

Der Bundesminister hat dazu Eckpunkte vorgelegt; das sind richtige Weichenstellungen. Er wird auf Grundlage dieser Eckpunkte einen konkreten Gesetzentwurf vorlegen. Wir werden bei dieser komplizierten Materie natürlich alles diskutieren; das ist auch unsere Verantwortung. Aber eines muss klar sein: Wir müssen dieses Projekt gemeinsam begleiten. Wir alle wissen um die sehr unterschiedlichen regionalen Interessen,

Zu einer guten Infrastruktur gehört auch die Versorgung mit einem modernen Breitbandnetz.

um die unterschiedlichen Interessen der Verbände und der betroffenen Wirtschaftszweige. Unser Augenmerk muss immer darauf gerichtet sein, die Aspekte Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Akzeptanz in der Bevölkerung unter einen Hut zu bringen. Das ist eine schwierige Aufgabe – wenn es leicht wäre, hätten wir das längst erledigt –, die wir gemeinsam bewerkstelligen müssen. Sie haben unsere Unterstützung bei der Bewältigung der Energiewende.

All dies ist die Grundvoraussetzung dafür, dass alle notwendigen Anpassungen im sozialpolitischen Bereich zufriedenstellend gelöst werden können. Bevor ich aber darauf zu sprechen komme, möchte ich einen weiteren Komplex ansprechen, der für die Zukunft unseres Landes von ganz entscheidender Bedeutung ist. Es geht um die Frage: Wie gehen

wir mit unseren öffentlichen Finanzen um? Wie halten wir es mit unseren Haushalten? Das ist nicht nur theoretisch zu entscheiden. Es geht auch nicht darum, dass etwas auf dem Papier steht. Hier geht es vielmehr um unser Selbstverständnis, zumindest um mein Selbstverständnis, von politischer Arbeit; denn wir machen nicht nur für die heutige Generation Politik, sondern immer auch mit Blick auf diejenigen, die nach uns kommen, auf unsere Kinder und Enkelkinder. Wenn wir unsere Verantwortung, für solide öffentliche Finanzen zu sorgen, nicht ernst nehmen, dann versündigen wir uns an den nachfolgenden Generationen, an unseren Kindern und Enkeln.

Ein gutes Beispiel ist Bayern. Seit fast zehn Jahren haben wir einen ausgeglichenen Haushalt; mittlerweile sind wir bei der Tilgung der Altschulden. Auch auf Bundesebene sind wir auf einem sehr guten Weg. In diesem Jahr werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben und für das nächste Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das ist das Ergebnis unserer harten Arbeit in den vergangenen Jahren. Wir dürfen jetzt aber nicht stehen bleiben. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir uns in den Koalitionsverhandlungen bei zunächst unterschiedlicher Ausgangsposition auf diesen Weg der Stabilität verständigt haben.

Das Gleiche gilt für Europa. Auch hier haben wir – die Bundeskanzlerin hat es vorhin angesprochen – in den vergangenen Jahren durch unseren Stabilitätskurs und durch die Hartnäckigkeit der Bundeskanzlerin viel erreicht. Die Situation in den Problemländern hat sich deutlich verbessert. Aber auch hier gilt es, Kurs zu halten; wir sind noch nicht über den Berg. Wir müssen immer wieder deutlich machen: Eine zu hohe Staatsverschuldung ist die Basis für eine weiter schlechte wirtschaftliche Entwicklung auf Jahrzehnte. Wir wollen eine Stabilitätsunion in Europa, statt den Weg in eine Schuldenunion zu gehen.

Das Thema Europa ist mehrfach angesprochen worden. Ich will dazu nur einige Bemerkungen machen. Trotz all der schwierigen Entscheidungen, die wir in letzter Zeit zu treffen hatten, konnten wir uns die Vorteile Europas bewusst machen und durften erkennen, welch großartiges Geschenk es ist, in der jetzigen Zeit, auch nach schwierigen Phasen in Europa, in Deutschland leben und dieses Europa weiter gestalten zu können. Die Erfahrungen aus der Geschichte haben gezeigt, dass wir ein starkes Europa brauchen, wenn es um Außen- und Sicherheitspolitik geht, wenn es um Wirtschaftskoordination und um Währungsfragen geht oder auch um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den europäischen Ländern. Aber wir brauchen ein schlankes Europa, wenn es darum geht, den Alltag der Bürger zu gestalten. Europa muss sich nicht in jede

Kleinigkeit einmischen – vom Trinkwasser bis zu den Duschköpfen –, sondern sollte sich auf die wesentlichen Aufgaben beschränken. Ich bin froh, dass dieser Gedanke der Subsidiarität, der früher im Wesentlichen ein Gedanke der Union war, gelegentlich sogar nur mit der CSU verbunden wurde, in Europa mittlerweile auch in anderen Parteien Platz gegriffen hat. Das begrüße ich sehr.

Ich begrüße auch – wenn ich das sagen darf – das große Verständnis für die CSU-Position zur Freizügigkeit in Europa, das heute mehrere Redner zum Ausdruck gebracht haben. Ich betone es hier noch einmal: Ich stehe mit meiner Partei voll zur Freizügigkeit in Europa. Niemand in meiner Partei stellt das infrage, niemand.

Aber wir wollen keinen Missbrauch der Freizügigkeit, und wir müssen eine Antwort geben auf die Klagen der Kommunen und Städte

über die Situation vor Ort. Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich der Staatssekretärsausschuss dieser Probleme annimmt und eine Lösung sucht.

Das ist eine notwendige und richtige Konsequenz. Wenn wir vorhandene Probleme nicht ansprechen, dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, dass sich am rechten und am linken Rand unserer Gesellschaft Kräfte tummeln, die wir alle miteinander nicht haben wollen.

Ich will noch einen Komplex ansprechen. Unser Land lebt ganz wesentlich vom gesellschaftlichen Zusammenhalt, vom Zusammenhalt der Generationen, vom Zusammenhalt der unterschiedlichen sozialen

Gruppierungen. Deshalb ist es uns wichtig, den Stellenwert der Familie und den Stellenwert der Erziehung immer wieder deutlich herauszustellen. Wir haben dafür gekämpft, dass das, was in der letzten Legislaturperiode erreicht wurde, nicht reduziert wird.

Ich betone es hier noch einmal: Ich stehe mit meiner Partei voll zur Freizügigkeit in Europa.

Das haben wir geschafft. Außerdem haben wir dafür gekämpft, dass bei der Rentenversicherung die Erziehungszeiten derjenigen, die vor 1992 Kinder geboren haben, besser anerkannt werden, als das früher der Fall war.

Das sind wir den Müttern dieser Generation schuldig, die unter viel schwierigeren Bedingungen als heute ihre Kinder großgezogen haben, die häufig gezwungen waren, auf Er-

werbstätigkeit zu verzichten und deshalb niedrigere Renten haben.

Wir vergessen ferner weder diejenigen, die pflegebedürftig sind, noch diejenigen, die die Pflegebedürftigen pflegen, egal ob in den Familien oder hauptberuflich, stationär oder ambulant. Deshalb wird uns das große Werk der Reform der Pflegeversicherung stark in Anspruch nehmen.

Wir vergessen auch die Menschen mit Behinderungen nicht. In diesem Zusammenhang denken wir auch an die Kommunen; denn wir wissen sehr wohl, dass die Leistung für behinderte Menschen, die Eingliederungshilfe, nicht eine kommunalpolitische Leistung ist, sondern eine Leistung, die in den Verantwortungsbereich aller Ebenen fällt, des Bundes, der Länder und der Kommunen. Deshalb werden wir mit dem Bundesleistungsgesetz auch hier ein Zeichen setzen.

Wir haben bei all diesen Themen eine gemeinsame Verantwortung in diesem Land. Gemeinsame Verantwortung bedeutet aber nicht, dass man über unterschiedliche Positionen nicht kontrovers diskutieren darf. Zu einer Demokratie gehört Meinungsvielfalt, auch einmal Streit im guten Sinne des Wortes. Man darf auch einmal innerhalb einer Partei oder einer Koalition streiten; das sind wir den Menschen schuldig. Das geschieht aber immer unter dem Gesichtspunkt, dass wir alle miteinander, egal welcher Partei, den Auftrag haben, den Menschen zu dienen und dafür zu sorgen, dass es ihnen noch besser geht als heute schon. Das sind Auftrag und Verpflichtung dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Monika Grütters, CDU/CSU, Staatsministerin:

Kultur ist ein Wert an sich



Monika Grütters (*1962)
Staatsministerin

Von dem wunderbaren, gelegentlich ein wenig satirisch daherkommenden Mark Twain stammt der Satz: Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar ausgegeben ist. – Hier ist er einmal ganz nüchtern gewesen. In der Tat, Mark Twain hat recht: Kultur ist eben mehr als alles andere, Kultur ist ein Wert an sich. Geld ist nicht alles; das wissen wir hier besser als alle anderen. Ohne Dollars und Euros geht es halt nicht. Zum Glück haben Bundestag und Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode den Etat des Staatsministers für Kultur immer wieder ein wenig aufwachsen lassen. Es wäre schön, wenn es dabei bliebe.

Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen, wie wir sie nicht nur in Europa, sondern weltweit seit Jahren erleben, wird die Wertegemeinschaft, wird das, was wir das Kulturprojekt Europa nennen, immer wichtiger. Wo, wenn nicht in der Kultur, können Antworten gesucht werden auf die Frage, was uns zusammenhält? Die Frage stellt sich ein-

mal mehr in einem so intensiven Gedenkjahr wie 2014. Welche Werte erkennen wir eigentlich als gemeinsames Fundament an? Eine Kulturnation wie Deutschland, die in ihren Traditionen so reich, aber in ihren Brüchen auch so radikal ist – mehr als alle anderen –, muss sich mehr denn je nach ihrer Rolle im heutigen und im zukünftigen Europa fragen. Ich glaube, Antworten auf diese Fragen sind wir schuldig, und zwar vor Deutschland, vor Europa und auch vor den Augen der Welt.

Ein Blick auf unsere ja so sperrige Geschichte macht deutlich, dass die Kultur in den vergangenen Jahrhunderten in Deutschland immer eine besondere Rolle gespielt hat. Sie war und ist bis heute das geistige Band, das uns auch über manche föderalen Schwierigkeiten hinweg zusammenhält. Deutschland war zuerst eine Kultur- und dann eine politische Nation. Nationale Identität wächst eben auch zuallererst aus dem Kulturleben eines Landes. Aus den Zusammenbrüchen unserer Geschichte mit zwei Diktaturen in einem Jahrhundert haben wir eine Lehre gezogen. Bereits in Art. 5 Abs. 3 unseres Grundgesetzes heißt es: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Das ist der oberste Grundsatz jeder verantwortlichen Kulturpolitik.

Frei sein können Kunst und Wissenschaft nur, wenn der Staat ihre Freiheiten schützt. Diese staatliche Fürsorge für die Kultur und ihre Freiheit, die mit dem Mut zum Experiment natürlich auch das Risiko des Scheiterns einschließt, hat immer wieder weltweit beachtete Leistungen hervorgebracht. Dieses hartnäckige Engagement für die Künste, die ja nicht immer leicht zu ertragen sind, hat entscheidenden Anteil am mittlerweile wieder hohen Ansehen

Deutschlands in der Welt. Eine solche Kultur ist eben nicht das Ergebnis des Wirtschaftswachstums; sie ist vielmehr dessen Voraussetzung. Kulturelle Existenz in Deutschland ist keine Ausstattung, die sich unsere Nation leistet, sondern eine Vorleistung. Wir haben dafür Sorge zu tragen, dass sie allen zugutekommt.

Eine so verstandene Kultur ist auch kein dekorativer Luxus, sondern Ausdruck eines menschlichen Grundbedürfnisses. Sie ist nicht allein Standortfaktor, sondern auch Ausdruck von Humanität. Deshalb ist es mir besonders wichtig, neben der Fürsorge für unser kulturelles Erbe, also für die Institutionen, ganz besonders auch die Künstler in den Blick zu nehmen, die Kreativen, und Sorge für die Rahmenbedingungen zu tragen, unter denen sie leben.

Denn es sind ja die Künstler, die uns immer wieder mit ihren herausragenden Leistungen beglücken. Ich finde, das, was von den Kreativen kommt, darf auch mal wehtun, darf auch unbequem sein. Sie sind das kritische Korrektiv, das wir brauchen und von dem eine vitale Gesellschaft lebt. Sie dürfen uns zum Nachdenken und auch zur Kritik herausfordern. Ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar dafür, dass das immer wieder und so hartnäckig passiert.

Bei einem solchen Verständnis von Kultur verbieten sich eine allzu kleinliche Steuerung und ein staatliches Kriterienkorsett. Künstler brauchen keine autoritativen Vorgaben; was sie brauchen, sind Inspiration, Anstöße und unseren gemeinsamen Diskurs.

Lassen Sie mich an dieser Stelle als Münsteranerin in Berlin und als Berlinerin in diesem Amt ein Wort zu Berlin sagen.

Mein Berliner Kollege Swen Schulz, meine Kollegin Högl, mir wird immer unterstellt, ich würde jetzt nur noch Berlin sehen.

Aber Berlin ist eben die Hauptstadt, und das, was in dieser Hauptstadt kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben.

Andererseits wird – jedenfalls in den Augen der Öffentlichkeit – für das, was hier schiefliegt, auch das ganze Land verantwortlich gemacht. Kulturpolitik in Berlin ist also, ob man das will oder nicht, immer auch Bundespolitik, und die Bundeskulturpolitik in und für Berlin ist Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation.

Gleich wird es Ihnen nicht so gefallen. – In der Kulturpolitik muss den Ländern klargemacht werden, dass Berlin kein konkurrierendes Bundesland, kein Bundesland wie jedes andere ist, sondern unser aller Mittelpunkt. Berlin selbst muss dem Bund aber auch klar machen, dass er als Erster von einer kulturell blühenden Hauptstadt profitiert. Ich würde mich schon freuen – da können Sie mir alle helfen –, wenn Berlin auch einmal Danke sagen würde oder einfach nur erkennen ließe, dass Hauptstadt sein auch eine dienende Funktion ist.

Um also allen Mutmaßungen entgegenzutreten: Ich verstehe mich als Kulturstatsministerin für ganz Deutschland, nicht nur, aber ganz besonders auch für Berlin, unsere Hauptstadt. Deshalb hat mich meine erste Dienstreise nach Frankfurt geführt und dort nicht in einen Tempel der Hochkultur, sondern ins Jüdische Museum.

Dort wird nämlich gerade sehr eindrucksvoll in einer kleinen Kammerausstellung gezeigt, dass es den Nazis 1938 nicht nur und nicht in erster Linie darum ging, die Kunst der Moderne als entartet zu diffamieren, sondern dass das Hauptziel war, auch im Kunstbetrieb jüdische Mitbürger und Akteure zu eliminieren. Deshalb bleiben Provenienzforschung und Restitution, also die Rückgabe geraubter Güter, für uns ein ganz wichtiges Anliegen.

Es gehört zu unseren großen Verantwortungen, uns unserer Geschichte und ihren Folgen immer wieder und auch auf diesem bitteren Feld zu stellen, damit das geschehene Unrecht nicht auch noch latent fort dauert. Ich finde es schlicht unerträglich, dass sich immer noch Naziraubkunst in deutschen Museen befindet.

Allerdings ist in puncto Provenienzforschung in den vergangenen Jahren sehr viel geschehen. Die Arbeitsstelle für Provenienzforschung hat 2008 ihre Arbeit aufgenommen; finanziert wird sie übrigens vom Bund und von den Ländern. Seitdem sind 14,5 Millionen Euro in die Herkunftssuche geflossen. Was häufig nicht gesehen wird: 90 000 Objekte in 67 Museen und mehr als 520 000 Bücher und Drucke in 20 Bibliotheken wurden mittlerweile überprüft. Nach unseren Erkenntnissen wurden bis September letzten Jahres mehr als 12 200 Objekte – meist diskret – zurückgegeben.

Die Koordinierungsstelle Magdeburg, die Arbeitsstelle für Provenienzforschung und die Limbach-Kommission leisten eine hervorragende Arbeit, die übrigens im Ausland sehr wohl anerkannt wird. Aber es fehlt ein erkennbarer Ansprechpartner. Darum sollen die Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen in den Bereichen Provenienzforschung und Restitution, also tatsächliche Rückgabe, künftig gebündelt und nachhaltig – ich spreche von einer Verdopplung der Bundesleistungen – gestärkt werden. Ich habe dazu viele Gespräche mit Länderkollegen geführt und nur positive Rückmeldung bekommen.

Es geht uns um mehr als um Kunstobjekte. Es geht um das große Unrecht, um geraubte Identität, um den Verlust von Erinnerungen, die ja mit diesen Stücken verbunden waren, an geliebte Menschen. Ich finde, hier darf sich keine öffentliche Institution wegduckeln. Bei der Restitution geht es nicht in erster Linie um materielle Werte. Den An-

Fortsetzung von Seite 15: Monika Grütters, Staatsministerin

spruchstellern ist besonders wichtig, dass sie, die Opfer, auch als Opfer anerkannt werden. Sie möchten, dass wir alle ihre zerstörten Lebensläufe kennen und dass durch die Anerkennung das Unglück und das Leid, das sie erlitten haben, wenigstens nachträglich sichtbar werden. Ich finde, es ist unsere moralische Pflicht, genau das zu leisten.

Deshalb ist auch klar, dass die Museen künftig nicht nur, wie bisher, an ihrer Ankaufs- und Ausstellungspolitik, sondern auch daran gemessen werden, wie sie mit ihrer Geschichte und mit der Geschichte ihrer Sammlung umgehen. Weil das nur gemeinsam gelingt, habe ich ein zweites wichtiges Thema auf meiner Agenda: Wir möchten enger mit den Ländern zusammenarbeiten.

Ich habe mit den 16 Länderministern inzwischen verabredet, dass wir uns, wenn es irgendwie geht, zweimal im Jahr treffen. Das erste Treffen soll auf meine Einladung hin stattfinden. Dazu möchte ich dann auch die kommunalen Spitzenverbände einladen, weil immerhin 44 Prozent der Kulturleistungen in Deutschland von den wackeren Kommunen erbracht werden.

Der zweite Besuch – ich respektiere ja mit großer Begeisterung die Kulturhoheit der Länder – soll dann von der KMK selber ausgehen. Wir wollen gemeinsam Strategien dafür entwickeln, wie wir unsere kulturelle Infrastruktur retten können; denn sie wird sich ja vor dem Hintergrund der Demografie und der ethnischen Durchmischung verändern.

Dazu gehört eben auch die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung; denn der Erfolg der Kreativwirtschaft, die in Deutschland hinter der Automobilindustrie mittlerweile immerhin an zweiter Stelle rangiert, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die allerwe-

nigsten Künstler und Kreativen Großverdiener sind. Die Einführung der Künstlersozialversicherung vor 31 Jahren war ein sozial- und kulturpolitischer Meilenstein.

Die Künstlersozialkasse garantiert bis heute ganz wesentlich die soziale Absicherung der freiberuflich tätigen Künstler und Publizisten, und ich finde, wir dürfen bei aller immer wieder laut werdenden Kritik aus einschlägigen Kreisen nicht zusehen, wie diese Errungenschaft jetzt beschädigt wird.

Das hat nämlich auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Wer künstlerische Leistungen in Anspruch nimmt, der muss eben auch ein bisschen dafür Sorge tragen, dass Künstler von ihrer Arbeit leben und nicht nur knapp überleben können, also angemessen bezahlt werden.

Andererseits sollen die, die regelmäßig Abgaben entrichten, eben nicht zu Zahlmeistern werden, weil sich die anderen drücken. Deshalb ist eine stärkere, intensivere Prüfung notwendig. Im vergangenen Sommer waren wir kurz davor, das durchzusetzen. Ich bin meiner Kollegin Nahles sehr dankbar, dass auch sie das Thema Künstlersozialkasse ganz oben auf ihre Agenda gesetzt hat. Vielleicht schaffen wir es jetzt.

Die Absicherung ist das eine, noch wichtiger ist es aber, dass Künstler von ihrer kreativen Arbeit überhaupt leben können – auch im digitalen Zeitalter. In der kommenden Legislaturperiode wird es deshalb darum gehen, das Urheberrecht weiter an das digitale Umfeld anzupassen.

Es gilt vor allem, den Wert geistigen Eigentums besser zu vermitteln. Künstlerische Leistungen sind im Internet ja frei verfügbar, das ist unbestritten. Umsonst dürfen sie aber nicht sein.

Urheberrechtsverletzungen im Netz verursachen gravierende Schäden, nicht nur volkswirtschaftlich. Deshalb müssen wir in der Rechtsdurchsetzung konsequenter sein, und die Rechteinhaber stehen für mich dabei im Mittelpunkt. Wir wollen die Verbraucher nicht sanktionieren, sondern sensibilisieren und aufklären.

Mit den digitalen Techniken sind nicht nur Risiken verbunden, sondern sie eröffnen auch einen ganz anderen Zugang zu Kultur und Bildung. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, das kulturelle Erbe zu digitalisieren. Ich möchte hier aber nicht verschweigen, dass das vor allen Dingen sehr teuer ist. Trotzdem ist es bitter, dass wir hier im Vergleich zu anderen Ländern, wie Frankreich, weit hinterherhinken. Das betrifft vor allen Dingen unser nationales Filmvermögen, das nicht nur digitalisiert, sondern auch viel besser aufbewahrt werden muss. Als Kulturpolitikerin ist es mir in diesem Kontext wichtig, dass wir auch hier nach den gesellschaftlichen Veränderungen und den Werten fragen, die nicht im Rausch des technisch Machbaren untergehen dürfen.

Erlauben Sie mir zum Schluss bitte noch ein Wort zu meinem Herzensanliegen, zum größten Kulturprojekt Europas; denn das entsteht in Berlins Mitte auf dem zentralen Platz der Republik: Es ist das Humboldt-Forum. Das ist schon lange kein Luftschloss mehr. Sie sehen, dass der Keller gedeckt ist und dass es auf starken Fundamenten steht. Ich traue der Stiftung auch zu, dass am Jahresende der Rohbau zu sehen sein wird.

Ich möchte versuchen, anhand von zehn einfachen Punkten zu sagen, warum ich eine so leidenschaftliche Verfechterin bin.

Erstens. Deutschland hat als einzige Nation der Welt die historische Chance, den zentralen Platz der Republik am Beginn des 21. Jahrhunderts neu zu definieren. Wir machen kein Parkhaus, kein Hotel und auch kein Central Park East, sondern wir laden die Kunst ein.

Zweitens. In einer einzigartigen Verbindung werden die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Universität und die Bibliothek die Mitte der Hauptstadt bespielen.

Drittens. Hier sollen sich vor allen Dingen die außereuropäischen Künste selbstbewusst darstellen.

Viertens. Das Ganze geschieht im direkten Dialog mit unserer eigenen Kunstgeschichte, gegenüber auf der Museumsinsel.

Fünftens. Es soll um die Betrachtung der großen Menschheitsthemen gehen, wie die Grenzen des Lebens, Geburt, Tod, Gott, die Bedeutung der Religion, Identität und Migration. Hier erfahren wir das, was wir alle über unser Leben wissen wollen.

Sechstens. Wir alle erleben immer wieder, was es heißt, als Minderheit in einer Diaspora zu leben, zum Beispiel ich als Katholikin in Marzahn oder die Schwaben in Prenzlauer Berg.

Kosmopolitische Städte wie Berlin sind unsere Zukunft. In Museen gilt dieser Unterschied nicht; da sind alle Menschen gleich. Die Unterschiede sind kleiner als die Gemeinsamkeiten.

Siebtens. Ich finde, es muss eine Vision für Berlin, die Hauptstadt, her-

für Deutschland, eine der bedeutendsten Kulturationen der Welt. Ich glaube, das kann an diesem Platz in aufregenden Kunstpräsentationen seinen Ausdruck finden.

Achtens. Wir wollen die Diskussion interdisziplinär und auf hohem Niveau führen.

Neuntens. Berlin ist der Sehnsuchtsort für viele junge Menschen, die Deutschland attraktiv finden. Wir laden die Jugend ein, denn dort sprechen wir eine neue, junge Sprache.

Zehntens und last, but not least. Das Humboldt-Forum ist mit einer einzigartigen Idee verbunden. Es geht dabei ja nicht um ein besseres Völkerkundemuseum oder um die pragmatische Unterbringung unserer Sammlung. Es geht um neuartige Kunst- und Kulturerfahrung und um das Wissen über gleichberechtigte Weltkulturen und neue Kompetenzen im Weltverständnis. Damit das gelingt, müssen wir nicht nur das bauliche Entstehen begleiten, sondern wir müssen sehr schnell die Inhalte durch eine Intendanz profilieren, um die ich mich sehr zügig kümmern möchte.

Letzter Satz. Der Name „Humboldt-Forum“ steht für die Tradition der Aufklärung, für die weltoffene und selbstbewusste Annäherung der Völker und für das Ideal eines friedlichen Dialogs. Für diese Ideen müssen wir werben. Sie sind von grundlegender Bedeutung für uns in der Gegenwart und in der Zukunft; denn Kultur ist ein Modus für das Zusammenleben.

Kultur darf, ja, sie muss zuweilen Zumutung sein. Wenn sie darüber hinaus noch unterhält, umso besser. Wenn wir für all das Sorge tragen, dann bleibt sie uns, selbst wenn Mark Twains letzter Dollar ausgegeben ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sigrid Hupach, DIE LINKE:

Kunst und Kultur brauchen größtmögliche Freiheit



Sigrid Hupach (*1968)
Landesliste Thüringen

Ich komme aus Thüringen, einem Land, in dem Goethe, Schiller, Bach und das Bauhaus wirkten. Frau Staatsministerin Grütters, Sie sagen gern: Kunst und Kultur brau-

chen größtmögliche Freiheit, um sich entfalten zu können. – Da kann ich Ihnen nur zustimmen.

Die entscheidenden Fragen für mich sind aber: Was bedeutet das für die Kulturpolitik, für Kulturförderung und -finanzierung? Wie viel Marktfreiheit braucht Kultur, und wie viel Staat und Regulierung verträgt sie? Damit sich Kunst und Kultur entfalten können, brauchen Künstlerinnen und Kreative Rahmenbedingungen, die ihnen Freiräume verschaffen. Aber sie brauchen auch Rahmenbedingungen, die ihnen eine soziale Absicherung garantieren.

Dazu gehört die Künstlersozialkasse genauso wie steuerliche Vergünstigungen. Viel zu viele Kulturschaffende und Kreative sind nicht nur keine Schwerverdiener, sondern sie leben und arbeiten in prekären

Verhältnissen. Als freischaffende Architektin weiß ich, wovon ich rede.

Welche Gefahren in einer rein marktorientierten Wahrnehmung von Kultur liegen, zeigen aktuell die Auseinandersetzungen um das Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Es war allein Frankreich, welches sich in den Verhandlungen zum Mandatstext für eine kulturelle Ausnahme starkgemacht hat. Deutschland unterstützte es nicht. Aber ein Freihandelsabkommen ohne kulturelle Ausnahme bedroht Errungenschaften wie die Buchpreisbindung, den reduzierten Mehrwertsteuersatz oder die Film-

förderung; das sind Mittel der Kulturförderung, deren Wegfall Kultur und Künstlerinnen existenziell gefährden würden. Da machen wir nicht mit.

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zu dem besonderen Schutzbedürfnis von Kultur und Medien. Dieses müsse bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen durch Ausnahmeregelungen berücksichtigt und gesichert werden. Wir erwarten, dass dem nun Taten folgen.

Statt Geheimverhandlungen brauchen wir Transparenz und eine Staatsministerin, die sich für die kulturelle Ausnahme einsetzt.

Die Linke hat im Wahlkampf ein Bundeskulturministerium gefordert. Als Ministerin mit Kabinettsrang hätte Frau Grütters in dieser Debatte jetzt auf der europäischen Ebene einen viel besseren Stand. Dies ist aber nicht die einzige vertane Chance im Koalitionsvertrag.

Seit Jahren fordert die Linke ein Kooperationsgebot für Bildung und Kultur.

Seit Jahren fordert die Linke ein Kooperationsgebot für Bildung und Kultur. Zwar bekennt sich die Bundesregierung zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern, aber hierfür fehlen entscheidende Voraussetzungen. Wie will die Koalition ohne ein Staatsziel Kultur, eine Gemeinschaftsaufgabe, ein Kooperationsgebot und eine Verbesserung der Finanzsituation der Länder und Kommunen die Probleme anpacken?

Herr Bundestagspräsident Lammert sagte kürzlich in einer Rede, mit Klauen und Zähnen müssten die Deutschen die traditionell gewachsene reiche Kunst- und Kulturlandschaft verteidigen. Da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Lammert.

Der Koalitionsvertrag aber gleicht in seinen allgemeinen Formulierungen eher einem zahnlosen Tiger.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Eva Högl (SPD), Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Kretschmer (CDU/CSU) sowie Martin Dörmann (SPD).